

Felix Breuning

# POPULISMUS UND AUTORITÄRE IDEOLOGIE

Kämpfe um Hegemonie im demokratischen Kapitalismus

[transcript] Edition Politik

Felix Breuning  
Populismus und autoritäre Ideologie

**Edition Politik** | Band 164

Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde ermöglicht durch  
**POLLUX – Informationsdienst Politikwissenschaft**



und die Open Library Community Politik 2024 – einem Netzwerk wissenschaftlicher Bibliotheken zur Förderung von Open Access in den Sozial- und Geisteswissenschaften:

**Vollsponsoren:** Technische Universität Braunschweig | Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg | Eberhard-Karls Universität Tübingen | Freie Universität Berlin – Universitätsbibliothek | Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen | Goethe-Universität Frankfurt am Main | Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek | TIB – Leibniz-Informationszentrum Technik und Naturwissenschaften und Universitätsbibliothek | Humboldt-Universität zu Berlin | Justus-Liebig-Universität Gießen | Universitätsbibliothek Eichstätt-Ingolstadt | Ludwig-Maximilians-Universität München | Max Planck Digital Library (MPDL) | Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn | Ruhr-Universität Bochum | Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky, Hamburg | SLUB Dresden | Staatsbibliothek zu Berlin | Bibliothek der Technischen Universität Chemnitz | Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt | Universitätsbibliothek „Georgius Agricola“ der TU Bergakademie Freiberg | Universitätsbibliothek Kiel (CAU) | Universitätsbibliothek Leipzig | Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf | Universitäts- und Landesbibliothek Münster | Universitäts- und Stadtbibliothek Köln | Universitätsbibliothek Bielefeld | Universitätsbibliothek Erfurt | Universitätsbibliothek der FernUniversität in Hagen | Universitätsbibliothek

Kaiserslautern-Landau | Universitätsbibliothek Kassel | Universitätsbibliothek Osnabrück | Universität Potsdam | Universitätsbibliothek St. Gallen | Universitätsbibliothek Vechta | Zentralbibliothek Zürich

**Sponsoring Light:** Bundesministerium der Verteidigung | Bibliothek der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden | Bibliothek der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig | Bibliothek der Westsächsischen Hochschule Zwickau | Bibliothek der Hochschule Zittau/Görlitz, Hochschulbibliothek | Hochschulbibliothek der Hochschule Mittweida | Institut für Auslandsbeziehungen (IfA) | Landesbibliothek Oldenburg | Österreichische Parlamentsbibliothek

**Mikrosponsoring:** Bibliothek der Berufsakademie Sachsen | Bibliothek der Evangelische Hochschule Dresden | Bibliothek der Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“ Leipzig | Bibliothek der Hochschule für Bildende Künste Dresden | Bibliothek der Hochschule für Musik „Carl Maria von Weber“ Dresden | Bibliothek der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig | Bibliothek der Palucca-Hochschule für Tanz Dresden | Leibniz-Institut für Europäische Geschichte | Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Felix Breuning

# **Populismus und autoritäre Ideologie**

Kämpfe um Hegemonie im demokratischen Kapitalismus

**[transcript]**

### Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NoDerivatives 4.0 Lizenz (BY-ND). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell, gestattet aber keine Bearbeitung.

<https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/>

Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen oder Derivate einzuholen, wenden Sie sich bitte an [rights@transcript-publishing.com](mailto:rights@transcript-publishing.com)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

**Erschienen 2024 im transcript Verlag, Bielefeld**

© Felix Breuning

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Druck: Elanders Waiblingen GmbH, Waiblingen

<https://doi.org/10.14361/9783839474464>

Print-ISBN: 978-3-8376-7446-0

PDF-ISBN: 978-3-8394-7446-4

EPUB-ISBN: 978-3-7328-7446-0

Buchreihen-ISSN: 2702-9050

Buchreihen-eISSN: 2702-9069

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

# Inhalt

---

Danksagung .....	9
1. Einleitung.....	11
2. Von der Ideologie zur Wirklichkeit?	
Populismus im idealational approach .....	23
2.1 Autoritarismus und Ideologie .....	24
2.1.1 Der Begriff der Ideologie .....	25
2.1.2 Die Elemente populistischer Ideologie .....	29
2.1.3 Ideologische Elemente populistischer radikal rechter Parteien.....	38
2.1.4 Zusammenfassung und Arbeitsdefinition Populismus .....	43
2.2 Demokratie und liberale Entpolitisierung .....	44
2.2.1 »Demokratischer Extremismus« als ideologischer Kern .....	45
2.2.2 Funktionsprobleme liberaler Demokratien als Ursache.....	49
2.2.3 Demokratische Repräsentation als Formprinzip des Populismus .....	51
2.2.4 Wirkung auf die (liberale) Demokratie .....	54
2.2.5 Zusammenfassung .....	58
2.3 Kapitalismus und politische Ökonomie .....	59
2.3.1 Politisch-ökonomische Bedingungen populistischer Mobilisierung .....	59
2.3.2 Ökonomische Themen in der Ideologie populistischer radikal rechter Parteien ...	61
2.3.3 Zusammenfassung .....	64
2.4 Fazit: Gesellschaftstheoretische Elemente und Probleme .....	64
3. Ökonomisierte Kultur oder kulturalisierte Ökonomie?	
Populismus in der Cleavage-Theorie .....	67
3.1 Kapitalismus und ökonomische Ungleichheit .....	69
3.1.1 Postindustrielle Modernisierung oder Hyperglobalisierung? .....	70
3.1.2 Ein Konflikt um Werte oder Protest gegen Globalisierungsschocks? .....	77
3.1.3 Ökonomische oder kulturelle Beschwerden?.....	87
3.1.4 Zusammenfassung .....	95
3.2 Demokratie und Repräsentation.....	97

3.2.1 Wie und was repräsentieren populistische Parteien? .....	97
3.2.2 Wie steht der Populismus zur (liberalen) Demokratie? .....	109
3.2.3 Zusammenfassung .....	117
3.3 Autoritarismus und kulturelle Beschwerden .....	119
3.3.1 Konservativer Selbstschutz oder kulturalisierte Wirtschaftspolitik? .....	120
3.3.2 Neokonservativer Kommunitarismus oder traditionalistischer Wohlfahrtsstaatschauvinismus? .....	128
3.3.3 Zusammenfassung .....	134
3.4 Fazit: Gesellschaftstheoretische Elemente und Probleme .....	136
 <b>4. Eine strukturelle Logik der modernen Politik?</b>	
Populismus in der Radikaldemokratie .....	139
4.1 Demokratie und das Politische .....	142
4.1.1 Populismus als ein Moment der Demokratie .....	143
4.1.2 Der Volk/Machtblock-Widerspruch als eigenständige Herrschaftsbeziehung .....	145
4.1.3 Nach dem Marxismus: »Demokratische Revolution« ohne bürgerliche Gesellschaft .....	146
4.1.4 Das demokratische Paradox und der unauslöschliche Antagonismus .....	154
4.1.5 Zusammenfassung .....	160
4.2 Kapitalismus und Klassenkampf.....	161
4.2.1 Politik und Ökonomie als geschiedene Sphären.....	161
4.2.2 »Volk« und Klasse als dialektischer Zusammenhang .....	163
4.2.3 Abschied vom analytischen Kapitalismusbegriff .....	170
4.2.4 Neoliberalismus als politischer Gegner .....	175
4.2.5 Zusammenfassung .....	177
4.3 Autoritarismus und politische Identität .....	178
4.3.1 Autoritarismus als rationale Strategie.....	179
4.3.2 Autoritarismus als widerständige Ideologie .....	180
4.3.3 Affirmation des Neoliberalismus .....	183
4.3.4 Libidinöse Basis politischer Identitäten .....	184
4.3.5 Anthropologisches Masse-Bedürfnis .....	187
4.3.6 Zusammenfassung .....	191
4.4 Fazit: Gesellschaftstheoretische Elemente und Probleme .....	192
 <b>5. Populismustheorie in gesellschaftskritischer Perspektive .....</b>	195
5.1 Modelle gesellschaftskritischer Theorien autoritärer Ideologie .....	198
5.1.1 Vom positivistischen zu einem kritischen, dreidimensionalen Ideologiebegriff ..	200
5.1.2 Funktionalen Differenzierung von linken und rechten populistischen Parteien ..	212
5.1.3 Politische Repräsentation als Aspekt gesellschaftlicher Konflikte .....	215
5.1.4 Reale Vermittlung »kultureller« und ökonomischer Herrschaftsverhältnisse ..	220
5.1.5 Populismus und autoritär-etatistischer Umbau der Demokratie .....	224

5.2 Fazit .....	229
<b>6. Schlussbetrachtung .....</b>	<b>235</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>247</b>



## Danksagung

---

Dieses Buch wäre ohne vielseitige Unterstützung nicht begonnen oder gar fertiggestellt worden. Ich danke meinen Betreuern Prof. Dr. Thomas Saretzki, Prof. Dr. Lars Rensmann und Prof. Dr. Dirk Jörke für ihre Beratung, für konstruktive Kritik und für Gelegenheiten, meine Ideen zur Diskussion zu stellen. Für frühe Unterstützung und Orientierung möchte ich Ingo Elbe danken.

Zahlreichen anderen danke ich für ausgetauschte Argumente und gegebene Widerworte. Ihr wisst, wer ihr seid.

Das Promotionskolleg »Demokratie unter Stress« des Instituts für Politikwissenschaft der Leuphana Universität Lüneburg hat mir durch ein Georg-Christoph-Lichtenberg-Stipendium nicht nur eine materielle Grundlage für Schreib- und Sorgearbeit verschafft, sondern zugleich ein lehrreiches Forschungsumfeld geboten, aus dem auch Freundschaften hervorgegangen sind.

Besonders möchte ich dabei wiederum Prof. Dr. Thomas Saretzki sowie Prof. Dr. Tonio Oeftering danken, die sich meines Projektes angenommen haben.

Birgit und Henry Breuning danke ich für die lebenslange Unterstützung.

Vor allem: Danke, Liza, für deine Liebe, und Gregor, für immer wieder gute Gründe, die Arbeit aufzuschieben.



# 1. Einleitung

---

»[Der Faschismus] sieht sein Heil darin, die Massen zu ihrem Ausdruck (beileibe nicht zu ihrem Recht) kommen zu lassen. Die Massen haben ein *Recht* auf Veränderung der Eigentumsverhältnisse; der Faschismus sucht ihnen einen *Ausdruck* in deren Konservierung zu geben.«  
(Walter Benjamin, *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit*, *Gesammelte Werke* 7: 382, Hrvh. i. O.)

Seit den 1990er-Jahren gewinnen populistische Parteien immer mehr Sitze in europäischen Parlamenten. Entfielen 1992 nur knapp 5 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sie, stieg ihr Anteil bis 2022 auf beinahe 30 Prozent (vgl. Rooduijn et al. 2020; Rooduijn et al. 2023: 8). Diese Zunahme ist vor allem immer besseren Wahlergebnissen von radikal rechten populistischen Parteien geschuldet. Beginnend mit der Jahrtausendwende fanden sie denn auch ihren Weg von den politischen Rändern in den Mainstream; die Präsenz von populistischen Parteien ist mittlerweile zur Normalität geworden (vgl. Mudde 2021b: 15). Und mehr noch: sie arbeiten sich in immer mehr Ländern in die höchsten Staats- und Regierungämter vor. Seit 2022 gibt es mit Giorgia Meloni (*Fratelli d'Italia*) in Italien die erste populistische radikal rechte Ministerpräsidentin Südeuropas, die *Schwedendemokraten* sind ebenfalls seit 2022 indirekt an der schwedischen Regierung beteiligt, während *Die Finnen* 2023 erneut in die finnische Regierungskoalition aufgenommen wurden. In den Niederlanden hielt derweil nach der Parlamentswahl 2023 nur der Unwillen der Koalitionspartner den Wahlsieger Geert Wilders (*Partij voor de Vrijheid*) davon ab, nicht nur mitzuregieren, sondern auch das Amt des Ministerpräsidenten zu bekleiden. Im Wahljahr 2024 sind bereits populistische radikal rechte Zugewinne bei den Europawahlen zu verzeichnen. Möglich erscheinen zudem eine zweite Amtszeit Donald Trumps als US-Präsident, ein Sieg der FPÖ bei den Nationalratswahlen in Österreich und Wahlerefolge der radikal rechten AfD in mehreren ostdeutschen Bundesländern.

Mit dieser Normalisierung wird das politische Handeln populistischer Parteien in den zahlreichen gegenwärtigen Krisen und den sie begleitenden politischen Debatten immer bedeutsamer. Jede Deutung etwa der COVID-19-Pandemie, der Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine oder des Krieges nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel und natürlich der sich weiter zuspitzenden Klimakrise muss heute die Versuche populistischer Parteien in Rechnung stellen, von diesen Krisen zu profitieren.

In der öffentlichen Diskussion in Zeitungen, politischen Foren und sozialen Medien nehmen populistische Parteien – oder das weiter gefasste Phänomen »Populismus« – allerdings schon länger viel Raum ein. Die jüngste Konjunktur lässt sich auf die politischen Auswirkungen der globalen Finanzkrise ab 2008 zurückführen, spätestens aber auf die Europawahlen 2014, die »Flüchtlingskrise« 2015 und das britische Brexit-Referendum sowie die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten im Jahr 2016. Populismus ist ein Trendthema, in den Reproduktionsschleifen der Massenmedien entwickelte sich teilweise ein regelrechter Hype darum. Nicht nur werden Parteien oder Politiker\*innen aus beinahe jedem politischen Spektrum als »populistisch« bezeichnet, sondern Populismus gilt auch als Kennzeichen unserer gegenwärtigen Ära (Sparrow 2022), als zentrales politisches Phänomen der Epoche (Weitzmann 2024) oder gar als Schicksal des gesamten Planeten (Lüscher/Zichy 2021). Populismus wird zur Zukunft Europas (Binhas 2019) erklärt oder gleich zum Gewinner einer weltweiten »Zeitenwende« (Seinitz 2023). Und er gilt als eine Gefahr – für »die Wirtschaft« (Rahmatullah 2024) »die politische Mitte Europas« (Streck 2018), oder »den Westen« (Kister 2017), vor allem aber für »die Demokratie« (Hank 2018; Pohl 2022; Olsen 2023).

Entsprechend spielt er auch in den zahlreichen populärwissenschaftlichen Diagnosen über das vermeintlich anstehende Sterben, Enden oder Sich-Überleben der demokratischen Staatsform eine Rolle (vgl. etwa Levitsky/Ziblatt 2018; Runciman 2019; Crouch 2021). Sie sehen die Gefahr einer demokratischen Regression zumeist aus dem Inneren der Demokratie selbst kommen – unter anderem in Form der Auslöhlung demokratischer Institutionen durch populistische Parteien.

»Populismus« wird also häufig als Konzept verwendet, um die widersprüchliche politische Gegenwart insgesamt zu erschließen. Insbesondere der Erfolg populistischer Parteien gilt als Symptom oder charakteristischer Ausdruck für weitreichendere, grundlegendere gesellschaftliche Krisen und Hegemoniekonflikte. In der öffentlichen Diskussion werden entsprechend sehr unterschiedliche Problemlagen mit diesem Erfolg in Verbindung gebracht. Journalistische Erklärungsansätze rekurrieren häufig auf politisch-ökonomische Verwerfungen (Marin 2023; Karp 2024), zunehmenden autoritären Hass (Krupa et al. 2023; Bittner 2024) oder kulturelle Ängste in der Bevölkerung (Conesa et al. 2023; Coyle 2024) sowie auf Defizite demokratischer Repräsentation und auf Legitimationsprobleme des politischen Systems und der etablierten Parteien (Dahlmann 2024; Boussois 2024). Insgesamt lässt

sich in der Debatte über Populismus eine Verdichtung von Krisenwahrnehmungen erkennen, die verschiedene Aspekte des aktuellen Verhältnisses von liberaler Demokratie, autoritärer Politik und globalisiertem Kapitalismus betreffen.

Die Entwicklung der akademischen Populismusforschung folgt der seit 1990 wachsenden Bedeutung ihres Gegenstandes. Im Rahmen einer öffentlichen Auseinandersetzung, in der berechtigte Sorgen zum Ausdruck gebracht werden, die mitunter aber auch alarmistisch anmutet, wurde die Forschung im letzten Jahrzehnt immer häufiger zur Adressatin gesellschaftlicher Selbstverständigung. Sie sollte Antworten liefern auf die Frage, was der Erfolg populistischer Parteien über unsere gegenwärtige Lage aussagt, und insbesondere, wie der Erfolg (radikal) rechter populistischer Parteien zu deuten ist. Erhalten sie trotz oder wegen ihrer autoritären Ideologie Zuspruch? Welche gesellschaftlichen Konflikte stehen hinter ihrem Aufschwung? Die Populismusforschung, die seit den 1990ern bis Anfang der 2010er-Jahre eine wenig beachtete Subdisziplin vor allem im Feld der vergleichenden politikwissenschaftlichen Erforschung radikal rechter Parteien war, wurde sukzessive Teil des wissenschaftlichen Mainstreams (vgl. Kaltwasser et al. 2017a: 17) und erlebt seit 2014 eine Hochzeit. Heute ist sie eines der am schnellsten wachsenden Forschungsgebiete in der Politikwissenschaft. Die wachsende öffentliche Aufmerksamkeit sowie entsprechende Förder- und Publikationsmöglichkeiten führten zudem dazu, dass vermehrt Beiträge aus der Soziologie, den Kommunikationswissenschaften, der Philosophie, der Politischen Ökonomie und anderen Bereichen publiziert wurden. Google Scholar verzeichnet allein für das Jahr 2023 für das Stichwort »populism« 26.200 Treffer. Das wirft die Frage auf, ob die gegenwärtige Populismusforschung die verschiedenen Krisen und Ursachenvermutungen plausibel miteinander ins Verhältnis setzen kann. Bietet sie schlüssige Antworten auf die von der Gesellschaft an sie gerichteten Fragen?

Das Forschungsfeld ist hier auf den ersten Blick heterogen. Die meisten Ansätze bringen eher begrenzte Theorien hervor, die sich – vor allem mit Blick auf die empirische Forschung – einzelnen Teilbereichen des Erfolgs populistischer Parteien widmen. Dabei liegen ihnen unterschiedliche und zumeist nur wenig ausformulierte gesellschaftstheoretische Annahmen zugrunde.

Allerdings lässt sich zumindest theoriegeschichtlich durchaus ein gemeinsamer Ursprung mit umfassendem Erklärungsanspruch ausmachen. Es war die US-amerikanische Soziologie der 1950er-Jahre, die den Ausdruck »Populismus« als sozialwissenschaftlichen Begriff einführte. Wie die Soziologie insgesamt zu dieser Zeit war er daher zu Beginn stark durch das damals dominierende Paradigma der liberalen Modernisierungstheorie geprägt (vgl. Knöbl 2016). Sie verstand Modernisierung als einen von ökonomischem Wachstum getragenen symbiotischen Entwicklungsprozess kapitalistischer Produktion und liberaler demokratischer Systeme hin zu stabilen und fortschrittlichen Gesellschaften. Vor dem Hintergrund der Systemkonkurrenz zwischen der Sowjetunion und den USA wurde so dem historischen

Materialismus eine alternative Theorie sozialen Wandels gegenübergestellt. In der Verknüpfung von kapitalistischer Dynamik und politischer Demokratisierung als aufeinander angewiesene Modernisierungsprozesse kam ein historischer Optimismus zum Ausdruck, demzufolge das US-amerikanische und britische Gesellschaftsmodell den zwangsläufigen Endpunkt der weltweiten politischen Entwicklung bilden würde. Allerdings war dieser Optimismus von Beginn an von einer Angst vor Blockaden und Entwicklungshindernissen in den westlichen Gesellschaften selbst begleitet. Unter dem Begriff der »Massengesellschaft« wurden bedrohliche soziale Homogenisierungsprozesse diskutiert, die antidemokratische und rückschrittliche Bewegungen hervorbringen könnten. Zeitgeschichtlich befeuerte in den USA vor allem der McCarthyismus diese Sorge. Die Rolle des Populismusbegriffs im Paradigma der liberalen Modernisierungstheorie bestand nun darin, eben jene Abweichungen bzw. Gegenbewegungen auf dem Weg zum Ideal der differenzierten liberalen Demokratie zu markieren. Damit war, im Sinne der Totalitarismustheorie, sowohl das linksradikale als auch das rechtsextreme Aufbegehren gegen die etablierte Ordnung gemeint (vgl. Knöbl 2016: 10f.).

Kernmerkmale populistischer Bewegungen waren für die liberale Modernisierungstheorie »Misstrauen gegenüber Politikern, Bürokratiekritik, Anti-Intellektualismus und Demagogie« (Jörke/Selk 2017: 105). Vor diesem Hintergrund galt ökonomische Prosperität als Grundlage der liberalen Demokratie; entsprechend wurde das Entstehen populistischer Gegenbewegungen ebenfalls sozioökonomisch erklärt. Das wirkmächtigste Erklärungsangebot unterbreitete dabei der US-amerikanische Soziologe und Politikwissenschaftler Seymour Martin Lipset. Mit Blick auf den McCarthyismus vermutete er die Quellen autoritärer und extremistischer Bewegungen allgemein sozialstrukturell in den unteren Schichten der US-amerikanischen Gesellschaft. Seiner Vorstellung nach führt relative Deprivation in Form von niedrigerem Zuwachs an Einkommen und Bildung dort angesichts schnellen gesellschaftlichen Wandels zu Verbitterung und damit zur Unterstützung von »extremist and intolerant movements« (Lipset 1960: 97). Diese allgemeine Formulierung der stratifikationstheoretischen Erklärung eröffnete das Feld für verschiedene daran anknüpfende Ansätze, die die Unterstützung autoritärer Bewegungen als Folge einer ökonomisch beziehungsweise sozial prekären Lage ansehen. Zwar überzeugte dieses liberale modernisierungstheoretische Paradigma schon Ende der 1960er-Jahre nur noch wenige Sozialwissenschaftler\*innen. Theoriegeschichtlich wirkt es dennoch in Erklärungsansätzen für den Erfolg heutiger populistischer Parteien und Bewegungen fort, denn nach wie vor wird ihr Entstehen auf einen rapiden sozialen Wandel zurückgeführt (vgl. Jörke/Selk 2017: 105). Den politischen Entwicklungen würden demnach verschiedene »Zustände des allgemeinen Mangels an bzw. des tatsächlichen oder zumindest wahrgenommenen Entzugs von etwas Erwünschtem« (Spier 2010: 50) zugrunde liegen, die unter dem Oberbegriff der Deprivation diskutiert werden. Die frühere starke Betonung ökonomischer Deprivation als

Ursache populistischer Bewegungen inspiriert eine bis heute in der öffentlichen Debatte oft vertretene Variante dieser These, derzufolge populistische Bewegungen von ökonomischen »Modernisierungsverlierer\*innen« getragen werden. Mit einem Ausdruck Samuel Salzborns – den er mit Blick auf die verwandte Konzeption des Rechtsradikalismus als einer »normalen Pathologie« (Scheuch/Klingemann 1967: 82) westlicher Industriegesellschaften prägte – kann diese implizite Popularität in Politik und Medien als eine »breite Rezeption, allerdings ohne direkte Rezension« (Salzborn 2014: 78) bezeichnet werden. Die modernisierungstheoretische Erklärung wird aufgegriffen, ohne dass ihr historischer Ursprung und ihre begrifflichen Grundlagen zur Kenntnis genommen werden. In den Sozialwissenschaften wird dagegen heute ein auf der Individualebene wirkender ökonomischer Deprivationsmechanismus kaum noch als Erklärung für die Erfolge populistischer (rechter) Parteien akzeptiert (vgl. Rippl/Baier 2005: 644f.). Solche Kritik an einer zu einfachen Fassung der Funktion ökonomischer Deprivation – und im Gegenzug: an einer zu pauschalen Zurückweisung dieses Zusammenhangs – hat auch in der Populismustheorie zu neuen theoretischen Auseinandersetzungen geführt. Auf diese Weise wirkt die liberale Modernisierungstheorie zumindest als Gegenstand von Kritik bis in die heutige Populismusforschung nach, wenngleich das nur selten explizit benannt oder reflektiert wird. In produktiver Auseinandersetzung mit ihrem modernisierungstheoretischen Erbe hat die jüngere Forschung viele methodisch raffinierte und auch theoretisch differenzierte Ansätze zu verschiedenen Teilbereichen und Aspekten des Phänomens »Populismus« hervorgebracht.

Dennoch – oder gerade deshalb – offenbart die Forschung mit Blick auf die von der Öffentlichkeit aufgeworfenen Fragen eine Schwäche. Die vorliegende Arbeit geht von der Beobachtung aus, dass den heute bestimmenden Populismustheorien der gegenwartsdiagnostische Blick auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge (der zurecht eingefordert wird) verstellt ist. Insbesondere scheinen sie kaum dafür geeignet, die Bedeutung und die Funktion autoritärer Ideologie für die Politik populistischer Parteien zu erklären. In der vorliegenden Arbeit werden diese Schwierigkeiten mithilfe einiger Modelle kritischer Theorien, die autoritäre Ideologie dezidiert in den Mittelpunkt ihres Nachdenkens über Gesellschaft stellen, herausgearbeitet und reflektiert. Mit »autoritärer Ideologie« sind hier all jene Formen des Denkens gemeint, die eine homogene soziale Ordnung durch die Etablierung von Ungleichwertigkeit und einer Überlegenheit über bestimmte Gruppen herstellen wollen. Am häufigsten handelt es sich dabei um nationalistiche, klassistische, rassistische, antisemitische oder (hetero-)sexistisches Denken.<sup>1</sup> Gerade das scheinbar private, bloß irrationale Ressentiment gegen Immi-

---

<sup>1</sup> Diese verschiedenen Ideologieelemente hängen oft miteinander zusammen und treten gemeinsam auf. Damit folgt die Arbeit einem breiten Verständnis autoritärer Ideologie, ähnlich dem von Wilhelm Heitmeyer, Andreas Zick und Beate Küpper entwickelten »Syndrom

grant\*innen, ethnische Minderheiten, jüdische Menschen, von Armut Betroffene, vermeintlich global verschworene Eliten, gegen eine Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Lebensweisen, ökonomische Umverteilung, Klimaschutz etc. fordert das sozialwissenschaftliche Verständnis ebenso wie den Alltagsverstand heraus. Welche objektiven, verstehbaren Mechanismen, welche gesellschaftlichen Verhältnisse machen relevante Teile der Wähler\*innenschaften für solches Denken empfänglich und warum wird es politisch vorangetrieben? Wie lassen sich die vielen Entwicklungen ordnen, die in Summe den populistischen Parteien offenbar zunehmend Erfolge bescheren? Inwiefern und durch welche Mechanismen kommen etwa politisch-ökonomische Verwerfungen, Krisen demokratischer Repräsentation und autoritäre Ideologien populistischen Parteien zugute? Welche gesellschaftlichen Antagonismen und Herrschaftsverhältnisse prägen diesen Zusammenhang? Kurz: Wie ist der Populismus als ein gesellschaftliches Phänomen zu begreifen?

In den folgenden Kapiteln werden diese Fragen an die gegenwärtige Populismusforschung gerichtet. Die zentrale Forschungsfrage lautet:

*Wie konzipieren gegenwärtige Populismustheorien das Zusammenspiel von Kapitalismus, Demokratie und autoritärer Ideologie im Erfolg (linker und rechter) populistischer Parteien?*

Wie bereits erwähnt ist die gegenwärtige Populismusforschung außerordentlich umfassend und differenziert. Das gilt auch für ihre theoretischen Zugänge. Die einschlägigen wissenschaftlichen Handbücher weisen drei (la Torre 2019), vier (Kaltwasser et al. 2017b; Heinisch et al. 2017b; Stavrakakis/Katsambekis 2024b) oder gar neun (vgl. Oswald et al. 2022: 5ff.) zentrale theoretische Perspektiven aus. Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich auf drei prominente Erklärungsansätze:

Das zweite Kapitel befragt zentrale Texte des *ideational approach* auf ihre gesellschaftstheoretischen Beiträge. Dieser Zugang, dessen grundlegende Thesen maßgeblich durch die niederländischen beziehungsweise chilenischen Politikwissenschaftler Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser formuliert wurden, gilt heute weithin als ein innovativer und wichtiger oder gar als der vorherrschende Forschungsansatz (vgl. Kaltwasser et al. 2017a: 21ff.; Heinisch et al. 2017a: 31; Jäger 2022: 34). Muddes Verständnis von Populismus als einer »thin-centred ideology« (Mudde

---

Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« (Heitmeyer et al. 2011). Über die Abwertung bestimmter Gruppen hinaus verknüpft autoritäre Ideologie aber auch politische, ökonomische und gesellschaftliche Überzeugungen zu einem »Denkmuster« (Adorno et al. 1973: 1). Für den parteipolitischen Bereich bedeutet das, dass autoritäre Ideologie im hier verwendeten Sinn Überschneidungen mit dem Rechtsextremismus aufweist, aber weit über ihn hinausgeht. Denn im Rechtsextremismus richtet sich das Autoritäre politisch immer gegen die Volkssouveränität und die Demokratie. Auch die Parteifamilie der radikalen Rechten ist durch einige spezifische Elemente autoritärer Ideologie charakterisiert (siehe dazu Cas Muddes Definition in Abschnitt 2.1.3).

2004: 544) mit nur wenigen ideologischen Elementen wird von Vertreter\*innen verschiedener theoretischer Strömungen und vor allem in der empirischen Forschung als gut operationalisierbarer kleinster gemeinsamer Nenner akzeptiert; zumindest wird (ggf. mit Modifikationen) aufgrund pragmatischer Überlegungen oft darauf zurückgegriffen. Mudde formulierte den einflussreichsten theoretischen Vorschlag zur Beantwortung der Frage, inwiefern Populismus spezifisch als eine Ideologie verstanden werden kann, und er hat maßgebliche vergleichende Analysen zu den konkreten Parteiideologien vor allem von populistischen radikal rechten Parteien vorgelegt.

Im dritten Kapitel kommen Cleavage-Theorien des Populismus auf den Prüfstand. Sie erklären den Erfolg populistischer Parteien aus Veränderungen hinsichtlich der zentralen *cleavages*, also gesellschaftlichen Konfliktlinien, die west-europäische Parteiensysteme strukturieren. Diese Beiträge aus der Politischen Ökonomie und der politischen Kulturforschung werden nicht immer zu den Standard-Ansätzen der Populismusforschung gezählt. Die Herausgeber\*innen des *Oxford Handbook of Populism* schließen gar (bestimmte) ökonomische Ansätze der Populismusforschung explizit aus ihrem Kanon aus (vgl. Kaltwasser et al. 2017a: 31). Allerdings zählen Beiträge, in denen auf Cleavage-Theorien zurückgegriffen wird, nicht zufällig zu den meistzitierten und meistdiskutierten Veröffentlichungen, da sie sich einer für die Forschung wie für die öffentliche Diskussion zentralen Frage widmen: Spielen ökonomische oder kulturelle Spaltungslinien die zentrale Rolle für die Erfolge populistischer Parteien? Wie wirken sich die Veränderungen des Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten auf diese Erfolge aus? Vor allem die Mobilisierung autoritärer Ideologie durch (radikal) rechte populistischen Parteien lässt an der in der Öffentlichkeit nach wie vor verbreiteten – und grundsätzlich plausiblen – Annahme zweifeln, dass die Zustimmung zu solchen Parteien zumindest auch als Reaktion auf ökonomische Abstiegsängste, akute Krisen oder Klassenkämpfe zu verstehen ist. Cleavage-Theorien aus der Politischen Ökonomie, etwa die Beiträge des deutschen Politikwissenschaftlers Philip Manow, und aus der Forschung zum kulturellen Wertewandel, wie sie unter anderem seine britischen und US-amerikanischen Kolleg\*innen Pippa Norris und Ronald Inglehart vorgelegt haben, zeichnen bezüglich des Zusammenspiels von ökonomischen und kulturellen Spaltungslinien geradezu diametral entgegengesetzte Bilder. Beide Varianten werden im dritten Kapitel daher als relativ eigenständige Ansätze behandelt und anhand von jeweils zwei Theorien untersucht und gegenübergestellt.

Gegenstand des vierten Kapitels sind schließlich radikaldemokratische Theorien. Diesen Theorien zufolge ist der Populismus Ausdruck einer strukturellen politischen Logik demokratischer Gesellschaften. Im Unterschied zu den anderen Strömungen beziehen sie sich daher grundsätzlich positiv auf ihn, sehen sie doch in ihm eine, wenn nicht die emanzipatorische politische Strategie schlechthin. Vor allem der argentinische politische Theoretiker Ernesto Laclau und die belgische

Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe haben ausgehend von ihrer postmarxistischen Diskurstheorie das Populismusverständnis der Radikaldemokratie geprägt. Im gegenwärtigen Forschungsfeld messen sie dem Demokratiebegriff für das Verständnis des Populismus die größte Bedeutung bei. Die Arbeiten Laclaus werden in der Forschung als gesellschaftstheoretisch avancierteste Populismustheorie anerkannt, sie sind zugleich jedoch wegen ihres hohen Abstraktionsniveaus und ihres vermeintlich besonderen und problematischen normativen Impetus umstritten (vgl. Kaltwasser et al. 2017a: 37; Heinisch et al. 2017a: 31).

In diesen drei Kapiteln befragt die Arbeit die Theorien auf ihre gesellschaftstheoretischen Grundlagen und arbeitet ihren Kern heraus. Welche Zusammenhänge halten sie für essenziell, welchen sozialen Veränderungen schreiben sie die zentrale Bedeutung zu, welche Voraussetzungen und Vereinfachungen müssen sie dafür hinnehmen? Dabei orientiert sich die Untersuchung an drei Grundbegriffen: Kapitalismus, Demokratie und autoritäre Ideologie. Die Arbeit geht der Frage nach, wie diese Begriffe in den Theorien jeweils Anwendung finden und wie sie zueinander in Beziehung gesetzt werden. Welche Bedeutung spielen sie in den verschiedenen Erklärungen des Phänomens Populismus und in welche Beziehung wird Populismus zu ihnen gesetzt? Die Reihenfolge und Gewichtung der jeweils drei entsprechenden Unterkapitel innerhalb jeden Kapitels folgen dabei dem inneren Aufbau der Theorien selbst. Die leicht variierenden Benennungen der Unterkapitel weisen auf die verschiedenen Perspektiven hin, mit denen die untersuchten Theorien auf Demokratie, Kapitalismus und autoritäre Ideologie blicken.

Diese begriffszentrierte Analyse ermöglicht es, die verschiedenen Theorien zu vergleichen. So werden gemeinsame, aber auch jeweils spezifische theoretische Stärken und Schwächen herausgearbeitet und zueinander in Bezug gesetzt. Die Untersuchung entlang dieser drei Begriffe folgt zuvorderst der Annahme, dass sie produktive theoretische Ausgangspunkte zur Klärung der von der Öffentlichkeit aufgeworfenen Frage sind: In welchem gesellschaftlichen Zusammenhang ist der Erfolg populistischer, insbesondere rechter Parteien zu deuten? Sie bürstet das Material dabei insofern gegen den Strich, als »Kapitalismus«, »Demokratie« und »autoritäre Ideologie« in den untersuchten Populismustheorien mitunter nicht im selben Maße wie in der vorliegenden Abhandlung im Fokus stehen.

Diesem Vorgehen liegt die These zugrunde, dass die derzeit vorherrschenden Zugänge der Populismusforschung aus der Perspektive kritischer Theorien nicht vollenfänglich gesellschaftstheoretisch zu überzeugen vermögen und vor allem die Bedeutung und Funktion autoritärer Ideologie für populistische Parteien nicht plausibel erklären. Begleitend zur theoretischen Analyse fragt die Arbeit daher zweitens:

*Welche Probleme weisen die gegenwärtigen Populismustheorien aus der Perspektive gesellschaftskritischer Autoritarismustheorien auf?*

Mit Letzteren sind hier konkret zwei Theorietraditionen gemeint, die das Phänomen der autoritären Ideologie in demokratischen Systemen untersucht haben: zum einen die hegelmarxistische Frankfurter Kritische Theorie Theodor W. Adornos, Max Horkheimers, Leo Löwenthals etc. und zum anderen die an den hegemonietheoretischen Marxismus Antonio Gramscis anschließenden Überlegungen des jamaikanisch-britischen Kulturwissenschaftlers Stuart Hall und der an ihn anknüpfenden Theoretiker\*innen. Sie sollen helfen, Widersprüche, unplaublice Annahmen und Leerstellen der gegenwärtigen Populismustheorien zu identifizieren und sie kritisch zu reflektieren. Dazu werden im fünften Kapitel die herausgearbeiteten Stärken und Probleme der drei diskutierten Forschungsansätze zusammengeführt und unter Zuhilfenahme einiger Modelle der gesellschaftskritischen Theorien reflektiert. Das soll vor allem dort weiterhelfen, wo die Ansätze dieselben Probleme aufweisen und sich nicht gegenseitig ergänzen können.

Die Frankfurter und die gramscianische kritische Theorie eignen sich dafür nicht nur, weil sie dem Autoritarismus viel Aufmerksamkeit gewidmet haben, sondern auch, weil beider Theoretisieren ausdrücklich vom Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung angetrieben ist und sie daher Gesellschaft auf ihre herrschaftsähnliche Struktur hin in den Blick nehmen. Ihre Beschäftigung mit autoritären Bewegungen in der Demokratie zielt mithin darauf ab, die Irrationalität der Einzelnen als Teil und Ausdruck gesellschaftlicher Widersprüche in modernen kapitalistischen Gesellschaften zu fassen. Zugleich stellen diese Theorien keine abgeschlossenen Lehren dar und bieten keine überzeitlich gültigen Begriffe. Vielmehr sind sie als spezifische, historisch informierte kritische Modelle anzusehen. Die Arbeit legt dar, inwiefern sie dennoch zur Bewältigung einiger aktueller theoretischer Herausforderungen und zu einem gesellschaftstheoretisch reflektierteren Verständnis des Populismus beitragen können.

Einer der notorischen Streitpunkte der Populismusforschung seit ihren modernisierungstheoretischen Anfängen ist die Frage, wie »Populismus« überhaupt definiert werden sollte. Noch immer ist es daher beinahe unumgänglich, zunächst auf das tradierte Problem einer fehlenden allgemeingültigen Definition zu verweisen. Seit mindestens 1969, als sich erstmals eine ganze Konferenz und ein aus ihr resultierender Sammelband diesem Problem widmeten (Ionescu/Gellner 1969), ist die Vagheit und Unbestimmtheit des Begriffs immer wieder hervorgehoben worden. Die heutige Assoziation verschiedener Krisen mit dem Begriff »Populismus« ist wohl auch, wenn nicht dieser Unschärfe geschuldet, so doch zumindest durch sie befördert. Die Abgrenzung oder das Verhältnis zum Faschismus, Rechtsextremismus, (Neo-)Konservatismus und Nationalismus, aber auch zu Propaganda, vereinfachender Rhetorik oder schlicht demokratischer Politik ist immer wieder Gegenstand der Diskussion – bis dahin, dass die Brauchbarkeit des Begriffs insgesamt infrage gestellt wird. Die vorliegende Arbeit geht davon aus, dass der Begriff in der Tat etwas in den gegenwärtigen sozialen und politischen Veränderungen erhellen

kann, wenn er als Einstiegspunkt in die gesellschaftstheoretische Reflexion dient. Daher ist es geboten, seine vorherrschende akademische Verwendung zu untersuchen und dabei auch seine theoriegeschichtliche Prägung zu berücksichtigen.

Der akademische Dissens über mögliche Definitionen von »Populismus« ist derweil heute gegenüber den 1960er-Jahren vernehmlich kleiner geworden (vgl. Stavrakakis/Katsambekis 2024a: 1f.). Wenngleich nach wie vor kein Konsens besteht, hat sich doch die vom niederländischen Politikwissenschaftler Cas Mudde entwickelte Minimaldefinition als sehr anschlussfähige Grundlage erwiesen. Mudde zufolge ist Populismus »an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ›the pure people‹ versus ›the corrupt elite‹, and which argues that politics should be an expression of the volonté générale (general will) of the people« (Mudde 2004: 543). Dieser Definition folgt die Arbeit mit zwei Einschränkungen: Erstens hält sie das Kriterium eines homogenen Volksbegriffs im von Mudde vorgeschlagenen Sinn vor allem für den linken Populismus für unzutreffend, und zweitens fasst sie die populistische Polemik gegen Eliten als vor allem personalisierend statt als moralisierend. Diese Einschränkungen werden im zweiten Kapitel begründet.

Muddes Definition beansprucht unter anderem, das Wesen des Populismus unabhängig von den verschiedenen nationalen Kontexten zu erfassen. Tatsächlich aber hat die Populismusforschung seit den 1990er-Jahren vor allem in Reaktion auf die politischen Erfolge populistischer rechter Parteien in (West-)Europa Fahrt aufgenommen. Je nach ihrem Verständnis von Populismus variiert der beanspruchte geografische Geltungsbereich der hier untersuchten Theorien. Fast immer ziehen sie auch südamerikanische und oft osteuropäische Beispiele heran. Trotzdem befassen sie sich nicht zufällig nach wie vor in erster Linie mit den rechtsstaatlich verfassten Demokratien West-, Mittel- und Südeuropas und Nordamerikas. Die Arbeit folgt diesem Fokus, denn populistische Ideologie tritt in diesen Ländern in einer spezifischen Situation auf: Während sie stark von den demokratischen Versprechen und Legitimationsmustern der bürgerlichen Revolutionen geprägt sind, sind die Demokratien hier zugleich umfassend liberal-rechtsstaatlich eingehakt. Populismus kann daher zwar immer auf Elemente des begrenzten »demokratischen Imaginären« (Laclau/Mouffe) Bezug nehmen, gerät jedoch unweigerlich mit den rechtsstaatlichen Institutionen in Konflikt.

Auch in politischer Hinsicht beanspruchen Muddes Definition sowie die anderen hier untersuchten Theorien Allgemeingültigkeit. Sie nehmen – mal mehr, mal weniger – sowohl den linken als auch rechten Populismus in den Blick. Allerdings ist, entsprechend ihrer politischen Bedeutung, die populistische Rechte nicht nur für den öffentlichen Diskurs, sondern auch für die Forschung deutlich wichtiger als die populistische Linke (vgl. Katsambekis 2022: 66). Daher steht sie auch hier im Fokus. Ob populistische linke und rechte Parteien tatsächlich hinreichend Gemeinsamkeiten aufweisen, um parallel besprochen zu werden, ist selbst Gegenstand der

Diskussion. Die Arbeit sieht die Suche nach einer möglichst umfassenden und präzisen Definition dabei durch die Notwendigkeit begrenzt, theoretisch deutlich zwischen linken und rechten Ausprägungen des Populismus und ihren jeweiligen gesellschaftlichen Bedeutungen zu differenzieren. Diese Notwendigkeit wird im fünften Kapitel dargelegt.

Terminologisch folgt die Arbeit den jeweils untersuchten Theorien, in deren Rahmen vor allem zur Benennung populistischer rechter Parteien unterschiedliche Begriffe benutzt werden. Obwohl die Titulierungen als »rechtspopulistische Parteien« (Rodrik/Manow), »Rechtspopulismus« bzw. »right-wing populism« (Müller; Laclau/Mouffe; Canovan) »extreme populist right« (Bornschier/Kriesi), »populistische radikale Rechte« (Mudde/Kaltwasser) »radical right populists« (Burgoon/Rooduijn) oder als »autoritär-populistische Parteien« (Norris/Inglehart) auf jeweils leicht unterschiedliche Fassungen des Gegenstandes verweisen, sind die dahinterstehenden Erklärungsansätze ähnlich und damit vergleichbar. Unumgänglich ist hier lediglich die Unterscheidung zwischen der (populistischen) Rechten oder radikalen Rechten einerseits und dem prinzipiell demokratiefeindlichen (ggf. auch populistischen) Rechtsextremismus andererseits.

Aus den oben vorgestellten Forschungsfragen und dem theoretischen Gegenstand ergibt sich das methodische Vorgehen in dieser Arbeit. Grundsätzlich ist sie *verstehend* ausgerichtet, das heißt, sie will mit den Mitteln der theoretischen Reflexion zum Verständnis konkreter politischer Verhältnisse und politischer Theorien beitragen. Das ist als Abgrenzung gegenüber dem Anspruch zu verstehen, politische und theoretische Phänomene kausal und mit prognostischem Anspruch zu erklären (vgl. Salzborn 2014: 75f.).

Die Arbeit geht zudem *vergleichend* vor, da sie die verschiedenen gegenwärtigen Populismustheorien auf ihren ähnlichen oder unterschiedlichen Umgang mit denselben Begrifflichkeiten abklopft. Deren Argumente, aber auch ihre Leerstellen und Widersprüche werden *rational rekonstruierend* (vgl. Zapf 2013: 77–79) herausgearbeitet, das heißt durch systematischen Nachvollzug theoretischer Entscheidungen und Bezüge. Dabei treten die historischen Umstände ihrer Formulierung und die Traditionen, aus denen sie hervorgegangen, in den Hintergrund – ohne jedoch ganz zu verschwinden, denn sie tragen mitunter maßgeblich zum Verständnis der vorgebrachten Argumente bei. Die theoriegeschichtlichen Bezüge zur liberalen Modernisierungstheorie werden dort benannt, sofern sie noch nachwirken und das Verständnis der Struktur der Theorie erweitern. Das Ziel besteht darin, die tragenden Gedankengänge so weit wie möglich schlüssig herauszuarbeiten und dabei Widersprüche zu benennen. Diese Widersprüche sollen als Symptome theoretischer Probleme beleuchtet werden und Ausgangspunkte für Einsprüche und die Weiterentwicklung der Populismusforschung sein. Die wie bei jeder Rekonstruktion auch hier notwendige Aneignung des theoretischen Materials ist indes nicht interesselos oder unschuldig, sondern erfolgt aus der Perspektive der genannten gesellschaftskritischen

Autoritarismustheorien. Um zu vermeiden, dass dieser kritische Ausgangspunkt zur Formulierung von Strohmann-Argumenten führt, erfolgt die Rekonstruktion in einer relativen Ausführlichkeit.

In dieser Arbeit wird also sowohl immanente wie auch transzendent Kritik an den gegenwärtigen Populismustheorien geübt. Immanent ist die Kritik insofern, als sie jene Punkte fokussiert, an denen die Populismustheorien ihrem eigenen Erklärungsanspruch nicht gerecht werden. Transzendent argumentiert sie dort, wo sie ihnen Argumente und Modelle der kritischen Theorien entgegenhält. Diese zunächst äußerlich an sie herangetragenen kritischen Modelle werden sich, so die Hoffnung, als ein Schlüssel zu den Problemen der gegenwärtigen Theorien rechtfertigen. Etwa indem sie kritische Impulse aus den gegenwärtigen Populismustheorien selbst aufgreifen, die diese bislang nicht entwickelt haben.

## **2. Von der Ideologie zur Wirklichkeit?**

### **Populismus im *ideational approach***

---

Unter den verschiedenen Ansätzen der Populismusforschung haben sich in den letzten Jahren diejenigen am erfolgreichsten etabliert, die Populismus als eine Ideologie oder als eine Konstellation von Ideen begreifen. Dieser meist als *ideational approach* betitelte Zugang ist zwar der jüngste unter den hier untersuchten. Dennoch dient er heute dank seiner systematischen Untersuchungen sowie seiner reduzierten und gut operationalisierbaren Populismusdefinitionen als Grundlage vieler empirischer Studien populistischer Einstellungen, Diskurse und Parteien.

Seine wesentlichen Impulse gehen auf frühe radikaldemokratische Arbeiten vor allem von Margaret Canovan sowie auf die morphologische Ideologieforschung Michael Freedens zurück. Die zentralen Texte, vor allem des niederländischen Parteiforschers Cas Mudde und seines chilenischen Kollegen Cristóbal Rovira Kaltwasser, sind ab 2004 angesichts des Auftriebs populistischer radikal rechter Parteien in Europa zu Beginn der 2000er-Jahre einerseits und des neoliberalen Populismus der 1990er in Lateinamerika andererseits entstanden. In Hinblick auf diese geografische wie ideologische Vielfalt populistischer Parteien stand und steht die Frage nach einem kleinsten gemeinsamen Nenner populistischen Denkens im Mittelpunkt der ideologietheoretischen Texte. Seitdem sind nicht nur die Definitions- vorschläge des *ideational approach* in der Populismusforschung beinahe konsensfähig geworden, sondern er hat sich auch zu einem eigenständigen Forschungsprogramm verbreitert (vgl. Hawkins/Kaltwasser 2019).

Die liberale Modernisierungstheorie, die eingangs als theoriegeschichtlicher Ursprung der Populismustheorie dargestellt wurde, ist hier schon kein bedeutsamer Bezugspunkt mehr. Weder schließt der *ideational approach* an sie an, noch steht er in einem polemischen Verhältnis zu ihr. Das große Anliegen etwa der radikaldemokratischen Autor\*innen gegenüber der Modernisierungstheorie, Populismus nicht länger als eine bloße Pathologie bestimmter, krisenhafter sozialer Verhältnisse zu begreifen (siehe die Einleitung zu Kapitel 4), ist für den *ideational approach* selbstverständlicher Ausgangspunkt. Gleichwohl ist er eindeutig liberal ausgerichtet und greift einige Elemente des liberalen Antipopulismus auf, der auch der Modernisierungstheorie der 1950er und 1960er-Jahre eigen war.

Im Fokus steht nicht, wie in den Cleavage-Theorien, die Nachfrageseite des Erfolgs populistischer Parteien – warum stimmen so viele Wähler\*innen für populistische Parteien? – sondern vor allem die Angebotsseite: Wie und unter welchen Kontextbedingungen können populistische Parteien diese Nachfrage in politischen Erfolg ummünzen? Den Forschungsansätzen in der Tradition der Modernisierungstheorie halten die Vertreter\*innen des *ideational approach* vor, diese Angebotsseite systematisch zu vernachlässigen – nicht zu Unrecht, wie die Untersuchung zeigen wird (siehe Abschnitt 2.2.3). Ebenso verweigern sie sich der Gegenüberstellung kultureller und ökonomischer Erklärungsansätze, da beide zu sehr auf die Nachfrageseite fokussieren.

Sie selbst folgen zwar im Prinzip der radikaldemokratischen Deutung von Populismus als Produkt und Symptom demokratischer Legitimationsprobleme, verzichten dabei aber weitgehend auf eine größere demokratietheoretische Herleitung. Stattdessen sind sie einer vergleichend-empirischen Perspektive auf das Phänomen verpflichtet. Populismus ist hier nicht mehr und nicht weniger als eine weitverbreitete Ideologie mit wenigen, genau bestimmbaren Elementen. Diese Elemente möglichst präzise zu erfassen, steht im Fokus. Dabei treten durchaus Differenzen zutage, die auf verschiedene Demokratieverständnisse und Gesellschaftsbilder hindeuten. Gerade weil diese positivistische Bestimmung von Populismus als Ideologie als beinahe voraussetzunglos erscheint, lohnt es, ihre gesellschaftstheoretischen Grundlagen auszuleuchten. Im Folgenden stehen dabei die Bücher und Artikel Cas Muddes und Cristóbal Rovira Kaltwassers im Mittelpunkt. Sie haben sowohl mehrere grundlegende Werke zum Populismus als solchem vorgelegt als auch viele Forschungsarbeiten zu populistischen und nicht-populistischen radikal rechten Parteien. Ergänzend wird die ebenfalls weit rezipierte ideengeschichtliche Annäherung Jan-Werner Müllers untersucht.

## 2.1 Autoritarismus und Ideologie

Unabhängig davon, ob man die Grenzen eines *ideational approach* eng oder weit fasst, verstehen alle Vertreter\*innen Populismus zunächst als ein geistiges Phänomen. Ob sie als Terminus Diskurs, Idee, Weltanschauung oder Ideologie bevorzugen – gemeinsam ist ihnen, Populismus über bestimmte Inhalte zu bestimmen. Populistische Einstellungen können in dieser Perspektive sowohl auf Massen- als auch auf Partei- und Elitenbene auftreten, als bloße Meinung oder als explizit politischer Diskurs.

Eine so umfassend ideelle Herangehensweise wirft sogleich die Frage auf, inwieweit dieses geistige Phänomen auch eine politische und eine gesellschaftliche Erscheinung ist. Welche gesellschaftlichen Funktionen erfüllt Ideologie? Lässt sich eingrenzen, wer mit welchen Intentionen und Interessen die populistische Ideolo-

gie produziert, aufgreift und reproduziert? Kann der *ideational approach* klären, inwiefern Populismus – insbesondere in Verbindung mit autoritärer Ideologie – bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen und Bedürfnissen entspringt?

### 2.1.1 Der Begriff der Ideologie

Die heute weithin akzeptierte Standarddefinition populistischer Ideologie hat Cas Mudde bekanntlich bereits 2004 formuliert:

»I define populism as an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ›the pure people‹ versus ›the corrupt elite‹, and which argues that politics should be an expression of the volonté générale (general will) of the people« (Mudde 2004: 543).

Bevor die verschiedenen inhaltlichen Elemente dieser Definition näher untersucht werden, lohnt ein Blick auf den Begriff Ideologie selbst. Selbstverständlich ist er hier im positivistischen, wertfreien Sinne verwendet, sodass er zunächst schlicht jede halbwegs kohärente Vorstellung davon meint, wie die Welt ist oder wie sie sein soll. Insbesondere bezeichnet »Ideologie« hier nicht, wie im marxistischen Verständnis, pejorativ ein falsches, verzerrtes Bewusstsein gesellschaftlicher Verhältnisse. Ideologie wird im *ideational approach* meist synonym mit »politischem Denken« insgesamt verwendet. So verstehen Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser Ideologie als »a body of normative ideas about the nature of man and society as well as the organization and purposes of society« (Mudde/Kaltwasser 2017: 6).

Mudde, und in der Folge sämtliche der an ihn anschließenden Vertreter\*innen des *ideational approach*, entlehnern ihr Verständnis von Ideologie dem morphologischen Ansatz des britischen Ideologieforschers Michael Freeden. In seiner Perspektive gibt es kein Außerhalb der Ideologie, da jegliche Kartierung oder Interpretation der politischen und sozialen Welt – und ohne eine solche wäre kein Handeln möglich – Ideologie ist (vgl. Freeden 2003: 2). Dieses zwar konstruktivistische, aber betont wertfreie, deskriptive Ideologieverständnis ist insbesondere für die empirische Populismusforschung attraktiv, da es die Nachfrageseite der Politik und ihre Angebotsseite, das heißt das, was Parteien und Regierungen als politische Alternativen für die Bürger\*innen zur Auswahl stellen, miteinander verbindet. Die deskriptiven Kriterien für Populismus als Ideologie können auf subjektive Überzeugungen ebenso wie auf Partei-Manifeste, Reden usw. angewendet werden. Zudem schließt es vereinfachte Vorstellungen aus, die politisches Denken als eine irgendwie unmittelbare Reaktion auf soziale Veränderungen oder als bloßes Ergebnis einer Manipulation durch Eliten verstehen, indem es unterstreicht, dass Ideologie immer eine unhintergehbar normative Interpretation sozialen Wandels ist.

Besonders einschlägig für den *ideational approach* ist Freedens Unterscheidung zwischen »full« und »thin-centred ideologies« (Freedens 1996: 485). Freedens benutzt sie, um der reduzierten thematischen Breite feministischen und grünen politischen Denkens, aber auch des Nationalismus (vgl. Freedens 1998), Rechnung zu tragen. Gegenüber Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus, die jeweils umfassende Antworten auf sämtliche große politische Fragen vorbringen, begnügen sich dünne Ideologien mit einem Kern aus einem oder zwei Themen und nur wenigen politischen Begriffen. Inhaltliche Spannbreite können sie nur gewinnen, indem sie Anleihen bei vollen Ideologien nehmen oder sich gar an sie als »host ideology« (Freedens 1996: 509) anfügen. Der Populismusforschung ermöglicht diese Unterscheidung, in verschiedenen populistischen Diskursen trotz ihrer oft beklagten Unbestimmtheit und politischen Wandlungsfähigkeit eine gemeinsame inhaltliche Substanz zu erkennen, ohne ihre ideologische Vielfalt und Flexibilität zu leugnen. Populismus ist für sich genommen nicht links oder rechts, er hat für sich genommen beinahe kein eigenes Programm. Populismus als Ideologie kann, so Mudde und Kaltwasser, überhaupt nur in Verbindung mit vollen Ideologien existieren, da er selbst keine Antworten auf die politischen Fragen moderner Gesellschaften liefern kann. Er braucht also weitere ideologische Elemente, um eine breitere Öffentlichkeit wirkungsvoll politisch ansprechen zu können (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017: 6).

Ist er dann aber überhaupt guten Gewissens als Ideologie zu bezeichnen? Weder gemessen an Muddes und Kaltwassers eigener Rede von »bodies of normative ideas«, noch im Sinne Freedens scheint die außerordentliche Begrenztheit populistischer Themen diesen Namen zu verdienen. Vermag das einzige eigene Thema des Populismus, der Konflikt zwischen dem guten, aber unterdrückten Volk und der korrupten, aber herrschenden Elite, eine eigenständige Mobilisierungswirkung zu entfalten?

Michael Freedens selbst hat der Anwendung seines Konzepts der dünnen Ideologie – das von ihm übrigens nie systematisch entwickelt wurde (vgl. Aslanidis 2016: 9of.) – auf den Populismus widersprochen. Denn anders als feministische und grüne Ideologie hat der Populismus laut Freedens erstens keine positive, selbstbewusst artikulierte inhaltliche Stoßrichtung politischer Veränderung, sondern belebt lediglich »primordial social intuitions« (Freedens 2017: 3) neu. Zweitens ist die Volk-Elite-Entgegensetzung beim Populismus gerade nicht die Basis für eine mögliche inhaltliche Verbreiterung, sondern schon das ganze Programm; der Populismus hat gar kein Interesse daran, seine ideologische Ansprache zu verbreitern. Für Freedens ist er zu dürr, um auch nur dünn genannt zu werden.

Dass Mudde und Kaltwasser dennoch am Genus »Ideologie« festhalten, liegt am genannten Anspruch, Angebots- und Nachfrageseite zu integrieren. Mudde hat für die Erforschung der populistischen radikal rechten Parteien ausdrücklich das Programm ausgegeben, nicht länger der vorherrschenden Fokussierung auf die Nachfrageseite radikal rechter Politik zu folgen. Dieser, von Mudde in Bezug auf

eine Formulierung von Erwin K. Scheuch und Hans-Dieter Klingemann (Scheuch/Klingemann 1967) als »normal pathology thesis« bezeichneten Forschungstradition gemäß sind radikal rechte und populistische Einstellungen eine pathologische, randständige Ausnahme gegenüber normalen, Mainstream-Ideologien in westlichen Demokratien. Die modernisierungstheoretischen Pioniere der Erforschung der radikalen Rechten wie Daniel Bell, Richard Hofstadter und Seymour Martin Lipset gingen davon aus, dass dennoch in allen westlichen Gesellschaften ein kleines, strukturell bedingtes Zustimmungspotenzial für sie existiert. Dafür machten sie vor allem psychologische Pathologien wie Paranoia, Verschwörungsdenken sowie tief sitzende Feindseligkeiten gegenüber Minderheiten verantwortlich. Die politische Aktivierung dieser Pathologien und ihr zeitweiliger Erfolg auch jenseits dieses begrenzten Potenzials führen sie auf schnellen sozialen Wandel und damit einhergehende extreme, krisenhafte Umstände zurück (vgl. Mudde 2010: 1170). In dieser Perspektive spielen die konkrete Ideologie und das tatsächliche politische Handeln radikaler und extrem rechter Parteien selbst kaum eine Rolle. Mudde stellt nun infrage, dass die Ideologieelemente populistischer radikal rechter Parteien Randphänomene seien, gar etwas Krankhaftes. Anders als die Ideologien der offen demokratiefeindlichen extrem rechten Parteien seien sie lediglich eine »radical interpretation of mainstream values, or more akin to a pathological normalcy« (ebd.: 1167). Empirisch könne gezeigt werden, dass Kernelemente der populistischen radikal rechten Ideologie vom Mainstream sowohl auf Massen- als auch auf Elitenebene geteilt werden, wenngleich oft in moderaterer Form (vgl. ebd.: 1187). Das hält der Ideologiebegriff hier fest: Populistisches und radikal rechtes politisches Denken ist weit verbreitet und kann weder auf psychische Pathologien noch auf bloße parteipolitische Beeinflussung reduziert werden, wie es etwa die Bezeichnungen »Propaganda«, »Demagogie« oder »Agitation« nahelegen würden. Die politische Nachfrage nach populistischer und radikal rechter Ideologie ist damit für den *ideational approach* nicht länger ein Rätsel, sondern schlicht eine Voraussetzung. Laut Mudde wird sie ganz von selbst von den »complex multiethnic western democracies« (ebd.: 1179) erzeugt. Seine eigentliche Frage ist, wie und unter welchen Bedingungen welche Arten von Parteien mit populistischer Ideologie den offenbar fruchtbaren gesellschaftlichen Nährboden politisch zu bestellen vermögen. Zur Erklärung der Wahlerfolge populistischer Parteien rücken also die Parteien selbst in den Mittelpunkt und ihre angebotsseitigen Kämpfe um die Salienz bestimmter Themen und die Besetzung bestimmter Positionen.

Mainstream-Elemente populistischer Ideologie sind laut Mudde etwa die Betonung des demokratischen Versprechens einer am besten unbeschränkten Volkssouveränität und ein Misstrauen gegenüber gesellschaftlichen Eliten (vgl. ebd.: 1175). Ob diese Elemente als populistische Ideologie bezeichnet werden können, bleibt indes auch innerhalb des *ideational approach* eine offene Frage. So stellen Hawkins und Kaltwasser fest, dass auf Individualebene populistische Einstellungen statis-

tisch nicht konsistent mit der Wahl populistischer Partien korrelieren. Sie folgern, dass populistische Ideen möglicherweise keine bewussten Einstellungen sind, wie Wähler\*innen sie etwa zu Themen wie Rentenreformen oder Abtreibungsgesetzgebungen haben, sondern »a latent demand or a disposition [...] that must be activated through context and framing« (Hawkins/Kaltwasser 2019: 7, Hrvh. i. O.). Wenngleich sie »Disposition« hier nicht im psychoanalytischen Sinne als unbewussten Persönlichkeitsszug verstanden wissen wollen, nähern sie sich damit doch wieder der von Mudde zuvor abgelehnten psychischen Charakterisierung populistischer Ideologie. Zugleich halten sie daran fest, dass diese populistische Disposition nicht durch irrationale Agitation oder als verschobene Reaktion auf eigentlich andere Probleme erweckt wird, sondern realitätsgerecht durch »widespread failures of democratic governance that can be attributed to intentional elite behaviour« (Hawkins et al. 2020: 286). Könnten die vermeintlichen populistischen Einstellungen dann aber nicht auch schlicht als angemessene Kritik bezeichnet werden?

Muddes Umkehrung der »normal pathology«-These ist durchaus radikal. Die Trennung zwischen Ideologien des Mainstreams und populistischer radikaler Parteien zu hinterfragen, bringt deren breite gesellschaftliche Verankerung zu Bewusstsein. Auch der Versuch, Elite- und Massenebene als verbunden zu betrachten, nimmt Populismus als gesellschaftliches Phänomen in den Blick. Populistisches politisches Denken tritt in weiten Teilen der Wähler\*innenschaft, in der politischen Elite und in verschiedenen ideologischen Schattierungen auf. Nachfrage nach populistischer und radikal rechter Ideologie ist stets gegeben, entscheidend für den politischen Erfolg sind daher das politische Angebot und die konkreten Opportunitätsstrukturen.

Aber der dafür in Anspruch genommene positivistische Ideologiebegriff verstellt zugleich den Blick auf das Gesellschaftliche. In seiner inhaltlichen Begrenztheit und theoretischen Abstraktheit hat Populismus als Ideologie scheinbar keinen Ausgangspunkt mehr, erfüllt keine Funktion und bedient kein Interesse mehr – er ist einfach da. Er ist schlicht eine von vielen subjektiven Mustern zur Interpretation der sozialen Welt. So richtig es ist, populistisches Denken nicht einfach als Ausdruck psychischer Deformationen zu begreifen: Wird es hier nicht zu einer schlichten, ungesellschaftlichen Tatsache?

Jan-Werner Müller umgeht in seiner Variante des *ideational approach* die Frage nach dem Genus des Populismus weitgehend. In seinem weit rezipierten Essay *Was ist Populismus?* (Müller 2016a) benutzt er zwar an einigen verstreuten Stellen den Begriff »Ideologie«, erläutert ihn aber nicht.<sup>1</sup> Wie Mudde verwendet er »Ideologie« rein

---

<sup>1</sup> In einem späteren Artikel spricht er sich sogar explizit dagegen aus, Populismus als eine neue Ideologie zu betrachten. Damit will er allerdings nicht für einen alternativen Begriff argumentieren, sondern unterstreichen, dass populistische Parteiprojekte weniger durch bestimmte Überzeugungen als durch persönliche Bereicherung und Machtwillen angetrieben

deskriptiv und denkt populistische Ideologie als weniger umfangreich im Vergleich zu Sozialismus, Liberalismus und Konservatismus (vgl. Müller 2016a: 129). Stärker als Mudde stellt er dabei den Zusammenhang von Ideologie und Praxis her. Ideologien sind nicht nur Interpretationsmuster, sondern versprechen grade den »gewöhnlichen Männern und Frauen« auch »plausible Lösungen für ihre Probleme« (Müller 2013: 8). Aus diesem Versprechen besser funktionierender politischer Institutionen ist die Attraktivität von Ideologien zumindest in der Rückschau auf das 20. Jahrhundert zu begreifen. Beim gegenwärtigen Populismus greifen Ideologie und Praxis in der Form ineinander, dass einerseits ihre Ideologie es den Populist\*innen erlaubt, ihre Herrschaftstechniken in einer demokratisch klingenden Sprache mit einem großen moralischen Gestus zu rechtfertigen. Insbesondere die Vereinnahmung des Staates, Wähler\*innenbindung durch Massenklientelismus sowie Repression gegenüber Zivilgesellschaft und Medien lassen sich mit dem moralischen Alleinvertretungsanspruch des Populismus offen rechtfertigen (vgl. Müller 2016a: 90). Andererseits vergegenständlichen sie ihre Ideologie, insbesondere ihre spezifische Vorstellung des »Volkes«, etwa in repräsentativen Bauprojekten (vgl. Müller 2023).

Insgesamt scheint der positivistische Ideologiebegriff des *ideational approach* in seiner breiten Anwendbarkeit zunächst gut für das gesellschaftliche Phänomen »Populismus« geeignet. Die Verbindung von Angebots- und Nachfrageseite sowie die Unterscheidung eines inhaltlichen Kerns von wechselnden möglichen ideologischen Anbauten bieten der Populismusforschung einen deskriptiven Zugriff ohne Festlegung auf eine bestimmte kausale Erklärung.

Diese deskriptive Breite ist allerdings mit einer geringen begrifflichen Tiefe erkauft. »Ideologie« wird austauschbar mit »Weltanschauung« oder »Idee« verwendet, ohne ihre gesellschaftliche Produktion, Verbreitung und Bedeutung sowie die möglicherweise verschiedenen Funktionen für Wähler\*innen, Agitator\*innen und Parteien näher zu erläutern.

### 2.1.2 Die Elemente populistischer Ideologie

Wie wirken sich nun diese Schwächen des deskriptiven Ideologiebegriffs auf die Charakterisierung der inhaltlichen Elemente der populistischen Ideologie aus? Vorab ist hervorzuheben, dass Mudde sehr deutlich zwischen dem Populismus als solchem und der populistischen radikalen Rechten als seiner häufigsten ideologischen Erscheinungsform unterscheidet. Bei populistischen radikal rechten

---

werden (vgl. Müller 2019b). Zuletzt akzeptierte er zwar, dass der *ideational approach* in der Populismusforschung weitgehend Konsens geworden ist, schloss sich ihm aber nur implizit und mit Einschränkungen an (vgl. Müller 2022: 13).

Parteien ist Populismus nur eins von drei ideologischen Elementen, neben Nativismus und Autoritarismus. Deren Verbindung mit dem Populismus ist für Mudde contingent, wenngleich in der Praxis die häufigste. Explizit differenziert Mudde daher auch die Ursachen populistischer Wahlerfolge je nach Wirtsideologie: Häufig seien spektakuläre Erfolge populistischer Parteien und Bewegungen, etwa bei der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA oder dem Brexit-Referendum im Vereinigten Königreich, gar nicht auf das populistische Ideologieelement zurückzuführen, sondern auf Nativismus oder Autoritarismus. Der Populismus ist, bis auf Ausnahmen, gegenüber der Wirtsideologie sekundär (vgl. Mudde 2021a: 579f.).

Die populistische Ideologie als solche besteht laut Muddes Definition aus drei Begriffen, deren Rolle im Folgenden kurz näher beleuchtet wird: das Volk, die Elite und der Gemeinwille.

Populistische Ideologie idealisiert das Volk als homogenes, moralisch reines und souveränes Subjekt, dem die ebenfalls homogene, aber moralisch verdorbene und korrupte Elite gegenübersteht. Mudde und Kaltwasser bezeichnen die populistische Ideologie daher als monistisch. Sowohl die Interessen des »Volks« als auch der »Elite« dulden keine innere Differenzierung. Dieses Kriterium des »Monismus« ist allerdings weniger tauglich, als es auf den ersten Blick wirkt. Der Vorwurf, populistische Ideologie homogenisiere grundsätzlich die Identität und die Interessen des Volkes lässt sich empirisch nicht halten. Auf der Linken ist diese Diskrepanz besonders deutlich. Mudde und Kaltwasser führen neben *Podemos* und *Syriza* die spanische Protestbewegung der *Indignados* und die US-amerikanische Bewegung *Occupy Wall Street* als Beispiel linker populistischer Mobilisierung an (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017: 48). Die beiden letztgenannten trugen aber mitnichten essentialisierte, homogene Volksbegriffe vor sich her, sondern verstanden sich selbst vielmehr als Verbindungen verschiedener Forderungen und begrüßten ausdrücklich ihre interne Heterogenität. Auch Mudde und Kaltwasser geben das zu: »both movements tried to develop a definition of ›the people‹ that was inclusive to most marginalized minorities – including ethnic, religious, and sexual« (ebd.). Derselbe Widerspruch fällt in ihrer Charakterisierung des bolivianischen Präsidenten Evo Morales und seiner Partei *MAS* auf. Er ist einerseits der »prototypical case of ethno-populism« (ebd.: 72f.). Zugleich aber erkannte er neben der eigenen auch andere indigene Gruppen, Menschen mit sowohl weißen als auch indigenen Vorfahren sowie die Weißen als Teil des bolivianischen Volkes an. Muddes und Kaltwassers Definition, der zufolge populistische Parteien notwendig einen antipluralistischen, homogenen Volksbegriff verwenden, schließt also einige der linken Bewegungen und Parteien aus, die sie selbst als populistisch einordnen.

Aber auch rechte populistische Parteien, die natürlich eine stärkere ideologische Affinität dazu haben, können nicht ohne Weiteres auf einen homogenen Volksbegriff pochen. Wollen sie elektoral erfolgreich sein, müssen sie soziale Heterogenität zumindest teilweise anerkennen und versuchen, die Bedürfnisse verschiedener

Gruppen ideologisch miteinander zu verbinden. Giorgos Katsambekis und Yves Surel weisen etwa auf entsprechende Entwicklungen innerhalb des französischen *Rassemblement National* hin, die am ehesten als Bewegung zu einem »catch-all populism« (Surel 2019) gedeutet werden können. Verschiedene soziale und ökonomische (wohl-gemerkt nicht: ethnische) Gruppen werden in ihrer Unterschiedlichkeit auf Marine Le Pen als starke und patriotische Anführerin vereinigt (vgl. Katsambekis 2022: 65).

Mudde und Kaltwasser versuchen diesem Widerspruch zwischen ihrer Definition und den tatsächlichen Populismen durch eine begriffliche Differenzierung von »exclusionary« und »inclusionary populism« beizukommen. Doch auch sie kann den Widerspruch letztlich nur verschieben. Wiederum mit Blick auf u.a. Morales schreiben sie, dass sein Volksbegriff zwar tatsächlich *vorwiegend* inklusiv sei, aber eben nicht völlig, da er in seinem zugleich ja anti-elitären Diskurs schließlich die Anführer und Mitglieder des politischen Establishments implizit vom »Volk« ausschließe. Damit eröffnet er eine Schmitt'sche Freund-Feind-Unterscheidung, die beide Seiten erst zu homogenen Einheiten macht (vgl. Mudde/Kaltwasser 2013: 165).

Wird aber »homogener Volksbegriff« so weit ausgelegt, ist Monismus letztlich bloß ein Aspekt des Volk-Elite-Manichäismus: Wer streng zwischen Volk und Elite trennt, setzt demnach notwendig beide auch als in sich homogene Entitäten voraus, unabhängig von der tatsächlichen positiven Charakterisierung des »Volkes«. Als echten Pluralismus präsentieren Mudde und Kaltwasser demgegenüber unter Bezug auf Robert Dahl eine unterschiedslose Anerkennung der Vielheit gesellschaftlicher Interessen und Ansichten, die im Rahmen einer polyarchischen Demokratie durch Kompromiss und Konsens in Einklang gebracht werden (vgl. ebd.: 152). So fügen sich ihr Ideologie- und ihr Gesellschaftsverständnis zusammen: Der chaotischen Vielheit von sozialen Kräften und Interessen entspricht ein ebenso ungeordnetes Feld von Ansichten und Ideologien. Beide lassen sich nicht auf ihre inneren Strukturen oder ihre Wahrheit hin befragen, sondern lediglich kartieren.

Trotz dieser theoretischen Schwäche beschreiben Mudde und Kaltwasser überzeugend die diskursiven Manöver, mit denen die populistische Ideologie sich die Vieldeutigkeit des Volksbegriffs zunutze macht. Ob mit »Volk« vor allem der demokratische Souverän, die »gewöhnlichen Bürger«, die Nation oder eine Kombination aus allen dreien gemeint sind, variiert je nach den politischen Zielen der populistischen Parteien und den Wähler\*innengruppen, die sie ansprechen wollen. Wie auch Ernesto Laclau sehen Mudde und Kaltwasser in der Berufung auf den unbestimmten Begriff »Volk« die zentrale politische Stärke der populistischen Ideologie: Unter dem Dach des »Volkes« kann der Populismus im Erfolgsfall aus scheinbar disparaten gesellschaftlichen Gruppen und Interessen eine geteilte politische Identität erzeugen. Mit dieser Berufung auf das Volk als Souverän steht die populistische Ideologie für Mudde und Kaltwasser eindeutig in der Tradition der Französischen und der Amerikanischen Revolution. Die damals etablierte Legitimitätsgrundlage eines souveränen Volkes, das durch eine demokratisch gewählte Regie-

rung vertreten wird, schafft zugleich auch die Bedingungen der Möglichkeit populistischen Aufbegehrens: Da der Unterschied zwischen Regierung und Volk nie verschwindet, kann »das Volk« sich stets als nicht angemessen repräsentiert sehen und verlangen, sich das politische Establishment wieder »wirklich« unterzuordnen. Die Rede vom »gewöhnlichen Volk« bezieht sich laut Mudde und Kaltwasser dabei implizit oder explizit auf ein »broader class concept« (Mudde/Kaltwasser 2017: 10). In ihr verbinden die Populist\*innen meist eine Verteidigung der Würde und Integrität der sozioökonomisch Benachteiligten mit der Anrufung bestimmter kultureller Werte und volkstümlicher Traditionen. Objektiv oder subjektiv, aufgrund ihres sozioökonomischen oder soziokulturellen Status Ausgeschlossene werden als »normale Bürger« gemeinsam angesprochen oder stehen symbolisch füreinander ein. Die Bedeutung von »Volk« als Nation schließlich verbürgt im Populismus den Anspruch, alle »natives« (ebd.: 11) eines Landes vertreten zu können, da diese eine Gemeinschaft mit einem geteilten Leben bilden. Die Mehrdeutigkeit des Begriffs »native« – Inländer, Einheimische und Ureinwohner sind mögliche Übersetzungen – weist dabei bereits darauf hin, dass die Grenzziehung der Nation politisch sehr unterschiedlich ausfallen kann. Überspannt scheint es allerdings, wenn Hawkins und Kaltwasser aus dem Bezug auf die Idee der Volkssouveränität folgern, dass die Anhänger\*innen populistischer Parteien hierarchische politische Organisationsformen prinzipiell ablehnen (vgl. Hawkins/Kaltwasser 2019: 10).

Ebenso wie »Volk« ist auch »Elite« laut Mudde und Kaltwasser in der populistischen Ideologie ein flexibles Konzept. Sie kann nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch, kulturell, als Medienelite oder als ethnisch verschieden bestimmt sein. In jedem Fall aber ist sie korrupt und moralisch verkommen, arbeitet sie doch absichtlich gegen den »Allgemeinwillen« des Volkes. Mudde und Kaltwasser betonen mehrfach, dass es sich im Populismus vor allem um eine *moralische* Definition von Elite handelt, ja der Moralismus gar »the essence of the populist division« (Mudde 2017a: 29) sei. Das bedeutet, dass sowohl die mächtigen Unterstützer\*innen populistischer Parteien als auch die Populist\*innen selbst, auch wenn sie sich in Regierungspositionen befinden, vom Verdikt »Elite« ausgenommen sind. Zur Not behaupten sie, dass die wirkliche Macht eben gar nicht bei den gewählten Vertreter\*innen liegt, sondern bei »some shadowy forces« (Mudde/Kaltwasser 2017: 12), die illegitimerweise die Macht des Volkes untergraben. Dabei streuen sie, wo sie nicht die »Elite« ohnehin ökonomisch definieren, Gerüchte darüber wie mächtige ökonomische Interessengruppen mit der »Elite« unter einer Decke stecken und so ihre Sonderinteressen gegen das Allgemeininteresse durchsetzen. Von diesem ideologischen Muster ist der Weg zum (israelfeindlichen) Antisemitismus nicht weit. So stellen etwa in Bulgarien und Ungarn populistische rechte Parteien immer wieder Mitglieder der »Elite« als Agenten israelischer oder jüdischer Interessen dar (vgl. ebd.: 14).

Doch auch »Moralismus« ist als Kriterium zur Bestimmung populistischer Ideologie strittiger als Mudde und Kaltwasser es sich eingestehen. Sie verstehen darunter, dass populistische Diskurse ostentativ mit der Entgegenseitung eines guten, reinen, authentischen Volkes und der bösen, korrupten, unauthentischen Elite operieren. Die Unterscheidung soll für sich genommen weder rechte noch linke politische Inhalte nahelegen (vgl. Mudde 2017a: 29f.).

Diese Formulierung hat Kritik aus verschiedenen Richtungen hervorgerufen. So wendet einerseits etwa Lars Rensmann mit Blick auf den Anti-Universalismus populistischer Bewegungen ein, dass der moralische Bezug auf das »gute Volk« implizit autoritär aufgeladen ist. Von Mudde und Kaltwasser unbemerkt tendiert er – rechts wie links – zu einer »defense of cultural identity, and appeals to cultural discontent with perceived liberal rule« (Rensmann 2017a: 125).

Andererseits heben die radikaldemokratischen Autoren Yannis Stavrakakis und Anton Jäger hervor, dass die Bezeichnung des Kerns des Populismus als »moralistisch« im Gegensatz zum Pluralismus der liberalen Demokratie einen spezifischen, antipopulistischen »cold war pluralism« (Stavrakakis/Jäger 2018: 12) fortschreibt, den zuerst Richard Hofstadter im Rahmen der liberalen Modernisierungstheorie prägte. Hofstadter postulierte schon 1969, dass das populistische Denken im Kern unterscheidet zwischen dem unschuldigen und homogenen Volk, das für seinen Lebensunterhalt arbeiten muss, und den Eliten, die das nicht nötig haben. Dabei kommt etwa dem Farmer oft »a certain moral priority« zu, aufgrund des »natural character of his labours, his closeness to the soil, and the fundamental character of agricultural production« (Hofstadter 1969, zit. n. ebd.: 13). Laut Stavrakakis und Jäger täuscht die Gegenüberstellung von Moralismus und Pluralismus damals wie heute darüber hinweg, dass moralische Idealisierung und Dämonisierung in allen leidenschaftlichen Identifikationen präsent sind und besonders in politischen Diskursen als »ubiquitous, rather than genre-specific« (ebd.) gelten müssen. So habe auch der politische Liberalismus neben seiner pragmatischen Seite einen messianischen oder, mit Margaret Canovan gesprochen, »erlösenden« Aspekt, etwa in Form einer »great american mission« (Ekbladh 2011) zur technologischen Modernisierung der Welt. Oder er rahmt gar, in Form neoliberaler Konsenspolitik, grundsätzlichen politischen Konflikt zunehmend moralistisch als »struggle between right and wrong« (Mouffe 2010: 5), wie Chantal Mouffe analysiert.

Die Verurteilung des Populismus als »moralistisch« kann also selbst zu einem Instrument der (neo-)liberalen moralischen Delegitimierung populistischen Aufbegehrens werden. Zumal »Moralismus« im Sinne einer Kritik *korrupter* Eliten oft ja empirische Evidenz beanspruchen kann: Vor allem populistische linke Mobilisierungen in Spanien und Griechenland brachten tatsächliche Korruption ans Licht. Statt von einer moralischen könnte beim Populismus also auch allgemeiner von einer *politischen* Unterscheidung von Volk und Elite gesprochen werden, die stets in unterschiedlichem Ausmaß moralische Aspekte einschließt. Mudde bleibt jeden-

falls eine politische Theorie schuldig, mithilfe derer sich moralistische Politik nachvollziehbar von nicht-moralistischer unterscheiden ließe (vgl. Katsambekis 2022: 54; Kim 2021: 81). Das Spezifische der populistischen Ideologie scheint hier eher zu sein, dass sie in ihrer Volk-Elite-Polarisierung stets *personalisiert*, das heißt, gesellschaftliche Widersprüche als Konflikt zwischen den beiden konstruierten Gruppen »Volk« und »Elite« deutet.

Am deutlichsten zeigt sich das Politikverständnis der populistischen Ideologie für Mudde und Kaltwasser am letzten Kernbegriff, dem »Allgemeinwillen«. Er unterstellt dem Volk einen erkennbaren und einheitlichen Willen bezüglich grundlegender politischer Fragen, den die populistischen Politiker\*innen lediglich artikulieren. Mudde und Kaltwasser führen diese Konzeption auf Jean-Jacques Rousseaus Unterscheidung zwischen dem bloßen *volonté de tous* und dem *volonté générale* zurück. Die populistische Ideologie teilt demnach nicht nur Rousseaus republikanische Utopie der Selbst-Gesetzgebung und Selbst-Regierung des Volkes. Sondern sie folgt insbesondere der darin impliziten Kritik repräsentativer Regierungssysteme, die das »Volk« auf passive Wähler\*innen reduziert. Programmatischen Ausdruck findet das in der von Populist\*innen verschiedener Couleur geteilten Forderung nach direktdemokratischen Mechanismen wie Referenden und Volksentscheiden. Allerdings entsteht in ihrer spezifischen Verklärung der »Allgemeinwille« nicht aus einem rationalen, öffentlichen Diskurs, sondern entspringt gleichsam von selbst dem Common Sense des »Volkes«. Diese Mystifizierung erweist sich laut Mudde und Kaltwasser als »useful for both aggregating different demands and identifying a common enemy« (Mudde/Kaltwasser 2017: 18). Darin ist auch ein ambivalentes Verhältnis populistischer Ideologie zur Demokratie angelegt. Einerseits benennen Mudde und Kaltwasser Populismus angesichts seines starken Bezugs auf den Allgemeinwillen und das souveräne Volk als »democratizing force« (ebd.). Zugleich aber legt sein monistischer und absoluter Begriff des »Allgemeinwillens« ein autoritäres Demokratieverständnis im Sinne des nationalsozialistischen Staatsrechtlers Carl Schmitt nahe. Für Schmitt setzt der erkennbare Allgemeinwille bekanntlich eine »substanzelle Homogenität« oder »Gleichartigkeit« (Schmitt 1957: 232) des demokratischen Volkes voraus, das sich trennscharf vom Nicht-Demos abgrenzt und Nichtzugehörige als ungleich behandelt. Mit dieser Konzeption können – wie Schmitt es an derselben Stelle seiner »Verfassungslehre« formulierte – autoritäre Maßnahmen wie »Unterdrückung, Aussiedlung der heterogenen Bevölkerung und ähnliche radikale Mittel« (ebd.) gerechtfertigt werden. Mindestens aber widerspricht der Gedanke einer »substanzellen Homogenität« dem liberalen Demokratieverständnis, wie Schmitt selbstbewusst feststellte:

»Solche Konsequenzen zeigen den Gegensatz der Demokratie als eines politischen Formprinzips gegenüber den liberalen Ideen von Freiheit und Gleichheit

des einzelnen Menschen mit jedem anderen Menschen. Ein demokratischer Staat würde sich durch eine konsequente Anerkennung der allgemeinen Menschen- gleichheit auf dem Gebiet des öffentlichen Lebens und des öffentlichen Rechtes seiner Substanz berauben« (Schmitt 1957: 233).

Diese Elemente populistischer Ideologie sind für Cas Mudde, wie bereits erwähnt, nicht völlig abgeschnitten vom politischen Mainstream, sondern radikalisieren lediglich Vorstellungen, die in westlichen Gesellschaften ohnehin weit verbreitet sind. So fußt die populistische Ideologie auf dem zentralen demokratischen Versprechen, durch die Selbstbestimmung des Volkes könnte eine bessere Welt eingerichtet werden. Ihr Misstrauen gegenüber Eliten kann sich auf Glaubenssätze des Alltagsbewusstseins berufen, etwa über den korrumierenden Einfluss von Macht und die sündige Natur des Menschen im Allgemeinen, die über politische Grenzen hinweg breit geteilt werden.

Auf der Einstellungsebene schlagen sich diese Ideologieelemente empirisch in Form einer weitverbreiteten Unzufriedenheit mit der jeweiligen nationalen Demokratie und geringem Vertrauen in demokratische Institutionen nieder, vor allem in das Parlament, die Regierung und die Parteien (vgl. Mudde 2010: 1175ff.). Seit gut 10 Jahren gibt es aus den Reihen des *ideational approach* auch Versuche, populistische Einstellungen im Sinne der Definition Muddes direkt zu messen. Die entsprechenden Umfragen ermitteln die Zustimmungswerte zu Aussagen wie »The people, and not politicians, should make our most important policy decisions«, »The political differences between the elite and the people are larger than the differences among the people« oder »Politics is ultimately a struggle between good and evil« (Akkerman et al. 2014: 8).

Der Fokus auf Populismus als Ideologie begrenzt den *ideational approach* allerdings stark. Das offenbart sich, wenn Mudde und Kaltwasser populistischen Politiker\*innen zugestehen, durchaus flexibel mit ihrer Ideologie umzugehen, also etwa die eigenen Glaubenssätze gemäß politischer Notwendigkeit umzudeuten (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017: 12). Das politische Handeln populistischer Politiker\*innen folgt natürlich nicht sklavisch der verlautbarten Ideologie, sondern nicht selten zuerst den eigenen politischen Interessen. Mudde und Kaltwasser wissen das, aber sie fragen nicht weiter danach, was diese banale Erkenntnis für ihren ideologiezentrierten Ansatz der Populismusforschung eigentlich bedeutet. Sie unterscheiden etwa nicht zwischen Ideologien, die trotz solcher Interessengebundenheit argumentative Überzeugungskraft zum mindesten beanspruchen und solchen, die, wie Michael Freedman es für den Populismus ausdrückt, nur »primordial social intuitions« (Freedman 2017: 3) artikulieren. Ideologie ist Ideologie. Für unterschiedliche Verwendungen und subjektive Haltungen zu ihr, mithin für Manipulation, Ungeglaubtes oder Strategie hat der positivistische Ideologiebegriff keinen Platz. Er nimmt ausführlich und fast ausschließlich die Inhalte der populistischen Ideologie in den Blick. Die

*Funktion* von Ideologien scheint ihm dabei im Allgemeinen wie im populistischen Besonderen nicht weiter erläuterungsbedürftig zu sein. Allerdings offenbaren die spärlichen Verweise auf die funktionalen Aspekte von Ideologien bei näherem Hinsehen recht disparate Vorstellungen. So sollen Ideologien erstens der schlechtdings immer notwendigen Konstruktion von Identitäten dienen, zweitens der Legitimation politischen Handelns, drittens schließlich der Maximierung des Elektorats einer Partei.

Diese unklare Vorstellung davon, welche Funktionen Ideologien erfüllen, begünstigt den Kurzschluss, demzufolge populistische (oder nativistische oder autoritäre) Ideologie mit ihren Inhalten von selbst das bekennt, worum es ihr wirklich geht. Anhänger\*innen populistischer Ideologie beziehen sich ostentativ auf die Souveränität des Volkes, *also* ist es wohl eine ihrer zentralen Überzeugungen, dass Volkssovereinheit in modernen Demokratien ein absolutes Prinzip eingeräumt gehört. Anhänger\*innen des Nativismus betonen immer wieder das Recht der »angestammten« Gruppe, *also* scheint ihr Anliegen die Verteidigung dieses Prinzips selbst zu sein. Diese implizite Identifikation von Ideologie, Überzeugung und Motivation schließt von vornherein die interessante Möglichkeit aus, dass zwischen Inhalt und Funktion hier Divergenzen bestehen können.

Jan-Werner Müller definiert die Ideologieelemente des Populismus ähnlich wie Mudde und Kaltwasser, weicht jedoch an entscheidenden Stellen ab. Im Mittelpunkt sieht auch er den angeblichen Konflikt, in dem »einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen« (Müller 2016a: 42). Dieser Grundhaltung entsprechend ist Populismus für ihn fundamental antielitär. Zur Kritik an Eliten kommt allerdings noch ein Antipluralismus hinzu. Denn der dezidiert moralische »Kernanspruch« aller Populist\*innen lautet »Wir – und nur wir – repräsentieren das wahre Volk« (ebd.: 26). Die eigene moralische Legitimation über das Kollektivsubjekt Volk wird gegen alle gewendet, die sich ihnen entgegenstellen. Wer diesen Alleinvertretungsanspruch bestreitet, gehört nicht zum Volk. Auch die jeweils angegriffene Elite ist demnach streng genommen für die Populist\*innen kein Teil des Volkes mehr, sondern stellt sich durch Korruption, Unmoral und Parasitismus außerhalb. Die populistische Unterscheidung von Volk und Elite ist immer moralisch, innerhalb dessen aber wandelbar. Häufig operiert sie mit Vorstellungen von der Tugend und der harten Arbeit oder großen Produktivität des Volkes, sie kann aber auch nationalistische oder rassistische Kriterien zugrunde legen (vgl. ebd.: 52).

Trotz seiner scharfen Kritik des populistischen Moralismus fußt Müllers Argument hier letztlich selbst auf einem moralischen Urteil. Immer wieder gelangt er an den Punkt, zugestehen zu müssen, dass auch die Diskurse pluralistischer Parteien die Charakteristika des Populismus teilen. Auch sie benutzen moralische Appelle, sprechen von einem einzigen Gemeinwohl und versuchen mitunter, durch eine Kolonialisierung des Staates oder Massenklientelismus politisch unumgänglich zu wer-

den. Müller überspielt diese Unschärfe mit einer eigenen Moralisierung: Das besonders Schändliche an populistischen Partien ist demnach, dass sie sich »offensiv und guten Gewissens« zu Strategien bekennen, die »andere Politiker eher verschämt anwenden« (Müller 2016a: 72).

Aus dem Anspruch heraus, allein das ganze Volk zu vertreten, stilisieren sich populistische Parteien oft als Bewegung oder »Front« statt als – per Definition nur partielle – Partei. Anders als Cas Mudde bezeichnet Müller wegen diesem moralisch begründeten Antipluralismus die populistische Ideologie als nicht nur illiberal, sondern als »an sich nicht demokratisch, ja der Tendenz nach zweifelsohne antidemokratisch« (ebd.: 14). Populist\*innen beziehen sich nur oberflächlich positiv auf das Volk, letztlich sollen die Bürger\*innen in ihrer Politikvorstellung völlig passiv bleiben. Sie beanspruchen ein imperatives Mandat des »Volkes« für sich, das aber ist mit der modernen Demokratie nicht vereinbar. Sie kennt nur das freie Mandat, niemand in ihr kann legitimer Weise beanspruchen, allein den Willen des Ganzen auszusprechen (vgl. ebd.: 46). Anders als Mudde und Kaltwasser sieht Müller daher in der populistischen Ideologie keinen *demokratischen* Begriff des Allgemeinwillens im Sinne etwa Rousseaus. Populisten verstehen unter dem Allgemeinwillen ein »singuläres, angeblich objektives Interesse eines als homogen gedachten Volkes« (ebd.: 47). Das Volk muss gar nicht befragt werden, sondern sein Interesse ist den Populist\*innen immer schon unmittelbar durchsichtig. Bei Rousseau hingegen ist zur Ermittlung des *volonté générale* die Reflexion und Beteiligung der Bürger\*innen gefordert. Die populistische Repräsentation des Volkes ist demgegenüber bloß symbolisch und basiert auf einer unterstellten gemeinsamen Identität. Sie ist also, in Müllers Worten, »mehr *Volksgeist* als *volonté générale*« (ebd.: 48, Hrvh. i. O.).

Diese Kritik des Populismus erkauft Müller, stärker noch als Mudde und Kaltwasser, mit einer drastischen Einschränkung der empirischen Fälle, die noch unter seinen Populismusbegriff zu bringen sind. Marco D'Eramo hat darauf hingewiesen, dass Müller zwar beansprucht, linke und rechte Populismen gleichermaßen zu besprechen, tatsächlich aber fast ausschließlich über rechte Parteien und Politiker\*innen schreibt. Seine zentralen Beispiele sind, in absteigender Bedeutung, Viktor Orbán, Donald Trump, George Wallace und Recep Tayyip Erdogans AKP (vgl. D'Eramo 2017: 130). Von den auftauchenden Linken bezeichnet Müller letztlich nur die ehemaligen venezolanischen, ecuadorianischen und bolivianischen Präsidenten Hugo Chávez, Rafael Correa und Evo Morales ohne Anführungszeichen als Populisten. Dass Morales aus den schon genannten Gründen kaum ohne Weiteres ein Antipluralist genannt werden kann, gesteht Müller selbst in einer Fußnote ein – allerdings ohne Folgen für sein Argument (vgl. Müller 2016a: 147). Bernie Sanders, Elizabeth Warren, Syriza, Podemos und Occupy Wall Street hingegen spricht er entweder explizit vom Populismusvorwurf frei oder bezeichnet sie gar nicht erst so. Insgesamt tauchen Linke bis auf Hugo Chávez kaum im Text auf. Müllers Kriterien, vor allem der Antipluralismus, finden auf sie schlicht keine plausible Anwendung.

In seine Populismusdefinition ist also, so darf man deuten, Müllers eigene politische Präferenz bereits eingebaut. Populismus ist eigentlich rechter Antipluralismus. In dem Müller ihn als tendenziell antideokratisch bestimmt und diejenigen üblichen Fälle ausschließt, die nicht gemeinhin als »Gefahr für die Demokratie« wahrgenommen werden, vereindeutigt er ihn als politisch inakzeptabel.

Gleichwohl setzt er Populismus nicht unumwunden mit demokratiefeindlichem Extremismus im Sinne eines Gegenpols zur liberal-demokratischen Mitte gleich. Der moralische Alleinvertretungsanspruch wird in Mittel- und Osteuropa häufig mit moderaten inhaltlichen Positionen kombiniert, im Falle der niederländischen *Partij voor de Vrijheid* (PVV) gar mit ausgesprochen liberalen Werten (vgl. Müller 2016a: 27).

### 2.1.3 Ideologische Elemente populistischer radikal rechter Parteien

Die weitaus häufigste politische Erscheinungsform populistischer Ideologie sind Parteien der populistischen radikal rechten Parteienfamilie – eine Bezeichnung, die Cas Mudde mit seinem Standardwerk *Populist Radical Right Parties in Europe* (Mudde 2007) etabliert hat. Darin unterscheidet er die radikale von der extremen Rechten insbesondere anhand ihrer verschiedenen Verhältnisse zur Demokratie. Während der rechte Extremismus Volkssouveränität und Demokratie offen ablehnt, stellt sich der rechte Radikalismus lediglich gegen ihre liberale Spielart, vor allem gegen Pluralismus und Minderheitenrechte. Dass Mudde nicht, wie es vor allem im deutschen öffentlichen Diskurs nach wie vor gängiger ist, von (radikal oder extrem) rechtem Populismus spricht, sondern von einer populistischen radikalen Rechten, soll betonen, dass nicht Populismus das ideologische Kernmerkmal dieser Parteienfamilie ist, sondern Nativismus. Die populistische radikale Rechte ist für ihn nur die »temporary dominant form of the radical right« (ebd.: 31) die weder immer populistisch war, noch es heute in jedem Fall ist. Daher sind für sie die ideologischen Elemente Nativismus und Autoritarismus wichtiger als das Dritte, der Populismus. Auch sie sind, wie die populistischen Ideogeelemente, laut Mudde in moderaterer Form in westlichen Gesellschaften weit verbreitet.

Nativismus, ein bislang nur wenig im Deutschen verwendetes Konzept aus der US-amerikanischen Forschung, begreift Mudde dabei als eine bestimmte Variante des Nationalismus, nämlich als »an ideology, which holds that states should be inhabited exclusively by members of the native group (the nation) and that nonnative elements (persons and ideas) are fundamentally threatening to the homogenous nation-state« (ebd.: 19). Ausgeschlossen sind davon liberale Formen des Nationalismus. Nativismus ist, wie Mudde es mit einem Ausdruck von Michael Billig nennt, in Form eines »banal nationalism« (Mudde 2010: 1174) in europäischen Staaten weit verbreitet. Gemeint sind die alltäglichen kleinen symbolischen und medialen Erinnerungen an die eigene nationale Identität, etwa durch Lieder, Feierlichkeiten oder

Fahnen. Sie sind, wiewohl oft unbemerkt und meist politisch unstrittig, die »ideological habits (including habits of practice and belief) which reproduce established nations as nations« (Billig 1995: 6). Sie kreisen um denselben Themenkomplex wie der Nativismus – vornehmlich »us«, ›our homeland‹, ›nations‹ (›ours‹ and ›theirs‹), the ›world‹, as well as the morality of national duty and honour« (ebd.: 5) – treten aber nicht als explizite Ideologie, sondern als parteiübergreifender Common Sense auf.

Autoritarismus schließlich, das dritte ideologische Element radikal rechter populistischer Parteien, versteht Mudde als »the belief in a strictly ordered society, in which infringements of authority are to be severely punished« (Mudde 2007: 23), was politisch vor allem Law and Order-Themen und konservative Moralvorstellungen impliziert. Mudde bezieht sich dabei auf die wesentlich durch die Studie *The Authoritarian Personality* geprägte sozialpsychologische Autoritarismusforschung. Er hält allerdings den weiten Autoritarismusbegriff der Studie, die »politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Überzeugungen« als zusammenhängendes »Denkmuster« (Adorno et al. 1973: 1) deutet, für überdehnt und folgt stattdessen der Operationalisierung Bob Altemeyers (Altemeyer 1981). Antisemitismus und Ethnozentrismus sind demnach ideologisch vom Autoritarismus selbst zu unterscheiden. Ebenso ist Autoritarismus nicht notwendig antideokratisch, wenngleich er auch nicht dagegen schützt. Gemäß Altemeyer betrachtet Mudde als zentrale Aspekte des Autoritarismus die kritiklose Unterwerfung unter gesellschaftliche Autoritäten, Aggression gegen Abweichungen und Konventionalismus.

Dieser so definierte Autoritarismus ist, ebenso wie der Nativismus, über die radikale Rechte hinaus verbreitet. Disziplin und Gehorsam gehören ebenso zum ideologischen Kern des Konservatismus wie zum liberalen, kommunistischen oder christlichen politischen Denken (vgl. Mudde 2010: 1174).

Wenn diese nativistischen und autoritären Ideoglieelemente sich, wie im Fall der populistischen radikal rechten Parteien, zu einer politischen Identität verdichten, funktioniert die Abgrenzung laut Mudde im Vergleich zu etwa grünen oder queeren Identitäten erstens manichäisch – es gibt nur »gut« und »böse« – und zweitens in besonderem Ausmaß *ex negativo* über die Abgrenzung von Outgroups. Die Definition des Eigenen bleibt weitgehend vage, während die Feinde ausführlich beschrieben werden.<sup>2</sup> Anders als die Demokratietheorien und die Cleavage-Theo-

---

2 Wohl aus diesem Grund polarisieren populistische radikal rechte Parteien die Elektorate stärker als Parteien anderer Familien. Cristóbal Rovira Kaltwasser hat gemeinsam mit anderen Forschern in mehreren Aufsätzen die »negative partisanship«, also die stabile subjektive Ablehnung gegenüber populistischen radikal rechten Parteien erforscht (vgl. Meléndez/Kaltwasser 2021; Koch et al. 2023; Wegscheider et al. 2023). Demnach vereinten sie etwa im Jahr 2019 in Westeuropa zugleich den größten Anteil explizit positiver, loyaler Bezugnahme unter den Wähler\*innen auf sich (etwa 10 Prozent), *als auch* den weitaus größten Teil explizit negativer Haltung (etwa 50 Prozent) (vgl. Meléndez/Kaltwasser 2021: 954f.).

rien widmet sich Muddes komparativ-empirischer *ideational approach* ausführlich den konkreten ideologischen Feindbildern populistischer radikal rechter Parteien. Die scheinbar endlose Liste überführt er dabei in eine Typologie von Feindesgruppen. Gemäß seiner These, dass der Nativismus das zentrale ideologische Element ist, unterscheidet er zwischen Gruppen, die 1. sowohl als Teil der eigenen Nation betrachtet werden als auch Staatsbürger\*innen sind (z.B. die »Elite«); 2. zwar Staatsbürger\*innen sind, aber nicht zur Nation gezählt werden (z.B. nationale Minderheiten, migrantische Communities); 3. der Nation zugeschlagen werden, aber im Ausland leben oder 4. weder zur Nation noch zum eigenen Staat gehören (z.B. Eliten regional rivalisierender Staaten). Welche konkreten Gruppen diese Plätze in der Ideologie der jeweiligen populistischen radikal rechten Parteien einnehmen, hängt laut Mudde weitgehend von den jeweiligen nationalen Kontexten und ihren ideologischen Besonderheiten ab.<sup>3</sup>

Zugleich aber erkennt er an, dass über diese nationalen Kontexte hinweg bestimmte historisch tradierte Feindesmarkierungen besonders wirksamäßig sind. Er zählt drei auf: Antisemitismus sehe in jüdischen Menschen eine »personification of modernity« (Mudde 2007: 78) und lehne mit ihnen alle Zumutungen dieser Moderne ab. Hass auf Sinti und Roma hingegen erblicke, besonders in Zentral- und Ost-europa, in seinem Objekt eine Personifizierung des vormodernen »Barbaren« und betone in der Ablehnung gerade die eigene Modernität. Islamophobie schließlich würde, vor allem seit den Anschlägen vom 11. September 2001, Muslime zwar auch als »Barbaren« betrachten, die allerdings in der modernen Welt leben und sie aktiv ablehnen. Er dient daher der Selbstinszenierung als stolze Verteidiger der liberalen Demokratie und ihren Freiheitsrechten, etwa der Frauenemanzipation oder der Trennung von Staat und Kirche.

Diese international verbreiteten Feindschaften und ihr inniges Verhältnis zur Modernität fügen sich nun offensichtlich nicht in Muddes eigentliche Typologie situativ wechselnder oder je national spezifischer Feindbilder, die sämtlich durch den Gegensatz von »wir« und »die anderen« gekennzeichnet sein sollen. Mudde isoliert den Nativismus als Zentrum der populistischen radikal rechten Ideologie zu schematisch von den historisch tradierten Feindbildern, die tieferliegende bzw. abstraktere Abgrenzungen vollziehen, etwa gegenüber der »Moderne« insgesamt. Insbesondere das antisemitische Ressentiment ist keine bloße Gegenüberstellung

---

3 Eine interessante Erweiterung dieser Sortierung populistischer Feindbilder über ihre Stellung zur Nation bietet Kolja Möller. Autoritärer Populismus erklärt ihm zu Folge vor all jene Fremden und anderen zu Feinden, die die vermeintliche innere Homogenität der Volksidentität gefährden könnten. Sie umfasst neben den von Mudde hervorgehobenen nationalen Grenzen auch »Grenzen zwischen Männern und Frauen oder die Kleinfamilie als natürliches Sozialmodell« (Möller 2020: 76).

von »Wir« und den national oder staatlich »Anderen«. Wie der Antisemitismusforscher Klaus Holz herausgearbeitet hat, lässt sich der antisemitische Bezug zum Nationalismus eher als eine »Figur des Dritten« (Holz 2005: 30) begreifen. Dem Judentum werden historisch und bis heute die Merkmale zugeschrieben, die für die homogene native Gemeinschaft nicht fremd, sondern zersetzend sind. Insbesondere im völkischen Denken dürfen zwar verschiedene »Völker« durchaus nebeneinander und gegeneinander existieren, solange sie säuberlich getrennt bleiben. Jüdische Gemeinschaften allerdings sind im modernen Antisemitismus den anderen nicht als »Volk« auf diese Weise gleichgestellt, sondern verkörpern das »ganz Andere« gegenüber den Völkern, das die Unterscheidung zwischen den Völkern, »Rassen« und Religionen selbst infrage stellt (vgl. ebd.: 31). Das aber lässt sich nicht mehr als Spielart des Nativismus im Sinne eines fremdenfeindlichen Nationalismus begreifen.

Besonders angesichts dieser historisch tradierten Feindbilder kommt Mudde trotz seines deskriptiven Ideologiebegriffs nicht daran vorbei, die Frage der Funktion ideologischer Abgrenzungen zu streifen. Seiner Meinung nach dienen sie dazu, die Eigengruppe durch die Konstruktion von Fremdgruppen zu schaffen und zu definieren, gemäß der Sozialpsychologie ein »standard behavior in identity building« (Mudde 2007: 63). Warum aber ist das überhaupt nötig? Wofür braucht es die Identität der Eigengruppe? Warum spielt das Verhältnis zur Moderne offenbar eine solch zentrale Rolle für die populistische radikale Rechte? Und wieso wird die Unterscheidung von Eigen- und Fremdgruppe bei diesen Parteien so häufig zum Gegensatz von »Freund« und »Feind« zugespitzt? Der knappe Verweis auf scheinbare Gewissheiten der Sozialpsychologie erklärt weder die *politische* Funktionsweise von Ideologien im Allgemeinen, noch das Spezifische radikal rechter Ideologien.<sup>4</sup> Ohne Ideologietheorie droht Muddes Typologie wieder in eine »endless list of the multitude of groups feared and hated« (ebd.: 64) zu zerfallen. Die Fragen, wie die Ideologien der populistischen radikalen Rechten als Weltdeutung funktionieren, welche orientierende, sinnstiftende und bestätigende Funktion sie haben, und welche Widersprüche diese Funktion attraktiv erscheinen lassen, überschreiten den positivistischen Horizont des *ideational approach*. »Identität« ist für Mudde schlicht ein subjektives Bedürfnis, nicht auch das Produkt eines machtvollen, repräsentativen, politischen Handelns.

4 Cristóbal Rovira Kaltwasser sieht denn auch eine der größten Leerstellen der bisherigen Populismusforschung in der Frage, welche psychologischen Charakteristika den Anhänger\*innen populistischer Parteien eigen sind und wie sehr die Wahlentscheidung für sie mit einer bestimmten psychischen Informationsverarbeitung zusammenhängt. Damit meint er allerdings wiederum nur gänzlich ungesellschaftlich, ahistorisch und rein psychologisch verstandene Faktoren wie die Zuordnung zu einer bestimmten Gruppe sowie positive und vor allem negative Parteilichkeit, die sich im Fall des Populismus gegen die etablierten Parteien richtet (vgl. Kaltwasser 2021).

Im Gegensatz zu Mudde hat Jan-Werner Müller keine vertiefte Beschäftigung mit populistischen rechten oder linken Parteien vorgelegt. Populismus ist für ihn einfach das geteilte Element ihrer Ideologien – ob es das bestimmende oder eher ein untergeordnetes Element ist, bleibt unklar. Da er anders als Mudde durchgehend das Substantiv »Populismus« verwendet und es lediglich mit »links« oder »rechts« adjektiviert, entsteht der Eindruck, Müller sehe zwischen beiden mehr Schnittmengen als Unterschiede. Zumindest für seine zentrale demokratietheoretische Unterscheidung zwischen populistischer und demokratischer politischer Theorie bestätigt sich das. Linke, Liberale und Konservative folgen demnach einem demokratischen Repräsentationsverständnis, dass den Repräsentant\*innen ein freies Mandat erteilt und erwartet, dass sie selbst über das politisch Gebotene urteilen. Dem gegenüber behaupten die Populist\*innen – man muss lesen: jeder Couleur – das objektive und singuläre Interesse des Volkes unmittelbar zu kennen (vgl. Müller 2016a: 46). Linke und rechte Populismen wären so gleichermaßen undemokratisch und hätten zumindest in ihrem Verhältnis zur Demokratie mehr Gemeinsamkeiten miteinander als mit den nicht-populistischen Rechten und Linken. Ganz so scheint Müller es aber doch nicht sehen zu wollen, denn zugleich verwahrt er sich gegen die Extremismustheoretische Vorstellung einer »Symmetrie zwischen Links- und Rechtspopulismus« (ebd.: 14).

Auch die Gewichtung seiner Kritik der verschiedenen populistischen Spielarten lässt erkennen, dass ihm letztlich doch das Rechte am rechten Populismus als das wesentliche politische Problem erscheint. Zwar müssten alle Populist\*innen ihr »wahres Volk« durch mindestens symbolische Ausschlüsse und Grenzziehungen aus der empirischen Bevölkerung »herauspräparieren« (ebd.: 92). Aber es macht eben den Unterschied ums Ganze, ob dabei von rechts »ohnehin schon verwundbare Minderheiten zusätzlich diskriminiert« (ebd.: 92–93) und »parasitär[e] Unterschichten« (ebd.: 43) vom Demos ausgeschlossen werden oder die »linken Umverteilungsenthusiasten« (ebd.: 17) etwa von *Podemos* der Minderheit der Reichen ihr Einkommen und Vermögen streitig machen. Rechter Populismus, so der Tenor bei Müller, ist eine praktische Gefahr, linker Populismus vor allem ein intellektuelles und demokratietheoretisches Problem. Da es Müller in seinem Essay aber um eine Bestimmung der populistischen Ideologie als solcher geht, drückt er sich vor der Frage, was der gesellschaftliche Sinn und die Erfolgsgrundlagen autoritärer Ideologie sind. In seiner räumlich und zeitlich nicht eingegrenzten Perspektive kann er keine sozialstrukturellen Prädiktoren für die Wahl populistischer Parteien erkennen. Allerdings bemüht er sich auch nicht, die vorhandenen empirischen Ergebnisse nach gesellschaftlichem Kontext, politischer Ausrichtung etc. zu differenzieren. Die so eher behaupteten »empirischen Uneindeutigkeiten« (Müller 2016a: 35) der Populismusforschung sollen seinen Punkt stärken, dass eine demokratietheoretische Bestimmung des Populismusbegriffs vordringlich ist. Vor dem Hintergrund dieser – mit Cas Mudde geteilten – Abneigung gegen nachfrageseitige Erklärungsansätze erteilt

Müller vor allem modernisierungstheoretischen Erklärungen eine Absage. Einordnungen der Anhänger\*innen populistischer Ideologie im Allgemeinen oder rechter populistischer Ideologie im Besonderen als ressentimentgeladene Verlierer\*innen oder gar autoritäre Persönlichkeiten lehnt er ab. Solche »psychologischen Unterstellungen« (Müller 2016a: 36) gingen nicht nur theoretisch am Wesentlichen vorbei, sondern verweigerten auch aus vermeintlich moralisch überlegener Perspektive das Zuhören und die Auseinandersetzung auf Augenhöhe.

## 2.1.4 Zusammenfassung und Arbeitsdefinition Populismus

Mit dem positivistischen Ideologiebegriff Michael Freedens versuchen die Vertreter\*innen des *ideational approach* sich dem hochgradig politisierten Phänomen Populismus in doppelter Weise unvoreingenommen zu nähern: Jegliche Interpretation der politischen und sozialen Welt ist ihnen Ideologie, auch populistisches politischen Denken ist zunächst also nur einer von vielen möglichen Deutungsversuchen. Zudem ist sie auf der Nachfrageseite wie auf der Angebotsseite zu finden. Wer sie mit welcher Motivation verbreitet oder aufgreift, soll für die Frage, was Populismus ist, keine Rolle spielen.

Entscheidend ist vielmehr erstens seine begrenzte inhaltliche Breite. Als »thin-centred ideology« hat der Populismus keine genuine politische Ausrichtung und kann nur in Verbindung mit anderen, umfassenderen Ideologien politisch wirksam werden. Am häufigsten und am erfolgreichsten ist dabei natürlich die Verbindung mit rechter Ideologie durch populistische radikal rechte Parteien.

Zweitens sind abgeschwächte Varianten populistischer Ideologieelemente laut Cas Mudde auf Einstellungsebene in den Bevölkerungen westlicher Demokratien weit verbreitet, ebenso wie moderate Formen nativistischer und autoritärer Ideologie. Daher fordert Mudde für die Erforschung populistischer radikal rechter Parteien einen grundsätzlichen Perspektivwechsel: Die politische Angebotsseite soll in den Mittelpunkt rücken, statt wie bisher die Nachfrage nach populistischer, nationalistischer und autoritärer Ideologie. Denn ob und wann diese Nachfrage politisch mobilisiert wird, hängt hauptsächlich von den Parteien und ihren Kämpfen um Themen ab.

Der positivistische Ideologiebegriff lässt also Populismus im *ideational approach* doppelt gesellschaftlich erscheinen: Populistische Ideologie ist als Teil des Mainstreams weit verbreitet und tritt unter den Massen ebenso wie in der politischen Elite auf. Für die empirische Erschließung des Phänomens scheint er damit gut geeignet.

Zugleich löst er aber Ideologie aus ihrem gesellschaftlichen Kontext, in dem er sie auf individuelle Einstellungen reduziert. So hat Populismus hier – jenseits der ganz abstrakten sozialpsychologischen Formel, er diene zur Konstruktion der eigenen Identität – keine spezifische Funktion und bedient kein bestimmtes Interesse.

Vielmehr tendiert der *ideational approach* dazu, politische Ideologie für bare Münze zu nehmen. Was gesagt wird, gilt als authentische Überzeugung und politisches Motiv. Die praktische ideologische Flexibilität populistischer Akteure kann in diesem Rahmen nicht berücksichtigt werden.

Jan-Werner Müller betont dahin gehend zumindest, dass Ideologien auch praktische Bedeutung haben. Sowohl weil sie ihren Anhänger\*innen praktische Lösungen für ihre Probleme versprechen, als auch weil sie zur Rechtfertigung von Herrschaftstechniken dienen können. So liefert der Populismus mit seinem moralischen Alleinvertretungsanspruch etwa eine Begründung für den Versuch, den gesamten Staat zu übernehmen.

Die Systematisierung der populistischen Ideologieelemente unabhängig von den Wirtsideologien ist zweifellos die größte Stärke des *ideational approach*. Hier zeigen sich aber auch seine Schwächen am deutlichsten: Muddes These, Populismus operiere immer mit homogenen Volksbegriffen, schließt unfreiwillig die meisten linken Populismen aus. Müllers Behauptung, Populismus sei per se antipluralistisch (und damit antidemokratisch) trifft ebenfalls mindestens auf linken Populismus nicht zu. Und was den oft behaupteten »moralistischen« Charakter populistischer Ideologie genau ausmacht, bleibt zu vage. Stattdessen wird hier die eigene politische Neigung des *ideational approach* deutlich. Populismus wird so weit gefasst und zugleich als so problematisch dargestellt, dass der Vorwurf einer prinzipiellen Warnung vor radikalen und antielitären Bewegungen gleichkommt. Mudde, Kaltwasser und Müller richten sie zwar hauptsächlich gegen rechte populistische Parteien, reden aber unentwegt vom Populismus schlechthin. Mit den Ursprüngen und Funktionen der spezifisch rechten Ideologien beschäftigen sie sich darüber auffällig wenig.

Die vorliegende Arbeit nutzt daher das Verständnis des Populismus als »dünner Ideologie« nur mit folgenden Einschränkungen als Grundlage ihrer Arbeitsdefinition: Sie verzichtet erstens auf das Kriterium eines homogenen Volksbegriffs, zweitens versteht sie die populistische Elitenkritik als spezifisch personalisierend statt allgemein moralisierend. Wenn im Folgenden also ohne weitere Bestimmung von Populismus die Rede ist, meint das *eine Ideologie, die die Gesellschaft als in die zwei antagonistischen Gruppen »reines Volk« und »korrupte Elite« gespalten denkt und darauf besteht, dass Politik ein Ausdruck des erkennbaren Allgemeinwillens des Volkes sein sollte.*

## 2.2 Demokratie und liberale Entpolitisierung

»Demokratie« ist neben »Ideologie« der zentrale theoretische Begriff des *ideational approach*, und zwar in vierfacher Weise. Nicht nur ist erstens ein ausdrücklicher positiver Bezug zur Demokratie Teil des inhaltlichen Kerns des populistischen Ideologieelements. Sondern bestimmte Funktionsstörungen der westlichen demokra-

tischen Systeme sind zweitens zugleich die zentralen Ursachen des zunehmenden Erfolgs populistischer Parteien. Drittens bildet demokratische Repräsentation das Formprinzip, gemäß dem die populistische Ideologie politische Wirkung entfaltet. Viertens schließlich ist die Frage der Auswirkungen des populistischen (radikal rechten) Erfolgs auf die Demokratie das zentrale politische Thema sowohl für Mudde und Kaltwasser als auch für Müller. Dabei ist wesentlich, welchen Begriff von Demokratie der *ideational approach* selbst anlegt.

### 2.2.1 »Demokratischer Extremismus« als ideologischer Kern

Wie bereits beschrieben steht die populistische Ideologie mit ihren drei Elementen – das reine Volk, die korrupte Elite und der souveräne Allgemeinwille – in einem ambivalenten Verhältnis zur Demokratie. Als polemische Verteidigung der Volkssouveränität gestehen Mudde und Kaltwasser ihr eine demokratische Qualität zu, während zugleich die Vorstellung eines einheitlichen und unmittelbar evidenten Allgemeinwillens autoritäre Deutungen der Volkssouveränität nahelegt.

Dieser Absolutismus des Volkswillens sperrt sich gegen eine konstitutive Spannung, die liberale Demokratien kennzeichnet. Mudde stützt sich auf Formulierungen der radikaldemokratischen Theoretiker\*innen Margaret Canovan und Chantal Mouffe, denen zu Folge Spannungen bzw. gar eine Paradoxie zwischen dem »erlösenden« und dem »pragmatischen« Aspekt der Demokratie (Canovan 1999) beziehungsweise der Demokratie als (unbeschränkter) Volkssouveränität und ihrer gegenwärtigen Artikulation mit liberalen Freiheitsrechten (Mouffe 2000) bestehen (siehe ausführlich dazu Abschnitt 4.1.4). Je nachdem ob mit Demokratie nur »Volkssouveränität« oder »liberale Demokratie« insgesamt gemeint ist, ist populistische Ideologie im Kern demokratisch oder eben undemokratisch. Mudde bezeichnet diese Janusgesichtigkeit auch als das »political paradox of populism« (Mudde 2021a: 580). Populismus ist einerseits anti-politisch, insofern er, sich mit dem homogenen Allgemeinwillen gemein glaubend, die Existenz legitimer Opposition verneint. Politik ist unnötig, wenn das Volk in jeder Hinsicht bereits *eins* ist. Zugleich aber ist Populismus natürlich »über-political« (ebd.: 581), da er jeden Aspekt des Lebens als dem Allgemeinwillen unterworfen betrachtet. Dafür lehnt er jede verfassungsmäßige Begrenzung der Politik ab, sei es in Form von Minderheitenrechten, sei es durch die staatliche Gewaltenteilung (vgl. Mudde 2004: 561).

Jan-Werner Müller sieht den Populismus demgegenüber in einem nur vordergründig ambivalenten Verhältnis zur Demokratie, denn die kann es für ihn nur als liberale geben. Anders als Mudde und Kaltwasser (und Canovan und Mouffe) wendet sich Müller gegen die begriffliche Aufspaltung von Demokratie und Liberalismus, besonders anhand der radikaldemokratischen Populismustheorien Mouffes und Laclaus. Mit Jürgen Habermas hält er stattdessen zivile und bürgerliche Rechte für »gleichursprünglich« (Müller 2016a: 76). Liberalismus ist hier also nicht wie bei

Mouffe ein der Demokratie äußerliches oder gar undemokratisches Element. Vielmehr verletzen illiberale oder »defekte« Demokratien wie im gegenwärtigen Ungarn unter Viktor Orbán Grundzüge der modernen Demokratie, indem sie die grundsätzliche Gleichheit der Bürger\*innen ebenso infrage stellen wie die fundamentale Pluralität des Wahlvolkes (vgl. Müller 2016a: 77). Denn damit treffen sie in Müllers Verständnis den Kern der Demokratie, den er in Anschluss an den libertären französischen Demokratietheoretiker Claude Lefort als »institutionalisierte Unsicherheit« (ebd.: 124) begreift.

Lefort entwickelte seine politische Philosophie der Demokratie als einer distinkten Gesellschaftsform ab den 1970er-Jahren angesichts von Nationalsozialismus und Stalinismus. Das historisch Neue der Demokratie ist laut Lefort die Trennung zwischen Staat und Zivilgesellschaft, also die Abgrenzung einer gesonderten politischen Sphäre innerhalb der Gesellschaft. Sie ist ausgestattet mit einer neuen, spannungsvollen Form der Legitimation: In der Demokratie geht die Macht vom »Volk« aus, zugleich aber gehört die Macht niemandem. Volksherrschaft ist niemandes Herrschaft, denn die Vorstellung der Volkssouveränität ist im gesellschaftlichen Imaginären mit dem Bild einer unverfügbareren Position verknüpft: »Der Ort der Macht wird zu einer Leerstelle« (Lefort 1990: 293, Hrvh. i. O.). Kein\*e Repräsentant\*in und keine Regierung kann sich die politische Macht dauerhaft legitim einverleiben oder zu ihrem Eigentum machen, sie kann lediglich treuhänderisch verwaltet werden. Das heißt auch, dass die Frage, wer das »Volk« ist und welche Interessen es hat, letztlich unbeantwortet bleiben muss und immer wiederkehrt. In den irreduzibel konflikthaften modernen Gesellschaften mit ihrer Pluralität von Interessen und Identitäten produziert diese symbolische Legitimationsordnung permanent Dissens – allerdings von ihr selbst legitimierten und institutionalisierten Dissens. Bedroht ist die Demokratie laut Lefort aber, wenn totalitäre Parteien oder Bewegungen eben diese grundlegende Spannung aufzuheben versuchen, indem sie sich mit dem »Volk« identifizieren und dessen Wesen festzulegen beanspruchen. Zwar ist ihre Berufung auf das »Volk« nur innerhalb der repräsentativ-demokratischen Legitimationsordnung möglich, zugleich aber stellen sie mit ihrem exklusiven Identifikationsanspruch die Trennung von Staat und Zivilgesellschaft, die Grundlage der Demokratie selbst, in Frage.

Müller dehnt nun diese Kritik Leforts am nationalsozialistischen und stalinistischen Totalitarismus auf den moralischen Antipluralismus des Populismus aus. Er betont zwar, dass nicht jeder Populismus sogleich in einen Totalitarismus mündet. Aber indem Populist\*innen die »offene Frage nach dem Volk ein für alle Mal abschließend beantworten wollen« (Müller 2016a: 88), sind sie zumindest antidemokatisch. Problematisch ist ihr Kernanspruch, allein das ganze Volk zu repräsentieren (»Wir – und nur wir – repräsentieren das Volk« (ebd.: 19)). Er funktioniert wesentlich anders als die demokratische Berufung auf den Volksbegriff, die etwa beansprucht: »Wir sind *auch* das Volk« oder »Wir sind die 99 Prozent«. Denn in der po-

pulistischen Variante werden mindestens moralisch Teile der Bevölkerung aus der Vorstellung des »Volks« ausgeschlossen. Dazu muss der Populismus sich nicht auf Nation oder »Rasse« berufen, sondern kann – zumindest historisch – auch Tugendvorstellungen oder einen Gegensatz zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit ins Feld führen. Dennoch richtet sich Müllers Kritik politisch offensichtlich vor allem gegen rechte populistische Parteien und ihre Ausgrenzung von Minderheiten. Normativ stellt er deren autoritären Grenzziehungen am Demos keine theoretische Herleitung der richtigen Kriterien gegenüber, sondern den Vorrang demokratischer Prozesse, die Fragen der Zugehörigkeit zum Demos immer wieder neu aushandeln (vgl. Müller 2016a: 94). Dieser Rückzug aufs Prozessuale wirkt angesichts des von Müller selbst hervorgehobenen Zusammenhangs von populistischer Ideologie und (autoritärer) Praxis etwas kraftlos. Mit Blick auf die europäische Migrationspolitik prangert er so zwar an, dass etwa Viktor Orbán Hass auf Flüchtlinge schürt. Den politischen Streit um Verteilungsquoten für Flüchtlinge innerhalb der EU benennt er aber als nur »auf den ersten Blick merkwürdig«, wenn denn über die »Pluralität politischer Urteile« (ebd.: 113) in dieser Sache nur vernünftig gesprochen wird. Die von diesen politischen Streitigkeiten mit perpetuierten Menschenrechtsverletzungen und auch schon vor 2015 in die Zehntausende gehenden Tote auf den Migrationsrouten erwähnt er hingegen nicht.

Theoretisch kritisiert Müller aber vor allem die linken Populismustheorien Chantal Mouffes und Ernesto Laclaus sowie Margaret Canovans. Er stimmt grundsätzlich mit ihnen darin überein, dass sich Populismus nicht anhand bestimmter politischer Positionen begrifflich fassen lässt, sondern eine bestimmte politische Logik beschreibt. Aber indem Laclau und Mouffe diese Logik zur Logik des Politischen überhaupt stilisieren, erklären sie es zu einer politischen Notwendigkeit, von links ein »Volk« zu entwerfen. Müller meint nun, dass selbst wenn in diesem Konzept eines linken Populismus keine Bevölkerungsgruppen ausgesetzt werden, populistische linke Praxis letztlich doch antipluralistisch ein bestimmtes politisches Projekt als Repräsentation des ganzen Volkes darstellen und den anderen politischen Akteur\*innen die Legitimität absprechen muss (vgl. ebd.: 121). Belege oder Anhaltspunkte für diesen Verdacht liefert er allerdings nicht. Die unüberbrückbaren Differenzen zwischen Müller und den Radikaldemokrat\*innen dürften in ihrem Verhältnis zum liberalen Aspekt der liberalen Demokratie zu suchen sein. Müller nimmt innerhalb der Lefort'schen Demokratietheorie mit Habermas' Theorie einer Gleichursprünglichkeit von zivilen und bürgerlichen Rechten gewissermaßen einen liberalen Abzweig. Im Populismus sieht er daher vordringlich die Gefahren eines antipluralistischen und homogenen oder gar organizistischen Volksbegriffs, der die Bodenlosigkeit der modernen Demokratie auf eine unwiderlegliche Grundlage zu stellen versucht.

Demgegenüber betrachtet Mouffe – die wie Müller von Lefort inspiriert ist – die rechtsstaatliche Einhegung der demokratischen Herrschaftsform durch verfas-

sungsmäßige Freiheitsrechte und Menschenrechte als eine äußerliche Begrenzung der Volkssouveränität, deren gegenwärtige neoliberalen Gestalt durchaus anfechtbar ist (siehe Abschnitt 4.1.4). Der Populismus verkörpert in dieser Perspektive die Möglichkeit, durch Anrufung der demokratischen Legitimationsfigur »Volk« verschiedene Formen der Ungleichheit als »illegitim und widernatürlich hinzustellen« (Laclau/Mouffe 2000: 196) und sie so in einer antihegemonialen Politik als Unterdrückung zu brandmarken.

Ein ähnlicher Dissens besteht mit Margaret Canovan. Sie sieht in der modernen Demokratie einen pragmatischen Zug im beständigen Widerspruch zu dem demokratischen Versprechen, durch kollektives Handeln Lebensnot und Zwänge beseitigen zu können. Müller kanzelt diese von Canovan »redemptive capacity« getaufte Qualität als manipulatives Vorgaukeln einer »Erlösung von allen Alltags-sorgen durch politische Willensakte« (Müller 2016a: 20) ab. Populist\*innen machen sich demnach »die Vorstellungen kollektiver Autonomie« (ebd.: 28) zunutze, ohne sie einlösen zu können. Die »redemptive capacity« ist für Müller kein legitimer Teil der modernen Demokratie, denn sie verspricht etwas Unmögliches. Demokratie ist in der Moderne notwendig repräsentativ. Das Prinzip der Repräsentation ist zwar durchaus undemokratisch und kann dem Ideal der kollektiven Autonomie nur »mit Abstrichen« (ebd.: 29) gerecht werden. Die Verwirklichung dieser kollektiven Autonomie aber hält Müller in der modernen Demokratie für ohnehin ausgeschlossen, weshalb jedes Versprechen in diese Richtung Scharlatanerie ist.

Am deutlichsten äußert Müller das in der englischen Übersetzung seines Buches. Die Vorstellung, das Volk könne wirklich regieren, bezeichnet er mit einem an dieser Stelle zynischen »Realismus« abschätzig als bloße »folk theory of democracy« (Müller 2016b: 76). In Wahrheit habe niemand je offiziell solch ein demokratisches Versprechen gegeben, noch bildete diese Idealisierung je die empirische Wirklichkeit ab. Vor allem aber können sie in »our societies« (ebd.) schlicht nicht eingelöst werden. Darin sieht Müller nicht etwa ein Problem »unserer Gesellschaften«, sondern bloß die Abwegigkeit der demokratischen Versprechen. Doch damit nicht genug. Müller will das »demokratische Imaginäre«, das die radikaldemokratischen Autor\*innen für den wesentlichen politischen Antrieb demokratischer Gesellschaften halten, insgesamt aus der Politik verbannen. Auf die für moderne demokratische Legitimationsformen zentrale Anrufung des »Volkes« kann repräsentative Demokratie demnach vollständig verzichten, kennt sie doch nur »a people of individuals« (ebd.: 77), das durch keinerlei mysteriöse gemeinsame Substanz geeint ist, sondern nur in Form von Stimmanteilen in Erscheinung tritt. »Symbolische Repräsentation« selbst ist für Müller das Problem, denn sie überschreitet die bloße »empirische Willensrepräsentation« (Müller 2016a: 53), und zwar nur um den Preis eines homogenen, exklusiven und moralisierenden Volksbegriffs. Er unterstellt in frappierender Allgemeinheit, die Anrufung des »Volkes« könne nur antidemokratisch geraten und leugnet damit die konstitutive Bedeutung und den Nutzen dieser Legi-

timationsfigur für demokratische Politik insgesamt. Er lobt zwar, wie die Radikal-demokratie, die potenziell »endlose Kette von Ansprüchen [...] auf Inklusion oder auch Transformation« (Müller 2016a: 86) in demokratisch verfassten Gesellschaften, nimmt aber offenbar nicht zur Kenntnis, dass solche Demokratisierung noch meistens das Ergebnis politischer Kämpfe war, die sich gegen unvernehmende Ordnungen irgendeiner Form der kollektiven, symbolischen Repräsentation und Identifikation bedienten. Da er dieses strategische Erfordernis einer Demokratisierung von unten nicht zur Kenntnis nimmt, scheint er – wie Stavrakakis und Jäger zutreffend bemerken – stattdessen den Eliten *a priori* ein »benevolent desire favouring the deepening of democracy« (Stavrakakis/Jäger 2018: 10) zu unterstellen.

## 2.2.2 Funktionsprobleme liberaler Demokratien als Ursache

Wie auch Canovan und Mouffe hält Cas Mudde die »(re)politicization of politics« (Mudde 2021a: 581) für den Kern der populistischen Botschaft. Populismus ist, kurz gesagt, eine »illiberal democratic response to undemocratic liberalism« (ebd.). Die zentralen Ursachen des Erfolgs populistischer Parteien liegen für Mudde in Funktionsstörungen westlicher Demokratien selbst begründet. Im Kern geht es dabei um die liberale Verrechtlichung – und damit Entpolitisierung – politisch umstrittener Prozesse wie zunehmender Immigration, fortschreitender ökonomischer Privatisierung und Deregulierung oder weitreichender europäischer Integration. Die jeweiligen Entscheidungen waren zwar formal demokratisch legitimiert, fanden aber ohne wirkliche Debatte oder politischen Wettbewerb zwischen den Mainstream-Parteien statt und wurden entweder als alternativlos oder als selbstverständlich dargestellt. In den Begriffen seines Doktorvaters Peter Mair deutet Mudde diese Entkernung der Demokratie als Überhandnehmen von »responsible politics« über »responsive politics« (Mair zit. n. ebd.: 586). Anstatt zu tun, was ihre Wähler\*innen wollen, orientieren sich Parteien zunehmend an den scheinbar alternativlosen Anforderungen internationaler Märkte, Handelsabkommen und Verträge. »Depolitisierte Politik« oder »undemokratischer Liberalismus« sind daher die Titel für Muddes Analyse der historischen Situation westlicher Demokratien. Wie etwa auch Chantal Mouffe diagnostiziert er eine Postpolitik, die seit vier Jahrzehnten Alternativlosigkeit und Technokratie propagiert und zur weitgehenden Annäherung von linken und rechten demokratischen Parteien geführt hat. Während die politischen Eliten also inhaltlich – aber auch hinsichtlich ihrer Klassenzugehörigkeit, ihres Bildungsgrads und ihrer Berufswahl (vgl. ebd.: 587) – homogener geworden sind, hat sich unter den Wähler\*innen das Bedürfnis verbreitet, gleichberechtigt an politischen Prozessen beteiligt zu werden. Mudde folgt hier der These des politischen Kulturforschers Ronald Inglehart, demzufolge sich seit dem Zweiten Weltkrieg in jüngeren Generationen eine »cognitive mobilization« (Inglehart zit. n. ebd.) vollzieht, durch

die diese besser gebildet werden und ein größeres politischen Selbstbewusstsein gegenüber den politischen Eliten entwickeln.

Einen ähnlichen Kontrollverlust der alten politischen Eliten sieht Mudde schließlich auch in der Medienlandschaft. Der Aufstieg privater Fernseh- und Rundfunkunternehmen seit den 1980er-Jahren sowie der sozialen Netzwerke seit Beginn der 2000er-Jahre hob die Gatekeeper- und Agenda Setting-Macht der Eliten auf und hat die Medienlogik verändert. Die Notwendigkeit, Profite zu erwirtschaften, begünstigt einen Fokus auf (politische) Skandale und Kontroversen, wofür sich populistische Parteien mit ihrer oft personalisierenden, aggressiven und emotionalisierenden Kommunikation selbstredend hervorragend eignen. Durch diese Aufmerksamkeit bei gleichzeitig meist negativem Framing – etwa durch die Hervorhebung von Verbindungen zum Rechtsextremismus sowie aggressiven oder karrieristischen Charakteren – formt die mediale Berichterstattung die öffentliche Meinung über populistische radikal rechte Parteien in großem Ausmaß (vgl. Snipes/Mudde 2020: 9f.).

Auch Jan-Werner Müller hält die westlichen demokratischen Systeme zumindest für mitverantwortlich für den Erfolg populistischer Parteien. Er bezweifelt allerdings die von Cas Mudde zugrunde gelegte Diagnose Peter Mairs. Die vermeintlich historisch einzigartige Krise der Repräsentation durch den Bedeutungsverlust der Volksparteien seit den 1970ern relativiert Müller mit Blick auf die west-europäische Nachkriegsgeschichte. Gerade was die Partizipation der Bürger\*innen an politischen Entscheidungsprozessen betrifft, waren hier die politischen Systeme schon seit 1945 nur sehr eingeschränkt demokratisch. Ein »ausgeprägte[r] Antitotalitarismus der Eliten« (Müller 2016a: 105) und ihr politisches Misstrauen gegenüber den Bevölkerungen verhalf nicht durch Wahlen legitimierten Institutionen wie dem deutschen Bundesverfassungsgericht zu großem politischem Gewicht. Die europäische Integration stand mit ihren weiteren Einschränkungen für den Handlungsspielraum der nationalen Politik keinesfalls im Widerspruch zu diesen Elitendemokratien, sondern ergänzte sie durch einen europäischen Rahmen. Diese politischen Systeme und das geradezu »antipopulistisch[e] Ethos« (ebd.: 106) der Eliten wurden dann in den 1960er und 1970er-Jahren von den 68ern und den Neuen Sozialen Bewegungen erstmals grundsätzlich herausgefordert und in Teilen auch transformiert.

Die heute umkämpften Begrenzungen der Volkssouveränität wie etwa die Überwachung nationaler Haushalte durch die EU-Kommission und Schuldenbremsen in den Verfassungen der Mitgliedsstaaten deutet Müller vor diesem Hintergrund nicht als neuartige Repräsentationskrise, sondern vielmehr als Fortbestehen und Weiterentwicklung des »stahlharten Gehäuse[s] eingeschränkter Demokratie« (ebd.: 108). Neu ist allerdings, dass die jüngeren fiskalischen Einschränkungen der Volkssouveränität im Vergleich zu den früheren nicht länger als Schutz der Demokratie vor sich selbst legitimiert werden können. Und während früher ein permissiver Konsens der

Massen die fortschreitende EU-Integration zumindest passiv legitimiert hat, polarisiert sie seit dem Maastricht-Vertrag, den Referenden in Frankreich und den Niederlanden 2005 und der Eurokrise ab 2009 zunehmend. Angesichts dieser Politisierung beklagt Müller es als Versagen der Eliten, dass sie politische Lösungen stets als alternativlos präsentiert haben. Auf diesen technokratischen Antipluralismus reagieren Populist\*innen ihrerseits mit einer identitätspolitischen Moralisierung, die keine politischen Ideen vorzuweisen hat (vgl. Müller 2016a: 115). In diesem Kontext ist schließlich der Vorwurf, jemand sei »Populist« oder »Anti-Europäer«, selbst zu einem Mittel der Eliten geworden, sich gegen Kritik etwa an Rettungsmaßnahmen für den Euro zu immunisieren (vgl. ebd.: 31).

### 2.2.3 Demokratische Repräsentation als Formprinzip des Populismus

Populistische Parteien reagieren also auf strukturelle Transformationen westlicher Demokratien und profitieren von einem Machtverlust traditioneller politischer Eliten. Sie stützen sich dabei in ihrem »democratic extremism« nicht nur ideologisch auf Grundgedanken der Demokratie, sondern berufen sich auch auf in den Wähler\*innenschaften weitverbreitete Ansichten und Forderungen. Sie können in diesem Sinne auch hinsichtlich ihrer Repräsentationsfunktion durchaus als eine demokratische Kraft betrachtet werden. Cas Mudde deutet gar das zunehmende Misstrauen gegenüber den politischen Eliten des Mainstreams und die Fragmentierung der Medienlandschaft ohne Weiteres als Selbstermächtigung beziehungsweise »democratization« (Mudde 2021a: 585) angesichts eines undemokratischen Liberalismus. Populismus verleiht dem Ausdruck und ist daher für ihn heute »the main opposition to mainstream, liberal democratic politics« (ebd.: 580). Mudde kontrastiert das mit den faschistischen und kommunistischen Gegenbewegungen des 20. Jahrhunderts, die nicht populistisch waren. Damit deutet er eine Fortschrittsgeschichte an, der zufolge der immerhin demokratische Populismus die früheren, eindeutig extremistischen, also antidemokratischen Bewegungen gegen die liberale Demokratie ablöst.

Der Erfolg vor allem populistischer radikal rechter Parteien in jüngerer Zeit erklärt sich also einerseits aus den genannten strukturellen Veränderungen, andererseits aber erst aus der spezifischen politischen Reaktion darauf. Gemäß seiner programmatischen Abkehr von der Erforschung der Nachfrageseite fordert Mudde, die populistischen radikal rechten Parteien selbst als politische Akteure in den Mittelpunkt der Analyse zu stellen.

Die meisten der auf die Nachfrageseite fokussierten Arbeiten über die populistische radikale Rechte erzählen eine Geschichte sozialer Veränderung, in der Makro-Prozesse wie der Wertewandel und die Entstehung multikultureller Gesellschaften auf der Mikroebene das Wahlverhalten unter anderem zugunsten populistischer radikal rechter Parteien verschieben. Die offensichtliche Stärke dieser Perspektive ist

es, ähnliche Entwicklungen in sehr unterschiedlichen politischen Kontexten auf geteilte ökonomische, historische oder soziale Prozesse zurückzuführen. Allerdings, so wendet Mudde ein, um den Preis, dass nicht nur oft die genaue Wirkungsweise der gesellschaftlichen Großveränderungen auf individuelle Einstellungen eher unterstellt als erforscht wird, sondern auch und vor allem die sehr unterschiedlichen Mobilisierungserfolge populistischer rechter Parteien in sozial ähnlichen Ländern nicht erklärt werden können. Sowohl die These eines durch den Wertewandel getriebenen »cultural backlash« als Ursache für zunehmende Wahlerfolge populistischer Parteien als auch der Verweis auf ökonomische Ängste kranken für Mudde und Kaltwasser daran, dass kulturelle wie ökonomische Konflikte erst politisiert, das heißt zu *issues* gemacht werden müssen, bevor sie die Parteipolitik beeinflussen (vgl. Mudde/Kaltwasser 2018: 1677).<sup>5</sup>

Die durch Umfragen ermittelte potenzielle Wähler\*innenschaft für populistische radikal rechte Parteien wird oft unzulässigerweise für die tatsächlichen Wähler\*innen gehalten. Dabei gerät aus dem Blick, dass diese Parteien, wie andere auch, stets nur einen Teil derer mobilisieren können, die auf Basis ihrer Einstellungen für sie stimmen könnten. Welcher Teil sich warum mobilisieren lässt, kann so nicht geklärt werden (vgl. Mudde 2007: 229f.). Wie und in welchem Ausmaß die Mobilisierung praktisch gelingt, lässt sich laut Mudde am besten auf der Meso-Ebene untersuchen, also mit Blick auf die Familie, Nachbarschaften oder Stadtviertel. Hier kann geklärt werden, wann bestimmte Einstellungen für Wähler\*innen wichtiger sind als andere. Solch eine Untersuchung erfordert allerdings die Beachtung der Angebotsseite der Politik (vgl. ebd.: 231). Das sind einerseits externe politische Opportunitätsstrukturen, die durch das jeweilige Wahlsystem, die politische Konstellation der etablierten Parteien oder etwaige kulturelle Images, die der Partei anhängen, geschaffen werden. Andererseits und vor allem aber bestimmten die Parteien selbst darüber, wie gut sie ihre Ideologie, Führungskader und Organisation an die ihnen gegebenen Möglichkeiten anpassen. Was die populistischen radikal rechten Parteien hinsichtlich dieser Angebotsseite einzigartig macht, ist ihre Fähigkeit nativistische, autoritäre und populistische Empfindungen politisch zu vereinen, wo die meisten anderen radikal rechten Parteien nur eines der drei in den Mittelpunkt stellen (vgl. ebd.: 298).

Sie sind »purifiers« (Mudde 2010: 1179), sie gewinnen laut Mudde nicht, indem sie Wähler\*innen von neuen politischen Themen überzeugen (wie es etwa die Grü-

---

5 Gleichwohl bestreiten sie nicht, *dass* vor allem der Wertewandel weitreichende Auswirkungen auf westliche Parteiensysteme hat. So stehen etwa Parteien der Mainstream-Rechten vor der Herausforderung, sowohl die wachsende Gruppe der Befürworter\*innen postmaterieller Werte als auch die Anhänger\*innen der autoritären und nativistischen Abwehr gegen diese Entwicklung politisch und programmatisch hinter sich zu versammeln (vgl. Bale/Kaltwasser 2021).

nen Parteien mit dem Umweltschutz taten), sondern indem sie die relative Salienz schon vorhandener Themen zueinander verändern. Vor allem versuchen sie, die Aufmerksamkeit von sozioökonomischen Themen wie Arbeitslosigkeit hin zu soziokulturellen wie Immigration zu lenken. Wenn ihre Kernthemen Korruption und politische Skandale, Verbrechen und Terrorismus und Probleme von Immigration und multikulturellen Gesellschaften politisch bedeutsamer werden, spielt ihnen das in die Hände. Wie sehr sie diese Gelegenheit dann zu nutzen vermögen, hängt davon ab, in welchem Ausmaß sie bei ihren zentralen Themen *issue position ownership* erringen können. Das meint das Vertrauen des größten Teils der Wähler\*innenschaft darin, dass eine Partei zu einem wichtigen Thema die richtige Position vertritt und am ehesten kompetent ist, etwas zu bewirken (vgl. Mudde 2007: 300).

Genau das ist ihnen laut Mudde seit Anfang des 21. Jahrhunderts bei ihren Kernthemen gelungen. Drei spezifische Krisen – die Terroranschläge vom 11. September 2001 und ihre Folgen, die Finanzkrise 2008 und die sogenannte »Flüchtlingskrise« 2015 – hätten eine »nie dagewesene Welle islamophober und populistischer Demonstrationen« (Mudde 2021b: 35f.) losgetreten und der populistischen radikalen Rechten für die Themen Immigration und Sicherheit Aufmerksamkeit und Wahlerfolge beschert.

Historisch ist die populistische radikale Rechte in Muddes Augen mit diesen Themen unterdessen zur einzig relevanten populistischen Kraft geworden. Die oft erwartete populistische linke Gegenbewegung hat nicht stattgefunden (vgl. Mudde 2018). Stattdessen ist die radikale Rechte in ihrer populistischen Form nun in einem nie da gewesenen Ausmaß in den Mainstream eingedrungen. Der von Mudde als »vierte Welle« radikal rechter Parteien bezeichnete politische Aufschwung seit 2000 hat ihren durchschnittlichen Stimmanteil in nationalen Parlamentswahlen in den heutigen EU-Mitgliedsländern im Zeitraum von 2010 bis 2018 auf 7,5 % erhöht (gegenüber 4,4 % im Zeitraum von 1990 bis 1999). In immer mehr Ländern gelten sie als koalitionsfähig, regieren mit oder vereinzelt gar alleine. Ihre Ideen werden in breiteren Kreisen diskutiert und zunehmend von Mainstream-Parteien übernommen (vgl. Mudde 2021b: 36).

Jan-Werner Müller widerspricht hier Muddes Einschätzung deutlich. Er erkennt zwar an, dass die Positionen populistischer Parteien teilweise in den Bevölkerungen weit geteilt werden. Er stützt sich dazu auf Hanspeter Kriesis Diagnose einer Konfliktlinie zwischen Integration und Demarkation (vgl. Müller 2016a: 110f.). Allerdings lehnt er die geläufige und auch bei Mudde zentrale Annahme ab, populistische Wahlerfolge gingen auf eine besonders gute Repräsentation gewöhnlicher Bürger\*innen zurück. Bilder von »populistischen Wellen« im Sinne einer wachsenden Zustimmung zu populistischen Ideen verdecken laut Müller naheliegendere Beobachtungen: Populistische Parteien profitieren nicht unbedingt, aber lernen von den politischen Erfolgen der anderen (vgl. Müller 2021a) und bis heute ist keine populistische rechte Partei in den westlichen Ländern ohne die »collaboration of establis-

hed conservative elites« (Müller 2017: 5) an die Macht gekommen. So war die Wahl Donald Trumps 2016 vor allem eine Entscheidung republikanischer Wähler\*innen für den republikanischen Kandidaten. Damit verengt Müller aber erstens populistischen Erfolg ohne Grund auf Wahlsiege – die bislang tatsächlich selten sind. Und zweitens ist die USA mit ihrer schon lange bestehenden und weiter zunehmenden extremen politischen Polarisierung zwischen den beiden beherrschenden Parteien eher ein Sonderfall unter den westlichen Demokratien, die ansonsten seit Langem von einer entpolitisierenden inhaltlichen Annäherung der Mainstream-Parteien geprägt sind. Recht hat Müller mit Blick auf die vermeintlichen inhaltlichen Erfolge der populistischen Rechten: Viele vulgär als »populistisch« bezeichnete Positionen, etwa die Forderung nach starker Begrenzung von Immigration, gewinnen nicht so sehr an Zuspruch, als sie – sogar bei nominalen Verlusten populistischer Parteien – schlicht weitgehend von konservativen Parteien übernommen werden. Darüber hinaus haben konservative Parteien oft aus strategischen Gründen die Rolle der »enablers« (ebd.: 6) populistischer Parteien gespielt. So protegierte etwa die moderat konservative EVP-Fraktion im Europaparlament die ungarische Fidesz-Partei, um die größte Fraktion zu bleiben. Das Verhalten der etablierten Eliten ist für das Schicksal der Demokratie ebenso bedeutend wie das der rechten populistischen Herausforderer\*innen selbst, weswegen Müller dazu aufruft, die konservative Kolaboration mit dem Populismus zu skandalisieren.

## 2.2.4 Wirkung auf die (liberale) Demokratie

Populistische Ideologie als solche ist gemäß Muddes und Kaltwassers Terminologie nicht per se antidemokatisch, sondern schießt lediglich gegen bestimmte Aspekte der liberalen Demokratie. Welche Auswirkungen populistische Akteure auf ein politisches System haben können, hängt daher von verschiedenen Bedingungen ab. Neben der politischen Macht der populistischen Akteure, den Regeln des politischen Systems sowie der internationalen Einbindung heben Mudde und Kaltwasser dabei vor allem den Grad der Demokratisierung hervor. In autoritären Staaten und im Übergang zur Demokratie wirkt Populismus mit seiner Elitenkritik und seinen Forderungen nach Volkssouveränität und Mehrheitsherrschaft meist demokratisierend, wie etwa im Zerfall sowjetischer Staaten in Zentral- und Osteuropa. In Phasen der vertieften Demokratisierung – das heißt für Mudde und Kaltwasser: während des Aufbaus liberaler Institutionen zum Schutz von Grundrechten – ist Populismus wiederum eher bremsend, da er ungewählte Organe als Beschränkung des Volkswillens ablehnt. In Phasen des Zusammenbruchs bestehender Demokratien wird Populismus mit seiner Kritik bestehender Eliten eher aufseiten des Zerfalls stehen, allerdings sich dem Übergang zu vollends repressivem Autoritarismus wiederum entgegenstellen. Insgesamt befördert Populismus also eher die Demokratisierung autoritärer Systeme, verringert aber die Qualität liberaler Demokratien (vgl.

Mudde/Kaltwasser 2017: 88–96). Dieses Schema beruht natürlich auf der fragwürdigen Annahme, dass das politische Verhalten populistischer Parteien wesentlich von ihrer dünnen populistischen Ideologie bestimmt wird. Tatsächlich ist Populismus aber erstens stets mit anderen Ideologien artikuliert und zweitens sind populistische Parteien immer in konkrete politische Kämpfe um Hegemonie verstrickt, angesichts derer eine solche abstrakte Systematik der Wirkungen fiktiv erscheint.

Empirisch stellen natürlich vor allem populistisch radikal rechte Parteien eine Bedrohung für die Demokratie dar. Mudde schätzte diese Bedrohung in der Vergangenheit im Vergleich zum teilweise panischen öffentlichen Diskurs um »Rechtspopulismus« auffällig gering ein. Auf Grundlage seiner »pathological normalcy«-These hielt er den Einfluss populistischer radikal rechter Parteien auf die Einstellungen der Massen für begrenzt. Da sie lediglich schon vorhandene Überzeugungen zu radikalisieren und die Salienz bestimmter Themen zu steigern versuchen, scheinen sie zumindest als Oppositionsparteien die Einstellungen ihrer Wähler\*innenschaft selten langfristig zu verändern (vgl. Mudde 2017b: 531). Eher gelingt es ihnen, den Begriff des Volkes nachhaltig zu verschieben bzw. wieder zurück in die Richtung eines nicht-multikulturellen Verständnisses zu verändern. Das Volk soll wieder vor allem als ethnisch homogen verstanden werden, was Mainstream-Parteien laut Mudde nicht selten aufgreifen (vgl. ebd.: 534).

In seinen späteren Analysen hebt Mudde demgegenüber den Einfluss populistischer radikal rechter Parteien auf die politischen Programme der konkurrierenden Parteien hervor (vgl. Mudde 2021b: 38). Während so radikal rechte Ideologeme zunehmend in den Mainstream vorgedrungen sind, passen sich die Mainstream-Parteien meist vor allem rhetorisch an, während praktische Folgen ausbleiben. Gelangen populistische radikal rechte Parteien allerdings an die politische Macht, können sie politische Systeme durchaus in eine illiberale Richtung verschieben. Sie bedrohen vor allem die Unabhängigkeit der Gerichte und Medien sowie die Minderheitenrechte und streben eine »Ethnokratie« (ebd.: 147) an, die zwar nominell demokratisch verfasst sein, aber strukturell auf der Herrschaft der »eigenen« ethnischen Gruppe basieren soll. Regierungsbeteiligungen populistischer radikal rechter Parteien oder gar Alleinregierungen sind allerdings bislang selten, sodass solche Pläne meist durch Koalitionsparteien, die Öffentlichkeit oder Gerichte verhindert werden können. Auch auf internationaler Ebene können sie zwar die Zusammenarbeit der demokratischen Staaten behindern, wie etwa im Fall des von der populistischen rechten Partei UKIP mit herbeigeführten EU-Austritts Großbritanniens. Allerdings vermögen sie mangels internationaler Koordination und Einigkeit zwischen den populistischen radikal rechten Parteien keine grundlegende Änderung der internationalen Politik herbeizuführen (vgl. ebd.: 145ff.).

Insgesamt besteht Mudde darauf, dass der »authoritarian turn« (Mudde 2017b: 535) in Westeuropa und die hauptsächlichen Bedrohungen für die liberale Demokratie seit den 1980er-Jahren nicht von den populistischen, sondern von den

rechten Mainstream-Parteien ausgingen. Hinsichtlich der Migrationspolitik und der EU-Integrationspolitik etwa wurde der Politikwechsel bereits von den etablierten rechten Parteien unter Einfluss neokonservativer Kräfte eingeleitet, bevor populistische radikal rechte Parteien signifikante Wahlerfolge vorweisen konnten. Auch die Versichertheitlichung der Politik nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde vom rechten Mainstream getragen und bedurfte keiner Unterstützung der populistischen Rechten. Die Mainstream-Linke war dabei entweder unfähig gegenzuhalten oder kooperierte gar (vgl. Mudde 2017b: 536).

Muddes nüchterner Blick auf die reale politische Macht populistischer rechter Parteien ist zwar wohltuend, aber theoretisch wenig abgesichert. Ihr möglicherweise geringer Einfluss auf die Einstellungen der Massen kann nicht vollends beruhigen, wenn in Rechnung gestellt wird, dass die Wirkung politischer Ideologie oft nicht wesentlich von der Mehrheitsmeinung abhängt, sondern von ihrer Rolle in Kämpfen um politische Hegemonie. Muddes Verständnis politischer Ideologien erweist sich hier gewissermaßen als naiv demokratisch. Schon die bloße politische Mobilisierung vorhandener autoritärer Einstellungen kann in politischen Pattsituationen zwischen großen Lagern, wie sie in westlichen Demokratien in den letzten Jahren häufig vorkommen, entscheidende Wirkung entfalten. Entsprechend relativiert sich Muddes Gelassenheit etwas, wenn er konkrete populistische radikal rechte Parteien in den Blick nimmt. Die ungarische Fidesz-Partei begann zwar als populistische radikal rechte Partei, unter ihr wurde aber Ungarn erst zu einer illiberalen Demokratie und ist mittlerweile gar »weder liberal noch demokratisch, sondern ein kompetitiv autoritärer Staat« (Mudde 2021b: 163).

Jan-Werner Müllers stärker liberale Perspektive führt ihn zu einer drastischeren Einschätzung. Populistische Parteien sind für ihn, wie oben dargestellt, per se antidemokratisch, da sie Pluralismus und moderne Repräsentation ablehnen und damit die Idee der modernen Demokratie selbst infrage stellen. Denn etwa Einschränkungen von Meinungs- und Versammlungsfreiheit unter populistischen Regierungen betreffen nicht nur die rechtsstaatliche Seite moderner Demokratie, sondern ihr Wesen, oder, wie Müller es in seinem jüngsten Buch ausdrückt, die »kritische Infrastruktur für die Demokratie« (Müller 2021b: 15). Müller hält es daher schon länger für verharmlosend, etwa im Falle von Ungarn unter Orbán oder der Türkei unter Erdogan nur von »illiberaler Demokratie« zu sprechen, und plädiert stattdessen für »defekte Demokratie« (Müller 2016a: 76) oder eben »keine Demokratie« (Müller 2019a: 133).

Dennoch berufen populistische Parteien sich auf die Demokratie und versuchen ihre populistische Herrschaftspraxis in einer demokratisch klingenden Sprache zu rechtfertigen. Im Gegensatz zur rechtsextremen offenen Demokratiefeindschaft verursacht diese Strategie politisch weniger Kosten.

Müller hebt drei Herrschaftspraktiken hervor: Erstens okkupieren Populist\*innen den Staatsapparat von oben und ersetzen politisch neutrale Beamte mit Par-

tei- und Gefolgsleuten. Behörden, Justiz und Medienkontrollgremien gehören dabei zu den zentralen Angriffspunkten. Wenngleich es eine allgemeine Tendenz zur Verschmelzung von Parteien und Staat gibt, sind die Populist\*innen die einzigen, die sich – gestützt auf ihr Selbstbild als einzige wahre Volksvertreter\*innen – offen dazu bekennen (vgl. Müller 2016a: 71).

Zweitens sichern populistische Parteien ihre Macht durch Massenklientelismus. Auch hier ermöglicht ihre Ideologie ihnen ein offensiveres Vorgehen als anderen Parteien, die dasselbe verdeckter versuchen. Da für populistische Parteien ohnehin nur bestimmte Bevölkerungsgruppen zum »Volk« gehören, andere aber nicht, können sie die Bevorzugung ihrer Klientel offen rechtfertigen und versuchen, diese als loyale Machtbasis an sich zu binden.

Drittens schließlich unterdrücken populistische Parteien jeglichen zivilgesellschaftlichen Widerstand. Er hat besondere symbolische Bedeutung, da er offenlegt, dass sie selbstverständlich nicht das gesamte »Volk« vertreten. Politische Gegner sind in der populistischen Logik stets verdächtig, nicht wirklich zum Volk zu gehören, sondern ihre Zugehörigkeit nur vorzutäuschen, sich einzuschleichen. Diese Rhetorik des Verdachts- und der Exklusion im Namen des Volkes kann, wo sie ohnehin marginalisierte Gruppen trifft, deren Status als vollwertige und gleichberechtigte Bürger\*innen untermindieren (vgl. Müller 2022: 14f.).<sup>6</sup>

Ihre Herrschaftspraktiken versuchen manche Populist\*innen dabei auch in veränderten oder neu geschaffenen exklusiven Verfassungen festzuschreiben. Wiederum am Beispiel Ungarns zeigt Müller, wie die Fidesz-Regierung die eigene Macht und die eigenen politischen Vorstellungen in der neuen Verfassung von 2011 der politischen Auseinandersetzung entziehen wollte. Insgesamt zielen alle Praktiken darauf, das angeblich homogene »Volk« erst zu schaffen, auf das die Populist\*innen sich schon ständig beziehen (vgl. Müller 2016a: 67–83).

Zumindest dahin gehend ist Müller dicht bei Mudde, dass auch für ihn die für die Demokratie gefährlichen Veränderungen vor allem von populistischen Parteien in Regierungsverantwortung ausgehen.

---

6 Damit ist das Verhältnis von autoritärem Populismus und Zivilgesellschaft jedoch noch unzulänglich bestimmt. Manche Analysen weisen darauf hin, dass autoritäre populistische Parteien – anders als der historische Faschismus, auf den Müllers Beschreibung an dieser Stelle ebensogut passen könnte – vor allem dort erfolgreich sind, wo das zivilgesellschaftliche Leben bzw. die Bindung an ihre Organisationen schwach sind. Radikal rechter Populismus »gedieht auf den Ruinen der Zivilgesellschaft. Er will niemanden organisieren und mobilisiert keine Massen als Schlägertrupps, sondern Vereinzelte zur Stimmabgabe« (Opratko 2024). Anton Jäger hat für das übergreifende Phänomen des immer volatileren, kurzfristigeren politischen Engagements bei gleichzeitig starker Politisierung des Alltags den Begriff »Hyperpolitik« geprägt (vgl. Jäger 2024).

## 2.2.5 Zusammenfassung

Die Beiträge des *ideational approach* sind theoretisch und politisch weitreichend von ihren Demokratieverständnissen geprägt. Während Mudde und Kaltwasser Demokratie im Kern als Mehrheitsherrschaft und also als nicht notwendig liberal begreifen, kann sie für Müller grundsätzlich nur als liberal verfasste Ordnung existieren. So gestehen Mudde und Kaltwasser dem antiliberalen »demokratischen Extremismus« des Populismus zumindest ein ambivalentes Verhältnis zur liberalen Demokratie zu, während Müller ihn in Gänze als antidemokatisch verwirft. Beide, vor allem aber Müller legen sich damit auf eine antipopulistische Grundhaltung fest. Müller geht darin so weit, jeglichen politischen Rekurs auf »das Volk« und das demokratische Versprechen von Volksherrschaft unabhängig von seiner politischen Ausrichtung als grundsätzlich proto-totalitaristisch zu diskreditieren. Symbolische Repräsentation macht sich für ihn in Gänze der Vergehen schuldig, Interessen zu homogenisieren und die Frage, wer zum Volk gehört, autoritär stillstellen zu wollen. Seinem vorgeblich realistischen Liberalismus taugen nur mehr die formalen Repräsentationsmechanismen des Wahlrechts als im Ernst demokratisch. Damit leugnet er, dass jede Demokratisierung, wo sie nicht von staatlichen Institutionen schon ermöglicht und begrüßt wird, auf die Bündelung und symbolische Repräsentation verschiedener Interessen angewiesen ist.

Zwar sind sich alle Autoren darin einig, dass bestimmte Legitimationsprobleme gegenwärtiger liberaler Demokratien einen Anteil am Zulauf populistischer Parteien haben. Differenzen bestehen aber dahin gehend, wie ernsthaft diese Probleme demokratietheoretisch wirklich sind. Laut Mudde wird die fortschreitende post-politische (supra-)nationale Verrechtlichung politischer Streithemen etwa in der Finanz- und Migrationspolitik von den kognitiv mobilisierten und medial emanzipierten Wähler\*innen zu Recht immer weniger hingenommen. Müller hingegen will in der Verrechtlichung kein prinzipielles Problem erkennen, da etwa die Begrenzung nationalstaatlicher Souveränität durch die EU-Integration lediglich die eingehetige Demokratie der Nachkriegszeit fortführt und ergänzt.

So bewerten sie auch den politischen Umgang populistischer radikal rechter Parteien mit diesen Legitimationsproblemen unterschiedlich: Mudde und Kaltwasser sehen hier eine demokratische Kraft, ja gar die einzige wirksame Opposition gegen den hegemonialen undemokratischen Liberalismus am Werk. Die populistische Rechte repräsentiert für sie erfolgreich weitverbreitete Einstellungen, indem sie die Salienz der Themen Immigration und innere Sicherheit steigert und sie zugleich effektiv für sich beansprucht. Für Müller hingegen sind populistische rechte Parteien kein antihegemoniales Projekt, sondern mit ihrer antipluralistischen Rhetorik selbst das größte Problem. Gefolgt von konservativen Eliten, die radikal rechte Positionen übernommen und so erst mehrheitsfähig gemacht haben.

## 2.3 Kapitalismus und politische Ökonomie

Politische Ökonomie spielt für die Vertreter des *ideational approach* weder als soziale Ursache noch als politisches Thema populistischer Parteien eine große Rolle. Im Gegensatz etwa zu den Cleavage-Theorien bestehen sie darauf, dass eine Nachfrage nach populistischer Ideologie stets gegeben ist und nicht durch ökonomische Verwerfungen oder Krisen erklärt zu werden braucht. Zudem gehen sie davon aus, dass ökonomische *policies* populistischer Parteien, wo sie nicht ganz in den Hintergrund treten, eher als Vehikel der populistischen Ideologie und der jeweiligen »vollen« Ideologien dienen denn als tatsächliche politische Agenda. Die gelegentlichen empirischen Bezüge zur Ökonomie in ihren Texten bleiben daher vage. Dennoch kommen sie angesichts des anhaltenden öffentlichen und akademischen Interesses für den Zusammenhang von (rechtem) Populismus und Kapitalismus nicht um eine zumindest vorläufige theoretische Positionierung herum.

### 2.3.1 Politisch-ökonomische Bedingungen populistischer Mobilisierung

Gemäß ihrer Ideologietheorie differenzieren Mudde und Kaltwasser hinsichtlich des Erfolgs populistischer Parteien nach den verschiedenen ideologischen Elementen. Viele Studien der Wahlforschung fokussieren zur Bestimmung der ausschlaggebenden Nachfragefaktoren ausschließlich auf die Erfolgsbedingungen der nativistischen oder sozialistischen Wirtschaftsideologien, etwa auf rassistische Einstellungen oder Zustimmung zu ökonomischer Umverteilung. Damit erfassen sie allerdings nicht, welche Rolle die weitverbreitete, wenngleich oft latente populistische Ideologie spielt und wann ökonomische Verwerfungen zu ihrer politischen Aktivierung beitragen (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017: 99).

Da Populismus um den Gegensatz zwischen dem souveränen und reinen Volk und der korrupten Elite kreist, können ökonomische Entwicklungen ihn dann mobilisieren, wenn sie als Infragestellung bestimmter demokratischer Prinzipien erscheinen. Das kann etwa in Zeiten von »dramatic economic downturns« der Fall sein oder bei Bekanntwerden von »cases of systematic corruption« (ebd.: 100), die Vertreter\*innen der Elite als unehrlich offenbaren. Systematische Korruption verorten Mudde und Kaltwasser vor allem in schwachen staatlichen Strukturen wie in Griechenland und Ecuador als Dauerproblem. Ökonomische Verwerfungen bezeichnen sie als treibende Kraft hinter einer Reihe populistischer Mobilisierungen in verschiedenen Kontexten. So sehen sie die »Große Rezession« ab 2007 als Ausgangspunkt der beiden entgegengesetzten nordamerikanischen Bewegungen *Occupy Wall Street* und *Tea Party* (vgl. ebd.: 26). Auch der breite Zuspruch für *Syriza* und *Podemos* ist ohne die Rezession und den teilweise offensichtlich korrupten Umgang der Mainstream-Parteien mit ihr kaum zu verstehen (vgl. ebd.: 100). Zudem macht sich Muddes und Kaltwassers gesamte Periodisierung des lateinamerikanischen Po-

pulismus an ökonomischen Konjunkturen fest: Die erste Welle folgte auf die Great Depression 1929, die zweite auf die Krisen am Ende der 1980er-Jahre, die dritte auf die neoliberalen Reformen in den 1980ern und 1990ern (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017: 27–32). Dabei bestimmen aber ökonomische Entwicklungen keinesfalls unmittelbar die politischen Folgen: Entscheidender als tatsächliche ökonomische Betroffenheit ist ein verbreiteter »sense of crisis« (ebd.: 106), der auch von Parteien und Medien (mit-)erzeugt sein kann. Zudem sind populistische linke Antworten wie in Griechenland und Spanien nicht die einzige Möglichkeit. Die lateinamerikanischen Populist\*innen der zweiten Welle setzten radikal neoliberale Reformen um, begleitet von einer Agitation gegen die »politische Klasse« und den Staat.

Neben diesen konkreten Anlässen können auch systemische Probleme ökonomischer Verteilung populistischer Ideologie in die Hände spielen. So sind nicht zufällig viele Wähler\*innen in europäischen Ländern aus der »native working class« (ebd.: 101) zu populistischen Parteien übergegangen<sup>7</sup>. Sie fühlten sich von den sozialdemokratischen Parteien im Stich gelassen, die ökonomische Globalisierung und EU-Integration, aber auch Multikulturalismus zu ihrem Programm gemacht haben.

Dahinter steht wieder die schon angesprochene Analyse Peter Mairs, der zu Folge Mainstream-Parteien immer weniger die Repräsentation ihrer Elektorate (»responsiveness«) mit ihrer Rolle als »verantwortungsvolle« Sachwalter ihrer kapitalistischen Volkswirtschaft (»responsibility«) vereinbaren können. Für Mudde und Kaltwasser ist dieser Konflikt der zentrale Grund für eine »growing gap between the elite and the people« (ebd.), die immer wieder populistisch skandalisiert werden kann. Mair selbst benannte wiederum die ökonomische Globalisierung als eine zentrale Ursache hinter der sinkenden wirtschaftspolitischen Autonomie nationaler Regierungen (vgl. Mair 2013: 68). Seine – durch seinen jähren Tod unvollendet gebliebene – Kritik beschränkt sich allerdings auf die Parteienforschungs-Perspektive. Mair entwickelte keine These zum prinzipiellen Spannungsverhältnis von Demokratie und Kapitalismus.

Jan-Werner Müller relativiert die Bedeutung ökonomischer Bedingungen für die Wahl populistischer Parteien sehr viel ausdrücklicher als Mudde und Kaltwasser. Laut ihm ist empirisch weniger die schlechte individuelle wirtschaftliche Lage als Motivation ausschlaggebend, sondern die »Einschätzung, mit dem Land als Ganzem gehe es bergab, die Eliten kümmerten sich nicht oder seien inkompotent«

---

<sup>7</sup> Dieser These hat Cas Mudde 2019 allerdings selbst widersprochen. Es ist demnach vielmehr eine verbreitete Fehl wahrnehmung, dass die Wähler\*innen der populistischen radikalen Rechten hauptsächlich aus der weißen Arbeiter\*innenklasse kämen und zuvor sozialdemokratisch wählten. Stattdessen sind ihre Wähler\*innen meist nicht aus der Arbeiter\*innenklasse und die Mehrheit dieser Klasse wählt nicht die populistische radikale Rechte (vgl. Mudde 2019).

(Müller 2016a: 34). Die aber ist, so legt Müller nahe, erst einmal normativ begründet, und ihr Verhältnis zu wirtschaftlichen Kennzahlen daher durchaus unklar.

Diese Unklarheit kommt Müller offenbar sehr gelegen. In seinem Buch liefert er kaum gesellschaftlichen oder ökonomischen Kontext für die »moralistische« Empörung, die er im Populismus beklagt und lässt sie damit umso mehr als anlasslose ideologische Verirrung erscheinen. Der Vorwurf der Korruption taucht ausschließlich als Ideologieelement des populistischen Redens über vermeintliche »Eliten« auf, nicht als tatsächliches Phänomen. Auch zweifelt er ausdrücklich die Kritik Wolfgang Streecks an, bei der Europäischen Union handle es sich um eine »Fassadendemokratie« (Streeck 2015: 241), da ihr jede wirksame Einmischung in kapitalistische Marktprozesse verfassungsmäßig untersagt sei. Die europäische Schuldenbremse, verpflichtende Haushaltsdisziplin und Durchgriffsrechte auf nationale Haushalte sind für Müller zumindest im Prinzip demokratietheoretisch unbedenklich, da sie überkommene Einschränkungen der Demokratie lediglich fortführen. Die systematische Sabotage einer auch sozialen Demokratisierung durch ihr entgegenwirkende kapitalistische Produktionsverhältnisse stellt für Müller kein grundsätzliches Problem dar. In seiner liberalen Perspektive tauchen ökonomische Zwänge auf den Einzelnen und das staatliche Gemeinwesen lediglich als »illegitimate Macht« der »Märkte« (Müller 2016a: 110) auf. Dass sie als Institutionen »Macht produzieren« (ebd.: 109) ist unumgänglich, sie können lediglich besser oder schlechter reguliert werden.

Eine explizite Kritik an dem, was Mudde »undemokratischen Liberalismus« nennt, am Neoliberalismus oder gar am Kapitalismus per se findet sich bei Müller nicht. An der schärfsten Stelle heißt es mit Blick auf die schwindende Repräsentation der sozioökonomisch Schwächsten lediglich: »all is not well with existing democracies in Western Europe and North America« (Müller 2016b: 59). Das passt zu Müllers Distanzierung von den Versprechen der Demokratie und seinem faktischen Übergehen des europäischen Linkspopulismus. Beides würde ihm anderenfalls eine Beschäftigung mit Klassenverhältnissen und ökonomischen Bedrohungen der Demokratie aufnötigen.

### 2.3.2 Ökonomische Themen in der Ideologie populistischer radikal rechter Parteien

In einem früheren theoretischen Versuch über die Rolle kapitalistischer Ökonomie für den Erfolg populistischer radikal *rechter* Parteien wendet Mudde sich ausdrücklich gegen die starke Bezugnahme auf ökonomische Krisen und ähnliche gängige Vorstellungen der (Rechts-)Populismusforschung.

Erstens haben ökonomische Krisen keinen solch wichtigen begünstigenden Einfluss, wie oft zu lesen ist. Und zwar weil populistische radikal rechte Parteien bei ökonomischen Themen für gewöhnlich keine *issue ownership* erreichen und also von

der höheren Salienz in Krisenzeiten nicht profitieren. Daher stellen sie diese Themen auch selbst nicht in den Mittelpunkt (vgl. Mudde 2007: 206).

Zweitens ist ihre ökonomische Agenda nicht unbedingt neoliberal ausgerichtet, wie viele Arbeiten nach wie vor annehmen. Laut Mudde entspringt dieses Missverständnis einerseits aus der empirisch-politikwissenschaftlichen Definition von »rechts«: Rechte Ideologie wird dort eben als ökonomische Position operationalisiert, die Marktprozessen statt der Steuerungsfähigkeit des Staates vertraut. Zweitens haben mit Hans-Georg Betz und Herbert Kitschelt zwei einflussreiche Parteienforscher früh Neoliberalismus als Kernmerkmal populistischer rechter Ideologie eingeführt. Selbst in ihren Anfängen dienten sich laut Mudde aber viele populistische radikal rechte Parteien höchstens mit neoliberaler Rhetorik dem Zeitgeist der 1980er an, ohne aber ein konsistent neoliberales Programm zu entwickeln. Sie legten sich weder auf Forderungen nach niedrigeren Steuern, noch nach Deregulierungen oder Privatisierungen fest. Die meisten prominenten Vertreter\*innen verfolgen vielmehr spätestens seit den 1980er-Jahren eine wohlfahrtsstaatschauvinistische Linie. Sie akzeptieren grundsätzlich den Kapitalismus und orientieren sich am ehesten am christdemokratischen Verständnis sozialer Marktwirtschaft. Allerdings sind für sie staatliche Eingriffe in Marktprozesse nicht aus einem Gedanken der Nächstenliebe heraus notwendig, sondern um die Wirtschaft in den Dienst der Nation zu stellen. Diese »nativist economics« (ebd.: 122) erlauben gleichwohl eine große Variation des gewünschten Grades an staatlicher Einmischung – von laissez faire bis weitgehender Staatswirtschaft. Kapitalistische Marktwirtschaft innerhalb des Nationalstaates ist aus dieser nativistischen Perspektive begrüßenswert, europäische oder globale Märkte und Freihandel hingegen werden verdächtigt, der eigenen Nation zu schaden. Ähnlich wird der Wohlfahrtsstaat prinzipiell und für die Angehörigen der eigenen Nation unterstützt und soll nicht selten ausgedehnt werden. Zugleich steht er in Verdacht, »eigenen«, vor allem aber ethnisch, kulturell oder sonst wie »fremden« »Sozialschmarotzern« als Hängematte zu dienen. Privatisierungen werden gegebenenfalls unter der Einschränkung gefordert, die Betriebe müssten dabei in der Hand von »natives« bleiben und national wichtige Sektoren der Ökonomie müssten staatlich kontrolliert bleiben (vgl. ebd.: 125).

Drittens ist das ökonomische Programm für Ideologie und Erfolg der populistischen radikal rechten Parteien insgesamt zweitrangig. Wirtschaftspolitische Positionen und *talking points* leiten sich von den Kernideologem Nativismus, Autoritarismus und Populismus ab und dienen ihnen. Sie sind daher oft politisch rein instrumentell und opportunistisch gestaltet. Sie erhalten in Programmen und Propaganda wenig Aufmerksamkeit (vgl. ebd.: 132f.). Und auch für ihre Anhänger\*innen scheinen sozioökonomische Themen zweitrangig zu sein. Sicher ist, dass die Wähler\*innenbasis populistischer radikal rechter Parteien klassenübergreifend zusammengesetzt ist, mit leichten Schwerpunkten sowohl unter den Selbstständigen als auch den Arbeiter\*innen (vgl. ebd.: 135). Zwar verdanken sich die Wahlerfolge in den

1990er-Jahren einer vorübergehenden Proletarisierung der populistischen Rechten, da sich immer mehr weiße männliche Arbeiter von der marktwirtschaftlich orientierten Sozialdemokratie des »Dritten Weges« abwendeten. Und auch heute gehören laut Mudde einige populistische rechte Parteien hinsichtlich der Klassenbasis zu den stärksten »Arbeiterparteien« ihres Landes. Dennoch geht die verbreitete öffentliche Wahrnehmung, weiße männliche Arbeiter stellten die Kernklientel der populistischen Rechten, an der Realität vorbei. Mit zunehmendem Erfolg der populistischen Rechten werden ihre Wähler\*innenschaften heterogener, sodass die erfolgreichsten unter ihnen sich bereits »von Arbeiterparteien in Volksparteien« (Mudde 2021b: 106) verwandelt haben.

Schließlich widerspricht Mudde der in Bezug auf rechte, also auch populistische rechte Parteien nach wie vor populären Annahme, sie stecken mehr oder weniger direkt mit einflussreichen Kapitalinteressen unter einer Decke. Dieser Verdacht geht wahrscheinlich auf die Nachwirkungen vulgarisierter marxistisch-leninistischer Faschismustheorien zurück. Die Stoßrichtung dieser Theorien fasst wohl am prägnantesten die Formulierung des letzten Generalsekretärs der Kommunistischen Internationale, Georgi Dimitroff zusammen, der Faschismus sei die »offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« (Dimitroff 2002: 5).

Mudde hält dem entgegen, dass das Großkapital heute wie auch in der Vergangenheit weniger ein verlässlicher Förderer populistischer radikal rechter Parteien ist, als vielmehr gegebenenfalls und zu gegebener Zeit deren Erfolg zu nutzen versucht. Während ihre politische Marginalität populistische radikal rechte Parteien bislang gegenüber konservativen Mainstream-Parteien wenig nützlich für das Großkapital erscheinen ließ, könnte sich das mit ihrem zunehmenden Erfolg ändern. Grundsätzlich sind große Unternehmen als Repräsentanten und Profiteure des Kapitalismus jedoch skeptisch gegenüber Radikalen und politischen Außenseitern. Sie bevorzugen es, ihre Interessen in systemkonformen Wegen zu artikulieren. Das schließt jedoch nicht aus, dass das große Kapital durch seinen Einfluss in Politik und Medien indirekt und direkt zum Erfolg der populistischen Rechten beiträgt. Oben wurde bereits dargestellt, wie die Kommerzialisierung der etablierten Medien sowie die privat betriebenen sozialen Netzwerke eine Aufmerksamkeitsökonomie schaffen, die der populistischen Rechten entgegenkommt (siehe Abschnitt 2.2.2). Darüber hinaus erleichtert die fortschreitende Konzentration einflussreicher Medien in wenigen Unternehmen politische Beeinflussung gemäß der beteiligten Kapitale. Die radikale Rechte versucht umgekehrt, sich dem großen Kapital zu empfehlen, indem sie nie die kapitalistische Produktionsweise als solche infrage stellt, sondern höchstens dem globalisierten Kapitalismus nationale Einhegung androht. Anstatt ideologischer Nähe oder politischer Freundschaft sieht Mudde in der Beziehung von populistischer radikaler Rechter und Großkapital

eine »marriage of convenience« (Mudde 2020: 304), die hält, wenn und solange sie beiden Partnern nützt.

### 2.3.3 Zusammenfassung

Geprägt durch seinen deskriptiven Ideologiebegriff hat der *ideational approach* kein genuines Interesse am Einfluss politisch-ökonomischer Verhältnisse auf den Erfolg populistischer Parteien. Er unterstellt keinen prinzipiellen Zusammenhang zu Wirtschaftskrisen, Sozialabbau oder Prekarisierung, sondern hält sie nur für relevant, wo sie als Verletzung demokratischer Prinzipien erfahren werden. Wo Ökonomie üblicherweise in die Parteienforschung einfließt – als individuelle wirtschaftliche Lage und wirtschaftspolitische Interessen der Wähler\*innen selbst – lenkt Muddes These von einer »pathological normalcy« die Aufmerksamkeit stattdessen auf die politische Angebotsseite. Doch auch dort gelten ökonomische *policies* nicht in erster Linie als Reaktion auf tatsächliche ökonomische Veränderungen, sondern als Vehikel der ideologischen Kernelemente, also des Populismus und, bei den populistischen radikal rechten Parteien, des Nativismus und des Autoritarismus.

Die von ihnen kritisierte »moralistische Empörung« stellen Mudde und Kaltwasser sowie Müller daher kaum in einen größeren ökonomischen Kontext. Korruption unter den Eliten etwa taucht nur als populistisches Ideologieelement, nicht als reales Phänomen auf. Das wiederum stützt die besonders bei Müller offen antipopulistische Position, es handele sich beim Populismus um eine nicht nur antidemokratische, sondern auch grundlose und also unverständliche ideologische Verirrung.

Für populistische radikal rechte Parteien kann Mudde feststellen, dass diese weder Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt ihrer Agenda stellen noch im Durchschnitt besonders neoliberal positioniert sind. Entsprechend kann er auch keine besondere Affinität des Großkapitals zu radikal rechten populistischen Parteien erkennen.

## 2.4 Fazit: Gesellschaftstheoretische Elemente und Probleme

Der *ideational approach* der Populismusforschung ist theoretisch um seinen Ideologiebegriff herum aufgebaut. Seine Stärken und Schwächen hängen am deskriptiven, positivistischen Verständnis politischer Ideologie. Mit Michael Freedman betrachtet er jegliche Interpretation der politischen und sozialen Welt als Ideologie, unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt und von den verschiedenen Motiven und Interessen, die sich in ihr ausdrücken mögen. Das ermöglicht ihm einerseits, Populismus als gesellschaftliches Phänomen zu benennen. Die Elemente populistischer

Ideologie sind in abgeschwächter Form in westlichen Demokratien weit verbreitet und treten in der breiten Bevölkerung sowie in der Elite über Gruppengrenzen hinweg auf. Freedens Konzept der »dünnen Ideologie« ermöglicht es den Autoren, diese minimalen Elemente populistischer Ideologie jenseits einer Verbindung mit sozialistischen oder konservativen Ideologien oder gar einer konkreten Parteiideologie empirisch handhabbar zu machen. So können sie auch für die Suche nach den Ursachen des Erfolgs populistischer Parteien die wichtige Differenzierung formulieren, dass populistische Ideogeelemente für diesen Erfolg keineswegs immer ausschlaggebend sind. Stattdessen müssen aus dieser Perspektive populistische linke und rechte Parteien mit ihren konkreten ideologischen Konstellationen und ihren Kämpfen um Themen und Positionen ins Zentrum der Forschung rücken.

Allerdings setzt der positivistische Ideologiebegriff dem *ideational approach* zugleich auch Grenzen. Er fragt nicht, wie angemessen oder unangemessen populistische Ideologie die gesellschaftliche Realität darstellt. Seine Vertreter\*innen kritisieren Populismus nicht, weil er falsch wäre, sondern weil er normativ von ihrem pluralistischen, liberalen Demokratieverständnis abweicht.

Der positivistische Ideologiebegriff fragt nicht nach den gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, in denen populistische Ideologie verbreitet und rezipiert wird. So benennen zwar Mudde und Kaltwasser einige Legitimationsprobleme des demokratischen Systems als Ursache für den Erfolg des Populismus, darunter die Verrechtlichung gesellschaftlicher Streitfragen, die postpolitische Annäherung der großen Mainstream-Parteien und die Verlagerung politischer Gestaltungsmacht auf die supranationale Ebene. Ob der populistische Protest sich aber überhaupt explizit gegen diese Entwicklungen richtet und ob er dabei plausible Analysen und Vorschläge präsentiert, ist unwichtig, beziehungsweise im Rahmen des positivistischen Ideologiebegriffs schlicht nicht zu entscheiden. Insbesondere die inhaltlichen Differenzen zwischen populistischen linken und populistischen rechten Ideologien würden aus diesem Blickwinkel wohl deutlich schärfer hervortreten, als sie es im *ideational approach* tun.

Das begriffliche Herauspräparieren eines gleichbleibenden Kerns populistischer Ideogeelemente ist nur durch dieses Absehen von ihren unterschiedlichen politischen Ausformulierungen und von den verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten und Funktionen möglich – aber eben daran scheitert es auch. Die Minimaldefinitionen des Populismus bei Mudde und Kaltwasser sowie bei Müller verstricken sich in Widersprüche und sind implizit politisch aufgeladen. Mudde und Kaltwasser beharren darauf, dem Populismus einen notwendig homogenen Volksbegriff zu attestieren. Das aber trifft, wie auch Müllers Kriterium des Antipluralismus, für populistische linke Parteien kaum zu. Obwohl die Autoren der sonstigen Populismusforschung vorwerfen, sich beinahe ausschließlich mit der populistischen Rechten zu beschäftigen, schreiben sie selbst unausgewiesenermaßen vorrangig über und gegen sie. Unter der Hand fassen sie Populismus so weit und

stellen ihn zugleich als so problematisch dar, dass der Begriff einer prinzipiellen Warnung vor radikalen und antielitären Bewegungen gleichkommt.

Da sie die moralistische Empörung im Populismus kaum kapitalismuskritisch oder gesellschaftskritisch einordnen, bedienen sie das antipopulistische Vorurteil, hier handele es sich um eine moralisch fragwürdige und eigentlich grundlose ideologische Erregung.

Das wird verstärkt durch das liberal-pluralistische Demokratieverständnis des *ideational approach*, das, anders als antagonistische Theorien wie etwa jene Chantal Mouffes, die Möglichkeit eines harmonischen Nebeneinanders der Gruppeninteressen in gegenwärtigen westlichen Gesellschaften suggeriert. Eine moralistische Polarisierung zwischen »Volk« und »Elite« erscheint vor diesem Hintergrund leicht als erster Schritt zum antidemokratischen Totalitarismus. Insbesondere Müller ist jede symbolische Homogenisierung unterschiedlicher Interessen in der politischen Repräsentation so verdächtig, dass er die Berufung auf »das Volk« und auf »demokratische Versprechen« am liebsten vollständig verbannen möchte. Damit markiert er einen Abgrund des Verständnisses von Populismus als »dünnere Ideologie«: Die Unterscheidung zwischen einem diskriminierenden Populismus auf Kosten ohnehin randständiger Minderheiten und einem demokratisierenden Populismus von unten, der sich gegen tatsächlich mächtige Eliten richtet, verschwindet bei dem Versuch, möglichst allgemeingültige Ideogeelemente zu bestimmen. Dieser Essentialismus verliert aus dem Blick, dass dieselben populistischen Ideogeelemente in verschiedenen ideologischen Konstellationen und vor allem verschiedenen praktischen Anwendungen durchaus unterschiedliche implizite Bedeutungen erhalten können. Anders gesagt: Das Grundproblem des *ideational approach* ist seine Festlegung darauf, die populistische Praxis und ihre Wirkung von der populistischen Ideologie her zu verstehen. Die Ideologie erscheint als fest gefügt und wird in der Praxis lediglich mehr oder weniger weitreichend verwirklicht. Die umgekehrte Möglichkeit wird dabei gar nicht erst erwogen: Könnte es nicht sein, dass die populistische Ideologie in erster Linie den praktischen Zielen konkreter Parteien dienen soll und daher nicht nur ihrer Maßgabe folgen muss, sondern auch manipulativ eingesetzt werden kann?

### **3. Ökonomisierte Kultur oder kulturalisierte Ökonomie? Populismus in der Cleavage-Theorie**

---

Der US-amerikanische Soziologe Seymour Martin Lipset prägte in den 1950er-Jahren mit seiner ökonomischen Deprivationsthese nicht nur maßgeblich das modernisierungstheoretische Verständnis des Populismus, das bis heute in theoretischen Auseinandersetzungen der Populismusforschung nachwirkt. Gemeinsam mit dem norwegischen Politikwissenschaftler Stein Rokkan entwickelte er zudem mit der Cleavage-Theorie die Grundlagen der vergleichenden politischen Soziologie, auf denen diese Auseinandersetzungen heute ausgefochten werden. Rokkan und Lipset beschrieben in ihrem klassischen Aufsatz von 1967 vier wesentliche gesellschaftliche Konfliktlinien, die westliche Parteiensysteme seit den 1920ern strukturieren: Zentrum vs. Peripherie, (säkularer) Nationalstaat vs. Kirche, Grundbesitz vs. Industrie und Kapital vs. Arbeit (vgl. Lipset/Rokkan 1967: 14). Diese *cleavages* waren Produkte zweier revolutionärer Veränderungen im Europa des 19. Jahrhunderts, der Entstehung von Nationalstaaten und der Industrialisierung. Als *cleavage* bezeichneten Lipset und Rokkan dabei das Zusammentreffen von sozialstrukturellen Gruppen, kulturellen oder ideologischen Gegensätzen und entsprechenden politischen Verhaltensmustern wie Mitgliedschaften, Aktionen und Wahlausgangen. Politische Konflikte erscheinen aus dieser Perspektive nicht als Kämpfe um isolierte, schnell wechselnde Themen, sondern als Ausdruck potenziell langfristiger, übergreifender Spaltungslinien. Zwar ist in der Parteiforschung schon seit einiger Zeit umstritten, wie sehr politisches Verhalten und politische Präferenzen noch mit in der Sozialstruktur wurzelnden Interessengegensätzen zusammenhängen und ob nicht die De-Strukturierung der traditionellen religiösen und Klassen-Cleavages die Gültigkeit des Konzepts insgesamt angreift (vgl. etwa Dalton et al. 1984; Franklin et al. 1992; van der Brug 2010). Doch die für die Populismusforschung zentralen Arbeiten der politischen Soziologie halten zunächst an dem Konzept fest und modellieren es neu, um die sozialstrukturellen, ideologischen und politischen Veränderungen zu fassen, die den Aufstieg des Populismus möglich gemacht haben.

Dabei stehen sie nolens volens in einem mindestens theoriegeschichtlichen Verhältnis zur älteren Modernisierungstheorie. Sie erben eine ihrer zentralen Weichenstellungen in der Erklärung, indem sie den Aufstieg populistischer rechter Parteien und Bewegungen als rückwärtsgewandte Reaktion auf beschleunigten sozialen Wandel interpretieren. Aus der durch das Ende des Blockkonflikts und die »Postindustrialisierung« veränderten historischen Situation westlicher Gesellschaften ergibt sich ihr gemeinsamer Impuls, zu überdenken und zu differenzieren, was heute unter »Modernisierung« verstanden werden kann. Darin positionieren sie sich allerdings durchaus unterschiedlich zu den großen normativen und analytischen Linien der liberalen Modernisierungstheorie.

So behalten Arbeiten aus der politischen Kulturforschung – das meint hier: Forschungen zum kulturellen Wertewandel und seiner parteipolitischen Repräsentation<sup>1</sup> – meist den affirmativen Begriff von Modernisierung als einer positiven Triebkraft bei, die letztlich der Verbreitung von Demokratie als bester politischer Form für ökonomisch fortgeschrittene Gesellschaften zuarbeitet. Jedoch sehen sie die konkreten Fluchtpunkte dieser Modernisierung verändert. Neben liberal-demokratische politische Institutionen und ökonomischen Wohlstand tritt die Verbreitung individualistischer Freiheitswerte wie Selbstentfaltung, Geschlechtergerechtigkeit und Mitbestimmung.

Demgegenüber verstehen Analysen der Politischen Ökonomie unter Modernisierung deskriptiv die durch die kapitalistische Globalisierung angetriebenen Veränderungen innerhalb der nationalen Ensembles von Wachstumsmodell, Wohlfahrtsstaat und Parteiensystem, die Interessengegensätze und Verteilungskämpfe befördern. Die unterschiedlichen Auswirkungen der Globalisierung auf verschiedene Volkswirtschaften sowie verschiedene Berufs- und Einkommensgruppen gebietet laut ihnen eine explizite regionale und positionelle Differenzierung der Deprivationserfahrungen, die Grundlage des Erfolgs populistischer Parteien sind.

Die konkurrierenden Cleavage-Theorien lassen sich heute insbesondere entlang der Frage unterscheiden, welche Rolle die *kulturellen* Konflikte, Ängste und Ressentiments spielen, die vor allem populistische rechte Parteien bevorzugt zu politisieren versuchen. Dass sie berücksichtigt und eingeordnet werden müssen, ist unstrittig. Erklärungen aus der politischen Kulturforschung halten diese kulturellen Ausdrucksformen für wesentlich, sie erachten die konflikthafte Polarisierung kultureller Werte und Einstellungsmuster als die eigentliche Konfliktlinie hinter dem Erstarken populistischer rechter Bewegungen. Deprivation ist hier vorrangig

---

<sup>1</sup> Diese grobe Rede von »der« politischen Kulturforschung leugnet nicht, dass jenseits ihres Mainstreams auch anders orientierte Stränge existieren. Die Arbeiten Lars Rensmanns, die im fünften Kapitel herangezogen werden, sind etwa ebenso Teil der politischen Kulturforschung, stellen mit ihrer gesellschaftskritischen und diskursanalytischen Ausrichtung aber die Ausnahme dar.

als (empfundene) kulturelle Marginalisierung oder Identitätsverlust gefasst. Spezifische Schichthintergründe oder ökonomische Interessen der Anhänger\*innen spielen nur insofern eine Rolle, als sie mit bestimmten Werten und Einstellungsmustern korrelieren oder sie befördern.

Demgegenüber insistieren neue, komplexere ökonomische Deprivationskonzepte aus der Politischen Ökonomie auf die nach wie vor zentrale Stellung ökonomischer Spaltungen und politisch-ökonomischer Entwicklungen für die Erklärung populistischer Wahlerfolge. Sie begreifen politisierte kulturelle Konflikte als lediglich äußerliche politische Verarbeitungsformen der eigentlichen, ökonomischen Konfliktlinien.

Was verstehen diese unterschiedlichen Herangehensweisen innerhalb der gegenwärtigen Cleavage-Theorien jeweils unter Kapitalismus, Demokratie und autoritärer Ideologie? Wie setzen sie diese in ihren Erklärungsversuchen zueinander ins Verhältnis? Gerade die gegenläufigen Schwerpunktsetzungen auf entweder »kulturelle« oder »ökonomische« Faktoren machen einen Vergleich hier produktiv. Daher wurden aus beiden Strömungen jeweils zwei prominente und exemplarische Ansätze ausgewählt.

Aufseiten der kulturellen Erklärungsansätze stehen die jüngeren bzw. späten Arbeiten der britischen und US-amerikanischen Politikwissenschaftler\*innen Pipa Norris und Ronald Inglehart im Mittelpunkt, die weiter ihrer mittlerweile kanonischen These einer kulturellen Polarisierung durch den Wertewandel auf individueller Einstellungsebene folgen. Sekundierend werden die einschlägigen Beiträge der schweizerischen politischen Soziologen Simon Bornschier und Hans-Peter Kriesi herangezogen, die die Neuformierung dieser kulturellen Konfliktlinie in westlichen Demokratien mit Fokus auf das Parteiensystem untersuchen.

Aufseiten der Erklärungsansätze der Politischen Ökonomie werden erstens die Beiträge des deutschen Politikwissenschaftlers Philip Manow und des türkischen Ökonomen Dani Rodrik untersucht, die den unterschiedlichen Erfolg populistischer Parteien mit Blick auf die Interessenkonflikte in den jeweiligen nationalen politischen Ökonomien zu erklären versuchen. Sekundierend werden die Beiträge der US-amerikanischen und niederländischen Politikwissenschaftler Brian Burgoon und Matthijs Rooduijn beleuchtet, die auf individueller Ebene gemäß positioneller Deprivation differenzieren.

Zum Zwecke besserer Übersichtlichkeit sind die folgenden Abschnitte jeweils noch einmal in »Politische Kulturforschung« und »Politische Ökonomie« unterteilt.

### 3.1 Kapitalismus und ökonomische Ungleichheit

Die Cleavage-Theorien entstammen einer Tradition, die wirtschaftliche Dynamik als zentralen Faktor zur Erklärung populistischer Bewegungen etablierte. Diese Tra-

dition besteht bis heute, auch wenn vor allem auf ökonomische Deprivation abstehende Theorien akademisch in die Defensive geraten sind. Denn in der öffentlichen Diskussion bleibt die Frage virulent, ob und inwiefern populistische extrem rechte Parteien verschärfter ökonomischer Ungleichheit oder gar einer neuen Form des Klassenkampfes Ausdruck verleihen.

Welchen Stellenwert hat der Kapitalismus in den Cleavage-Theorien des Populismus? Wie zeigen sich laut ihnen ökonomische Verwerfungen in den zentralen politischen Konfliktlinien? Und: Wie denken sie das Verhältnis von ökonomischen und kulturellen Deprivationserfahrungen? Die Antworten auf diese Fragen werden natürlich von den jeweiligen Kapitalismusverständnissen der Erklärungsansätze vorstrukturiert. Sie werden daher im Folgenden, so weit wie möglich, ebenso herausgearbeitet.

### 3.1.1 Postindustrielle Modernisierung oder Hyperglobalisierung?

#### Politische Kulturforschung

Ronald Inglehart ist in den 1970er-Jahren mit der These hervorgetreten, dass sich in den westlichen Ländern mit dem Wechsel der Generationen ein stiller Wertewandel vom Materialismus zum Postmaterialismus vollzieht und die Politik post-industrieller Gesellschaften daher zunehmend von *cleavages* um Lebensstilfragen bestimmt sein wird (Inglehart 1977). In vielen folgenden Publikationen hat er diese Entwicklung als Teil eines größeren »kulturellen Umbruchs« (Inglehart 1989) beziehungsweise einer »Modernisierung« (Inglehart/Welzel 2005) interpretiert. Das ist die Vorgeschichte zum heutigen »Cultural Backlash« (Norris/Inglehart 2019), der sich laut Norris und Inglehart im Aufstieg populistischer rechter Parteien ausdrückt. Bevor diese Konzeption der populistischen Rechten als einer kulturell reaktionären Bewegung näher untersucht wird, lohnt es sich daher, den Blick auf die Revolution zu richten, gegen die sie ankämpft.

Es mag angesichts der gegenwärtigen Gegenüberstellung von kulturellen und ökonomischen Populismustheorien überraschen, dass Norris und Inglehart die »silent revolution« des internationalen Wertewandels letztlich selbst auf sozioökonomische Entwicklungen zurückführen. So hat laut ihnen vordringlich das historisch einzigartige Niveau ökonomischer und physischer Sicherheit in der westlichen Welt nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue, prägende, »post-materielle« Lebenserfahrung für ganze Generationen ermöglicht. Diese Sicherheit habe dazu geführt, dass seit den Babyboomer für die heranwachsenden Generationen nicht mehr die unmittelbare Selbsterhaltung das Zentrum der fundamentalen Werte und Überzeugungen bildet, sondern die Individuen ihr Leben zunehmend auf Selbstentfaltung und persönliche Freiheit hin ausrichten konnten (vgl. Norris/Inglehart 2019: 91).

Wie daraus eine Verbreitung liberaler Werte folgt, erklärt Inglehart mit seinem spezifischen Verständnis der Natur menschlicher Wertorientierungen, die von

Mangel und Sozialisationserfahrung bestimmt sind. Grundsätzlich geht er davon aus, dass Menschen ihre Bedürfnisse unter Bedingungen des Mangels gemäß einer festen hierarchischen Stufenfolge zu befriedigen suchen. Abraham Maslows Idee einer Bedürfnispyramide folgend, spricht Inglehart dabei physiologischen und physischen Bedürfnissen die höchste Priorität zu. Erst wenn diese befriedigt sind, erlangen geistige, soziale und kulturelle Bedürfnisse Bedeutung. Ähnlich der mikroökonomischen Grenznutzentheorie sind demnach für Individuen also die jeweils nächsten Bedürfnisse der Pyramide am wichtigsten, deren Befriedigung noch nicht gesichert ist. Den jeweils ausgeprägten Bedürfnissen entsprechen bestimmte subjektive Werte. So hegen Individuen so lange »materialistische« Werte wie etwa eine hohe Wertschätzung für starke nationale Verteidigungskräfte und ökonomisches Wachstum, wie die materiellen Bedingungen ihres Lebens unsicher sind. »Postmaterialistische« Werte wie etwa die Bejahung der Meinungsfreiheit und von Mitbestimmungsrechten in Arbeit und Politik bilden sie aus, wenn ihre materiellen Umstände höher entwickelte Bedürfnisse zulassen (vgl. Inglehart 1977: 42).

Hinzu kommt die Sozialisationshypothese, der zufolge individuelle Wertüberzeugungen vor allem in den Jahren der Kindheit und Jugend ausgeprägt werden und ein Wandel mit dem Eintritt ins Erwachsenenalter immer unwahrscheinlicher wird. Im Anschluss an Milton Rokeach verstehen Norris und Inglehart unter Werten »deep-rooted and enduring priorities and goals for individuals, organizations, and society« (Norris/Inglehart 2019: 35). Diese tief sitzenden Orientierungen bilden sich in Kindheit und Jugend heraus und bestehen ein Leben lang fort. Sie sind also deutlich stabiler als bloße Einstellungen oder Meinungen, die sich unter dem Einfluss der Lebenserfahrung bald in diese und bald in jene Richtung verschieben. So sprechen Norris und Inglehart etwa von »authoritarian values«, betrachten populistische Überzeugungen jedoch nur als »attitudes«.

Aus der Verknüpfung beider Thesen folgt, dass die prägenden Bedürfnisse und also die prägenden Wertorientierungen einer Gesellschaft am stärksten zwischen verschiedenen Generationen variieren. Für seine ursprüngliche These eines Wandels von materialistischen zu postmaterialistischen Wertorientierungen stellte Inglehart vor allem auf die unterschiedlichen prägenden Erfahrungen der Zwischenkriegsgeneration (geboren 1900–1945) und der Babyboomer (geboren 1946–1964) im Westen ab. Während Erstere gemäß den unsicheren materiellen Bedingungen ihrer Kindheit ihr ganzes Leben lang materialistischen Werten anhängen, wuchsen Letztere in einer Zeit bis dato unbekannter Prosperität und Sicherheit auf und bildeten postmaterialistische Werte aus (vgl. Inglehart 1977: 21ff.). Für die Erklärung des gegenwärtigen kulturellen Backlash kommen zu diesem Bild die Generation X (geboren 1965–1979) und die Millennials (geboren 1980–1996) hinzu.

Darüber hinaus führt Inglehart die für den Wandel hin zu postmateriellen und liberalen Werten entscheidenden strukturellen Veränderungen in den westlichen

Demokratien auf den Übergang von industriellen zu post-industriellen Gesellschaften zurück. Damit knüpft er explizit an Daniel Bells Vorhersage einer (damals noch) kommenden »post-industrial society« (Bell 1973) an, die von einer Ausdehnung der Dienstleistungswirtschaft bei abnehmender Bedeutung der industriellen Massenproduktion bestimmt wird. Als kulturelle Folgen dieses Wandels der Arbeitsformen machte Inglehart früh steigende Bildungsniveaus, gesteigerte Befähigung zur politischen Partizipation und eine größere Bedeutung individueller Autonomie aus (vgl. Inglehart 1977: 293ff.). Dahinter steht eine von Bell und Lipset entlehnte These, der zufolge die aufstrebenden Dienstleistungsberufe und die Wissensindustrie aufgrund ihrer spezifischen Arbeitsinhalte und -organisation bei den Beschäftigten ein neues Weltbild hervorbringen:

»People employed in the latter sector tend to have a distinctive world view: their function is to process information and produce knowledge rather than material products. [...] people employed in the service sector tend to become professionalized: they become more concerned with the values and goals of a profession as a whole than with the viability of one specific business enterprise« (ebd.: 65).

Während industrielle Arbeit maßgeblich unter den Werten Effizienz und Gewinnmaximierung organisiert wird, stehen in der Dienstleistungsbranche Kreativität, Originalität und Innovation im Mittelpunkt. Mit dem Wachstum der Branche verbreitete sich in den westlichen Gesellschaften eine größere Betonung gesellschaftlicher Zweckorientierung anstelle einer bloß betriebswirtschaftlichen Rationalität.

Inglehart positioniert sich damit explizit gegen die von Max Weber, Karl Mannheim und der Frankfurter Kritischen Theorie vertretene These, dass eine sich immer weiter ausbreitende instrumentelle Rationalität mit den Grundlagen liberaler Gesellschaften in Konflikt gerät, vor allem mit dem Prinzip der individuellen Autonomie und dem Anspruch, vernünftige gesellschaftliche Verhältnisse einzurichten. Kritisch anzumerken ist hier, dass Lipset und Bell sowie in der Folge Inglehart die Inhalte und die Organisation der neuen Dienstleistungs- und Wissensarbeit losgelöst von ihrer fortwährenden Unterordnung unter betriebswirtschaftliche Zwecke betrachten. Warum soll diese Unterordnung von Informationsverarbeitung, Wissensproduktion und Kreativität unter den Imperativ der Gewinnmaximierung nicht ebenso prägend für das Weltbild der Beschäftigten sein?

Die stille Revolution der Werte in der westlichen Welt ist also im Kern auf zwei Modernisierungsmomente der kapitalistischen politischen Ökonomie zurückzuführen: Zunehmende materielle Sicherheit und Wohlstand nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Entwicklung hin zum »welfare capitalism« (Norris/Inglehart 2019: 143) sowie veränderte Arbeitsformen in post-industriellen Gesellschaften führen direkt und indirekt (etwa über eine Ausdehnung der höheren Bildung) zu einer Verbreitung post-materialistischer, liberaler Werte. Weitere begünstigende

Faktoren sind egalitärere Gender-Verständnisse und Urbanisierungsprozesse (vgl. ebd.: 15).

Norris und Inglehart schreiben dem Kapitalismus grundsätzlich eine im positiven Sinne modernisierende Kraft zu, ja er gilt ihnen sogar als die Bedingung der Möglichkeit von Fortschritt. Inglehart und Welzel bezeichnen die Entstehung des prä-industriellen Kapitalismus gar als historische Voraussetzung der Idee menschlichen Fortschritts, da erst mit ihm das ökonomische Wachstum das Bevölkerungswachstum übertraf und also eine zunehmende Kontrolle über die Natur möglich wurde (vgl. Inglehart/Welzel 2005: 15). Kapitalismus meint hier letztlich eine Marktkökonomie, die durch fortwährendes Wachstum und technische Innovation bestimmt ist. Wachstum und Innovation treiben demnach seit der Entstehung des Kapitalismus politische Fortschritte in Richtung Demokratie und kulturelle Fortschritte in Richtung individuelle Freiheit an. Darin ähnelt die Wertewandel-Theorie durchaus einem vulgarisierten historischen Materialismus, demzufolge ein sich aus inneren Gesetzmäßigkeiten fortentwickelnder sozioökonomischer Unterbau die Formen des ideologischen, politischen und kulturellen Überbaus hervorbringt. Dieser Modernisierung-Optimismus weicht in Norris' und Ingleharts Analyse zum »Cultural Backlash« allerdings einer skeptischeren Beschreibung des gegenwärtigen globalen Kapitalismus. Unter dem Druck der fortgeschrittenen Globalisierung und Deregulierung von Arbeit, Investitionen und Handel geraten im Westen vor allem ungelernte Arbeitskräfte und die produzierende Industrie in Bedrängnis, während die ökonomische Ungleichheit zunimmt. Nationale Regierungen haben die Kontrolle über internationale Märkte und multinationale Unternehmen verloren, was vor allem für die Sozialdemokratie als Scheitern gewertet werden muss (vgl. Norris/Inglehart 2019: 135f.).

Da aber die Wertee Entwicklung hin zu liberalen, postmaterialistischen Werten laut Inglehart vor allem durch die Generationenfolge getragen wird, stellen diese Probleme des gegenwärtigen Kapitalismus die grundsätzliche Entwicklung nicht infrage. Armut, ökonomische Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, Konjunktureinbrüche, Krisen etc. fallen aus Sicht der politischen Kulturforschung nur mit kurzzeitiger Wirkung ins Gewicht, sie üben keinen prägenden Einfluss auf die langfristigen Werte-Trends aus.

## Politische Ökonomie

Im Gegensatz zu den Wertewandel-Theorien von Norris und Inglehart steht in der politisch-ökonomischen Populismustheorie Dani Rodriks und Philip Manows der gegenwärtige Kapitalismus im Zentrum – und zwar als ein Problem. Denn der Erfolg populistischer Parteien ergibt sich hier aus der Wirkung unterschiedlicher, durch die Globalisierung ausgelöster Schocks auf die verschieden verfassten politischen Ökonomien.

Rodrik und Manow verbinden zwar keine gemeinsamen Publikationen, beide haben jedoch komplementäre Aspekte einer politisch-ökonomischen Perspektive auf den Aufstieg populistischer Parteien ausgearbeitet. Rodrik entwickelt in einigen Aufsätzen seine Idee, rechte oder linke Spielarten des Populismus in verschiedenen Ländern aus deren jeweiliger weltwirtschaftlicher Einbindung zu erklären. Manow ergänzt und spezifiziert Rodriks Idee in seinem Buch *Die Politische Ökonomie des Populismus* (Manow 2018), das er etwas später mit *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie* (Manow 2021) politiktheoretisch komplementiert. In der mangelnden politisch-ökonomischen Fundierung der Diskussion über Populismus sieht er deren Hauptmakel: »Wer über den Populismus reden will, aber nicht zugleich auch über den Kapitalismus, landet meist nur bei der Identitätspolitik« (Manow 2018: 10). Kapitalismus meint in Manows und Rodriks vergleichender Perspektive stets Kapitalismen, also verschiedene nationalstaatlich verfasste, politisch-ökonomische Ensembles aus Akkumulationsmodell, Sozialstaat, politischem System und weltwirtschaftlicher Einbettung. Die von Rodrik formulierte Kernidee lautet, dass Populismus eine Form des Protests gegen ökonomische Verwerfungen in fortgeschrittenen Stadien der kapitalistischen Globalisierung ist. Zwar ist diese »hyperglobalization« (Rodrik 2011) nicht allein für weitverbreitete ökonomische Ängste verantwortlich – auch »changes in technology, rise of winner-take-all markets, erosion of labour market protections, and decline of norms restricting pay differentials« (Rodrik 2018: 13) erhöhen den Druck auf Arbeitnehmer\*innen. Aber erstens sind gerade die noch nie da gewesene Liberalisierung von Handel und Kapitalbewegungen sowie – als Folge dessen – die zunehmende Migration von Arbeitskräften zentrale Treiber für ökonomische Ungleichheit und Verteilungskämpfe und machen so die fortgeschrittene Globalisierung für populistische Mobilisierungen anfallig. Zweitens eignen sich Schocks durch Handel, Finanzmärkte und Migration besonders zur politischen Mobilisierung latenter kultureller oder identitärer Spaltungen in der Gesellschaft, da sie »obvious ›outsider‹ targets« (Rodrik 2021: 162) anbieten: ausländische Exporteur\*innen, ethnisch-kulturell marginale Arbeitnehmer\*innen, internationale Banken.

Warum verschärft nun Globalisierung ökonomische Ungleichheit? Rodrik argumentiert im Rahmen der neoklassischen Außenhandelstheorie, dass Handel zwischen Volkswirtschaften notwendig immer auch ökonomische Verlierer\*innen produziert, nämlich unter den Besitzer\*innen der Produktionsfaktoren jener Waren, die im Ausland günstiger produziert und daher importiert werden. Dabei sind die negativ betroffenen Gruppen oft klar bestimmbar und also mobilisierbar, etwa Stahlarbeiter\*innen, während die Globalisierungsprofiteur\*innen, etwa Autokäufer\*innen, eher eine diffuse, schlecht organisierbare Masse bilden (vgl. Manow 2018: 44). Die volkswirtschaftlichen Gewinne durch Außenhandel werden mit einer Umverteilung zwischen verschiedenen Firmen und Sektoren im Inneren erkauft – »No pain, no gain«, wie Rodrik (2018: 15) launig zusammenfasst. Allerdings: Im Ver-

hältnis zu den volkswirtschaftlichen Gewinnen werden die Umverteilungseffekte immer größer, je geringer die verbleibenden Handelshemmnisse sind, die beseitigt werden. Die Verluste negativ betroffener Gruppen pro Dollar Effizienzgewinn werden ebenso größer wie die Gewinne bevorstetter Gruppen. Anders ausgedrückt: Je weiter die Handelsliberalisierung voranschreitet, desto weniger vermögen weitere Handelsabkommen den volkswirtschaftlichen Kuchen zu vergrößern, aber desto schärfer bewirken sie seine stark ungleiche Verteilung. Das, so Rodriks These, ist ein wichtiger Grund, warum Globalisierung gerade in ihrer fortgeschrittenen Phase politisch umstrittener wird. Ihre Vor- und Nachteile sind immer stärker ungleich verteilt. Benachteiligt sind dabei vor allem Arbeitnehmer\*innen, denn das gegenwärtige Modell der Globalisierung ist weitgehend an Kapitalinteressen orientiert (vgl. Rodrik 2018: 27).

Grundsätzlich, so Rodrik, müsste das nicht so sein. Denn die Umverteilungseffekte der Globalisierung könnten prinzipiell durch starke Sozialstaaten aufgefangen werden. Rodrik selbst formulierte in den 1990er-Jahren prominent die sogenannte *compensation hypothesis* mit, der zu Folge der entwickelte Sozialstaat im Kern als eben jener Ausgleich für externe ökonomische Risiken dient, die durch die weitreichende Integration einer Volkswirtschaft in den Weltmarkt auftreten. Gesellschaften, die externen ökonomischen Schocks besonders stark ausgesetzt sind, verlangen einen starken Sozialstaat als Absicherung (vgl. Rodrik 1998: 998). Nur durch ihre vergleichsweise starke soziale Absicherung und weitreichende Umverteilungsmechanismen war es etwa den europäischen Volkswirtschaften überhaupt möglich, in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg eine umfassende Weltmarkttöffnung zu erreichen und zu stabilisieren. Dieser »constitutive bargain between capital and labor« (Rodrik 2018: 18) ist aber unter dem Druck von Kapitalmobilität und finanzieller Globalisierung zerbrochen. Heute spiegeln Handelsabkommen die schwindende Macht der Arbeitnehmer\*innenorganisationen wieder und verringern sie zugleich weiter. Kompensationsmechanismen werden zwar oft versprochen, sind real aber zu einem bloßen »afterthought« (ebd.) degradiert und werden selten wirksam umgesetzt.

Die finanzielle Globalisierung seit den 1990ern, also die Liberalisierung des Kapitalverkehrs über nationale Grenzen hinweg, untergräbt stetig die Verhandlungsmacht von Gewerkschaften. Kapitalmobilität ermöglicht es der Arbeitgeber\*innenseite etwa, in Lohnverhandlungen damit zu drohen, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern. Auf diese Weise führte die Liberalisierung des Kapitalverkehrs in den letzten Jahrzehnten nachweisbar zu signifikanten Rückgängen der Lohnquote und steigerte die Einkommensungleichheit. Zudem erhöht die größere Kapitalmobilität die Unbeständigkeit von Löhnen und wälzt die Last ökonomischer Schocks auf Arbeitnehmer\*innen ab. Denn da sie im Gegensatz zum Kapital weniger international beweglich sind, müssen sie die Kosten von Globalisierungsschocks für eine Volkswirtschaft in höherem Maße tragen. Die globale Mobilität des Kapitals erschwert seine effektive Besteuerung. Während daher Körperschaftsteuern seit den 1980er-

Jahren in fast allen Industrieländern stark gesunken sind, verlegten sich die Regierungen darauf, Konsum und Arbeit zu Besteueren, die weniger mobil sind (vgl. ebd.: 21f.).

Neben Handel und Kapitalverkehr über Grenzen hinweg verstehen Rodrik und Manow auch die internationale Migration von Arbeitnehmer\*innen als einen Aspekt der Globalisierung, wenngleich eher als eine unintendierte Folge. So entspringt die jüngere massenhafte Migration aus Afrika und dem Nahen Osten nach Europa laut Manow einerseits einem »Komplex aus Krieg, Bürgerkrieg, Armut, Korruption, Überbevölkerung, wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit und politischer Repression«, andererseits aber auch aus »Einkommenssteigerungen in den Herkunftsländern, die die Migrationsoption überhaupt erst eröffneten« (Manow 2018: 18). Die verstärkte Binnenmigration in Europa führt er auf mit der EU-Osterweiterung ab 2004 gestiegene Einkommensunterschiede in der EU zurück.

Migration kann ökonomische Ungleichheit und Verteilungskämpfe im Zielland befördern, etwa, wenn gering qualifizierte Migrant\*innen mit der angestammten Bevölkerung auf Arbeitsmärkten konkurrieren und zur Senkung des Lohnniveaus benutzt werden. Oder wenn Konkurrenz um sozialstaatliche Leistungen, etwa Sozialwohnungen, entsteht. Rodrik erkennt allerdings an, dass der Widerstand gegen Immigration auch als kultureller Backlash ganz ohne Zusammenhang zu bestimmten ökonomischen Folgen auftritt. Dann speist er sich »purely out of psychological and identity-related processes« (Rodrik 2021: 148).

Insgesamt sind für Manow und Rodrik also verschiedene Folgen der kapitalistischen Globalisierung – steigende Ungleichheit, ökonomische Ängste und Gerechtigkeitsfragen – die »economic roots« (Rodrik 2018: 12) des Populismus. Sie bringen eine Nachfrage nach politischen Alternativen jenseits des Mainstreams hervor, die die geltenden Regeln in irgendeiner Form grundsätzlich infrage stellen. Zudem aktivieren und verstärken sie latent vorhandene kulturelle oder identitäre Konflikte und bieten Parteien Gelegenheit, diese latenten Konflikte direkt anzusprechen und zu politisieren (vgl. Rodrik 2021: 165) (zu den kausalen Mechanismen auf der Nachfrage- und der Angebotsseite siehe Abschnitt 3.2.2).

Die Ansätze der politischen Kulturforschung und der Politischen Ökonomie sind sich mithin darin einig, dass bestimmte Veränderungen des Kapitalismus in westlichen Gesellschaften den Erfolg populistischer Parteien erst ermöglicht haben – wenngleich sie ihnen unterschiedlich viel Erklärungskraft zuschreiben. Wie und wie sehr bestimmen nun aber laut den verschiedenen Theorien ökonomische Verwerfungen die zentralen politischen Konfliktlinien, die populistische Parteien aufgreifen? Und, daraus folgend: Wie wirken sich variierende ökonomische Kontexte auf die Varianz populistischer Parteien aus?

### 3.1.2 Ein Konflikt um Werte oder Protest gegen Globalisierungsschocks?

#### Politische Kulturforschung

Hanspeter Kriesi und Simon Bornschier gehen wie auch Norris und Inglehart davon aus, dass der Zusammenhang von Sozialstruktur und Wahlverhalten im Vergleich zu den 1960er-Jahren geschwächt ist. So hat vor allem die in allen westlichen politischen Systemen zentrale Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit mit dem Übergang in postindustrielle Gesellschaften seit den 1970er-Jahren unbestreitbar an Bedeutung verloren. Kriesi und Bornschier insistieren jedoch darauf, dass nicht nur »de-structuration and de-alignment« zu beobachten sind, sondern auch »re-structuration and re-alignment, i.e. traces of the formation of new cleavages« (Kriesi 2010: 675). Den Erfolg von – in Bornschiers Terminologie – »extreme-right-wing populist parties« (Bornschier 2010: 33) führen sie wie Norris und Inglehart auf eine neue, ausdrücklich wertebasierte Konfliktlinie zurück, die aber dennoch weiterhin in einer – sich weiterentwickelnden – Klassenstruktur verankert ist.

Die neue Konfliktlinie bezeichnen sie wahlweise als »integration-demarcation cleavage« (Kriesi/Grande 2012: 3) oder als »conflict between libertarian-universalistic and traditionalist-communitarian values« (Bornschier 2010: 21). Gemeint ist in beiden Varianten eine Spaltung entlang einer neuen kulturellen Dimension der westeuropäischen Politik, deren Pole von der Neuen Linken und der populistischen Rechten verkörpert werden. Diese neue Konfliktlinie verläuft quer zu den beiden zentralen alten Kirchen- und Klassen-Cleavages. Sie transformiert und überlagert die ebenfalls wertebasierte, kulturelle Konfliktlinie zwischen Staat und Kirche, indem sie sie mit neuen und anderen Themen auflädt und als einen Konflikt zwischen autoritären und libertären Lebensstilen und Wertfragen ausdrückt (vgl. ebd.: 5).

Ihre historischen Ursprünge sehen Kriesi und Bornschier wie schon Herbert Kitschelt (Kitschelt 1994) in den Mobilisierungserfolgen der Neuen Sozialen Bewegungen, die nach 1968 Wert- und Lebensstilfragen politisierten. Im Zuge der Ausdehnung höherer Bildung (»educational revolution«) in den 1970ern verbreiteten sich die universalistischen Werte stark in der Gesellschaft. Indem zunächst sozialdemokratische und die neu entstehenden grünen Parteien auf entsprechende progressive Forderungen eingingen, schufen sie den links-libertären Pol einer neuen kulturellen Konfliktlinie, dessen Kern das Prinzip der individuellen Autonomie und der freien Wahl von Lebensstilen ist. In den 1980er-Jahren entwickelte sich als Reaktion darauf die neokonservative Bewegung, die gegen die Gefahren der Individualisierung den Wert von Traditionen und überkommenen Gemeinschaften betonte. Diese konservative Gegenbewegung wurde dann von den Parteien der populistischen extremen Rechten erfolgreich als ein Konflikt zwischen »uns« und »den anderen« politisiert. In den 1990er-Jahren banden sie zudem die Themen Immigration und Integration in diesen Konflikt ein, sodass schließlich der neue kulturelle Konflikt zwischen universalistisch-individualistischen und traditionell-

kommunitaristischen Werten in westeuropäischen Parteiensystemen etabliert wurde.

Diesen kulturellen Konflikt versuchen Kriesi und Bornschier nun wieder mit der Klassenstruktur westlicher Gesellschaften in Beziehung zu setzen. Nicht zuletzt da häufig empirisch festgestellt wurde, dass Arbeiter\*innen im Elektorat der populistischen extremen Rechten überrepräsentiert sind (vgl. etwa Oesch 2008). Ihrer Auffassung nach haben die linken, insbesondere die sozialdemokratischen Parteien, angesichts der schrumpfenden Bedeutung der Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit ihre frühere Kernklientel der *manual working class* durch die soziokulturell Dienstleistenden ausgetauscht. Damit einhergehend rahmen sie ihre Sozialpolitik zunehmend als Wertefrage, etwa indem sie universalen Zugang zu sozialstaatlicher Absicherung fordern, statt ihn an konkrete Erwerbsbiografien zu koppeln. Das aber stößt in der eher traditionalistischen Arbeiter\*innenklasse nicht auf Zustimmung (vgl. Bornschier 2010: 28). Die Parteien der Neuen Linken arbeiten mit dieser klassenübergreifenden Rhetorik der Erosion der traditionellen, ökonomisch bestimmten Identität der Arbeiter\*innenklasse zu und öffnen sie politisch weiter für eine kulturelle, identitätsbasierte Ansprache.<sup>2</sup> Die Auflösung der für den fordristischen Kapitalismus charakteristischen Beschäftigungsstrukturen in postindustriellen Gesellschaften beschleunigt diesen Prozess, indem sie insbesondere den Gewerkschaften als traditionellen Institutionen der Herausbildung dieser Identität die Grundlage entzieht. Innerhalb der Klasse gehören sowohl Facharbeiter\*innen als auch ungelerte Arbeiter\*innen zu den am stärksten Betroffenen der ökonomischen Modernisierung, zumindest, so drückt es Bornschier aus, »relative to the golden age of industrial welfare capitalism, they clearly stand to lose« (ebd.: 89). Aufgrund ihrer geringen formalen Bildung sind beide empfänglich für die traditionalistische und kommunitaristische Ideologie der populistischen radikalen Rechten (vgl. ebd.). Zudem haben gerade die traditionellen Berufe der männlichen *blue collar workers* durch die Zunahme weiblicher Beschäftigung und den Aufstieg der

---

2 Diese Gegenüberstellung von Sozialpolitik und Identitätspolitik mag als Kennzeichnung unterschiedlicher parteipolitischer Strategien aufschlussreich sein. Bornschiers sozialstrukturelle Rückführung auf verschiedene Berufsgruppen täuscht aber mindestens darüber hinweg, dass beide Politiken sozial zusammenhängende Probleme betreffen und auch gleiche Ziele verfolgen können. So kann die ab den 1960er-Jahren steigende politische Bedeutung subjektiver Freiheiten und die Vervielfältigung legitimer Lebensformen auch als Reaktion auf die durchaus repressive, eben nur teilweise demokratische Verwaltung von Arbeit und Leben in westlichen Sozialstaaten gedeutet werden. Politisch korrespondierte damit der eng gefasste Klassenbegriff in der Arbeiter\*innenbewegung und im traditionellen Marxismus (vgl. Mezzadra/Neumann 2017: 26f.). Aus dieser Perspektive erscheint die von Bornschier angenommene Kausalität, dass die Identitätspolitik der Neuen Linken jene der Neuen Rechten mit erfolgreich gemacht hat, fragwürdig.

Dienstleistungsökonomie dramatisch an Prestige verloren. Die daraus resultierende »troubled male identity« (Bornschier/Kriesi 2013: 15) ist empfänglich für identitäre Aufwertung. Obwohl also populistische rechte Parteien unstrittig entlang der kulturellen Konfliktlinie mobilisieren und ihr Elektorat ausschließlich hinsichtlich kultureller Positionen homogen ist, ist die Zustimmung zu diesen Positionen dennoch sozialstrukturell präformiert. Statistisch gesprochen erhöhen Männlichkeit, geringe formale Bildung sowie Zugehörigkeit zur Arbeiter\*innenklasse die Wahrscheinlichkeit, autoritären Wertvorstellungen zuzustimmen.<sup>3</sup>

Kriesi und Bornschier wollen damit allerdings nicht durch die Hintertür einen neuen ökonomischen Strukturalismus einführen. Sie sehen, dass die Verbindung von sich wandelnden Werten und der steigenden Zustimmung zu populistischen rechten Parteien besser nachgewiesen und plausibler ist als mögliche Verbindungen zwischen dem Wertewandel und sozialstrukturellen Veränderungen. In Anschluss an Zsolt Enyedi bringt Kriesi daher eine vorsichtige Öffnung des Cleavage-Begriffs ins Spiel, die anerkennt, dass soziale Gruppen sich nicht nur durch gemeinsame strukturelle Merkmale konstituieren können, sondern auch über geteilte Wertorientierungen. Als mögliche gesellschaftliche Grundlagen dieses Wandels hin zu wertebasierten *cleavages* identifiziert Kriesi die zunehmende soziale und physische Mobilität moderner Subjekte durch fortschreitende Urbanisierung, den Aufstieg des Internets sowie die Diversifizierung und Spezialisierung von Medienangeboten und politischer Kommunikation. Zusammengenommen ermöglichte es diese »fragmentation of the public sphere into more or less closed segments« (Kriesi 2010: 687) in einem nie da gewesenen Ausmaß, Informationskanäle und soziale Beziehungen gemäß den eigenen Wertvorstellungen zu wählen. So entsteht eine zunehmende Segmentierung der Bürger\*innen entlang von Wertvorstellungen in soziale Gruppen mit homogenen politischen Vorlieben und Identitäten. Bornschier und Häusermann unterstreichen dabei rückblickend, dass *cleavages* schon immer Konflikte sowohl um materielle als auch um symbolische Ressourcen umfasst haben und stets affektiv aufgeladen sind (vgl. Häusermann/Bornschier 2023: 7).

Die Ansätze der politischen Kulturforschung räumen ökonomischem Wandel also einen zwar wichtigen, aber nur langfristigen und mittelbaren Beitrag zum Aufstieg populistischer Parteien ein. Unmittelbar ausschlaggebend für die politische Auseinandersetzung ist stattdessen der in allen westlichen Demokratien im wesentlichen identische Kulturkonflikt. Daher widmen sie der Frage, warum in manchen

---

3 Kriesi und Schulte-Cloos formulieren diesen Zusammenhang an anderer Stelle so, dass hinsichtlich der Wahl radikaler (rechter und linker) Parteien heute neue und alte Muster des *class voting* koexistieren: Während das alte *class voting* entlang von Einkommens- und Berufshierarchien zur Wahl linker radikaler Parteien beiträgt, fördert das neue *class voting* entlang der kulturellen Konfliktstellung von Konservatismus und sozialem Liberalismus die Wahl radikal rechter Parteien (vgl. Kriesi/Schulte-Cloos 2020: 2).

Ländern populistische linke Parteien, in den meisten jedoch populistische rechte Parteien Erfolg haben, kaum Aufmerksamkeit.

## Politische Ökonomie

Rodriks und Manows politisch-ökonomische Populismustheorie nimmt dagegen genau diesen Unterschied zum Ausgangspunkt. Wie die Beiträge der politischen Kulturforschung stützen sie sich auf das Cleavage-Modell Lipssets und Rokkans, um zu erklären, wie die verschiedenen Aspekte der kapitalistischen Globalisierung sich politisch auswirken. Zugleich widersprechen sie der in der Populismusforschung verbreiteten, wenngleich meist impliziten Annahme, dass über die unterschiedlichen nationalen Kontexte hinweg doch im Wesentlichen dieselben Ursachen und Motive zum Erfolg populistischer Parteien führen. Ihre Perspektive ist daher explizit vergleichend angelegt.

Rodrik zufolge existieren in heutigen Gesellschaften im Wesentlichen drei Gruppen: die durch ihren größeren Reichtum definierte Elite, die weniger vermögende Mehrheit sowie die durch verschiedene Identitätsmarker von beiden abgetrennte Minderheit. Daraus ergeben sich zwei stets präsente *cleavages*, eine ethno-nationale bzw. kulturelle Spaltung und eine Einkommens- bzw. Klassenspalzung. Beide sind in verschiedenen politischen Ökonomien unterschiedlich stark miteinander verknüpft, abhängig von Wahlsystemen und historischen Cleavage-Strukturen. Da die verschiedenen Ausgestaltungen westlicher Sozialstaaten wesentlich aus den verschiedenen politischen Systemen resultieren, spricht Manow auch von »welfare-democracies« (Manow et al. 2018: 5). Das Programm, Populismen aus Kapitalismen zu erklären, ist also insofern nicht ökonomistisch, als politische Systeme hier selbst eine zentrale Grundlage der verschiedenen Kapitalismen sind.

Warum aber sind die populistischen Alternativen zum Mainstream in manchen Ländern links-, in anderen rechtsgerichtet? Der komparative Clou der Analysen Rodriks und Manow ist es nun, diese verschiedenen populistischen Reaktionen auf die Globalisierung wiederum auf die systematische Variation ökonomischer Problemkonstellationen zurückzuführen, mit denen Globalisierungsschocks sich in politischen Ökonomien bemerkbar machen.

Rodrik unterscheidet zunächst nur grob zwischen einem rechtspopulistischen Europa und einem linkspopulistischen Lateinamerika. In Europa, wo Globalisierung vor allem in Gestalt von Immigration und Flüchtlingen mit anderer kultureller und religiöser Identität problematisch wurde, ist es für Populist\*innen einfacher, entlang ethno-nationalistischer bzw. kultureller Konfliktlinien zu mobilisieren. Demgegenüber wurde Globalisierung in Lateinamerika vor allem durch schnelle Handelsöffnung, Finanzkrisen, IMF-Programme und ausländische Investitionen problematisch, was eine Politisierung entlang der ökonomischen Konfliktlinie begünstigt. Immigrant\*innen stammen hier hauptsächlich aus kulturell ähnlichen Ländern. Rodrik muss aber sogleich differenzieren: Südeuropa, vor allem

Griechenland und Spanien, sind der lateinamerikanischen Konstellation zuzu-rechnen, da die Globalisierung sie vor allem durch die Finanzkrise und die ihnen im Folgenden von der Troika aus IMF, EZB und EU-Kommission aufgezwungene europäische Austeritätspolitik getroffen hat. Im Fall der USA schließlich mischen sich beide Pfade, da hier sowohl die Finanzkrise als auch Immigration aus Mexiko, islamistischer Terrorismus und verbreiteter Rassismus gesellschaftliche Konflikte zusätzlichen und daher sowohl linke als auch rechte Populist\*innen hervorgetreten sind (vgl. Rodrik 2018: 25–27).

Philip Manow folgt Rodriks Unterscheidung zwischen rechtem Populismus in Nordeuropa, der gegen massenhafte Zuwanderung protestiert, und linkem Populismus in Südeuropa, der gegen Neoliberalismus und Austeritätspolitik mobilisiert. Zugleich differenziert und systematisiert er sie zu einer vergleichenden Politischen Ökonomie des Populismus, die drei europäische populistische Konstellationen unterscheidet. Er stützt sich dabei wesentlich auf Esping-Andersens Klassifizierung kapitalistischer Wohlfahrtsregime (Esping-Andersen 1990) sowie Hall und Soskices Unterscheidung zwischen koordinierten und nicht koordinierten Varianten des Kapitalismus (Hall/Soskice 2001). Die unterschiedlichen politischen Ausrichtungen des populistischen Protests gegen Globalisierungsschocks führt er, mit Rodriks *compensation hypothesis* im Hintergrund, darauf zurück, ob für die unterschiedlichen Sozialstaatsmodelle eher der Freihandel oder eher Migration zum Problem werden. Der linke Populismus in Südeuropa reagiert demnach auf Folgeprobleme des Freihandels, der rechte Populismus in Nord- und Kontinentaleuropa sowie West- und Osteuropa auf Auswirkungen der Migration. Im Falle der Migration unterscheidet Manow zudem zwischen Problemen der Arbeitsmigration (West- und Osteuropa) und der Fluchtmigration (Nord- und Kontinentaleuropa), die Protest unterschiedlicher Arbeitsmarkt-Gruppen auslösen.

In Nord- und Kontinentaleuropa sind die Wohlfahrtssysteme vergleichsweise großzügig und universell zugänglich gestaltet. Dazu zählt Manow Deutschland, Schweden, Finnland, Dänemark, die Niederlande, Österreich sowie Frankreich. Hier existiert eine soziale Grundsicherung unterhalb der Statussicherung, die allen Bürger\*innen sowie oft auch EU-Ausländer\*innen und Drittstaatlern gleichermaßen Ansprüche gewährt. Das bedeutet zunächst, dass dort ein liberalisierter Außenhandel insofern weniger problematisch ist, als die negativen Verteilungsfolgen der Globalisierung des Warenverkehrs sozialpolitisch kompensiert werden. Gemäß Rodriks Kompensationstheorie besteht kein prinzipieller Widerspruch zwischen großzügigen Sozialstaaten und Wettbewerbsfähigkeit auf stark globalisierten Gütermärkten – vorausgesetzt, die betreffenden inländischen Firmen sind produktiv genug. Der von der konkurrierenden Effizienztheorie der Globalisierung befürchtete wohlfahrtsstaatliche Unterbietungswettbewerb (vgl. etwa Strange 1996) ist demnach keine zwingende Folge der grenzüberschreitenden Bewegung von Gütern. Wohl aber betrachtet Rodrik großzügige Sozialstaaten als unverein-

bar mit der massenhaften Migration und Freizügigkeit von Arbeitskräften. Denn der Zuzug kann Ausmaße erreichen, die die Kompensationsfunktion infrage stellen. Darin sieht nun Manow die Mobilisierungsgrundlage populistischer rechter Parteien in Nord- und Kontinentaleuropa. Sie wollen Migration beschränken, nicht den Freihandel. Sie protestieren gegen die Beanspruchung des Sozialstaates durch massenhafte Immigration, sind also »nicht protektionistisch, dafür aber wohlfahrtsstaatschauvinistisch oder -nativistisch« (Manow 2018: 45) ausgerichtet. Programmatisch kombinieren sie demnach die sozioökonomisch linke Forderung nach großzügiger Umverteilung mit der soziokulturell rechten Polemik gegen Grenzöffnungen, Migration, Islam und die EU. Getragen wird der rechtspopulistische Protest hier von sogenannten Arbeitsmarkt-Insider\*innen, also privilegierten Beschäftigten in regulären, relativ gut gesicherten Jobs mit Tariflöhnen und Kündigungsschutz. Immigration von gering qualifizierten Arbeitskräften ist aus ihrer Perspektive ein Verteilungsproblem, da sie die steigenden Kosten für die vermehrte Inanspruchnahme der sozialstaatlichen Lohnersatzleistungen zum Großteil finanzieren, ohne aber selbst davon zu profitieren.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreformen der letzten drei Jahrzehnte die Orientierung des Sozialstaats auf den Statuserhalt für Insider\*innen deutlich verringert haben. Sozialversicherungselemente wurden reduziert, die Mindestsicherung und Maßnahmen zur »Aktivierung« dafür ausgebaut. Dieser Wandel von *welfare* zu *workfare* lässt den Abstand der Statussicherung zur Grundsicherung schrumpfen (vgl. ebd.: 65). Manow argumentiert anhand des Elektorats der deutschen AfD, dass etwa die Verringerung der Bezugszeiten des Arbeitslosengelds im Rahmen der Agenda 2010 dafür gesorgt haben, dass Insider\*innen in kurzer Zeit zu Outsider\*innen werden können. Die nun »»gefährdeten« Insider« (ebd.: 88) vor allem aus der Facharbeiter\*innenschaft protestierten angesichts der massiven Immigration 2015 dagegen, »dass man im Falle der Arbeitslosigkeit nach nur einem Jahr in seiner sozialstaatlichen Absicherung faktisch den Flüchtlingen gleichgestellt wäre« (ebd.). In Kombination mit dem angebotsseitigen Phänomen, dass linke Parteien in Deutschland Migration grundsätzlich befürworten, habe daher der ursprünglich linke Protest gegen die Agenda 2010-Reformen dann 2015 zur Wahl der rechten AfD geführt. Das zentrale Versprechen der Partei an qualifizierte Arbeiter\*innen sehen Manow und Schwander darin, ihren »wohlfahrtsstaatlichen Statusverlust« (Manow/Schwander 2022: 169) umzukehren und die bisherigen Privilegien wiederherzustellen.

In West- und Osteuropa, das heißt in Großbritannien einerseits, in Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Slowenien, Ungarn und Rumänien andererseits ist ebenfalls Migration der politisch problematischste Aspekt der Globalisierung. Während in Nord- und Kontinentaleuropa aber Arbeitsmarkt-Insider\*innen in den wohlhabenden Regionen populistisch gegen Migration protestieren, sind es in Osteuropa und Großbritannien die Arbeitsmarkt-Outsider\*innen, also die gering

Qualifizierten im Dienstleistungssektor oder die durch Transformation Benachteiligten in den ländlichen Gebieten. Das führt Manow vor allem auf die unterschiedlichen Zugangshürden zum Arbeitsmarkt zurück. Beide Ländergruppen haben zwar wie der Süden Europas wenig großzügige Sozialstaaten, auf denen Globalisierungsverlierer\*innen kaum Entschädigung erwarten dürfen. Im Gegensatz zum Süden sind ihre Arbeitsmärkte aber sehr flexibel, sodass Neuankömmlinge hier im Niedriglohnbereich vergleichsweise leicht Zugang finden. Starke Immigration führt hier zu Konkurrenz mit den Teilen der Bevölkerung, die bereits in den für Migrant\*innen zugänglichsten Bereichen mit geringer Qualifikation arbeiten (vgl. Manow 2018: 21).

Die populistischen rechten Parteien in West und Ost protestieren daher gegen die Einschränkung ihrer souveränen nationalen Migrationspolitik durch den Rechtsrahmen der EU, der es ihnen unmöglich macht, die Einwanderung auf hoch qualifizierte Arbeitskräfte zu beschränken. Zugleich sieht Manow mindestens in Osteuropa deswegen kein Potenzial für einen linken Populismus, weil diese Länder darauf angewiesen sind, durch niedrige Löhne und niedrige Steuern ausländische Investitionen anzuziehen (vgl. ebd.: 58). Die osteuropäischen Parteiensysteme sind für ihn sogar Vorreiter in der Entstehung des neuen populistischen rechten Parteientyps, der wohlfahrtsstaatliche Umverteilung mit gesellschaftspolitisch rechten Positionen kombiniert.

Gegenüber der nord- und kontinentaleuropäischen sowie der west- und ost-europäischen politisch-ökonomischen Konstellation haben die südeuropäischen Sozialstaaten weniger Probleme mit auch großen Zahlen von Migrant\*innen, da diese dort meist erst gar keine Zugangsrechte zu großzügigen Sozialleistungen erwerben. Es gibt – anders als in Südamerika – diese Leistungen zwar, aber der Wohlfahrtsstaat in Italien, Griechenland, Spanien und Portugal wurde historisch laut Manow »nie universalistisch, sondern blieb partikularistisch beziehungsweise klientelistisch« (ebd.: 52). Es gibt keine allgemein zugängliche soziale Grundversicherung, Migrant\*innen arbeiten meist ohne Absicherung im großen informellen Arbeitsmarkt. Weitreichende Schutzleistungen sind dagegen an den Status als Arbeitsmarkt-Insider\*in gebunden, der vor allem über Klientelismus zu erreichen ist. Als besonderen historischen Hintergrund dieser Verhältnisse beschreibt Manow, dass der südeuropäische Sozialstaat nicht als Instrument zur Kompensation von Außenhandelsfolgen entstand, sondern »zur Erzeugung von Loyalität innerhalb der polaren politischen Lager« (ebd.). Die wiederum gehen nicht vorrangig auf ökonomische Verhältnisse zurück, sondern auf die besondere Bedeutung der religiösen Konfliktlinie in Südeuropa. Angesichts des alles beherrschenden Katholizismus reicht die Spaltung zwischen proklerikaler Rechter und republikanischer Linker besonders tief.

Wie in Südamerika basiert das Akkumulationsmodell dabei nicht auf Außenhandel, sondern auf Binnennachfrage. Das führt im Vergleich zu Nordeuropa erstens zu geringeren Risiken für den Arbeitsmarkt aus der Weltmarktentegration und

zweitens erlaubt es, das Wachstum durch Staatsverschuldung anzuregen. Dieses Modell ist in Südeuropa allerdings seit 1999 durch die Gemeinschaftswährung des Euro-Raumes begrenzt. Sie reduziert die geldpolitische Souveränität der Mitgliedsstaaten und verunmöglicht es den südeuropäischen Ländern, durch Abwertung ihrer Währung und neue Staatsschulden die Binnennachfrage zu verstärken. Wie in Südamerika gegen die Austeritätspolitik des IWF richtet sich der linkspopulistische Protest in Südeuropa daher gegen die restriktiven haushalts- und geldpolitischen Auflagen der EU-Institutionen und kann sich dabei auf eine gegen Deutschland gerichtete antifaschistische kulturelle Tradition berufen (vgl. Manow 2018: 51–54). Geträgt wird er von Arbeitsmarkt-Insider\*innen, die angesichts des wenig liberalisierten, dualistischen südeuropäischen Arbeitsmarktes durch geringqualifizierte Migrant\*innen keine Umverteilung zu ihren Ungunsten befürchten brauchen. Im Gegenteil, ihre abgesicherte Position im formellen Sektor erfordert sogar einen getrennten, kaum regulierten, informellen Sektor. Eben diesen Dualismus verteidigen sie laut Manow in dem Sinne protektionistisch, als dass sie gegen den Druck von Seiten der EU kämpfen, den Arbeitsmarkt zu liberalisieren: »Man könnte auch formulieren, dass sich der *Nativismus* hier auf den (formellen) Arbeitsmarkt, nicht auf den Wohlfahrtsstaat bezieht und sich daher links-, nicht rechtspopulistisch artikuliert« (ebd.: 63f., Hrvh. i. O.). Denn für die südeuropäischen Arbeitsmarkt-Insider\*innen würden deregulierende Arbeitsmarktreformen wie im Norden nicht den Abstieg in die Grundsicherung, sondern ins Bodenlose bedeuten.

Manow demonstriert also überzeugend, dass die verschiedenen politischen Ökonomien Europas sehr unterschiedlich, ja im Falle Nord- und Südeuropas geradezu entgegengesetzt durch die Globalisierung des Kapitalismus verletzt werden. So erklärt er zugleich, wieso die verschiedenen populistischen Parteien ebenfalls unterschiedliche bis hin zu gegensätzliche wirtschaftspolitische Programme aufweisen.

Er geht noch einen Schritt weiter und argumentiert, dass sich angesichts dieser Konstellation und der Integration in das gemeinsame Währungs- und Migrationsregime der EU rechts- und linkspopulistische Reaktionen auf die Globalisierung in Europa gegenseitig verstärken. Manow interpretiert so das zeitweise Aussetzen der Dublin-Regeln zur Flüchtlingsaufnahme 2015 seitens der BRD als Versuch, den griechischen Staat migrationspolitisch zu entlasten, um die bis dahin gegenüber Griechenland durchgesetzte Austeritätspolitik (und damit möglicherweise die gesamte EU) vor dem Scheitern zu bewahren. Die linkspopulistische Antwort Syriza auf die Eurokrise in der Peripherie führte demnach zur Flüchtlingskrise im Zentrum, die dann wiederum rechtspopulistisch unter anderem von der AfD politisiert werden konnte (vgl. ebd.: 55–57). Die EU-Integration, insbesondere die Abschaffung nationaler Währungen und die Relativierung nationaler Grenzen, ist für Manow eine Ausprägung der Globalisierung. Die Ablehnung weiterer Integration, die linke

und rechte populistische Parteien eint, deutet Manow daher ebenfalls als Protest gegen deren Folgen (vgl. ebd.: 131).

Dani Rodrik weist darüber hinaus darauf hin, dass je nach politisch-ökonomischer Entwicklung auch populistische Parteien desselben Landes zu verschiedenen Zeitpunkten konträre ökonomische Forderungen vertreten können. So forderte die populistische US-amerikanische *People Party* im 19. Jahrhundert freieren Außenhandel, da Importzölle Arbeiter\*innen schadeten und industriellen Kapitalist\*innen zu Gute kamen. Aus demselben Grund treten Donald Trumps Republikaner im 21. Jahrhundert für Importzölle ein – denn heute nutzt Globalisierung den Reichen und schadet der Mittelklasse (vgl. Rodrik 2021: 166).

In ihrer vergleichenden Perspektive auf kapitalistische politische Ökonomien halten Rodrik und Manow grundsätzlich an der Vorstellung fest, dass auch eine weitreichende Weltmarktintegration durchaus Effizienzgewinne für die nationalen Ökonomien mit sich bringen kann – sofern sie nicht zu weit geht. Angelehnt an den berühmten ersten Satz aus Leo Tolstois *Anna Karenina* (»Alle glücklichen Familien gleichen einander, jede unglückliche Familie ist auf ihre eigene Weise unglücklich.«) drückt Manow es so aus: »Jede Politische Ökonomie ist auf ihre ganz eigene Art unglücklich« (Manow 2018: 23). Will heißen: Ihre Probleme sind nie der Kapitalismus oder die Globalisierung als solche, sondern konkrete Defizite der politischen Steuerung oder des ökonomischen Wachstums im Verhältnis zur internationalen Umgebung. Umgekehrt bedeutet das, dass für das Glück, also den Erfolg und die Stabilität einer politischen Ökonomie, durchaus allgemeine Bedingungen benannt werden können. Manow und Rodrik deuten dazu globalisierungskritisch eine Stärkung des unter Druck geratenen Nationalstaats an. Rodrik fordert ein »rebalancing« (Rodrik 2018: 27) der globalisierten kapitalistischen Ökonomie durch begrenzende steuerliche und sozialstaatliche Umverteilungsmechanismen zugunsten von Arbeitnehmer\*innen, nationalstaatlicher Handlungsfähigkeit und effizientem ökonomischem Wachstum. Die so wiedergewonnene wirtschaftspolitische Souveränität müsste dann allerdings, so Manow, je nach konkreter politisch-ökonomischer Konstellation zur Durchsetzung unterschiedlicher Maßnahmen genutzt werden (vgl. Manow 2018: 55). Der Horizont bleibt dabei auch für ihn, durch Wirtschafts- und Sozialpolitik das Funktionieren kapitalistischer Märkte für Volkswirtschaften insgesamt sowie für Arbeitskräfte im Besonderen zu verbessern. Offen bleibt bei beiden, inwiefern und wie diese Wiederherstellung nationaler wirtschaftspolitischer Souveränität gegen die bereits geschehene Liberalisierung politisch durchgesetzt werden kann und ob nicht der Zusammenhang von ununterbrochen expandierendem, globalem Kapitalismus und nationaler politischer Ökonomie notwendig krisenhaft ist.

Eine andere Möglichkeit, den Einfluss nationaler Kontexte in die Bewertung individueller ökonomischer Deprivation einzubeziehen, schlagen Brian Burgoon und Matthijs Rooduijn vor. Ihnen zu Folge ist die Beziehung zwischen dem indi-

viduellen ökonomischen Wohlergehen und der Wahl radikaler linker oder rechter populistischer<sup>4</sup> Parteien durch nationale sozioökonomische Rahmenbedingungen vermittelt. Und zwar nicht, wie eine naive Deprivationsthese vermuten ließe, in der Form, dass die Neigung derjenigen, die sich vor ökonomischem Abstieg sorgen, zu radikalen populistischen Parteien desto größer wird, je schlechter sich die ökonomischen Verhältnisse auf nationaler Ebene darstellen. Vielmehr konstatieren Burgoon und Rooduijn ein »paradox of well-being«: Ökonomisch schlechtergestellte Bürger\*innen wählen zwar häufiger radikale populistische Parteien, allerdings vor allem dann, wenn die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen gut sind (vgl. Rooduijn/Burgoon 2018: 1748). Das liegt einerseits daran, dass sich im Kontext einer florierenden Volkswirtschaft die Schlechtergestellten als besonders benachteiligt erfahren. Denn es ist ja gerade die *relative Deprivation* und das Gefühl, ungerechtfertigterweise nicht das zu bekommen, was einer oder einem zusteht, die Wut entstehen lassen. Zweitens ist die Wahl radikaler Parteien ökonomisch riskant. Die tatsächlichen ökonomischen Folgen radikaler Politikwechsel sind oft unwägbar, noch dazu haben radikale Parteien oft keine Erfahrung in politischen Ämtern vorzuweisen. Die ökonomisch Benachteiligten neigen daher nur dann zur Wahl dieser Parteien, wenn die makroökonomischen Rahmenbedingungen Raum für politische Experimente zu geben scheinen. Nehmen sie externe Bedrohungen der Volkswirtschaft wahr, scheuen sie dagegen dieses Risiko. Wie Burgoon und Rooduijn feststellen, wirken diese beiden Mechanismen nun allerdings durchaus unterschiedlich hinsichtlich rechter und linker radikaler populistischer Parteien.

Da rechte radikale populistische Parteien vor allem *soziokulturelle* Themen wie Migration besetzen, ist es für ökonomisch Schlechtergestellte besonders dann riskant, sie zu wählen, wenn die makroökonomischen Bedingungen schlecht sind – es erscheint fraglich, ob diese Parteien darauf Antworten geben können. Die Wahl linker radikaler populistischer Parteien hingegen erscheint für ökonomisch Schlechtergestellte vor allem dann riskant, wenn die Volkswirtschaft ein hohes Immigrationsniveau verzeichnet. Vor dem Hintergrund der Annahme, dass Immigrant\*innen ihnen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt machen, scheint ihnen die Wahl radikaler linker Parteien riskant, da sie einwanderungsfreundliche Positionen vertreten.

Umgekehrt formuliert: Die Wahl rechter populistischer Parteien wird also vor allem dann durch individuelle ökonomische Schwierigkeiten befördert, wenn diese in einem positiven makroökonomischen Kontext stehen – das heißt, wenn die Arbeitslosigkeit und die ökonomische Ungleichheit gering, das Bruttonsozialprodukt

---

<sup>4</sup> Burgoon und Rooduijn verwenden den Ausdruck »populistisch« in etwa im Sinne des *ideational approach*, also als eins von mehreren Ideologieelementen bestimmter Parteien, das »das gute Volk« gegen »die böse Elite« ausspielt. Moderne radikale Parteien, vor allem auf der Rechten, tendieren laut ihnen immer zum Populismus (vgl. Rooduijn/Burgoon 2018: 1723).

und die Sozialstaatsausgaben hingegen hoch sind. Schlechte makroökonomische Bedingungen dämpfen die Neigung, rechte populistische Parteien zu wählen.

Dagegen begünstigen individuelle ökonomische Schwierigkeiten die Wahl linker populistischer Parteien nur dann, wenn das Immigrationsniveau des betreffenden Landes niedrig ist. Probleme auf Ebene der Volkswirtschaft wirken sich nicht dämpfend aus (vgl. ebd.: 1747).

Mit diesem Modell reflektieren Burgoon und Rooduijn die Kontextgebundenheit der politischen Auswirkungen ökonomischer Deprivationserfahrungen. Zugleich halten sie daran fest, allgemeingültige Zusammenhänge zwischen individueller Deprivation, politischer Ökonomie und der Wahl populistischer Parteien herauszuarbeiten. Freilich können sie in diesem Rahmen unterschiedliche politische Ökonomien nur durch die äußerst groben Variablen »makroökonomische Bedingungen gut/schlecht« und »Immigration hoch/niedrig« abbilden. Damit reichen sie wohl kaum an die konkreten ökonomischen Wahrnehmungen und Verortungen der Bürger\*innen heran, die im Modell unterstellt sind. Auch irritiert, dass sie Migration unumwunden als ein kulturelles Thema benennen, obwohl sie das Unbehagen an hoher Immigration ausschließlich auf Angst vor Arbeitsplatzverlust zurückführen. Wechselwirkungen oder gar innere Bezüge zwischen kulturellen oder genuin identitären und sozioökonomischen Problemwahrnehmungen kommen hier nicht in den Blick.

Die Populismustheorien der Politischen Ökonomie nehmen also entgegen der politischen Kulturforschung die volkswirtschaftliche und individuelle ökonomische Entwicklung als unmittelbar politisch ausschlaggebend. Und zwar nicht nur für die individuelle Wahlmotivation, sondern auch für die politische Ausrichtung des populistischen Protests gegen die Globalisierung.

Beide Strömungen versuchen also, ausgehend von ihren unterschiedlichen Schwerpunkten ökonomische und kulturelle Beschwerden zueinander in Beziehung zu setzen. Sie müssen dabei insbesondere dem Umstand Rechnung tragen, dass populistische rechte Parteien vorwiegend über kulturelle Themen und *talking points* mobilisieren. Wie überzeugend gelingt es den Theorien, mögliche ökonomische Motive der Wähler\*innen und die wirtschaftspolitischen Programmpunkte populistischer rechter Parteien damit in Einklang zu bringen?

### 3.1.3 Ökonomische oder kulturelle Beschwerden?

#### Politische Kulturforschung

Die Ansätze der politischen Kulturforschung betrachten den Erfolg populistischer rechter Parteien als Reaktion auf den Wandel kultureller Wertorientierungen, der sich vor allem mittels der Generationenfolge durchsetzt. Dieser Wandel soll daher unabhängig von und trotz kurzfristiger gesellschaftlicher Veränderungen, etwa der politischen Ökonomie, vonstattengehen.

Diese Unterscheidung zwischen langfristigem Wandel und kurzfristigen Veränderungen strukturiert auch die These vor, beim Aufstieg rechter populistischer Parteien handele es sich um einen »cultural backlash« – also um ein vorübergehendes Aufbegehen gegen das Unvermeidliche. Dabei ist offensichtlich, dass sich die Wahlergebnisse populistischer rechter Parteien vor allem in den letzten Jahren nicht zwanglos in die These einer fortlaufenden Entwicklung in Richtung liberaler, post-materialistischer Werte fügen. Angesichts der sozialwissenschaftlichen Diskussion über das Verhältnis ökonomischer und kultureller Erklärungsfaktoren untersuchen Norris und Inglehart daher verschiedene mögliche Zusammenhänge zwischen ökonomischen Faktoren auf individueller und nationaler Ebene und autoritären Werten und populistischen Einstellungen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass ökonomische Deprivation durchaus sowohl autoritäre Werte als auch populistische Einstellungen befördert.

Allerdings heben sie hervor, dass die Generationszugehörigkeit nach wie vor stärker als ökonomische Indikatoren die autoritären oder liberalen Wertvorstellungen vorherzusagen vermag. Lediglich populistische Einstellungen korrelieren stärker mit Erfahrungen ökonomischer Unsicherheit als die Generationszugehörigkeit (vgl. Norris/Inglehart 2019: 133). Sie vermuten, dass sich das Gefühl persönlicher Einkommensunsicherheit in Kombination mit dem Scheitern der Sozialdemokratie gemäß Prinzipien des »economic voting« in anti-elitäre, populistische Einstellungen übersetzt:

»on rational grounds, citizens' confidence in representative institutions in democratic societies and trust in politicians should fluctuate according to their evaluations of policy performance. [...] citizens should become more critical of governing elites, and less trusting of established parties and politicians, in countries afflicted with rising levels of unemployment, growing rifts between rich and poor, and austerity cuts to public services« (ebd.: 156).

Autoritäre oder liberale Wertorientierungen hängen demgegenüber ihren Berechnungen zu Folge weiterhin wesentlich von der Generationszugehörigkeit ab, sodass eine Fortsetzung des Wertewandels erwartet werden darf. Negative ökonomische Aussichten wirken nur in Form vorübergehender »period effects« auf die Wertorientierungen. So würde in Krisenzeiten jede Kohorte autoritärer werden, die Unterschiede zwischen den Generationen aber stabil bleiben. Mit der wirtschaftlichen Erholung stelle sich dann auch das ursprüngliche Niveau post-materialistischer Werte wieder ein.

Norris und Inglehart weisen in diesem Kontext selbst darauf hin, dass die statistisch isolierten Phänomene »kultureller« und »ökonomischer« Beschwerden subjektiv durchaus ungeschieden sein können. So kann etwa die Angabe, unter starker persönlicher Einkommensunsicherheit zu leiden, von der Wahrnehmung geprägt

sein, »Fremde« würden im eigenen Land ökonomisch schneller vorankommen (vgl. ebd.: 158).

Grundsätzlich räumen sie zudem ein, dass die Unterscheidung von Werten und Einstellungen bzw. langfristigen und vorübergehenden Trends angesichts der Entwicklungen des Kapitalismus kollabieren könnte. Denn seit 1999 beobachteten sie im globalen Mittel ein stagnierendes Niveau liberaler Werte, das sie auf »powerful period-effects linked with declining economic security« (ebd.: 149) zurückführen. Die Generation der Millennials wachse nicht mehr unter eindeutig sichereren ökonomischen Bedingungen auf als ihre Eltern. Schuld sind fallende Realeinkommen und sinkende Arbeitsplatzsicherheit. Damit aber steht implizit die Wertewandelthese selbst zur Disposition. Ist es letztlich gar nicht ein bestimmtes, absolutes Maß an physischer und ökonomischer Sicherheit, das die Orientierung auf post-materielle Werte auslöst, wie es Maslows Bedürfnispyramide nahelegt, sondern ein jeweils deutlicher Zuwachs gegenüber der vorherigen Generation? Wenn ja, könnte die neoliberalen Globalisierung tatsächlich eine Trendwende in der Werteentwicklung herbeiführen. Die Veränderungen des westlichen Kapitalismus, die den Wertewandel erst möglich gemacht haben, kassieren ihn dann möglicherweise wieder ein.

Hanspeter Kriesi dagegen sieht anders als Norris und Inglehart hinter den Erfolgen populistischer Parteien gerade eine abnehmende Bedeutung des *economic voting*. Grund ist die weitreichende Konvergenz der makroökonomischen Politiken fortgeschritten kapitalistischer Demokratien unter dem Druck von politischer Integration und Globalisierungswängen wie etwa verschärftem internationalen Wettbewerb für eine wachsende Zahl volkswirtschaftlicher Sektoren, zunehmender Internationalisierung des Finanzmarktes und höherer Kapitalmobilität (vgl. Kriesi/Grande 2012: 18). Wähler\*innen erkennen diese zugleich faktischen als auch politisch instrumentalisierten Einschränkungen der Handlungsfähigkeit nationaler Regierungen weitgehend als unumgänglich an. Daher erscheinen ihnen ökonomische Alternativen zur neoliberalen Globalisierung nicht länger politisch glaubwürdig. Die ohnehin abnehmenden Unterschiede zwischen den ökonomischen Programmen der linken und rechten Mainstream-Parteien verlieren an Bedeutung und mit ihnen auch die Orientierung des Wahlverhaltens an ökonomischen Interessen.

Das aber lässt die zentrale andere, wertebasierte Konfliktlinie in den Augen der Wähler\*innen umso bedeutsamer werden, um Dissens und Globalisierungskritik politisch auszudrücken. Kriesi geht davon aus, dass politische Eliten die durch die Globalisierung befeuerten gesellschaftlichen Konflikte grundsätzlich auf zwei verschiedene Weisen artikulieren können, in einer ökonomischen oder einer kulturellen Logik. Er folgt damit Herbert Kitschelts »convergence theory«, der zufolge die Übereinstimmung zwischen Mitte-links- und Mitte-rechts-Parteien in ihren ökonomischen Positionen Wähler\*innen empfänglich macht für »grid/group programmatic appeals« (Kitschelt 2007: 1185), also Law and Order-Positionierungen sowie

Grenzziehungen zwischen Ingroup und Outgroup. Diese – in Kriesis Terminologie – kulturelle Logik stellt negative Globalisierungsfolgen wie etwa Arbeitsplatzverluste als Konsequenzen zunehmender Immigration, kultureller Diversität und politischer Integration dar (vgl. Kriesi/Grande 2012: 16f.).

Über diesen lediglich verstärkenden Beitrag der Globalisierung zur Bedeutung der neuen kulturellen Konfliktlinie hinaus hält Kriesi Globalisierungsprozesse auch als ursächlich für die sozialstrukturellen Veränderungen, die die neue Spaltung überhaupt erst ermöglicht haben. Insbesondere der zunehmende ökonomische und politische Wettbewerb habe »latent structural potentials of globalization ›losers‹ in Western Europe« (Kriesi 2018: 15) hervorgebracht, die von Parteien der populistischen Rechten erfolgreich mobilisiert werden. Denn erstens setzt verschärfter internationaler Wettbewerb vor allem gering qualifizierte Dienstleistungsarbeiter\*innen und unqualifizierte Arbeiter\*innen einem besonderen ökonomischen Druck aus. Zweitens haben sozial konservative Individuen, die jene zunehmend tonangebenden universalistischen Werte ablehnen, insofern kulturell verloren, als ihre persönlichen Normen anders als in den Nachkriegsdekaden nicht mehr hegemonial sind. Dieser kulturelle Verlust betrifft vor allem formal geringer gebildete Individuen, denen laut Kriesi und Bornschier die Ressourcen fehlen, um andere Kulturen zu verstehen, sowie Männer, die in den vergangenen Jahrzehnten in verschiedener Hinsicht ihre privilegierte Rolle in der Gesellschaft verloren haben.

Als strukturell bezeichnet Kriesi diese Potenziale an Globalisierungsverlierer\*innen, da sie durch Veränderungen entstehen, die in allen westlichen post-industriellen Gesellschaften auftreten. Latent nennt er sie, da diese von der Globalisierung Benachteiligten nicht von selbst über eine kollektive politische Identität verfügen. Eine solche Identität haben populistische rechte Parteien mithilfe der neokonservativen Ideologie erst geschaffen und so aus einem bloßen antiuniversalistischen Potenzial eine politische Kraft geformt (vgl. Bornschier/Kriesi 2013: 13–15).

Für die politische Mobilisierung sind die verschiedenen Gruppen von Verlierer\*innen nun allerdings nicht gleichermaßen relevant. Die Autoren heben hervor, dass die ökonomisch Benachteiligten durch abnehmende Wahlbeteiligung eher ganz aus der politischen Partizipation herausfallen, als politisch ansprechbar zu werden. Vor allem diejenigen wählen die Parteien der populistischen Rechten, die der kulturellen Globalisierung feindlich gegenüberstehen. Ihre ökonomischen Interessen sind heterogen, weshalb die Mobilisierung über die Ansprache kultureller Ängste als kleinstem gemeinsamen politischen Nenner für rechte populistische Parteien Erfolg versprechender ist.

Anders als Norris und Inglehart leiten Kriesi und Bornschier daraus jedoch nicht ab, dass Klassenstrukturen für die Erklärung des Erfolgs populistischer rechter Parteien vernachlässigbar sind. Sie versuchen vielmehr explizit nach möglichen Verbindungen der offensichtlichen Zunahme der Bedeutung kultureller

Werteinstellungen zur Sozialstruktur, indem sie »Klasse« zweidimensional konzeptionieren. Unter Bezug auf die Arbeiten Daniel Oeschs (Oesch 2006) gehen sie davon aus, dass nicht nur die horizontale Gliederung nach Einkommen und beruflicher Qualifikation die Klassenlage bestimmt, sondern ebenso vertikal verschiedene »work logics«, also unterschiedliche arbeitsinhaltliche Organisationsprinzipien und entsprechende alltägliche Erfahrungen in der Arbeit. Diese unterschiedlichen Erfahrungen erzeugen demnach in den Individuen verschiedene politische Grundhaltungen. Hanspeter Kriesi verfolgt schon seit Anfang der 1990er-Jahre die These, dass mit diesem Zusammenhang von Arbeitslogiken und politischer Orientierung eine sozialstrukturelle Basis der zunehmenden Bedeutung der kulturellen Spaltungslinie für politisches Verhalten gefunden ist. Ihm zu Folge sind in westlichen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg die Kerngruppen der alten Klassen-Spaltungslinie, die Arbeiter\*innenklasse und die alte Mittelklasse, zu einer neuen, großen Mittelklasse verschmolzen. Grundlagen dafür sind der Ausbau des Sozialstaats und die Ausdehnung des Dienstleistungssektors. Die neue Mittelklasse, verstanden als »service class« (Goldthorpe 1980), ist nun aber durchaus heterogen, insbesondere umfasst sie sowohl leitende Angestellte bzw. Angehörige des Managements, die die Arbeit anderer kommandieren und überwachen, als auch professionell soziokulturell Dienstleistende, die die Arbeit ausführen. Die Manager\*innen sind dabei in hierarchische Befehlsstrukturen eingebunden und daher von einer hohen Loyalität gegenüber der Organisation geprägt. Demgegenüber ist die Arbeit der soziokulturell Dienstleistenden von professionellen Normen und Kompetenzen, einem hohen Grad an Autonomie sowie dem Kontakt mit Klient\*innen bestimmt. Sie identifizieren sich daher eher mit ihrer professionellen Community als mit ihrer Organisation und kennen durch den Austausch mit Klient\*innen soziale Problemlagen und die reale gesellschaftliche Diversität.

Vor diesem Hintergrund vermutet Kriesi einen »*strong antagonism about the control of work between the two opposite segments within the new middle class – managers and sociocultural professionals*« (Kriesi 1998: 169, Hrvh. i. O.). Und daraus erwächst schließlich ein kultureller Wertantagonismus: Während die soziokulturell Dienstleistenden in ihrer links-libertären Wertorientierung die Verteidigung individueller Autonomie sowie die egalitäre Verteilung von Ressourcen betonen, sind die rechts-autoritären Werte der Manager\*innen um Marktlösungen, freien Handel sowie eine hierarchische, paternalistische sowie organisationszentrierte Vorstellung von Gemeinschaft herum gruppiert.

Das schließlich bildet die Grundlage für unterschiedliche politische Zuordnungen. Während sich die soziokulturell Dienstleistenden den Neuen Sozialen Bewegungen und den linken Parteien zugehörig fühlen, bevorzugen die im Management Arbeitenden rechte Parteien und stehen den Neuen Sozialen Bewegungen ablehnend gegenüber (vgl. ebd.: 168f.).

Kriesi schränkt jedoch ein, dass eine Analyse der veränderten Klassenstrukturen nicht ausreicht, um die zunehmende Bedeutung der kulturellen Konfliktlinie in westlichen Gesellschaften zu erklären. Weitere sozialstrukturelle Faktoren treten hinzu, insbesondere der von Inglehart festgestellte Generationeneffekt, demzufolge seit dem Zweiten Weltkrieg aufeinander folgende Generationen stetig postmaterialistischere Werte ausbilden. Kriesi führt das wiederum auf ökonomisches Wachstum, die Ausdehnung des Sozialstaats sowie, damit zusammenhängend, steigende Bildungsniveaus sowie bessere Transport- und Kommunikationsmittel zurück (vgl. ebd.: 175f.).

Insgesamt versuchen Kriesi und Bornschier also, die ökonomische und die kulturelle Dimension des Erfolgs der populistischen Rechten nicht gegeneinander auszuspielen, sondern ihren Zusammenhang zu fokussieren. Bornschier sieht hierin gar die Zukunft der Cleavage-Theorie der radikalen Rechten insgesamt (vgl. Bornschier 2018: 229).

## Politische Ökonomie

Während sich die Ansätze der politischen Kulturforschung bemühen, ökonomische Deprivation in ihren Analysen anzuerkennen und ihr einen theoretischen Ort zuzuweisen, scheinen die politischen Ökonomen stärker damit beschäftigt, zuallererst für ihre eigene Position Raum zu schaffen.

So argumentiert Philip Manow in der Frage, wie kulturelle und ökonomische Faktoren in der Erklärung der Wahlerfolge populistischer Parteien zu gewichten sind, bewusst für das Gegenteil. Kultureller Wertewandel oder die stärkere Salienz einer kulturellen Konfliktlinie sind als Explanans ungeeignet und können höchstens eine untergeordnete Rolle spielen. Manow unterstellt gar den Ansätzen, die Populismus als ein kulturelles Phänomen deuten, selbst politische Interessen zu verfolgen. Diese Diagnosen vermeiden es ihm zufolge, über den Kapitalismus als hinter dem Populismus liegendes Problem zu reden, und erklären stattdessen den Populismus selbst zum Problem. Damit tragen sie zur stigmatisierenden identitätspolitischen Moralisierung der politischen Auseinandersetzung aktiv bei und entlasten diskursiv eben jene sozioökonomischen Eliten, die Wähler\*innen populistischer Parteien kritisieren (vgl. Manow 2018: 10f.; 30f.). Die »kulturalistische Deutung« (ebd.: 141), zu der Manow die einschlägigen Arbeiten von Andreas Reckwitz, Hanspeter Kriesi, Simon Bornschier und vor allem Pippa Norris und Ronald Inglehart zählt, zieht aus der richtigen empirischen Beobachtung, dass die bloß individuelle sozioökonomische Benachteiligung nicht die Wahl populistischer Parteien erklärt, den Fehlschluss, es müssten daher soziokulturelle Faktoren erklärenkräftig sein. In diese Richtung argumentierende Autor\*innen behandeln laut Manow oft schon auf der Ebene der empirischen Datenerhebung die Haltungen zur Immigrationspolitik ausschließlich als kulturelle Einstellungen und verdecken so die ökonomischen Folgeprobleme der Migration als mögliche Motive (Manow führt das Beispiel der

*German Longitudinal Election Study* an, vgl. ebd.: 139). Dadurch baut der kulturelle Erklärungsansatz, besonders hinsichtlich der Frage, warum Migration das zentrale Kampagnenthema populistischer rechter Parteien ist, eine große, sich selbst bestätigende Tautologie auf: »Wähler, die Migration ablehnen, wählen überdurchschnittlich häufig Parteien, die Migration ablehnen« (ebd.: 14). Von dort aus fällt es leicht, die soziale Grundlage des Populismus als bloßes Ressentiment zu markieren, das keiner ernsthaften politischen Repräsentation bedarf.

Dani Rodrik gesteht zu, dass die politische Kulturforschung und die Politische Ökonomie auch aufgrund unterschiedlicher Fragestellungen verschiedene Antworten geben. Während die politische Kulturforschung meist nach dem *Niveau* fragt, also warum ein so großer Anteil der Wähler\*innen populistische Parteien unterstützen, fragt die Politische Ökonomie meist nach *Veränderungen*, also warum sich der Stimmenanteil populistischer Parteien so sehr vergrößert hat. Grade zur Erklärung dieser Veränderungen taugen kulturelle Einstellungen als eine sich höchstens langsam verändernde, intervenierende Variable nicht (vgl. Rodrik 2021: 134f.). Die wirkliche Ursache steigender Stimmenanteile populistischer Parteien ist eine ökonomische Dynamik, die auf verschiedene Weisen die vorhandenen kulturellen Spaltungen vertieft. So treffen Globalisierung, technologischer Wandel und andere ökonomische Trends besonders ländliche Regionen hart, wo vornehmlich niedrig qualifizierte, oft sozial konservativ eingestellte Arbeitnehmer\*innen leben. Sie können so schon vorhandene Spaltungen zwischen kulturellen und moralischen Werten in Stadt und Land verstärken und populistischen rechten Parteien einen effektiven politischen Ansatzpunkt für identitäre Politik liefern. Auch kann steigende Einkommensungleichheit die Identifikation mehrheitsgesellschaftlicher Angehöriger der unteren Einkommensschichten mit der gesamten Nation erschweren und dadurch Raum für ethnische Identifikation schaffen. Populistische rechte Parteien wirken verstärkend auf diesen Zusammenhang zurück, wenn sie etwa im Windschatten gestiegener Salienz ethnischer Identitäten vorschlagen, sozialstaatliche Leistungen für Ärmere zu kürzen, was wiederum ökonomische Ängste befördert und unter den weißen Ärmeren den Wunsch nach einer Abgrenzung von Minderheiten unter den Ärmeren verstärkt (vgl. ebd.: 164f.).

Brian Burgoon und Matthijs Rooduijn versuchen diese Verbindung von kulturellen und ökonomischen Beschwerden mit ihrem Konzept der »positional deprivation« empirisch abzubilden. Zum Ausgangspunkt nehmen sie die von der amerikanischen Soziologin Arlie Hochschild formulierte Metapher des Schlangestehens, die sie als die »Tiefengeschichte« der amerikanischen Rechten herausarbeitet. In dieser eher gefühlten, meist unausgesprochenen, aber dennoch wirksamen Vorstellung von Gesellschaft befinden sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in einer Warteschlange für den verdienten Zutritt zum nationalen Fortschrittsideal des amerikanischen Traums. Beaufsichtigt vom Staat bewegt sich die Schlange nur quälend langsam vorwärts oder gar zurück. Während vor allem weiße, christliche,

männliche Arbeiter geduldig und ehrlich durch Arbeit versuchen vorzurücken, drängeln sich seit den 1960ern zunehmend Schwarze Menschen, Frauen, Einwanderer, Flüchtlinge und sogar bedrohte Tierarten mithilfe der Politik in der Schlange staatlich geduldet vor und spotten obendrein über die Zurückgebliebenen (vgl. Hochschild 2018: 187–209).

Burgoon und Rooduijn übersetzen Hochschilds aus Interviews und Beobachtungen gewonnenes Bild für ihre empirische Forschung in eine doppelte relationale Bestimmung ökonomischer Ängste. Als »positional deprivation« bezeichnen sie die Situation, dass der Einkommenszuwachs eines Individuums vom Einkommenszuwachs anderer Gruppen an einer anderen Stelle der volkswirtschaftlichen Einkommensverteilung überholt wird – beziehungsweise der Einkommensverlust stärker ist als bei anderen Gruppen. So soll der spezifische Eindruck quantifizierbar werden, zugleich gegenüber der *früheren* eigenen Position zu kurz zu kommen, als auch gegenüber zeitgenössischen *anderen* gesellschaftlichen Gruppen (vgl. Burgoon et al. 2019: 52). Dabei ist es anders als bei Manow und Rodrik nicht nötig zu unterstellen, dass Bürger\*innen sich über die tatsächlichen Einkommensentwicklungen im Klaren sind. Ausschlaggebend ist die »felt economic experience« (ebd.: 55), die sich etwa aus alltäglichen Vergleichen mit dem direkten sozialen Umfeld speist.<sup>5</sup>

Diese dynamische und positionelle Deprivation bringt – ganz im Sinne der klassischen psychologischen Deprivationstheorie (vgl. etwa Runciman 1972) – das Gefühl ungerechtfertigter Benachteiligung hervor, das leicht gegen politische Institutionen und Mainstream-Parteien, aber auch gegen gesellschaftliche Minderheiten gelenkt werden kann und daher die Wahl populistischer Parteien begünstigt. Je nachdem ob die relative Benachteiligung nun gegenüber den Einkommenszuwachsen der Ärmsten oder der Reichsten des eigenen Landes besteht, fördert sie eher die Unterstützung für populistische linke oder populistische rechte Parteien. Denn die Parteien bedienen die jeweiligen Ängste und versprechen Abhilfe: Während populistische linke Parteien thematisch auf ökonomische Umverteilung zuungunsten der reichen Elite setzen, fokussiert die populistische Rechte auf die Interessen des vermeintlichen »Durchschnittsbürgers« gegenüber überzogenen Ansprüchen von Minderheiten und der Armen, die schließlich selbst für ihre Lage verantwortlich sein.

Burgoon und Rooduijn versuchen also, ökonomische Abstiegsängste anhand der individuellen relativen Einkommensentwicklung über die Zeit und im Verhältnis zu

---

<sup>5</sup> Allerdings stellen Burgoon et al. in einer Folgestudie fest, dass die subjektive Wahrnehmung der eigenen relativen Einkommensentwicklung tatsächlich signifikant mit objektiven Maßen positionaler Deprivation korreliert. Es scheint demnach so, dass die eigene Deprivation im Allgemeinen zumindest tendenziell durchaus richtig eingeschätzt wird (vgl. Burgoon et al. 2022: 682).

anderen Einkommensperzentilen messbar zu machen und als Treiber der Wahl linker oder rechter radikaler populistischer Parteien zu identifizieren. Dahinter liegt die Annahme, dass, sei es aus pragmatischen oder sozialpsychologischen Gründen, das Ressentiment sich letztlich stets gegen die *ökonomische* Gruppe wendet, gegenüber der die individuelle positionelle Deprivation tatsächlich am größten ist. Vor allem gegenüber den Reichsten Abgehängte wählen linkspopulistisch, weil dort Umverteilung von den Eliten an den Rest der Gesellschaft gefordert wird. Im Verhältnis zu den Ärmsten Abgestiegene wählen rechtspopulistisch, weil hier Immigration und Sozialstaatsleistungen bekämpft werden.

Dieses Modell geht allerdings mindestens an der Situation der amerikanischen Rechten vorbei, wie Hochschild sie in ihrem Buch schildert. In der subjektiven ökonomischen Erfahrung und in den Tiefengeschichten, mit denen Anhänger\*innen der libertär-konservativen Tea-Party-Bewegung sich ihre gesellschaftliche Position erklären, spielen gegenüber einer Selbstverortung zwischen dem gesellschaftlichen »Oben« und »Unten« politische Vorstellungen vom richtigen Verhältnis von Markt und Staat sowie Rassismus und konservative Geschlechterverständnisse die bestimmenden Rollen. Die zentrale Konfliktlinie machen sie zwischen freien Bürgern, »Machern« und dem freien Markt auf der einen Seite und dem Staat, faulen Sozialeistungsempfängern und eben den vordrängelnden Gruppen – Schwarze Menschen, Frauen, Minderheiten – auf der anderen Seite aus (vgl. Hochschild 2018: 206). In dieser Gegenüberstellung ist Kritik an den vermögenden Eliten oder der Macht großer Konzerne ideologisch kaum möglich. Es ist gerade Hochschilds Pointe, dass die Unterstützer\*innen des amerikanischen Rechtspopulismus selbst dort ausgesprochen staatsfeindlich sind, wo staatliche Sozial-, Gleichstellungs- und Umweltschutzprogramme ihre im engeren wie im weiteren Sinne ökonomischen Eigeninteressen bedienen. Die von Parteien und Bewegungen genährte Tiefengeschichte strukturiert die Wahrnehmung ökonomischer Deprivation fundamental – nicht andersherum, wie Burgoon und Rooduijn es nahelegen.

### 3.1.4 Zusammenfassung

Anhand ihrer Verständnisse von Kapitalismus und ökonomischer Ungleichheit offenbaren sich grundlegende theoretische Entscheidungen der verschiedenen Cleavage-Theorien des Populismus.

In der politischen Kulturforschung gilt der Wandel des Kapitalismus insbesondere seit den 1960er-Jahren zwar als historische Voraussetzung des globalen kulturellen Wertewandels, hat für gegenwärtige populistische Parteien und Bewegungen aber weder als Treiber noch als Thema große Bedeutung. Der Übergang zu postindustriellen Gesellschaften bedeutet hier zunächst recht abstrakt eine gleichförmige Entwicklung in den westlichen Demokratien, vor allem eine Zunahme des allgemeinen Wohlstands und das Schrumpfen der Arbeiter\*innenklasse. Kapitalistische

Ökonomie ist letztlich identisch mit Markökonomie, nationale Differenzierungen hinsichtlich der Wirtschaft spielen kaum eine Rolle. Dafür befragen Norris und Inglehart sowie Kriesi und Bornschier explizit die Konzepte der Cleavage-Theorie auf ihre Tauglichkeit für die neue Situation. Mit der Idee einer explizit *wertebasierten* kulturellen Konfliktlinie versuchen sie dabei, sowohl der abnehmenden politischen Bedeutung des Klassenkonflikts und der zunehmenden kulturellen Polarisierung in den Parteiensystemen Rechnung zu tragen als auch die konzeptionelle Verbindung zur Sozialstruktur aufrecht zu erhalten. Zwar ist die Tendenz des kulturellen Wertewandels über die verschiedenen Nationalstaaten hinweg identisch, aber ihre unterschiedliche Verarbeitung in den Parteiensystemen erhält dadurch kaum Aufmerksamkeit.

Demgegenüber bestimmen laut der Politischen Ökonomie die Verwerfungen der kapitalistischen Globalisierung sowohl die wesentlichen Motive der Wähler\*innen populistischer Parteien als auch deren zentrale politische Positionen. Die Differenzierung verschiedener Globalisierungsschocks erlaubt es, dieselbe globale Entwicklung auf ihre variierenden problematischen Folgen für die Volkswirtschaften hin zu untersuchen und die national verschiedenen Erfolgsbedingungen sowohl für populistische rechte als auch für populistische linke Parteien zu benennen. Politische Ökonomie als integrierte Perspektive auf Wachstumsmodell, Wohlfahrtsstaat und Parteiensystem bindet ökonomische und politische Interessenkonflikte deutlich enger aneinander als die politische Kulturforschung. Damit gibt sie es zugleich auf, populistische Parteien auch als Ergebnisse parteipolitischer und ideologischer Konfliktgeschichten wahrzunehmen. Dani Rodriks Cleavage-Modell etwa ist im Vergleich mit Simon Bornschiers Analysen ausgesprochen schematisch und kaum historisch spezifisch.

Beide Strömungen versuchen, sowohl ökonomische als auch kulturelle Deprivation in ihre Erklärungen zu integrieren. Diese Versuche bleiben allerdings auf beiden Seiten schablonenhaft. »Ökonomie« und »Kultur« oder auch »Interesse« und »Identität« werden einander im Sinne von Variablen unvermittelt gegenübergestellt und nur anhand von Detailbeobachtungen wieder als Einflussfaktoren aufeinander bezogen. Grade mit Blick auf die Subjektseite scheint diese äußerliche Entgegensetzung fragwürdig. Es wird daher zu fragen sein, welche Folgen sie für das Verständnis autoritärer Ideologie nach sich zieht.

Politische Kulturforschung und Politische Ökonomie gehen gleichermaßen von der Vorstellung interessengeleiteter Wahlentscheidungen aus. Kulturelle oder ökonomische Bedürfnisse leiten zweckrational die politische Positionierung der Bürger\*innen. Damit scheint entschieden, dass der Angebotsseite der Politik wenig Bedeutung zukommt. Das ist Gegenstand des folgenden Abschnitts: Welche Vorstellung politischer Repräsentation setzen beide voraus? Wie denken sie die Übertragung sozialen Wandels in politischen Erfolg?

## 3.2 Demokratie und Repräsentation

Der Cleavage-Begriff bezeichnet in all seinen verschiedenen Auslegungen die Verbindung sozialer und politischer Spaltungslinien. Wer von *cleavages* spricht, will weder bloß sozialstrukturelle Unterschiede ohne politische Bedeutung benennen noch allein diskursiv-politische Grenzziehungen ohne soziale Entsprechung. Dennoch stehen in den Cleavage-Theorien meist die sozialen Verhältnisse am Anfang und im Mittelpunkt, während die politischen Konfliktlinien implizit als resultierend oder abgeleitet erscheinen. Demokratie ist in allen hier vorgestellten Ansätzen zunächst ein institutionalisiertes System, dass gegebene Einstellungen gemäß bestimmten Regeln in politische Macht übersetzt. Für das Verständnis des ja wesentlich in Parteidform organisierten Populismus entsteht daraus die Herausforderung, zu bestimmen, wie der Wertewandel und die Globalisierungsschocks parteipolitisch aufgegriffen und verarbeitet werden. Die Frage ist also erstens: Wie mobilisieren populistische Parteien die kulturellen und ökonomischen *cleavages* zu ihren politischen Gunsten? Welches Verständnis von Repräsentation und Interesse liegt hier zugrunde? Und zweitens: In welchem Verhältnis stehen populistische Parteien zur (liberalen) Demokratie?

### 3.2.1 Wie und was repräsentieren populistische Parteien?

#### Politische Kulturforschung

In der politischen Kulturforschung wird politische Veränderung ausgehend vom Wandel von Werten und Einstellungen auf der individuellen Ebene gedacht. Weil sich aufgrund struktureller Veränderungen in den westlichen Gesellschaften massenhaft individuelle Werte und Einstellungen wandeln, entstehen neue Spaltungslinien, die dann bei gleichbleibenden Wahlsystemen die Stimm- und Sitzverteilung unter den Parteien und damit die Regierungszusammensetzungen und politische Agenden verschieben.

Die relevanten Spaltungslinien in den Elektoraten der westlichen Demokratien sind gemäß der Wertewandel-These seit den 1970er-Jahren zunehmend kulturell bestimmt. Sie sind es, die das nach dem Zweiten Weltkrieg etablierte Parteiensystem in Bewegung bringen. Während bis dahin Klassen- und religiöse Spaltungen die Konfliktlinien zwischen den Parteien vorgaben, werden diese nun von einer Polarisierung zwischen den Anhänger\*innen konservativer oder linksliberaler Werte dominiert. Die bisherigen Konfliktlinien zwischen den Parteien werden daher zunehmend von einer Reihe politischer Streithemen überlagert, die Norris und Inglehart unter dem Begriff »cultural« zusammenfassen:

»But today the most heated political issues in Western societies are cultural, dealing with the integration of ethnic minorities, immigration, and border control, Is-

lamic-related terrorism, same-sex marriage and LGBTQ rights, divisions over the importance of national sovereignty versus international cooperation, the provision of development aid, the deployment of nuclear weapons, and issues of environmental protection and climate change» (Norris/Inglehart 2019: 50).

Im Konflikt um diese Themen bildet sich als neue zentrale Spaltungslinie der westlichen Parteiensysteme die Polarisierung zwischen »authoritarian« und »libertarian parties« (Norris/Inglehart 2019: 51) heraus.<sup>6</sup> Sie überstrahlt sowohl die nach wie vor vorhandene Links-rechts-Spaltung als auch den dritten relevanten Gegensatz, den zwischen »populist« und »pluralist parties«.

Dieser existiert dabei laut Norris und Inglehart zunächst unabhängig von der kulturellen Spaltungslinie, da der Populismus keinerlei Wert- oder Programmdimension besitzt. Seine soziale Grundlage vermuten sie vage in einer langfristigen Erosion des Vertrauens in politische Institutionen und allgemein wachsender Unzufriedenheit mit der »democratic performance« (ebd.: 24).

Die Autor\*innen definieren Populismus minimalistisch als eine bestimmte Rhetorik, die erstens die einzige legitime demokratische Autorität im Volk sieht und zweitens behauptet, dass die herrschende Elite zutiefst korrupt und gegen das Gemeinwohl agiert (vgl. ebd.: 66). Gegen Verständnisse des Populismus als Ideologie hebt Norris hervor, dass diese Rhetorik sowohl Ausdruck authentischer Überzeugungen sein und mit entsprechenden politischen Zielen korrespondieren kann – aber nicht muss. Ebenso gut kann populistische Rhetorik im Sinne einer »dramatic performance« (Norris 2020a: 699) rein strategisch eingesetzt werden, ohne überhaupt ganz ernst genommen werden zu wollen oder gar wirklich konkrete politische Forderungen, etwa nach einer stärkeren Partizipation des Volkes, damit zu verknüpfen. Zudem lehnen Norris und Inglehart trotz grundlegender Übereinstimmungen auch Cas Muddes Definition populistischer Ideologie ab, da sie unnötige Elemente einführe. Populistische Rhetorik zeichnet ihnen zufolge nicht notwendigerweise das Bild einer in zwei homogene und antagonistische Gruppen gespaltenen Gesellschaft und verlangt ebenfalls nicht unbedingt, dass Politik ein Ausdruck der *volonté générale* des Volkes sein müsse (vgl. Norris/Inglehart 2019: 24, Fn 4).

Ideengeschichtlich verorten Norris und Inglehart die Quellen des Populismus in der Rousseau'schen Figur der *volonté générale*. Populistische Rhetorik kreist für sich genommen gänzlich um die Frage, wo der Ursprung demokratischer Legitimität

---

<sup>6</sup> Pippa Norris arbeitet explizit heraus, dass diese zunehmende ideologische Polarisierung nicht ursächlich auf Verschiebungen und Zersplitterungen in Parteiensystemen zurückzuführen ist. Autoritär-populistische Parteien sind demnach also Ausdruck dessen, dass tiefgreifende Polarisierungen um zentrale Werte und Prinzipien entstanden sind. (vgl. Norris 2024).

liegt, und kann sich flexibel mit verschiedenen politischen Inhalten und Prinzipien verbinden.

So identifizieren Norris und Inglehart denn auch nicht nur »authoritarian-populist«, sondern auch »libertarian-populist« (ebd.: 11) oder »progressive-populist parties« (ebd.: 137). Da Politik letztlich von der Summe individueller Werte und Einstellungen bestimmt wird, populistische Rhetorik aber keine inhaltliche Dimension besitzt, erscheint sie hier als politisch neutral. Überhaupt kommt Rhetorik und politischer Agitation im Rahmen von Norris und Ingleharts Modell eines »electoral marketplace« (Norris/Inglehart 2019: 32) keine wesentliche Bedeutung zu. Ihre Vorstellung politischer Repräsentation ist im Wesentlichen eine Einbahnstraße. Zwar notieren sie etwa, die populistischen Slogans in Donald Trumps Präsidentschaftskampagne 2016 sprächen »deeply and symbolically to people who reject new values and establishment politics« (ebd.: 258). Was aber bei dieser Ansprache in der Tiefe verborgen bleibt, was sie also nur symbolisch aufgreift, erkunden sie nicht weiter. Im Fokus steht, dass eben diejenigen für anti-liberale und Anti-Establishment-Rhetorik empfänglich sind, die sozial konservative Wertvorstellungen haben und sich kulturell in der Minderheit wähnen. In dieser Vorstellung griff etwa die Trump-Kampagne erstens lediglich bestimmte Überzeugungen auf, die zu einem bestimmten Zeitpunkt verbreitet waren. Und zweitens erreichte sie damit nur diejenigen, die diese Überzeugung bereits teilten.

Die politische Aktivität autoritär-populistischer Parteien beschränkt sich letztlich auf eine Wahlmobilisierung der ihr zugeneigten Bevölkerungsgruppen. Denn die parlamentarische Abbildung der realen Wertüberzeugungen in der Bevölkerung sehen Norris und Inglehart vor allem dadurch verzerrt, dass die Angehörigen verschiedener Generationen sich in unterschiedlichem Ausmaß überhaupt an Wahlen beteiligen. Ältere Bürger\*innen wählen schon länger und zunehmend stärker als jüngere. Norris und Inglehart sprechen in diesem Zusammenhang von einem »participation-generation gap« (ebd.: 56), der in Kombination mit den Wertekontrasten zwischen den verschiedenen Generationen eine Repräsentationskrise verursacht. Wahlergebnisse repräsentieren regelmäßig die Vorlieben älterer Generationen im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Bevölkerung über, inklusive ihrer überproportionalen Unterstützung autoritär-populistischer Parteien. Diese Parteien sind also, gemessen an der gesellschaftlichen Unterstützung für die von ihnen vertretenen Werte, parlamentarisch überrepräsentiert, während Parteien, die linksliberale Werte vertreten, unterrepräsentiert sind.

Norris und Inglehart ignorieren, dass politisches Handeln sich nicht in einer bloßen Wiedergabe und Mobilisierung bestehender Werte und Einstellungen erschöpft, sondern gerade die Verknüpfung verschiedener Themen und politischer Positionen sowie die Betonung oder Relativierung einer bestimmten, hier kulturellen Gegnerschaft, genuin politische Handlungen sind. Wird Repräsentation in diesem Sinne als ein multidirektonaler Prozess verstanden, kann etwa gefragt

werden, inwiefern die Wahrnehmung, mit sozial konservativen Wertvorstellungen zu einer unterdrückten gesellschaftlichen Minderheit zu gehören, die sich wehren muss, selbst politisch erzeugt ist. In Norris und Ingleharts Modell erscheint es, als wäre diese Wahrnehmung schlicht evident.

Bereits die von den Autor\*innen als »cultural« zusammengefassten Themen und Konflikte stehen bei näherer Betrachtung in keinem notwendigen inhaltlichen oder politischen Zusammenhang. Positionen zur Immigrationspolitik, zur gleichgeschlechtlichen Ehe und zur Entwicklungshilfe treten durchaus in sehr verschiedenen Kombinationen auf. Wenn sich tatsächlich zwei beherrschende politische Lager herausbilden, die jeweils beanspruchen, zu diesen Themen zusammenhängende Positionen zu formulieren, treten sich darin gerade zwei politische Ansprüche gegenüber. Stattdessen suggeriert Ingleharts Stufenmodell der Wertentwicklung, dass die verschiedenen, als linksliberal geltenden Überzeugungen miteinander im Prinzip inhaltlich kohärent sind. Zwar ist sicher wahr, dass die Ausdehnung persönlicher Freiheitsrechte oder des Selbstausdrucks eine Klammer um verschiedene Themen bildet, die für linksliberale Werte zentral sind. Aber es ist unhintergehbar politisch streitbar, was eine solche Ausdehnung angesichts konkreter Fragen etwa von multikulturellem Zusammenleben, Religionspolitik und Einwanderung bedeuten soll.

Die Idee, dass es Wertveränderungen auf der individuellen Ebene sind, die langfristig auch Veränderungen der politischen Systeme nach sich ziehen, wird bereits methodisch durch die Struktur der verwendeten Large-n-Datensätze nahegelegt. Die quantitativ-empirische Herangehensweise korreliert Daten, die auf der Individualebene vorliegen, mit Entwicklungen auf der Makroebene. In dieser Perspektive erscheint es plausibel, dass es auch tatsächlich die (massenhaften) individuellen Wertveränderungen sind, die politische Veränderungen antreiben. Diese Perspektive schätzt die umgekehrte Wirkrichtung gering, also dass politische Prozesse der Willensbildung und insbesondere der herrschaftsähnlichen öffentlichen Meinungsbildung bis hin zur Propaganda individuelle Wertveränderungen und politische Positionierungen formen und gewichten. Theoretisch ist das in der Konstruktion von »Werten« als in jungen Jahren erlernten, dann aber lebenslang kaum wandelbaren Überzeugungen festgelegt. Diese Konzeption hält bewusst angeeignete politische Überzeugungen und Erfahrungen für zweitrangig, da sie die individuellen Wertüberzeugungen der Bürger\*innen nicht wesentlich zu beeinflussen vermögen. Damit aber denkt sie auch politische Identität nicht als Gegenstand und Ergebnis eines beständigen Werdens, einer immer wieder nötigen Positionierung oder auch nur von zumindest möglichen Reflexionsprozessen, kurz: als ein bewusstes oder unbewusstes Ringen mit gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern als eine passiv erlittene, adoleszente Formung durch die soziale Umwelt. In letzter Konsequenz bedeutet das, Identität zu entpolitisieren und zu enthistorisieren.

Hanspeter Kriesi und Simon Bornschier betonen in ihrer Aktualisierung der Cleavage-Theorie stärker die genuin politische Natur gesellschaftlicher Konfliktlinien. Ihnen zufolge muss die Bedeutung kollektiver Identitäten für langfristige politische Bindungen besser verstanden werden als es die eben zu sehr auf die Sozialstruktur fokussierte Cleavage-Theorie bisher leistet. Denn wenn *cleavages* im Zusammenspiel von geteilten sozialen Eigenschaften und den kollektiven Identitäten sozialer Gruppen entstehen, hängt ihre fortwirkende gesellschaftliche Bedeutung auch von der Stabilität eben jener Identitäten ab. Politische Gruppenidentitäten, so Bornschiers These, werden nun aber wesentlich durch parteipolitische Konflikte am Leben erhalten (vgl. Bornschier 2010: 54).

Er antwortet damit auf eine zentrale Frage der Parteienforschung: Wie ist die lange Stabilität westeuropäischer Parteiensysteme seit den 1920ern (vgl. Bartolini/Mair 1990) möglich, obwohl sich die Sozialstruktur dieser Gesellschaften seitdem grundlegend geändert hat? Kriesi und andere haben herausgearbeitet, dass Parteiensysteme ihre grundlegende Form inmitten sich verändernder Gesellschaften nur erhalten können, indem sie alte Wähler\*innengruppen aufgeben und neue Bindungen zu anderen sozialen Gruppen aufbauen. Bornschier fügt hinzu, dass parteipolitische Konflikte zugleich eine identitätsstiftende und integrierende Funktion über sozialstrukturelle Gruppen hinweg ausüben. In Anschluss an Giovanni Sartoris Vorschlag, Parteiensysteme als unabhängige Variable zwischen Sozialstruktur und Politik zu begreifen, schreibt er:

»I take this line of reasoning one step further: It is not the party that keeps subjective class consciousness alive but the conflicts it carries out with parties defending diverging interests. Without an antagonist, this identification would lose much of its political relevance and, if not refreshed, would open the way to identifications on the basis of some other group membership. It is thus not parties as such that reproduce collective identities, but the party system, defined as a *>system of interactions* resulting from inter-party competition, that reproduces collective identities« (Bornschier 2010: 58, Hrvh. i. O.).

Parteien als zentrale Akteure der westeuropäischen politischen Systeme erhalten durch die politischen Konflikte, die sie mit opponierenden Parteien führen, politische Identitäten aufrecht. Neue Generationen von Wähler\*innen werden in bestehende parteipolitische Konflikte hineinsozialisiert, indem diese Konfliktlinien ihnen das »cognitive schema« (ebd.: 59) aufprägen, durch das sie Politik überhaupt deuten. Gelingt dieser politische Sozialisationsprozess, erhalten sich die Parteien und das Parteiensystem jenseits der historischen Konflikte am Leben, aus denen sie ursprünglich hervorgegangen sind.

Politische Identitäten sind also nicht unbeweglich in der Sozialstruktur verankert, sondern selbst insofern auch ein Produkt von Politik, als Parteien stets

Allianzen verschiedener sozialer Gruppen formen. Im Parteiensystem treten sich nicht die in ökonomischer, religiöser oder kultureller Hinsicht relativ homogenen sozialen Gruppen gegenüber, die eine Konfliktlinie ausmachen, sondern größere und grundlegendere, antagonistische politische Orientierungen, Ideologien oder politische Kulturen. Bornschier unterstreicht, dass Veränderungen der Sozialstruktur mithin nicht die Veränderungen politischer Antagonismen determinieren. Diese zu starre Grundannahme der älteren Cleavage-Theorie will er zugunsten eines dynamischen und stärker akteurszentrierten Ansatzes überwinden (vgl. Bornschier 2018: 224f.). Denn die Parteiensysteme und die politischen Strategien der Parteien formen und verarbeiten die strukturellen Umwälzungen zu politischem Wandel. Um sich in strukturellen und kulturellen Veränderungen zu erhalten, müssen Parteien sich natürlich kontinuierlich anpassen. Während die parteipolitischen Konfliktlinien über Jahrzehnte stabil sein können, ist es der politische Inhalt dieser Konflikte keineswegs. Insbesondere neue politische Themen müssen sie entweder in die etablierte Konfliktstruktur integrieren oder unterdrücken (vgl. Bornschier 2010: 56–60).

Wenn etwa ein neues Thema das Elektorat einer Partei spaltet, nicht ignoriert werden kann und zudem von einer anderen Partei aufgegriffen wird, gerät die Partei unter Positionierungsdruck. Dann kann es zu einem *realignment* kommen, das heißt zu einer Neukonfiguration der Verbindungen von sozialen Gruppen und politischen Parteien. Voraussetzung dafür ist eine vorhergehende Schwächung der etablierten Konfliktstruktur und der entsprechenden politischen Identitäten. Bornschier unterscheidet hinsichtlich der Ursachen dafür zwischen *structural dealignment* und *behavioral dealignment*.

Im ersten Fall wird die Verbindung zwischen einer Partei und den sie tragenden sozialen Gruppen schwächer, weil Modernisierungsprozesse die Stärke derjenigen Gruppen verringern, auf denen die etablierte Konfliktstruktur ruht. So hat etwa die Entwicklung zu post-industriellen Volkswirtschaften die traditionelle Arbeiter\*innenklasse schrumpfen lassen. War bis dahin das Parteiensystem wesentlich durch die Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit strukturiert, verliert es nun zunehmend seine Verankerung und bietet so die Gelegenheit, neue Konflikte politisch zu mobilisieren.

Im zweiten Fall verschieben sich die Verbindungen von Parteien und sozialen Gruppen auch ohne sozialstrukturelle Veränderungen. Eine soziale Gruppe kann ihre politische Identifikation bei steigender Wichtigkeit (Salienz) eines bis dato nebensächlichen politischen Themas wechseln. Wenn etwa alte politische Konflikte an Bedeutung verlieren oder gar befriedet werden, können andere Konflikte – und damit Identitäten – in den Mittelpunkt rücken. Das können selbst alte Identitäten sein, so wurden etwa nationale Identitäten historisch oft durch religiöse oder Klassenidentitäten überdeckt und treten nun neu hervor. Parteien können in solchen Situationen auch neue kollektive Identitäten entwerfen und propagieren, al-

lerdings sind sie dabei durch die objektiven sozialen und politischen Charakteristika des Elektorats begrenzt (vgl. ebd.: 60–63).

Der Erfolg, bzw. präziser: die Möglichkeit des Erfolgs populistischer rechter Parteien in Westeuropa ist aus dieser Parteiensystemsperspektive eine Begleiterscheinung der Rekonfiguration der Bindungen von Wähler\*innengruppen und Parteien. Ihr elektoriales Potenzial sind genau die spezifischen Gruppen, die aufgrund der Veränderung des Parteiensystems oder aufgrund der Veränderung ihrer eigenen politischen Präferenzen nicht mehr repräsentiert sind (vgl. Bornschier 2019: 206). Und zwar sind Teile des Elektorats seit den Umbrüchen der 1970er hinsichtlich ihrer Position auf der *kulturellen* Konfliktlinie nicht repräsentiert. Die Entstehung und Durchsetzung der universalistischen Neuen Linken hat diejenigen freigesetzt, die entschieden partikularistische Werte vertreten. Sie sind für den manichäischen Diskurs des Populismus ansprechbar, wenn er sich mit der entsprechenden partikularistischen Hauptideologie verbindet (vgl. ebd.: 219).

Aus diesen politiktheoretischen Erwägungen heraus berücksichtigt Bornschier für den Aufstieg populistischer rechter Parteien auch ihre jeweilige inhaltliche Positionierung. Ihr Erfolg wird zwar durch die langfristige Entwicklung der Sozialstruktur mit ermöglicht, jedoch verändern sich die entscheidenden politischen Identifikationen erst durch konkrete politische Konflikte hindurch.

Erst wenig Beachtung fand in dieser Perspektive allerdings die Konstruktion von Gruppenidentitäten durch die Bürger\*innen selbst. Bornschier geht in jüngeren Publikationen auch bei den politischen Selbstidentifikationen davon aus, dass sie weder einfach die objektive sozialstrukturelle Situation spiegeln, noch völlig unabhängig von ihr sind. Er spricht stattdessen von einem »partial detachment from social structure« (Bornschier et al. 2021: 2112). Insbesondere mit Blick auf die modernisierungstheoretische Tradition, Wahlerfolge radikal rechter Parteien durch Deprivationserfahrungen zu erklären, merkt er an, dass subjektive politische Identitäten selten allein durch Mangel charakterisiert sind, sondern meist auch durch positive Selbstcharakterisierung konstruiert werden, etwa in Form von Elementen wie Ländlichkeit, Fleiß und moralische Integrität (vgl. ebd.: 2092). Diese subjektiven Identitäten und die in ihnen enthaltenen »perceived group interests« (ebd.: 2091) vermitteln also zwischen den »objektiven« sozialstrukturellen Eigenschaften und der Parteizuordnung sowie Wahlpräferenzen der Bürger\*innen. Sie prägen die politische Identität, aber zugleich prägen selbstverständlich auch Parteien die subjektiven Identitäten. Diese Wechselbeziehung müssen die Cleavage-Theorien erst noch durchdringen und aufnehmen. Von der Populismusforschung können sie dabei lernen, dass nicht allein substanzelle *issues* der Parteien Wahlentscheidungen prägen, sondern etwa Statusängste, politische Entfremdung und Misstrauen auch in der populistischen Polemik gegen Eliten und das politische System politisiert werden können (vgl. Bornschier 2017: 305f.).

Hanspeter Kriesi hat sich jüngst zudem skeptisch zu dem Einfluss geäußert, den Parteien überhaupt auf die Wahlentscheidungen der Bürger\*innen haben. Nationale Parteien(systeme) konnten demnach in jüngerer Zeit mit ihrem *agenda setting* kaum die Salienz maßgeblicher politischer *issues* beeinflussen. Stattdessen bestimmen langfristige sozialstrukturelle Veränderungen und vor allem kurzfristige, zunehmend transnationale politische Trends die Prioritäten der Bürger\*innen (vgl. Dennison/Kriesi 2023: 15).

## Politische Ökonomie

Wie für die politische Kulturforschung stellt sich auch für die politisch-ökonomische Perspektive auf populistische Parteien die Frage, wie die sich verändernden gesellschaftlichen Konflikte zu deren politischem Erfolg beitragen. Mit ihrer entschiedenen Positionierung gegen Wertewandel-Erklärungen laden Rodrik und Manow ihrem Erklärungsansatz allerdings eine zusätzliche Last auf. Sie müssen zeigen, wie sich die von ihnen analysierten ökonomischen Treiber populistischen Protests plausibel mit dessen vorwiegend identitären und kulturellen politischen Themen in Zusammenhang bringen lassen. Warum kann der rechte Populismus den Protest gegen die ökonomischen Verwerfungen der Globalisierung erfolgreich mit autoritären Themen mobilisieren? Manows These, dass der rechte Populismus in Nord- und Kontinentaleuropa von Arbeitsmarkt-Insider\*innen getragen wird, die gegen die Beanspruchung des großzügigen Sozialstaats durch massenhafte Immigration protestieren, beantwortet diese Frage letztlich nicht. Denn erstens wäre eine andre politische Reaktion auf diese Ausgangssituation denkbar. Die Mehrzahl der Arbeitsmarkt-Insider\*innen hätte sich ebenso für einen solidarischen Ausbau des Sozialstaats aussprechen können. Und zweitens ist die Thematisierung von Immigration als Wohlfahrtsproblem gar nicht die charakteristische Mobilisierungsstrategie der populistischen rechten Agitation gegen eine großzügige Migrationspolitik, sondern die Skandalisierung der ethnischen oder religiösen Herkunft bestimmter Migrant\*innen.

Manow behandelt die Frage vornehmlich im Modus der Gegenfrage: Er leugnet natürlich nicht, dass die Reaktion auf Globalisierungsschocks aufseiten der populistischen rechten Parteien autoritär ausfällt, will angesichts der ausufernden und moralisierenden Fixierung der akademischen Diskussion auf diesen Umstand aber lieber herausarbeiten, *worauf* da autoritär reagiert wird.

Wo er um eine Erklärung dennoch nicht herumkommt, bietet Manow ein nur wenig überzeugendes Modell politischer Repräsentation an. Er schlägt die Formulierung vor, dass für den populistischen Protest zwar ökonomische Probleme ursächlich sind, die aber »kulturalisiert« werden müssen, um für politische Mobilisierung überhaupt funktionieren zu können (Manow 2018: 16). Was genau das heißt und warum dem so ist, lässt er offen. Zugrunde liegt offenbar Dani Rodriks Vorstellung, parteipolitische Narrative könnten die für den Erfolg des Populismus ur-

sächlichen ökonomischen Beschwerden mit anderen Themen überspielen (»override«) (Rodrik 2018: 30). Denn die von der Globalisierung unter den betroffenen Gruppen erzeugten ökonomischen Ängste seien oft »inchoate«, das heißt nicht von sich aus mit einer bestimmten politischen Perspektive verknüpft. Diese erhalten sie erst durch die verfügbaren (partei-)politischen Angebote: »Populist movements supply the narratives required for political mobilization around common concerns. They present a story that is meant to resonate with their base, the demand side: here is what is happening, this is why, and these are the people who are doing it to you« (Rodrik 2018: 24). Gleichwohl bleiben die verschiedenen parteipolitischen Narrative dabei von den objektiven Bedingungen begrenzt. Ob die Globalisierung in einer politischen Ökonomie durch Immigration oder durch Handel problematisch wird, begünstigt oder erschwert deren Politisierung als zentrale Probleme. Manow sieht dieses nachfrageseitige Erklärungsmodell gegen angebotsseitige Erklärungen im Vorteil, da diese die Varianz der jeweils erfolgreichen populistischen Mobilisierungsstrategien nicht erklären können (vgl. Manow 2018: 122).

Aber dem Modell liegt, wie auch bei Norris und Inglehart, deutlich erkennbar ein problematisch vereinfachtes Verständnis politischer Repräsentation zugrunde. Manow kommt immer wieder auf seine Grundthese zurück, dass die Wahl populistischer Parteien letztlich durch rationale ökonomische Eigeninteressen motiviert ist. Protestwählen ist hier ebenfalls *economic voting*. Zwar verstehen Rodrik und Manow ökonomisches Wählen im Zweifelsfall eher als soziotropisch denn als egotropisch motiviert. Das heißt, es orientiert sich weniger am individuellen ökonomischen Status, sondern an einer »Einschätzung der wirtschaftlichen Lage insgesamt« (ebd.: 73). Das aber setzt voraus, dass die Wähler\*innen abzuwagen wissen, wie sich verschiedene Globalisierungsschocks auf sie und die Volkswirtschaft auswirken. Es blendet aus, wie sehr diese alltäglichen Schätzungen selbst schon durch politische Deutungsangebote, Diskurse und Ideologien geprägt sind. Die Sphäre der politischen Diskussion, der Kampf um die öffentliche Meinung und letztlich das gesamte politische System sollen hier die subjektive Erkenntnis der eigenen ökonomischen Interessen nicht maßgeblich affizieren, sondern sie nur mit anderen Themen und politischen Streitfragen verbinden und sie so politisch verarbeitbar machen. In diesem Rahmen ist Manows Rede von einer »Kulturalisierung« ökonomischer Ängste – anders als das etwas elaboriertere Modell Simon Bornschiers (siehe Abschnitt 3.3.1) – so zu verstehen, dass die von populistischen rechten Parteien bemühten identitären und autoritären Themen nur ein *äußerliches Vehikel* dazu sind, den ökonomischen Interessen der Wähler\*innen gemäß der eigenen politischen Strategie einen parteipolitischen Ausdruck zu geben.

Dani Rodrik versucht in einem jüngeren Aufsatz, die bloß nachfrageseitige Erklärung um angebotsseitige Mechanismen zu ergänzen, durch die die Globalisierung populistische Wahlerfolge befeuert. Neben dem von Manow bearbeiteten Zusammenhang, dass ökonomische Verwerfungen direkt die Nachfrage der Wäh-

ler\*innen nach Protektionismus und Umverteilungspolitik größer werden lassen, identifiziert Rodrik noch drei indirekte Zusammenhänge. Auf der Nachfrageseite könnten ökonomische Verwerfungen in Form des Gefühls steigender Unsicherheit die Bedeutung traditioneller Werte und identitärer kultureller Abgrenzungen zwischen dem mehrheitsgesellschaftlichen »Wir« und ethnischen, religiösen Minderheiten steigern.

Auf der Angebotsseite könnten ökonomische Schocks einerseits auch die wirtschaftspolitischen Positionen von Kandidat\*innen und Parteien verändern, etwa indem sie zu einer Polarisierung bezüglich Themen wie Importzöllen oder Immigration führen. Andererseits können ökonomische Schocks vor allem rechte Parteien auch dazu anregen, gezielt eine politische Polarisierung bezüglich kultureller und identitärer Spaltungen herbeizuführen, um dem für sie nachteiligen Wettbewerb um attraktive ökonomische Positionen auszuweichen (vgl. Rodrik 2021: 140f.).

Darin erkennt Rodrik Repräsentation in Demokratien als ein beidseitiges Verhältnis an: Wähler\*innen entscheiden sich für Parteien aufgrund ihrer Interessen, zugleich aber versuchen Parteien, durch *agenda setting* und Framing, diese vorhandenen Interessen gemäß ihren politischen Strategien zu bündeln, zu gewichten und zu verändern. Doch dieses komplexere Repräsentationsmodell verträgt sich nicht mehr recht mit der politisch-ökonomischen Populismuserklärung, die die Wahlerfolge rechter oder linker populistischer Parteien aus der jeweiligen Weise ableitet, in der Globalisierungsschocks für die politischen Ökonomien problematisch werden. Denn in der Kernfrage einer solcherart repräsentationstheoretisch reflektierten Populismuserklärung – wie gewichten sich politisches Angebot und Nachfrage gegeneinander? – nehmen Rodrik und Manow die Antwort immer schon vorweg. Sie gehen davon aus, dass die Nachfrageseite den Ausschlag gibt: Weil Globalisierungsschocks unterschiedliche politische Ökonomien unterschiedlich unter Druck setzen, bilden sich hier linke, dort rechte Populismen als Vertretungen der unterschiedlichen Interessen der unter Druck geratenen Wähler\*innengruppen.

Dabei ist diese Erzählung im Lichte von Rodriks Relativierung des Interessenbegriffs längst fragwürdig geworden. Rodrik hat in mehreren Aufsätzen eine grundsätzliche, konstruktivistische Kritik der unhinterfragten Verwendung eines materiellen Interessenbegriffs in der gegenwärtigen Wirtschaftswissenschaft entwickelt. Wähler\*innen und andere ökonomische Akteure haben in Wirklichkeit meist nur eine begrenzte, durch vorgefertigte Annahmen strukturierte Vorstellung davon, wo ihre Interessen liegen und was dem entgegensteht (Rodrik 2014: 206). Mehr noch: Politische Entrepreneur\*innen verändern mittels »ideational politics« (Rodrik/Mukand 2018: 1) diese Vorstellungen gezielt zu ihren Gunsten.

Sie versuchen erstens durch das Verbreiten von eingängigen »worldview memes« (Rodrik et al. 2023: 4), die Vorstellung der Wähler\*innen vom Funktionieren der Welt zu verändern. Ein einschlägiges Beispiel eines solchen Memes ist die durch eine Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel sprichwörtlich gewordene schwäbi-

sche Hausfrau, die – im Gegensatz zu manchen Expert\*innen – über genug gesunden Menschenverstand verfüge, um zu wissen, dass ein Staatshaushalt, ebenso wie ein Privathaushalt, nicht »über seine Verhältnisse leben« (CDU 2008: 24) dürfe. Diese volkswirtschaftlich falsche, aber für den Alltagsverständnis plausible Analogie diente der Durchsetzung der deutschen Austeritätspolitik in der Finanzkrise von 2008. Sie vermittelte das Bild, der Abbau von Staatsschulden diene in jedem Fall der Allgemeinheit, während er tatsächlich oft eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zuungunsten der Arbeitnehmer\*innen bedeutet. Solche »policy memes« sollen also die Wähler\*innen davon überzeugen, eine bestimmte Politik sei in ihrem Interesse.

Zweitens nutzen Parteien und Politiker\*innen »identity memes«, um individuelle Präferenzen direkt zu verändern. Gelingt es etwa, die religiöse oder kulturelle Identität in einer armen, mehrheitsgesellschaftlichen Wähler\*innengruppe salienter zu machen als ihre Klassenidentität, kann sie unter Umständen für die Wahl eines reichen politischen Herausforderers mit derselben Identität gewonnen werden.

In beiden Fällen zielt die politische Beeinflussung darauf, Wähler\*innen gegen ihre ökonomischen Interessen handeln zu machen. Dass das nicht selten gelingt, stellt interessenbasierte Modelle politischen Handelns vor Probleme. Sie gehen, in ökonomischen Begriffen gesprochen, davon aus, dass politische Akteure sich zweckmäßig verhalten, um ein genau definiertes Optimierungsproblem zu lösen. Wähler\*innen, Eliten, Parteien oder Abgeordnete versuchen, ihren gemäß ihrer Präferenzen bestimmten Nutzen – Einkommen, Renten oder politischen Gewinn – innerhalb fester, ihnen bekannter politisch-ökonomischer Spielregeln zu maximieren, indem sie die geeignetste ihnen zur Verfügung stehende Handlungsoption wählen.

Allerdings sind die Selbstbilder politischer Akteure, und damit ihr Begriff der Eigeninteressen, fundamental durch Normen, Ideologien und Weltbilder bestimmt. Überwiegt etwa in einem Teil des Elektorats die ethnische Identität über die Klassenidentität, ändert das die subjektive Rangordnung eigener Interessen – auch wenn Politökonom\*innen Einkommensunterschiede für wichtiger erachten mögen. Ähnlich strukturieren Ideen oftmals entgegen empirischer Evidenz auch die Vorstellung davon, nach welchen Spielregeln die politische Welt funktioniert und welche Handlungsoptionen überhaupt bestehen.

Rodrik ist sich über die Tragweite dieser konstruktivistischen Herausforderung durchaus im Klaren. »Ideational Politics« als Teil des politischen Prozesses ernst zu nehmen, macht den scheinbar selbstverständlichen Begriff des Interesses »slippery and ephemeral« (Rodrik 2014: 205). Selbst wenn man nicht so weit geht, Interessen nur mehr als ein bloßes »artifact of ideas« (ebd.: 206) zu begreifen, lassen sich beide als immer auch geistige Phänomene empirisch nicht mehr ohne Weiteres voneinander scheiden (vgl. Rodrik/Mukand 2018: 29). Zur Rettung seiner Forschungs-

perspektive versucht er daher auf zwei Wegen, »ideational politics« in ein politisch-ökonomisches Modell interessengeleiteten Wahlverhaltens zu integrieren.

Erstens begreift er die »ideational politics« politischer Entrepreneur\*innen als erweiterte, zweckmäßige Verfolgung ihrer politisch-ökonomischen Interessen. So kann es sich etwa für Parteien, die die Interessen wohlhabender Bevölkerungsgruppen vertreten, besonders in Zeiten steigender ökonomischer Ungleichheit bezahlt machen, in Strategien zu investieren, die identitäre und kulturelle Beschwerden ansprechen. Denn so können sie möglicherweise mehrheitsgesellschaftliche Wähler\*innengruppen mit geringem Einkommen gewinnen, ohne Zugeständnisse an deren ökonomische Interessen machen zu müssen (vgl. Rodrik 2021: 165). Das lohnt sich sogar umso mehr, je größer die ökonomische Ungleichheit in einer Gesellschaft ist (vgl. Rodrik et al. 2023: 7). Solche politischen Memes und Strategien konzipiert Rodrik analog zu Produktionstechnologien. Sie sind knappe Güter, für deren Entdeckung und Entwicklung Parteien Ressourcen aufwenden müssen, die im Erfolgsfall jedoch politischen Mehrwert einbringen können.

Zweitens biegt Rodrik die Frage, ob die ungerichteten, massenhaften Globalisierungsbeschwerden politisch links oder rechts artikuliert werden, wieder auf eine Frage der politischen Ökonomie zurück. Die politische Ausrichtung hängt davon ab, welche gesellschaftliche Spaltung in den Augen der Wähler\*innen momentan salienter ist. Wo Globalisierung in Form von Immigration für eine Volkswirtschaft problematisch wird, kann die kulturelle Spaltungslinie leichter politisiert werden. Wo sie hingegen durch Außenhandel, Austeritätsregime oder Finanzkrisen in Erscheinung tritt, können linke populistische Parteien ökonomische Fragen in den Mittelpunkt stellen. Damit geht natürlich wieder die Voraussetzung einher, dass Wähler\*innen volkswirtschaftliche Zusammenhänge soweit richtig verstehen, dass sie die tatsächlich zentralen politisch-ökonomischen Probleme als salient erachten.

Doch das ignoriert seine eigene, gewichtige Einsicht, dass die Masse der Wähler\*innen einer politischen Beeinflussung ausgesetzt ist, die sie oft zu einem politischen Verhalten entgegen den eigenen Interessen bewegen kann. Diese Einsicht sprengt den Rahmen eines Konzepts interessengeleiteter Wahlentscheidungen. Den »Nutzen«, den etwa kulturelle »identity memes« für manche ärmere, mehrheitsgesellschaftliche Wähler\*innen haben, bestimmt Rodrik daher sozialpsychologisch. Eine Person mit geringerem Einkommen »gets utility from identifying with and sharing an identity with the high-income identity group (e.g. whites)« (Rodrik/Mukand 2018: 5). Und je größer der ökonomische Abstand zu der reichen Gruppe ist, desto größer ist auch der »Gewinn« aus der Identifikation mit ihr.

Rodrik und Manow haben also insgesamt ein widersprüchliches Bild des demokratischen Prozesses, insbesondere der Rolle der Wähler\*innen. Einerseits sprechen sie ihnen ein weitgehendes Verständnis der ökonomischen Situation, ihrer Interessen und der ökonomischen Folgen bestimmter politischer Entwicklungen für

sie zu. Andererseits nehmen sie an, dass die politische Ausgestaltung ökonomischer Ängste vor allem von politischen Narrativen bestimmt wird.

Im Rahmen ihres politisch-ökonomischen Ansatzes gelangen Manow und Rödrick trotz aller repräsentationstheoretischen Reflexionen immer wieder zu der Schlussfolgerung, auch populistische rechte Politik bediene letztlich rationale Eigeninteressen der Wähler\*innen. Das ist folgerichtig, da sie die linke oder rechte Ausrichtung populistischen Protests aus der Varianz der politischen Ökonomien in verschiedenen Ländern erklären wollen. Diese These hätte wenig Sinn, wenn diese politisch-ökonomischen Bedingungen oder wenigstens die ökonomischen Folgen für das eigene Leben für die Wähler\*innen nicht handlungsleitend wären.

Wohl aus diesem Grund spielen die Überlegungen zum Zusammenhang von Interessen und Ideen in den Thesen zum Populismus keine Rolle. Sie passen systematisch nicht zum dort angestrebten Beweisziel. Denn je differenzierter Wahlergebnisse auf bestimmbarer Interessen zurückgeführt werden, desto weniger Raum bleibt für die politische Dynamik von Repräsentation, Beeinflussung und Strategie. Je mehr umgekehrt den »ideational politics« Einfluss auf die Weltwahrnehmung und Interessenformierung der Wähler\*innen zugestanden wird, desto unkonkreter wird die politisch-ökonomische Verankerung des Erfolgs populistischer Parteien.

### **3.2.2 Wie steht der Populismus zur (liberalen) Demokratie?**

#### **Politische Kulturforschung**

Die politische Kulturforschung folgt in ihrem Verständnis der modernen Demokratie einer Kernidee liberaler Modernisierungstheorie. Demnach hat die gesellschaftliche Modernisierung in Form von Urbanisierung, ökonomischer Entwicklung, steigenden Bildungsniveaus und Ausdehnung des Dienstleistungssektors seit dem 19. Jahrhundert zur globalen Ausbreitung liberaler demokratischer Systeme geführt. Umgekehrt bieten liberaldemokratische Gesellschaften die beste politische Form für fortgeschrittene, wissensbasierte kapitalistische Volkswirtschaften, die friedliche Machtwechsel sowie auf Seiten der Bürger\*innen Eigenverantwortung und selbstständiges Denken voraussetzen. Den Kern liberaler Demokratien bildet das Recht, Regierungen in freien und gleichen Wahlen bestimmen zu können (vgl. Norris/Inglehart 2019: 410f.).

In Anspielung auf Samuel Huntingtons Analyse dreier Wellen der Demokratisierung (Huntington 1991) nennen Norris und Inglehart die gegenwärtigen Angriffe auf liberale Demokratien eine »reverse wave of democratization« (Norris/Inglehart 2019: 409). Sie stimmen der Einschätzung des Freedom-House-Berichts von 2018 darin zu, dass autoritär-populistische »strongman leaders« mindestens in hybriden Regimen wie Ungarn, der Türkei und Venezuela eine der Ursachen für diese Entwicklung sind. Allerdings gehen die Autor\*innen davon aus, dass auf diese Angriffe

auch dieses Mal wieder ein neuer Demokratisierungsschub folgen werde (vgl. ebd.: 412f.).

Ihrem Verständnis von Populismus als einer volkssouveränistischen Rhetorik entsprechend unterscheiden sie wie auch Mudde und Kaltwasser streng zwischen seinen möglichen Auswirkungen auf liberale demokratische Systeme einerseits und auf die Demokratie als solche andererseits. Mit der liberalen Demokratie steht die populistische Betonung des Volkswillens und der Mehrheitsherrschaft selbstverständlich auf Kriegsfuß, da sie sich antipluralistisch gegen Minderheitenrechte, Expert\*innen, Bürokratie, institutionelle Machtstrukturen, ja sogar gegen gewählte Repräsentant\*innen überhaupt wendet. Populismus untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat, delegitimiert die Gewaltenteilung und diskreditiert Mainstream-Medien (vgl. Norris/Inglehart 2019: 247). Für die Demokratie als solche, die nicht notwendig liberal ist, sind die Folgen ambivalenter. Da die ideologische Ausrichtung des Populismus nicht ausgemacht ist, kann er grundsätzlich als eine Form der Partizipation begriffen werden, die bisherige Nicht-Wähler\*innen und unterrepräsentierte Gruppen mobilisiert (vgl. ebd.: 22). In diesem Sinne ist gar der Anpassungsdruck autoritär-populistischer Parteien auf Mitte-rechts-Parteien zu begrüßen, zwingt er diese doch, auf Bedenken hinsichtlich Themen wie Immigration oder EU-Integration Rücksicht zu nehmen. Der liberale Konsens über die Vorzüge der Mitgliedschaft in der EU und offener Grenzen hat demnach eine offene Debatte ersticken und die politischen Wahlmöglichkeiten eingeschränkt. Norris und Inglehart verbleiben unentschieden, wie dieser prozedurale Vorteil einer besseren Repräsentation verbreiteter Einstellungen gegenüber dem zu befürchtenden politischen Effekt zu gewichten ist, dass so »racial resentment and social intolerance« (ebd.: 436) aufgewühlt würden. Jedenfalls ist das »global backsliding« hinsichtlich der Zahl und Qualität liberaler Demokratien nicht einfach und allein dem Einfluss der populistischen Rechten zuzuschreiben. Ihre steigenden Zustimmungswerte können nicht nur als Ursache, sondern auch als Folge der Schwächung demokratischer Institutionen und Normen interpretiert werden. Welcher Zusammenhang hier ausschlaggebend ist, wird sich erst in Zukunft bestimmen lassen (vgl. Norris 2020b: 559f.).

Hanspeter Kriesi ergänzt diese Diagnose um ein genuines Repräsentationsproblem westeuropäischer demokratischer Systeme. In Anschluss an Richard S. Katz' und Peter Mairs einflussreiche These über »cartel parties« (Katz/Mair 1995) argumentiert er, dass die Schwächung der Repräsentationsfunktion der Mainstream-Parteien auf Kosten ihrer Regierungsfunktion zur Entfremdung der Wähler\*innen vom politischen Prozess beiträgt. Sie gewinnen den Eindruck, dass die »parties that habitually govern« (Kriesi 2014: 367) letztlich alle gleich sind und die Öffentlichkeit mit Hinterzimmerdeals betrügen. Das legt die populistische Reaktion nahe, sie verdienten es, an der Wahlurne abgestraft zu werden. Mit Margaret Canovan spricht Kriesi davon, dass die Bürger\*innen den Glauben in die »redemptive capacity«

(Kriesi 2015: 192), also den erlösenden, hoffnungsvollen, volkssouveränistischen Impuls der Demokratie verlieren. Diese politische Unzufriedenheit ist dabei aber nur einer der Treiber populistischer Wahlerfolge. Vor allem artikulieren linke wie rechte populistische Parteien immer substanzielle Forderungen, die aus den strukturellen gesellschaftlichen Konflikten resultieren (vgl. Kriesi 2020a: 694). Trotz aller geteilter populistischer Rhetorik bleibt wahr, dass radikal rechte Parteien sich innerhalb des westeuropäischen zweidimensionalen Parteienwettbewerbs auf die kulturelle Konfliktdimension fokussieren, während linke radikale Parteien versuchen, die ökonomische Konfliktdimension zu politisieren (vgl. Kriesi/Schulte-Cloos 2020: 2).

Und auch die »rein« politische Unzufriedenheit verweist laut Kriesi auf strukturelle Probleme für demokratische Systeme. Er bindet Katz und Mairs funktionalistische Diagnose eines allgemeinen Niedergangs der Regierung durch Parteien in seine strukturalistische Perspektive ein: Die Erosion der Repräsentativfunktion demokratischer Parteien entspringt demnach dem schwindenden Bewegungsspielraum nationaler Regierungen in supra- und internationalen Governance-Strukturen sowie der steigenden Personalisierung politischer Führung im Rahmen der allgemeinen Mediatisierung von Politik (vgl. Kriesi 2018: 17).

Kriesi folgt dabei dem ideologietheoretischen Verständnis von Populismus, wie es bei Mudde und Kaltwasser ausgearbeitet wurde. Innerhalb dessen legt er Wert darauf, dass die Elemente populistischer Ideologie sämtlich Vorstellungen davon sind, wie demokratische Politik funktioniert und wie sie funktionieren sollte. Im Mittelpunkt steht die fundamentale Rolle des Volkes, das angeblich von einer korrupten Elite betrogen wurde und nun seine Souveränität wiederherstellen muss. In diesem Verständnis ist jeder Populismus innig mit der Demokratie und ihren Versprechen verbunden. Populismus versucht, diese Versprechen einzulösen, er propagiert im Kern eine Politik der Hoffnung angesichts einer wahrgenommenen Krise der Demokratie. Erst wenn das Versprechen einer Erlösung durch Demokratie als gebrochen gilt, bekommen Populist\*innen ihre Chance.

Allerdings ist die populistische Vision der Demokratie eine explizit illiberale: Ihr monolithischer Volksbegriff lässt keinen Raum für Pluralismus, ihr Anti-Elitismus lehnt vermittelnde Instanzen zwischen Volk und Regierung ab und ihre Überhöhung der Volkssouveränität widerspricht einer institutionalisierten Gewaltenteilung (vgl. ebd.: 8).

Diesem zwiespältigen Verhältnis zur Demokratie entsprechend bewertet Kriesi auch die Auswirkungen populistischer Ideologie und Mobilisierung auf Demokratien als ambivalent. Einerseits führt die Teilnahme populistischer Parteien an regionalen oder nationalen Wahlen oft zu einer erhöhten Wahlbeteiligung, da sie Forderungen von strukturell bedeutsamen, aber marginalisierten oder entpolitisierten Gruppen vertreten. So kann Populismus mit Blick auf Repräsentationsprobleme durchaus eine »productive force« (Kriesi 2014: 361) sein, die die

westeuropäischen Parteiensysteme wieder in Übereinstimmung mit den veränderten gesellschaftlichen Konfliktlinien bringt. Andererseits bedroht das illiberale populistische Verständnis von Demokratie die Prinzipien der Gewaltenteilung, der Rechtsstaatlichkeit sowie freier und fairer Wahlen (vgl. Kriesi 2018: 19f.). Diese potenzielle Gefahr bleibt dabei aber durch Hemmnisse unter anderem im Verfassungsrecht, dem Wahl- und Parteiensystem sowie den internationalen Märkten eingehetzt (vgl. Kriesi 2020b: 253–256). Kriesi folgt hier dem Demokratieverständnis Jan-Werner Müllers und Nadia Urbinatis, für die liberale Freiheitsrechte nicht von der Demokratie zu trennen sind, sondern sie überhaupt erst konstituieren. Bornschier bezeichnet das Demokratieverständnis der populistischen Rechten zudem als »protective« (Bornschier 2010: 24) in dem Sinne, dass direkte Demokratie hier nur dem Ziel diene, die Volkssouveränität zu erhalten. In Verbindung mit ihrer Ablehnung liberaler Freiheitsrechte kann die populistische Rechte so gerade durch ihr Insistieren auf direkte Demokratie auf eine Tyrannie der Mehrheit hinarbeiten.

## Politische Ökonomie

Das Demokratieverständnis der Politischen Ökonomie hebt entgegen der Vorstellung eines grundsätzlich harmonischen Verhältnisses von liberaler Demokratie und Modernisierung die prekäre Rolle des Nationalstaates im globalisierten Kapitalismus hervor. Er ist der Träger demokratischer Repräsentation, Partizipation, Deliberation und der Rechtsstaatlichkeit. Seine demokratische Leistungsfähigkeit steht allerdings mindestens in einer Spannung zur fortschreitenden Globalisierung oder ist gar mit ihr unvereinbar.

Rodrik macht in der globalen Ökonomie ein politisches Trilemma aus, dem zu Folge Hyperglobalisierung, Demokratie und nationale Souveränität nicht gleichzeitig existieren können. Tiefgreifende Globalisierung schließt demokratische nationale Souveränität aus – entweder müsste Demokratie im Sinne einer *global governance* auf Kosten der nationalen Souveränität globalisiert werden oder aber zu ihren Gunsten jeglichen Einfluss auf nationale Wirtschaftspolitik aufzugeben. Die Idee einer *global governance* lehnt Rodrik als »undesirable« ab, da die weltweite wirtschaftliche und politische Diversität eine umspannende politische Einheit nur als »lowest common denominator, a regime of weak and ineffective rules« (Rodrik 2011: 204) zulässt. Sein Plädoyer für eine neue, »sane globalization« (ebd.: 251) stellt sich gegen die Hyperglobalisierung und fordert die Wiederherstellung demokratischer nationaler Souveränität. Insbesondere dürfen internationale Institutionen und Abkommen eine Weltmarktintegration nicht erzwingen oder mit Eingriffen in die innere ökonomische Regulation der Nationalstaaten verknüpfen, wie es seit den späten 1980er-Jahren zunehmend geschieht (vgl. Rodrik 2018: 27–28). Ähnlich hält Manow fest, dass der Kapitalismus in seiner »unaufhörlichen Expansionsbewegung« (Manow 2021: 163f.) die für die Demokratie notwendige Form, den Nationalstaat,

sprengt und sich dazu des aus dem Nationalstaat herausdrängenden internationalen Rechts bedient.

Angesichts dieser systemischen Bedrohungen für die Demokratie durch den hyperglobalisierten Kapitalismus kommt den populistischen Parteien selbst in der politisch-ökonomischen Forschungsperspektive kaum Aufmerksamkeit zu.<sup>7</sup> Die breit geteilte Sorge über mögliche Schäden an liberalen Demokratien durch populistische Mobilisierung bildet den Hintergrund ihrer Forschung, nicht ihren Gegenstand. Lediglich bei Brian Burgoon und Matthijs Rooduijn findet sich die vage Befürchtung, Populismus könnte »potentially deeper challenges to the integrity of democracy itself« (Burgoon et al. 2019: 52) entfesselt haben. Allerdings entsteht ihnen zufolge das für die Demokratie schädliche Ressentiment letztlich aus der positionellen ökonomischen Deprivation (vgl. ebd.: 59) – die Rolle der populistischen Parteien bleibt unklar.

Die Analysen der Politischen Ökonomie sind vom Bemühen gekennzeichnet, anstelle des vorherrschenden Tons der Besorgnis über Angriffe auf die liberale Demokratie eine kritische Perspektive auf die zu Grunde liegenden ökonomischen Verhältnisse bzw. »Dysfunktionalitäten der repräsentativen Demokratie« (Manow 2021: 13) selbst einzunehmen. Populismus ist hier Symptom, nicht Ursache. So legen sich Philip Manow und Dani Rodrik von Anfang an darauf fest, Populismus als eine Form des Protests gegen Globalisierungsschocks zu deuten. Was das spezifisch Populistische an populistischen Parteien ist, bleibt demgegenüber recht vage. Philip Manow beklagt in seiner politisch-ökonomischen Perspektive zwar das »systematische Ausblenden ökonomischer Faktoren« (Manow 2018: 31) in den Populismusverständnissen Cas Muddes, Jan-Werner Müllers und Simon Bornschiers, stützt sich jedoch auf keines von ihnen und bestimmt dann Populismus kurzerhand lediglich so, dass man es hier mit dem »Aufstieg eines neuen Parteientyps« zu tun habe, »der ›dem Establishment‹ den Kampf ansagt« (ebd.: 27). In seiner separat entwickelten politischen Theorie greift er dann zumindest einen Punkt von Muddes Beschreibung auf: Populistische Parteien wollen eine Korrektur der gegenwärtigen, vom Establishment angeblich verfälschten Demokratie – nicht aber die Abschaffung der Demokratie (vgl. Manow 2021: 16). Dani Rodrik zählt als programmatische Gemeinsamkeiten populistischer Parteien immerhin auf: »an antiestablishment orientation, a claim to speak for the people against the elites,

---

7 Der deutsche Soziologe Wilhelm Heitmeyer versucht eben diese direkte Verbindung von fortschreitender Globalisierung und Erfolgen populistischer rechter Parteien herzustellen. Schon 2001 argumentierte er, dass der sich globalisierende Kapitalismus selbst »autoritär« ist, da er »vielfältige Kontrollverluste« erzeugt, die wiederum autoritäre Reaktionen seitens der Staaten sowie eines »rabiate[n] Rechtspopulismus« (Heitmeyer 2018: 34) hervorrufen. Im Rückblick sieht er seine Thesen durch den Erfolg des »autoritären Nationalradikalismus« der AfD bestätigt (vgl. ebd.: 231ff.).

opposition to liberal economics and globalization, and often (but not always) a penchant for authoritarian governance« (Rodrik 2018: 12).

Im Zentrum des politisch-ökonomischen Populismusverständnisses stehen die wirtschaftspolitischen Positionen und die Anti-Establishment-Haltung. Die betrachten Rodrik und Manow nicht als eine Pose oder bloße Rhetorik, sondern als tatsächlich programmatisch zentral: Populistische Parteien treten gegen die – heimische oder ausländische – Elite an. Darüber bestimmt sich ihre konkrete Haltung zur Globalisierung. Sie sind etwa nicht per se protektionistisch, sondern richten sich danach, ob Einfuhrzölle in ihrem Land eher den Eliten nützen oder der einfachen Bevölkerung. Zugleich – und ohne diesen Widerspruch weiter zu thematisieren – führt Rodrik aus, dass zumindest die US-amerikanische populistische Rechte schlicht eine Interessenvertretung der Reichen ist und mittels rassistischer Narrative versucht, Wähler\*innen der Mittelschicht und unteren Mittelschicht für die Ziele der Wohlhabenden einzuspannen (vgl. Rodrik 2021: 166f.).

Manow fügt hinzu, dass der Anlass für populistische Mobilisierungen zwar jeweils konkrete ökonomische Verwerfungen sind, der Populismus selbst aber gegen die »Dekonsolidierung des Nationalstaats« protestiert und »die Rückerlangung politischer Souveränität« (Manow 2021: 10) verspricht. Damit ist Populismus für ihn Teil einer umfassenderen historischen Dialektik von Demokratisierung und Entdemokratisierung. Entgegen den verbreiteten Analysen einer Krise der Demokratie arbeitet er heraus, dass die westlichen politischen Systeme vielmehr am Endpunkt einer langanhaltenden Demokratisierung stehen: Seit der Französischen Revolution wurde der Kreis der politisch partizipierenden Bevölkerungsgruppen stetig ausgedehnt, sodass heute die demokratische Inklusion »mehr oder weniger vollständig gewährt« (ebd.: 54) ist. Unter Bezug auf das Gleichheitsversprechen der Demokratie wurden lange etablierte Ausschlüsse von bestimmten Teilen des Demos beseitigt. Diese Inklusion unterließ damit aber die ursprüngliche Funktion demokratischer Repräsentation. Sie sprach dem Volk formal Souveränität zu, hielt aber zugleich den »Pöbel« beziehungsweise die breiten Volksmassen zum Schutze der Vermögenden von der Machtausübung fern.

Diese Krise der Repräsentation (nicht: der Demokratie) wurde zudem durch die Revolution digitaler Medien und den Niedergang der Organisationsform »Partei« sowie den Bedeutungsverlust des Nationalstaats beschleunigt. Statt durch repressive Repräsentation (*Wer kann mitentscheiden?*) sichert sich daher heute die Herrschaft der Besitzenden vor allem durch die »Depolitisierung von Entscheidungsfragen« (ebd.) (*Was ist demokratisch zu entscheiden?*) gegen den Einfluss der Masse ab. Manow meint damit in erster Linie die Verrechtlichung politischer Fragen durch internationale Verträge und nicht-majoritäre Institutionen, vor allem im Rahmen der EU-Integration, die parlamentarische Einflussnahme systematisch erschweren. Er sieht in der Etablierung einer neuen Ebene politischer Autorität jenseits der Natio-

nalstaaten gar eine »de-nationalisierende Revolution« (Manow 2023a: 29), die sämtliche Konfliktlinien und ihre jeweiligen Kompromisslösungen in Frage stellt.

Teil der Krise der Repräsentation ist laut Manow aber auch, dass die Regeln und Institutionen des politischen Systems zunehmend schlechter funktionieren. Seiner Auffassung nach – er folgt hier den Diagnosen Peter Mairs – werden vor allem die politischen Parteien, die zentrale Institution der Repräsentation, angesichts der historisch neuen Massenmobilisierung bei gleichzeitiger Einschränkung durch supranationale Instanzen zunehmend zwischen abnehmender Responsivität und zunehmender Responsibilität zerrieben. Die Parteien und Parteiensysteme reagieren darauf mit Versuchen innerer Demokratisierung, die den Einfluss organisierter Interessen in Parteien verringern. Dadurch verlieren sie aber zugleich ihre innere Struktur und Strategiefähigkeit, etwa wenn sie die Auswahl ihrer Kandidat\*innen an Mitgliederentscheide auslagern. Die resultierende innere Polarisierung sowie der leichtere Zugang für extremere politische Positionen nähren die in demokratischen Systemen immer latent vorhandene Furcht vor antidemokratischen Verschwörungen. Es wird vermehrt *über* die Demokratie gestritten statt *in* der Demokratie. In dieser Konjunktur der Demokratiegefährdungsdiskurse aber macht Manow gerade eine Entdemokratisierung aus. Denn so wird etwa der Konflikt mit populistischen Parteien vorwiegend im Modus des Kampfes gegen Demokratiefeinde und Autoritäre geführt, mit denen es selbstverständlich keine demokratische Verständigung geben kann (vgl. Manow 2021: 145). Damit geht ein schleichender Wandel des hegemonialen Demokratiebilds einher, bis hinein in die empirische Politikwissenschaft. Dort verschiebt sich laut Manow derzeit sichtlich die geläufige Definition von »Demokratie«. Statt einen organisierten Kampf gesellschaftlicher Lager mit unterschiedlichen Interessen versteht man darunter zunehmend ein Ensemble bestimmter, nämlich vorrangig liberal-konstitutionalistischer Elemente. Solche Elemente, wie etwa starke verfassungsrechtliche Kontrollen, beschneiden aber die majoritären Elemente der Demokratie immer mehr (vgl. Manow 2023b: 88ff.). Die vollständige Demokratisierung der Demokratie bedroht also zugleich die Funktionsbedingungen der real existierenden, repräsentativen Demokratie und trägt zu einer materiellen und institutionellen Entdemokratisierung bei.

In dieser historischen Dialektik treten populistische Parteien als Symptom auf, sie zeigen nicht weniger an als die – wie Manow mit Karin Priester formuliert – »Rückkehr des vom repräsentativ-liberalen Systems verdrängten politischen Souveräns, also des Volkes als Demos« (Priester, zit. n. ebd.: 51). In der gegenwärtigen Verschiebung präsentieren sie den Bedeutungsverlust des Nationalstaats, indem sie gegen die großen »Europäisierungskrisen« (ebd.: 164) protestieren, die in Gestalt von ökonomischen Verwerfungen (der Jahre 2010ff.) und großen Immigrationsbewegungen (2015ff.) auftraten. Populistische Parteien polemisieren dabei einerseits *demokratisierend* im Namen einer »echten« Demokratie gegen die real existierende, repräsentative Demokratie, die ihnen als bloße Elitenherrschaft erscheint (vgl. ebd.: 51).

54). Zugleich verstärken sie – *entdemokratisierend* – mit ihren meist bewegungsförmigen Parteien, ihrer Personalisierung, ihrer Polarisierung etc. die um sich greifende »Entmediatisierung« (ebd.: 111) politischer Kommunikation und Auflösung elaborierter demokratischer Strukturen. Manow verweigert sich mithin der Gegenüberstellung der normalen, liberalen Demokratie und antidemokratischer Populist\*innen. In Übereinstimmung mit radikaldemokratischen Autor\*innen ist das Populistische für ihn »immer eine mögliche Erscheinungsform des Demokratischen« (ebd.: 48).

Obwohl Manow seine Emphase der demokratischen Qualität des Populismus auf Argumente Benjamín Arditis, Chantal Mouffes und Jacques Rancières stützt, versucht er zugleich Distanz zu ihrer Betonung der Bedeutung »des Politischen« zu halten. Ihre Geringschätzung der institutionellen Politik sieht er sich an der folgenschweren Auflösung demokratischer Staatlichkeit mitschuldig machen (vgl. Manow 2021: 172f.). Doch diese theoretische Mittelposition (zwischen positivistischer Politikwissenschaft und radikaldemokratischer Philosophie) kann nicht überzeugen. Manows historische These, die Inklusion der Bevölkerung in den demokratischen Prozess sei abgeschlossen, offenbart ein Missverständnis der Argumentation Rancières, auf die er sich stützt. Manow behauptet, dass als Ergebnis dieser historischen »Demokratisierung der Demokratie« nun, heute, keine »sozialen Korrelate« (ebd.: 52) mehr für das durch Repräsentation Ausgeschlossene existieren. Nicht mehr Vermögen, Geschlecht, Habitus, Milieu etc. entscheiden heute über die Zulassung zum politischen Diskurs, sondern rein politische Kategorien. Manow meint »sprachliche Regeln« (ebd.), die sich heute gegen die Populist\*innen richten – als »Antidemokraten« oder »Illiberale« – wie früher gegen die unzuverlässigen Teile des Volkes. Der repressiv-repräsentative Ausschluss kann nun mehr also nur noch durch »ein Regime des Sagbaren und des Unsagbaren« (ebd.: 50) organisiert werden. Was Manow hier als jüngeres Produkt einer abgeschlossenen historischen Entwicklung beschreibt, ist aber gerade das stets präsente Selbstverhältnis jedweder politischen Ordnung, das Rancière herausarbeitet. Rancière zufolge stellte und stellt sich die gesellschaftliche Ordnung zu jedem gegebenen Zeitraum mehr oder weniger erfolgreich so dar, als wären bereits alle maßgeblichen Teile der Gesellschaft politisch inkludiert – was nicht repräsentiert ist, existiert politisch nicht. Regen sich jenseits und gegen diese umfassende und abgeschlossene Ordnung Ansprüche auf Teilhabe, können sie daher zunächst nur als politisch illegitim und unzulässig erscheinen. Die Unterscheidung zwischen »Sagbarem« und »Unsagbarem« ist also gerade nichts Neues, sondern war früher schon ein Aspekt der Ausschlüsse von Arbeiter\*innen, Frauen, Armen. Es ist gerade Rancières Punkt, dass politische Ordnung immer eine »Aufteilung des Sinnlichen« (Rancière 2008: 31) bedeutet, dass also ein Bereich des »Unsagbaren« oder »Unvernommenen« ihr notwendig eigen ist. Das bedeutet auch, dass wir nicht vorhersagen können, ob und wenn ja, welcher *part des sans-parts* in Zukunft auftreten und in westlichen Demokratien Repräsentation beanspruchen

könnte – man denke nur an Jugendliche, Sans-Papiers, zukünftige Generationen oder gar eine neue »ökologische Klasse« (Latour/Schultz 2022).

Manows These, das demokratische Streben nach Gleichheit sei nach Erfüllung seiner historischen Aufgabe nun gewissermaßen in einen Exzess übergegangen, der jede Möglichkeit der institutionellen Repräsentation infrage stellt und sie dazu bringt, die Form eines »Disziplinierungsprojekt[es]« (Manow 2021: 49) anzunehmen, etabliert also willkürlich die Gegenwart als Grenze der verkraftbaren Inklusion. Zumindest wird diese Periodisierung nicht nachvollziehbar begründet. Die laut Manow neuartigen Konflikte um Begriffe und um sprachliche Regeln, die in der Auseinandersetzung mit (meist rechten) populistischen Parteien aufbrechen, sind demnach nicht notwendig Verfallsformen einer historisch überdehnten demokratischen Repräsentation. Sie könnten schlicht Ausdruck eines umfassenden gesellschaftlichen Kampfes um Hegemonie sein, der die Demokratie als Kampffeld mit in sich hineinzieht. Dafür spricht auch, dass der von Manow angeprangerte Streit *über* statt *in* der Demokratie ja nicht erst in panischen Demokratiegefährdungsdiskursen des Antipopulismus auftritt, sondern – wie Jan-Werner Müller immer wieder betont – in der antipluralistischen populistischen Gegenüberstellung von »Volk« und »Elite« selbst schon angelegt ist.

### 3.2.3 Zusammenfassung

Die Cleavage-Theorien des Populismus arbeiten mit einem engen Begriff von Demokratie. Als institutionalisiertes Regelwerk für den Machterwerb und Machtgebrauch ist sie die Vermittlungsinstanz zwischen dem gesellschaftlichen Wandel und der politischen Reaktion auf diesen Wandel. Der zentrale Mechanismus ist dabei die Annahme einer interessengeleiteten Wahlentscheidung: Das Wahlverhalten ändert sich, weil sich kulturelle oder ökonomische Interessen ändern, die einen neuen, adäquaten politischen Ausdruck suchen. Das macht plausibel, warum veränderte Sozialstrukturen überhaupt neue politische Spaltungslinien mit sich bringen. Diese nachfrageseitige Erklärung spricht dem Populismus selbst, also der populistischen Qualität bestimmter Parteien, keine große Bedeutung zu. Überhaupt lassen vor allem Norris und Inglehart sowie Manow wenig Raum für das Politische. Und das wird grade angesichts der sozialen Grundlagen des Erfolgs populistischer Parteien problematisch, die politische Kulturforschung und Politische Ökonomie herausarbeiten. Die politische Kulturforschung stellt zurecht die sogenannten »kulturellen« Themen und Werthaltungen bezüglich der Behandlung ethnischer Minderheiten, der Migrationspolitik, der Geschlechterverhältnisse und des Klimawandels in den Mittelpunkt der Analyse. Denn sie sind das einigende Moment der Programmatik populistischer rechter Parteien. Doch überzeugt die implizite Annahme nicht ohne Weiteres, diese Themen gehörten als Konfliktfelder unterschiedlicher Werthaltungen systematisch zusammen. Zudem kann die Kulturforschung mit ihrer glo-

balen These des Wertewandels kaum die variierende politische Dynamik populistischer rechter Parteien über die Zeit und in verschiedenen nationalen Kontexten erklären. Das ist der produktive Einsatzpunkt für die vergleichende Politische Ökonomie Burgoons und Rooduijns, Rodriks und vor allem Manows, die mit dem Konzept der »Globalisierungsschocks« die sehr verschiedenen politischen Auswirkungen derselben kapitalistischen Globalisierung zu fassen bekommt. Manow weicht dabei aber wiederum der Frage aus, wieso die vermeintlich ökonomischen Motive vieler Wähler\*innen durch die genannten »kulturellen« Themen angesprochen werden können. Populismus erscheint bei ihm recht unspezifisch als bloße Mobilisierung vorhandener ökonomischer Interessen. Offensichtlich bildet die Rolle politischer Repräsentation, Agitation und Ideologie hier einen geteilten blinden Fleck beider Zugänge.

Um diesen Fleck zu beleuchten, schlagen sowohl Kriesi und Bornschier für die Kulturforschung als auch Rodrik für die Politische Ökonomie letztlich vor, dem Politischen in der Modellierung mehr Raum zu geben. Kriesi und Bornschier weisen darauf hin, dass parteipolitische Konfliktlinien individuelle und kollektive politische Identitäten strukturieren und reproduzieren. Die Spezifik populistischer rechter Parteien ergibt sich demnach auch aus historisch konkreten parteipolitischen Konflikten, deren Inhalt und Ausgang nicht durch die Entwicklung der Sozialstruktur vorherbestimmt sind. Gleichwohl bleibt es die Sozialstruktur, die den Veränderungsdruck auf Parteien erzeugt.

Dani Rodrik versucht ebenso die Angebotsseite der Politik stärker einzubeziehen, einerseits in Form von Strategien im Parteienwettbewerb, andererseits im Sinne gezielter Einflussnahme auf die Vorstellungen der Bürger\*innen von ihren eigenen Identitäten und Interessen sowie von der Funktionsweise der politischen Welt. Diese Beeinflussung entgegen den ökonomischen Eigeninteressen soll zumindest aus Perspektive der populistischen rechten Parteien politisch-ökonomisch zweckorientiert sein. Allerdings kann Rodrik ihre Wirkung auf die Wähler\*innen und ihren Nutzen für sie nur sozialpsychologisch erklären. Die autoritäre Aufwertung der ethnischen, religiösen oder kulturellen Eigengruppe überstrahlt Interessenkonflikte innerhalb dieser Gruppe. Damit benennt er zu Recht eine Grenze interessengeleiteten Wahlverhaltens. Den Widerspruch zur Kernthese der Politischen Ökonomie, der Erfolg und Inhalt populistischer Ideologie stünde in einem Zusammenhang zu der Weise, in der Volkswirtschaften durch die Globalisierung unter Druck geraten, klärt er allerdings nicht auf.

Vor allem Rodriks konstruktivistische Kritik des Interessenbegriffs macht deutlich, auf welch unsicherem begrifflichen Grund die Cleavage-Theorien des Populismus gebaut sind. Ihre Modellierungen setzen bestimmbare Interessen als Ausgangspunkt politischer Veränderung voraus. Sobald in den Blick gerät, dass diese Interessen nicht völlig evident, sondern selbst auch politisch geformt sind, gerät die begriffliche Ordnung ins Wanken. Nicht zuletzt die äußerliche Gegenüberstellung

»kultureller« und »ökonomischer« Erfahrungen und Interessen als eigentliche Ausgangspunkte wird fragwürdig, wenn politische Identität im umfassenden Sinn als mehrdimensionale Verortung im gesellschaftlichen Raum in den Blick gerät.

So ist etwa bei der von Manow angeführten Furcht deutscher Facharbeiter\*innen, mit Flüchtlingen auf einer Stufe zu enden, möglicherweise nicht ausgemacht, ob es sich hier um eine kulturalisierte, eigentlich ökonomische Differenz handelt oder um eine ökonomisierte, eigentlich kulturelle Distanzierung. Wie beides in der subjektiven Wahrnehmung ineinander greifen kann, illustriert Arlie Hochschilds oben bereits skizziertes Bild vom gesellschaftlichen »Schlangestehen« (siehe Abschnitt 3.1.3). Hier verstellt den Cleavage-Theorien auch ihr enger Demokratiebegriff den Blick dafür, wie etwa fehlende Mitbestimmung in der Arbeitswelt die demokratische Hoffnung beschädigt, über das eigene Leben verfügen zu können. Einen Hinweis darauf liefert Bornschiers Beobachtung, dass mit dem sinkenden Einfluss von Gewerkschaften als Institutionen der Sozialisation in der Facharbeiter\*innenschaft der kulturalisierten, identitären Ansprache durch populistische rechte Parteien Tür und Tor geöffnet werden.

Umso dringender scheint es geboten, zu verstehen, wie es populistischen rechten Parteien gelingt, diese Verwobenheit »kultureller« und »ökonomischer« Interessen zu ihren eigenen politischen Gunsten zu nutzen. Diese Frage nach der Rolle autoritärer Agitation und Ideologien ist Gegenstand des folgenden Unterkapitels.

### 3.3 Autoritarismus und kulturelle Beschwerden

Cleavage-Theorien des Populismus versuchen zu zeigen, wie Verschiebungen in den westlichen Parteiensystemen auf strukturelle soziale Veränderungen verweisen. Wie im Abschnitt 3.2.1 deutlich wurde, fällt es vor diesem Hintergrund schwer, die Funktionsweise und Wirkung politischer Ideologien zu begreifen. Insofern Ideologien die individuelle und kollektive Formulierung von Interessen beeinflussen oder gar erst ermöglichen, stellen sie die unabdingbare Voraussetzung der Cleavage-Theorie infrage, es gebe einen starken und direkten Zusammenhang von Sozialstruktur, Interessen und politischem Ausdruck. Diese Verunsicherung gilt umso mehr für autoritäre Ideologien wie Nativismus, Rassismus oder Antisemitismus in Parteidiskursen. Welche Interessen – wenn überhaupt – bedienen sie? Welche Funktion erfüllen sie? Inwiefern sind autoritäre Ideologien noch Mittel zu politischen Zwecken oder aber schlicht irrational?

Neben diesen Fragen soll im Folgenden geklärt werden, was die verschiedenen Ansätze als ideologischen Kern populistischer rechter Parteien ausmachen.

### 3.3.1 Konservativer Selbstschutz oder kulturalisierte Wirtschaftspolitik?

#### Politische Kulturforschung

Ronald Inglehart fokussierte seine These einer stillen Umwälzung der vorherrschenden Wertüberzeugungen in westlichen Gesellschaften lange auf eine Entwicklung des linken Meinungsspektrums, während er den rechten Pol als statisch darstellte.<sup>8</sup> Erst spät versuchte er, gemeinsam mit Pippa Norris, den zunehmenden Erfolg populistischer rechter Parteien mit der ursprünglichen Beobachtung eines postmaterialistischen Wertewandels zu verbinden (vgl. Inglehart/Norris 2017). In ihrem in dieser Hinsicht umfassendsten Versuch erklären Norris und Inglehart die grundsätzliche Funktionsweise des Autoritarismus wie schon die der Werteentwicklung überhaupt aus der Natur menschlicher Kultur. Seine Ursprünge liegen demnach in den unsicheren materiellen Bedingungen, unter denen die Menschheit während des größten Teils der Geschichte lebte. Kulturen reagieren auf Unsicherheit bis heute mit einer reflexartigen autoritären Gemeinschaftsbildung:

»For most of history, survival was insecure, with the population rising in response to the food supply and then being held constant by starvation, disease, and violence. Under these conditions, cultures tend to emphasize strong in-group solidarity, conformity to group norms, rejection of outsiders, and obedience to strong leaders. Under extreme scarcity, xenophobia is realistic: if there is just enough land to support one tribe and another tribe tries to claim it, survival becomes a zero-sum struggle. Under perceptions of threat, people tend to close ranks behind a strong leader, forming a united front against outsiders – a strategy that can be called the authoritarian reflex« (Norris/Inglehart 2019: 70).

Im Kern ist Autoritarismus für Norris und Inglehart also der kulturelle Wert-Ausdruck einer strengen und hierarchischen Vergemeinschaftung zum Zwecke einer kollektiven Schutzreaktion gegen eine wahrgenommene Bedrohung. Die Betonung der Sicherheit der Gruppe gegenüber Bedrohungen von außen, Konformität sowie Loyalität beschneiden individuelle Freiheiten zugunsten der kollektiven Sicherheit, weshalb autoritäre Werte unvereinbar mit libertären Werten sind, die eben jene individuellen Freiheiten in den Mittelpunkt stellen. Auf Einstellungsebene operationalisieren Norris und Inglehart autoritäre Werte daher, unter Rückgriff auf eine von

---

8 Kritiker\*innen wiesen bereits in den 1980er-Jahren auf diese Leerstelle hin (vgl. etwa Flanagan 1987), richtungsweisend war dabei Piero Ignazis Aufsatz »The silent Counter-revolution« von 1992. Laut Ignazi hatte Inglehart in den 1970ern die materialistische Wertorientierung zwar zutreffend unter anderem durch die *issues* Inflation und Ordnung definiert. Beide waren ab den 1980ern aber nicht länger bestimmende Themen, stattdessen entwickelten sich Immigrationskontrolle und öffentliche Sicherheit zu den zentralen Mobilisierungsfeldern neuer – in Ignazis Terminologie – extrem rechter Parteien (vgl. Ignazi 1992: 22ff.).

Shalom Schwartz entwickelte Werte-Skala, als allgemeine Wertschätzung sozial gewünschten Verhaltens, sicherer Lebensbedingungen, staatlichen Schutzes vor Bedrohungen, des Aufrechterhaltens von Traditionen und des Befolgens von Regeln (vgl. ebd.: 104).

Was aber löst diesen anthropologischen autoritären Reflex heute aus, wenn er doch an Kämpfe um das nackte Überleben geknüpft sein soll? Schließlich ist es ja gerade der Ausgangspunkt der Wertewandel-Theorie, dass westliche Gesellschaften ihren Bürger\*innen seit dem Zweiten Weltkrieg eine nie da gewesene materielle Sicherheit bieten. Ganz zu schweigen von den fortgeschrittenen technischen Möglichkeiten, die den im Westen wie in anderen Teilen der Welt nach wie vor vorhandenen existenziellen Mangel umso anachronistischer erscheinen lassen.

Die Eigentümlichkeit der Norris und Inglehart'schen Cultural-Backlash-Theorie ist, dass sie den gegenwärtigen Autoritarismus als Reaktion auf eine selbst schon *kulturelle* Bedrohung modellieren. Die wahrgenommene Gefahr ist keine andere als der Wertewandel selbst. Der Übergang von »survival values« zu »self-expression values« drückt sich demnach politisch in einem Konflikt zwischen Linksliberalismus und Konservativismus aus (Norris und Inglehart sprechen von »social liberalism« und »social conservatism«). Konservativ eingestellte Wähler\*innen sehen sich durch die stetige Durchsetzung linksliberaler Werte von ihrer ehemals kulturell tonangebenden Stellung in eine Minderheitenposition verdrängt. Bezuglich der zentralen politischen Konfliktthemen Religion, Ehe, Abtreibung, Geschlechterrollen, Nation und Immigration sind demnach konservative Ansichten nicht mehr mehrheitsfähig. Zwar hat die »silent revolution« von Beginn an eine Reaktion der Konservativen hervorgerufen. Mittlerweile ist der Wertewandel allerdings in eine »tipping point era« (Norris/Inglehart 2019: 17) eingetreten, in der in vielen Ländern zum ersten Mal linksliberale Werte nicht nur im öffentlichen Diskurs tonangebend sind, sondern sich auch in den Elektoraten mit konservativen Werten die Waage halten und teilweise diese bereits überwiegen (vgl. ebd.: 107). Das führt allerdings nicht einfach dazu, dass konservativ eingestellte Wähler\*innen sich fortan in ihren nicht mehr politisch opportunen Ansichten selbst zensieren oder den Wandel nach und nach akzeptieren. Vielmehr nehmen diese konservativen Gruppen, die vor allem der Zwischenkriegsgeneration angehören, weniger gebildete weiße Männer sind oder in ländlichen Gebieten leben, den beschleunigten kulturellen Wandel als eine Geringschätzung und Bedrohung ihrer traditionellen Identitäten in Bezug auf Religion, Familie, Ethnie und Nation wahr. Der gesellschaftliche Wertewandel sowie wachsende ethnische Diversität, Urbanität und egalitärere Geschlechterverhältnisse verändern die Welt, die die Zwischenkriegsgeneration als legitim und normal kennengelernt hat. Das Gefühl breitet sich aus, nicht mehr in der Gesellschaft zu leben, in die man geboren wurde und als konservative Gruppen nur mehr »minorities stranded on the losing side of history« (vgl. ebd.: 48) zu sein. Diese Bedrohung der kulturellen Identität löst den autoritären Reflex aus: Zur Verteidigung

der kulturellen Eigengruppe oder »tribe« gegen die Bedrohung von außen wird eine konservative Gemeinschaft moralisch Gleichgesinnter beschworen, die sich nach außen abschotten und gegenüber ihren Führungsfiguren loyal verhalten soll (vgl. ebd.: 453). Wut und Ablehnung angesichts des kulturellen Statusverlustes können dann von autoritären Agitator\*innen mit einer Kritik an kosmopolitischen Eliten, korrumpten Berufspolitiker\*innen, dem gesamten kulturellen Establishment sowie jenen marginalisierten Gruppen, die von liberaler Politik profitieren, verknüpft und mobilisiert werden. Das ist der »cultural backlash« bzw. »authoritarian backlash«, den Norris und Inglehart im Zentrum des autoritären Populismus sehen.

Angesichts dieser Beschreibung erscheint nun die Erklärung des autoritären Reflexes als einer anthropologischen Reaktion zum Schutze des Überlebens der Gruppe wenig überzeugend. Denn ein Kampf ums Überleben wird in den *culture wars* zwischen Konservativen und Linksliberalen höchstens im übertragenen Sinne ausgefochten. Während in der von Norris und Inglehart skizzierten Urszene des Autoritarismus tatsächlich Kollektive um knappe, überlebenswichtige Ressourcen ringen, ist hier keine solcherart zwingende Motivation für eine Schutzreaktion gegeben. Sie schränken denn auch ein, dass nur jene Konservative autoritär auf den Wertewandel reagieren, die ohnehin persönlich autoritäre Prädispositionen aufweisen, also Traditionen und Konventionen, die Sicherheit der Eigengruppe sowie Loyalität gegenüber den Gruppenführern hoch bewerten. Diese Prädispositionen sind aber laut den Autor\*innen unter den Konservativen überdurchschnittlich stark verbreitet, denn zwischen konservativen Einstellungen und autoritären Werten bestehe auf der individuellen Ebene eine hohe Korrelation und auch inhaltlich die höchste Anschlussfähigkeit, da beide die Aufrechterhaltung sozialer Ordnung, Kontrolle und Stabilität betonen (vgl. Norris/Inglehart 2019: 450). Zwar müssten Konservative nicht zwangsläufig autoritären Werten anhängen, allerdings seien Autoritäre grundsätzlich konservativ eingestellt (vgl. ebd.: 72f.).

Dies ist nun die eigentliche Erklärung für den autoritären Backlash: Der Wertewandel bedroht die kulturelle Identität konservativer Gruppen, deren Mitglieder oft autoritär eingestellt sind. Auf die wahrgenommene Bedrohung reagieren diese daher, gemäß ihren Einstellungen, autoritär. Denn laut Norris und Inglehart beinhalten autoritäre Werte eine Intoleranz gegenüber Outgroups, die für rassistische, sexistische und nativistische Agitation empfänglich macht. Diese Intoleranz wird nun nach »unten«, also gegen marginierte Gruppen mit geringerem sozialem Status (»feminists, LGBTQ activists, immigrants, foreigners, and racial or ethnic minorities«) und nach oben, also gegen gesellschaftliche Eliten und jene, die liberale Werteinstellungen offensiv vertreten (»academics and intellectuals, Hollywood movie producers, elected politicians, Wall Street executives, and journalists or media commentators« (ebd.: 90)), politisch mobilisiert.

Die Bedrohung, auf die der autoritäre Reflex reagiert, ist der Verlust von »hegemonic status, power, and privilege« (ebd.: 16). Norris und Inglehart entliehen die-

se Idee eines wahrgenommenen Status-Verlusts der gesellschaftlich hegemonialen Gruppe einer Analyse der US-Präsidentswahlen 2016 von Diana C. Mutz. Laut Mutz ist die große Empfänglichkeit der amerikanischen Öffentlichkeit für abwertende Äußerungen über Frauen, Minderheiten und Ausländer während des Wahlkampfes 2016 als psychologische Schutzreaktion dominanter Gruppen, das heißt männlicher, weißer und christlicher Amerikaner zu verstehen: »It is psychologically valuable to see one's self as part of a dominant group; therefore, when group members feel threatened, this prompts defensive reactions« (Mutz 2018: E4331). Mutz verortet die gegenwärtigen Bedrohungen für den Status dieser Gruppen in den USA darin, dass erstens weiße Amerikaner\*innen damit konfrontiert sind, in absehbarer Zeit nur mehr eine Minderheit der Bevölkerung zu stellen, und zweitens die frühere globale ökonomische und politische Dominanz der USA einer zunehmenden Abhängigkeit von anderen Ländern weicht.

Eine Stärke dieses relativ unspezifischen Verständnisses von Status als einer Art allgemeiner Position in der gesellschaftlichen Hierarchie ist sicher, dass er den verschiedenen Dimensionen von Bedrohungswahrnehmungen Raum lässt, die Zuspruch zu populistischen rechten Parteien und Bewegungen motivieren. Allerdings sprechen Norris und Inglehart in ihrer Theorie statt von diesen sehr spezifisch US-amerikanischen Wahrnehmungen von einer allgemeinen Bedrohung konservativer Gruppenidentitäten durch den Wertewandel in westlichen Demokratien. Sie reduzieren »Status« also auf eine Frage der kulturellen Selbstverortung und Zugehörigkeit und blenden andere soziale und ökonomische Hierarchien aus. Deutlich wird das etwa anhand der Geschlechterverhältnisse. Norris und Inglehart begreifen die Klage von Männern über den Verlust ihres Status als Familiennährer und über veränderte Geschlechterrollen als eine »cultural grievance« (Norris/Inglehart 2019: 113). Aber mit welchem Recht kann die Entwicklung vom früher hegemonialen Modell des männlichen Familiennährers hin zu einem individualisierten Erwerbstätigmodell ohne Weiteres als »kulturell« im Gegensatz zu »ökonomisch« bezeichnet werden? Fraglos ist sie von feministischer Kritik mit angetrieben worden und hat selbst wiederum bestimmte Veränderungen der herkömmlichen Geschlechterrollen mit ermöglicht. Zugleich aber ist sie eine massive Reallohnensenkung für die einzelnen Arbeitnehmer, die beinahe allen Familien bei gleichem Lebensstandard mehr Erwerbsarbeit abverlangt. Das widerspricht nicht allein konservativen Modellen geschlechtlicher Arbeitsteilung, sondern stellt auch Familien mit egalitären Geschlechterbildern vor die Herausforderung, zwei Erwerbstätigkeiten sowie Haus- und gegebenenfalls Sorgearbeit gleichzeitig zu schultern. Wenn Betroffene darin lediglich oder vor allem eine kulturelle Bedrohung sehen, ist diese Wahrnehmung selbst schon durch einen politisierten Kulturmampf geprägt.

Indem Norris und Inglehart die Bedrohungswahrnehmungen auf (massenhafte) Veränderungen individueller kultureller Wertüberzeugungen zurückführen, die

wiederum maßgeblich an die Generationenzugehörigkeit geknüpft sind, erklären sie diesen Kulturmampf zum eigentlichen Geschehen und zur wirklichen Ursache politischer Polarisierungen. Sie blenden die möglichen Zusammenhänge zu sozio-ökonomischen Veränderungen aus und vermeiden die Frage, inwiefern die autoritäre Reaktion auch von nicht-kulturellen Interessenkonflikten getrieben ist. Es entsteht der Eindruck, sämtliche kulturellen Konflikte würden verschwinden, wenn die konservativen Gruppen nicht lebenslang auf ihre objektiv überholten materialistischen Werte festgelegt wären, sondern mit dem Wertewandel Schritt halten könnten. Nur vor diesem Hintergrund ist die optimistische Perspektive haltbar, mit dem Ableben der materialistisch gesinnten Generationen würde das Potenzial für autoritäre Reaktionen auf Status-Bedrohungen und damit die polarisierenden »culture wars« von selbst verschwinden (vgl. Norris/Inglehart 2019: 16f.). Insgesamt stellen sich Norris und Inglehart autoritäre Ideologie als eine unzeitgemäße Wiederkehr archaischer Verhaltensmuster vor, als ein – wie Lars Rensmann es ausgedrückt hat – »temporary ‚bump in the road‘ of socio-cultural modernization« (Rensmann 2017a: 127). Dabei versäumen sie es, die beunruhigendere Frage zu stellen: Wie kann es sein, dass dieses vermeintlich Archaische sich in und durch moderne gesellschaftliche Verhältnisse reproduziert?

Hanspeter Kriesi und Simon Bornschier folgen der Cultural-Backlash-These, indem auch sie den kulturellen Wertewandel als zentralen gesellschaftlichen Treiber der Entwicklung populistischer rechter Parteien benennen. Allerdings nehmen in ihrer Perspektive deren Wähler\*innen nicht eine gesellschaftliche Marginalisierung konservativer Einstellungen als Bedrohung war, sondern die sowohl vorausgehende als auch resultierende Liberalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse. Sie verfechten bewusst eine andere Vorstellung von Gesellschaft. Die spezifische Ideologie populistischer rechter Parteien antwortet mit einem radikalen Gegenentwurf auf die Liberalisierung. Während die universalistischen und libertären Werte auf einem universalistischen Begriff von Gemeinschaft, dem Vorrecht der individuellen Autonomie und der freien Wahl von Lebensstilen aufbauen, stellt die populistische Rechte dem einen Vorrang des Kollektivs sowie das Festhalten an Traditionen gegenüber.

Vor diesem Hintergrund widerspricht Bornschier explizit der Annahme klassischer Analysen rechtsextremer Parteien, etwa der Kitschelts und McGanns (Kitschelt/McGann 1995), der zu Folge die elektoral erfolgversprechendste Positionierung für extreme Rechte in der Kombination von autoritärer Ethnozentrismus und Marktradikalismus besteht. Sie heben hervor, dass diese Parteien spätestens seit den 1990er-Jahren beinahe ausschließlich über kulturelle Themen mobilisieren. Ihr Elektorat wird durch homogene kulturelle Präferenzen vereint, während es in wirtschaftspolitischer Hinsicht heterogen ist (vgl. Bornschier 2010: 5f.). Im Kern sehen Kriesi und Bornschier in der Erfolgswelle rechtspopulistischer Parteien eine ideologische wie politische Konterrevolution gegen die gesellschaftliche Modernisierung seit den 1960ern Jahren, insbesondere gegen die kulturelle Liberalisierung durch die

Neuen Sozialen Bewegungen und die darauffolgende Transformation linker Parteien im Sinne der Neuen Linken. Die Verbreitung universalistischer Werte im Nachgang der *educational revolution* hat ein breites gegnerisches Potenzial von Bürger\*innen hervorgebracht, die libertäre kulturelle Normen ablehnen.

Diese zunächst einseitige Positionierung im Streit zwischen »kulturellen« und »ökonomischen« Erklärungsansätzen populistischer rechter Wahlerfolge differenziert Bornschier in einem jüngeren Aufsatz. Statt einem Entweder-oder müsse nach dem Zusammenhang von kulturellen und ökonomischen Faktoren gefragt werden. Denn Bürger\*innen vermengen in der subjektiven politischen Interpretation ihrer objektiven Lebensbedingungen stets beides (vgl. Bornschier et al. 2021: 2088). Die neue Konfliktlinie zwischen Universalismus und Partikularismus mobilisiert subjektive Identitäten zwar tatsächlich vorrangig als kulturelle Identitäten. Damit politisiert sie aber auch ökonomische Deprivation und materielle Unterschiede zwischen Gruppen, die in den subjektiven Identitäten enthalten sind (vgl. ebd.: 2113).

## Politische Ökonomie

Anders als die politische Kulturforschung verstehen Rodrik und Manow autoritäre Ideologien im Diskurs populistischer Parteien als nebensächlich und von der wirtschaftspolitischen Programmatik abgeleitet. Für die konkrete Gestalt populistischer rechter Ideologien und ihre Abgrenzung gegenüber anderen, insbesondere rechtsextremen Anschauungen interessieren sich Manow und Rodrik kaum. Die verschiedenen Ideologien der populistischen Rechten, wie (antimuslimischer) Rassismus, Antiziganismus, Antisemitismus und auch die Kritik der »faceless bureaucrats of Brussels« (Rodrik 2018: 24), fassen sie schlicht als Variationen der Mobilisierung der »kulturellen cleavage« gegen »die anderen« zusammen. Wie schon in Abschnitt 3.2.1 herausgearbeitet, entwickelt Rodrik unter dem Titel »ideational politics« ein Verständnis von Ideologie als zweckgerichteter politischer Manipulation. Politische Entrepreneur\*innen versuchen unter anderem mit *identity memes*, die religiöse oder kulturelle Identität in armen, mehrheitsgesellschaftlichen Wähler\*innengruppen gegenüber ihrer Klassenidentität hervorzuheben. Diese Memes bedienen sich vorrangig autoritärer Ideologien und setzen auf einen sozial-psychologischen Effekt: Die Angesprochenen sollen aus der Höherbewertung ihrer mehrheitsgesellschaftlichen ethnischen oder religiösen Identität einen psychischen Gewinn ziehen. Wie aber passt das zur eigentlichen These, dass der Erfolg und Inhalt populistischer Ideologie in einem Zusammenhang zu der Weise stehen, in der Volkswirtschaften von der Globalisierung betroffen sind, ob durch Migration oder durch Handelsliberalisierung? Wie bereits gezeigt bringt Rodrik seine Reflexion über »ideational politics« nicht mit in die Analysen populistischer Parteien ein. Denkbar wäre es, autoritäre Ideologien als Mischwesen mit irrationalen und rationalen Anteilen zu deuten: Sie funktionieren aufgrund eines psychologischen Effekts

bei den Wähler\*innen, erreichen diesen aber am ehesten, wenn das angebotene Feindbild zur tatsächlichen Ursache der ökonomischen Deprivation passt.

Auch Burgoon und Rooduijn wollen einerseits die Affinität zu bestimmten Ideologien bei positionell benachteiligten Wähler\*innen daraus erklären, ob diese relativ zur Elite oder aber zu den Ärmsten ihres Landes abgestiegen sind. Aus Wut über das Versagen der bisherigen Regierung wählen sie linke oder rechte »radical parties« (Burgoon et al. 2019: 57), weil sie sich von ihnen eine Verbesserung der eigenen ökonomischen Lage versprechen.

Zugleich bieten die Ideologien radikaler Parteien willkommene Sündenböcke in verschiedenen Outgroups, von Immigrant\*innen und ethnischen Minderheiten bis hin zu den einheimischen Superreichen oder gar der EU. Diese beiden Mechanismen seien »not necessarily distinct« (Burgoon et al. 2019: 56). Allerdings behalten sozioökonomisch rationale Motive in letzter Instanz die Überhand, wenngleich Burgoon und Rooduijn explizit nicht voraussetzen, dass Bürger\*innen ökonomische Trends jenseits ihres eigenen Umfeldes richtig zu deuten vermögen. Sie illustrieren das anhand der Verflechtung von immigrationsfeindlichen Einstellungen und der Haltung zur sozialstaatlichen Umverteilung. Sie stellen in Folge der heftigen öffentlichen Debatten über die Belastung europäischer Wohlfahrtsstaaten durch die massenhafte Migration nach Europa ab 2015 in verschiedenen nationalen Kontexten einen verstärkten Einfluss von ablehnenden Haltungen gegenüber Immigration auf die individuelle Position zum Sozialstaat fest. Sie sprechen dabei von einer »immigrationization« (Burgoon/Rooduijn 2021) der allgemeinen Haltung zum Sozialstaat. Immigrationsfeindliche Einstellungen können dabei sowohl zur Forderung nach mehr als auch nach weniger Umverteilung führen. Entscheidend dafür ist der jeweilige nationale politisch-ökonomische Kontext, vor allem das Ausmaß der Immigration, die Großzügigkeit des Sozialstaats und die tatsächliche Inanspruchnahme des Sozialstaats durch die Immigrant\*innen im Verhältnis zu den Einheimischen.

Sind Immigration, Ausgaben des Sozialstaats und seine migrantische Inanspruchnahme groß, zeigen sich immigrationsfeindliche Haltungen in einem »anti-solidarity effect« (ebd.: 182). Da der großzügige Sozialstaat durch Immigrant\*innen überlastet werden kann, erachten die immigrationsfeindlichen Einheimischen weitere Umverteilung auch zugunsten ihrer eigenen sozioökonomischen Interessen als weniger dringend als den Ausschluss der als Belastung wahrgenommenen migrantischen Out-Group.

Bei geringer Immigration, wenig großzügigem Sozialstaat und geringer Abhängigkeit der Migrant\*innen von ihm treten immigrationsfeindliche Einstellungen demgegenüber eher als »compensation effect« (ebd.: 182) auf. Die kleinere migrantische Gruppe erscheint den immigrationsfeindlichen Einheimischen hier nicht als Bedrohung des Sozialstaats, sondern der eigenen ökonomischen Sicherheit und

Position. Vor diesem Hintergrund erscheint ihnen Umverteilung als notwendig, um ihre eigene sozioökonomische Position zu halten.

Kurz gesagt: Laut Burgoon und Rooduijn sind immigrationsfeindliche Haltungen besonders dort und dann für die Position zum Sozialstaat relevant, wo Immigrant\*innen entweder zu den Einheimischen spezifisch in Konkurrenz um Sozialstaatsleistungen stehen oder als allgemeine ökonomische Konkurrenz wahrgenommen werden. Verteidigt wird in beiden Fällen der eigene sozioökonomische Status.

Diese Schlussfolgerung setzt voraus, dass Burgoon und Rooduijn die Frage ausklammern, woher die immigrationsfeindlichen Einstellungen überhaupt kommen. Dabei legt ihr eigener Hinweis auf die öffentlichen Debatten über Migration und den Sozialstaat nahe, dass die Wahrnehmung von Immigrant\*innen als ökonomische Bedrohung zumindest auch durch den Kampf um politische Meinungsbildung geformt ist.

Ebenso wenig fügt sich die Idee Rooduijns und anderer ins Bild, die Wirkung sowohl autoritärer Ideologie als auch populistischer Rhetorik auf bestimmte Bürger\*innen erkläre sich aus deren Charakterzügen (vgl. Bakker et al. 2021). Autoritäre Ideologien sprechen demnach vor allem autoritär verfasste Persönlichkeiten an, populistische Rhetorik verfährt vor allem bei Menschen mit einer gering ausgeprägten »Verträglichkeit«, also mit überdurchschnittlich stark ausgeprägtem Egoismus, Misstrauen, Zynismus und Streitlust (vgl. ebd.: 590).<sup>9</sup> So strukturierte Persönlichkeiten empfinden die konfrontative Anti-Establishment-Rhetorik als in Einklang mit ihren Grundüberzeugungen. Natürlich widerspricht die Annahme, politische Kommunikation treffe auf die Zustimmung der Wähler\*innen, wenn sie deren Persönlichkeitszügen entspricht, diametral der ursprünglichen, politisch-ökonomischen Herleitung von Burgoon und Rooduijn. Entsprechend werden beide nirgendwo aufeinander bezogen.

Die Ansätze der Politischen Ökonomie tun sich offensichtlich schwer damit, anzuerkennen, dass autoritäre Ideologie nicht einfach eine Thematisierung der ökonomischen Wähler\*inneninteressen in einem anderen Register ist, sondern sich teilweise offensichtlich gegen diese Interessen richtet. Sie reduzieren die Ideologie populistischer rechter Parteien beinahe ausschließlich auf Immigrationsfeindlichkeit und Euroskeptizismus, weil sie darin den Ausdruck ökonomischer Eigeninteressen zu erkennen meinen. Würden sie die »immigrationsfeindlichen Haltungen« im Kontext des Rassismus, des Antisemitismus und des Antifeminis-

---

<sup>9</sup> Dabei betont Rooduijn zugleich, dass die Wahlerfolge populistischer rechter Parteien stets mehr auf autoritäre Ideologie, vor allem Nativismus und Nationalismus, zurückzuführen sind als auf den Populismus selbst. Beide sollten daher für eine genaue Analyse nicht miteinander oder mit dem Populismus vermengt werden (vgl. Rooduijn 2019: 365; Bonikowski et al. 2019: 73).

mus in den Diskursen der meisten populistischen rechten Parteien thematisieren, fiel diese Argumentation deutlich schwerer.

### **3.3.2 Neokonservativer Kommunitarismus oder traditionalistischer Wohlfahrtsstaatschauvinismus?**

#### **Politische Kulturforschung**

Die politische Kulturforschung deutet den »cultural backlash« als eine populistische Mobilisierung autoritärer Werte. Die Verbindung von populistischer Rhetorik und autoritären Werten ist dabei rein kontingent, da der Populismus keine substanzelle inhaltliche Dimension besitzt. Diese Konzeption scheint aber die faktische Affinität beider zueinander nicht angemessen abzubilden. Zumindest bemerken Norris und Inglehart, dass Populismus und Autoritarismus »in practice« (Norris/Inglehart 2019: 74) in Form der Ideologie autoritär-populistischer Parteien zunehmend gemeinsam auftreten und der Bezug auf die »Stimme des Volkes« sich gut eignet, autoritäre Umgehungen verfassungsmäßiger Kontrollmechanismen zu legitimieren. Auch ergänzen sich ihre über Angst und Bedrohungswahrnehmungen funktionierenden Feindbestimmungen: Während populistische Rhetorik Ängste nach »oben« umleitet, in Richtung gesellschaftlicher Eliten in Medien, Justiz und Parteien, leiten autoritäre Werte Ängste nach »außen« auf Sündenbock-Gruppen um, die die Eigengruppe zu bedrohen scheinen. Ja, Norris und Inglehart sehen darin letztlich gar zwei Verarbeitungsformen desselben Ressentiments, das aus der Erosion sozial konservativer Werte entspringt (vgl. ebd.: 454). Trotzdem bietet der Populismus für Norris und Inglehart keine ideologische Neuerung im Feld der politischen Rechten. Die altbekannten Positionen – Marktradikalismus und sozialer Konservatismus, Euroskeptizismus und Nationalismus (vgl. ebd.: 244) – werden lediglich um die populistische Emphase auf das Volk als Quelle demokratischer Legitimität ergänzt.

Demgegenüber stellt Simon Bornschier durchaus einen ideologischen Wandel rechter Parteien fest. Die Ursprünge populistischer rechter Parteien verortet er in der neokonservativen Bewegung der 1980er-Jahre, die Tradition als bindende Kraft der Gesellschaft behauptete und Solidarität in überkommenen Gemeinschaften, vor allem der Familie, als Gegenmittel gegen die auflösende Individualisierung in Stellung brachte. Zwar blieb der Neokonservatismus selbst eine elitäre Ideologie. Sein Grundimpuls, die Frontstellung gegen die libertäre Linke, setzt sich jedoch in der populistischen Rechten fort. Deren Diskurse haben sich seit den späten 1980ern über Ländergrenzen hinweg stark einander angenähert und fußen laut Bornschier auf drei zentralen Behauptungen: Traditionelle Normen, basierend auf einem geteilten Common Sense, stehen über abstrakten universalistischen Prinzipien. Multikulturelle Gesellschaften zerstören die organisch gewachsenen nationalen Gemeinschaften und verwässern die traditionellen Normen. Und schließlich: Politik genießt ein Primat über abstrakte normative Prinzipien und Majoritätsentschei-

dungen innerhalb einer politischen Gemeinschaft stehen über supranationalen Gesetzgebern wie etwa der Europäischen Union (vgl. Bornschier 2010: 18).

Populistische extrem rechte Parteien politisieren diese Grundsätze als einen Konflikt zwischen »uns« und »den anderen«, vor allem natürlich in Form einer vehementen Ablehnung der Immigration und Integration von Menschen mit verschiedenem kulturellen Hintergrund und der Ablehnung multikultureller Gesellschaftsentwürfe (vgl. ebd.: 2). Im Unterschied zum ethnischen Rassismus der »alten« Rechten bedienen sie sich dabei eines »differentialist nativism« oder »cultural racism« (ebd.: 21). Diese Spielart stellt nicht die Überlegenheit einer »Rasse« über andere in den Mittelpunkt, sondern agitiert für eine Daseinsberechtigung und die Bewahrung aller Kulturen – allerdings als homogene, unveränderliche und säuberlich voneinander geschiedene Einheiten.

Wie ist diese Modernisierung der autoritären Ideologie zu interpretieren? Bornschier deutet an, dass sie vor allem strategisch motiviert ist, da sie den Vorteil bietet, intellektuell und politisch weniger angreifbar zu sein als der offene Rassismus diskreditierter Rassentheorien.<sup>10</sup> Vor allem aber begreift er sie als extreme Ausformung einer bestimmten politisch-philosophischen Position. Die Frontstellung von libertär-universalistischen Werten auf der Linken und traditionalistisch-kommunitaristischen auf der Rechten sieht er als eine Fortführung der sozialphilosophischen Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus. So hat etwa der neu-rechte Vordenker Alain de Benoist die von kommunitaristischen Philosophen wie Michael Walzer und Charles Taylor formulierte Kritik des liberalen Universalismus radikalisiert und popularisiert. Wenngleich die Anleihen der modernisierten Rechten bei den kommunitaristischen Philosophen ohne politische Gegenliebe blieben, sieht Bornschier sie systematisch auf denselben Grundverständnissen von Gemeinschaft und Gerechtigkeit aufzubauen. Walzer und Taylor verweigern sich dem liberalen Zug, abstrakten Prinzipien das Vorrecht vor den geteilten moralischen Überzeugungen einer Gemeinschaft zu gewähren. Da Menschen »inherently social beings« (Bornschier 2010: 22) sind, was hier bedeuten soll, dass sie stets einer Gemeinschaft und einer kulturellen Tradition angehören, droht eine lediglich auf universalen Prinzipien fußende politische Ordnung gegenüber diesen sozialen Eigenheiten repressiv zu werden. Das umso mehr, als die liberale Konzeption des Individuums, auf der universalistischen Prinzipien von Menschenrechten und Demokratie aufzubauen, selbst in einer bestimmten Tradition wurzelt und daher keine größere Objek-

<sup>10</sup> Damit blendet er freilich den historischen Hauptgrund aus: die Umkehr der globalen Migrationsbewegung zwischen Europa und den Kolonien. Bis zum Zweiten Weltkrieg stammten Immigrant\*innen in westlichen Ländern im Wesentlichen aus Europa, während die Emigration von dort die Kolonien zum Ziel hatte. Seit der Entkolonialisierung aber immigrieren vor allem Menschen aus den (ehemaligen) Kolonien nach Europa (vgl. Balibar/Wallerstein 1990: 28f.).

tivität als etwa kommunitaristische Konzeptionen beanspruchen kann. Eben diesen relativen Geltungsanspruch kultureller Prinzipien adaptierten die Denker der Neuen Rechten und in der Folge nun die populistische Rechte insgesamt für ihren kulturellen Rassismus. Sie propagieren ein Recht der Völker, ihre besonderen kulturellen Traditionen und Lebensräume zu verteidigen. Diese Verteidigung stellen sie als Widerstand gegen kapitalistische Globalisierung, kulturelle Homogenisierung, gesellschaftliche Atomisierung und gleichmachende demokratische Massengesellschaften dar. So versuchen sie, ihren rassistischen politischen Zielen, wie etwa, bestimmte Immigrant\*innen und ihre Nachfahren aus westeuropäischen Gesellschaften in ihre (vermeintlichen) Herkunftsländer abzuschieben, einen widerständigen, antiimperialistischen Anschein zu verleihen. Verteidigt werden soll die »Freiheit« bestimmter, kulturell verstandener Gruppen und ihre Souveränität über das ihnen vermeintlich angestammte Territorium.

Für diese kultur-rassistische Aneignung des Freiheitsbegriffs stellen laut Bornschier die Texte kommunitaristischer Philosophen zumindest eine »blueprint« bzw. eine »broader justification« (Bornschier 2010: 23) bereit. Denn sie sind an derselben Stelle im ideologischen Möglichkeitsraum verortet. In Anschluss an Milton Rokeach geht Bornschier davon aus, dass in demokratischen Gesellschaften jede politische Ideologie eine Kombination der Werte Freiheit und Gleichheit ist. Während Kämpfe um das vorherrschende Gleichheitsverständnis die Staat-Markt-Konfliktlinie strukturieren, bestimmen Auseinandersetzungen um unterschiedliche Freiheitsverständnisse die kulturelle Konfliktlinie, die heute eben eine Spaltung zwischen universalistisch-libertären und kommunitaristisch-autoritären Wertorientierungen ist. Ist Freiheit im Kern als weitestmögliche individuelle Autonomie jedes und jeder Einzelnen zu verstehen? Oder ist Freiheit nur als kollektive, gemeinschaftliche Selbstbestimmung sinnvoll möglich? Bornschier behauptet, dass in dieser Gegenüberstellung von liberalen und republikanischen Freiheitsbegriffen der Antagonismus zwischen libertären und autoritären Werten bereits implizit enthalten ist. Und zwar insofern, als liberale Konzeptionen spezifische, traditionelle kulturelle Werte nicht als Grundlage politischer Ordnung gelten lassen, sondern sie auf universal gültigen Prinzipien aufzubauen versuchen. Da sich nun populistische rechte Parteien zu Verteidigern bedrohter kultureller Werte erklären, deutet Bornschier ihre politische Ideologie als Zuspitzung einer kommunitaristisch-republikanischen Positionierung. Die widerstreitenden libertären und autoritären Wertvorstellungen erscheinen so als Ausfluss zweier gleichermaßen nachvollziehbarer Antworten auf die großen, scheinbar unentscheidbaren, philosophischen Fragen nach der angemessenen Form von Gemeinschaftlichkeit und dem guten Verhältnis von Individuum und Kollektiv.

Diese Perspektive auf autoritäre Ideologie als eine zugespitzte Form des Traditionalismus deckt sich mit Kriesis und Bornschiers Grundthese, hinter dem Aufstieg populistischer rechter Parteien stehe vor allem eine gesellschaftliche

Spaltung zwischen verschiedenen Wertorientierungen. Ihr unidirektionales Repräsentationsmodell geht davon aus, dass Parteien mindestens langfristig die Einstellungen ihrer (gewünschten) Wähler\*innen repräsentieren müssen, oder es zu einem *realignment* parteipolitischer Konflikte kommt. Unterbelichtet bleibt dabei erneut der politisch-instrumentelle, agitatorische Charakter der populistischen rechten Ideologie.

Da die Ideologie populistischer rechter Parteien vor allem kommunitaristisch-autoritären Werten Ausdruck verleihen soll, überbetont Bornschier die ideologischen Anleihen bei Konservativen und kommunitaristischen Philosophen, während er die Kontinuitäten zur »alten« extremen Rechten ausblendet. Die zentrale Neuerung etwa, die Ersetzung des Rassenbegriffs durch den einer ethnopluralistisch verstandenen Kultur, verbleibt letztlich im Paradigma der alten Rechten. »Kultur« wird hier als ethnisch und homogen behauptet, die Zugehörigkeit zu ihr beruht auf einer »unlösbar«en Bindung an metahistorische Größen. Als solche werden meist »Räume« mitsamt ihren angestammten, als Kollektivsubjekte verstandenen »Völker« [sic!] ausgemacht, die in den extremsten Varianten rassenbiologisch definiert sind (Weiß 2017: 463).<sup>11</sup>

Auch lassen sich andere zentrale Themen populistischer rechter Agitation, wie etwa der Kampf gegen die Anerkennung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare oder gegen kritische Erinnerungspolitik, kaum auf ein zugespitztes republikanisches Demokratieverständnis reduzieren. Vielmehr bildet eine »Ideologie der Ungleichheit«, die Menschen in »essentialistische, d.h. als natürlich und unabänderlich unterstellte Kollektive« (Salzborn 2018: 22) einteilt, hier wie im klassischen Rechtsextremismus den kleinsten gemeinsamen Nenner.

Nun hält Bornschier zwar fest, dass populistische rechte Parteien für die Auflösung traditioneller Werte personalisierend diejenigen gesellschaftlichen Gruppen verantwortlich machen, die besonders sichtbar libertär-universalistische Werte vertreten, statt darin eine »inevitable consequence of modernization and cultural globalization« (Bornschier 2010: 24) zu erkennen. Seine Annahme jedoch, es sei die Gemeinsamkeit populistischer extrem rechter Ideogeelemente, Widerstand gegen die Infragestellung traditioneller kultureller Werte zu leisten, akzeptiert dabei ohne Not die populistische Selbstdarstellung, lediglich Verteidiger einer bewährten und von der Modernisierung bedrohten Tradition zu sein. Aus dem Blick gerät, dass

<sup>11</sup> Stuart Hall hat den funktionalen Zusammenhang zwischen beiden Diskursen hervorgehoben: »Rasse« und kulturelle Differenz sind nicht separat zu verstehen, sondern als zwei aufeinander angewiesene Register desselben Differenz-Diskurses, die »wechselseitig für einander als Äquivalent einspringen können« (Hall 2022: 194). Erst ihr Zusammenspiel ermöglicht es, kulturelle Differenzen und physische Marker aufeinander zu verweisen und in »rasische« Zeichen zivilisatorischer Stufen umzuwandeln.

sie stattdessen für spezifische, teilweise radikal rechte Ordnungsvorstellungen, die Verteidigung überkommener Hierarchieverhältnisse und eigene politische Machtinteressen agitieren. Kriesi und Bornschier bewerten die identitären Diskursinnovationen als substanzIELL neue ideologische Position, statt in ihr zumindest auch eine strategische Option der radikalen Rechten zu erkennen.

Während sie zu Recht darauf insistieren, zum Verständnis des Erfolges populistischer extrem rechter Parteien müssten auch ihre konkreten politischen Positionierungen analysiert werden, macht ihre Analyse vor dem spezifischen Charakter und der spezifischen Funktionsweise autoritärer Ideologie halt. Autoritäre Ideologie ist bei Bornschier und Kriesi eine politische Identität, geformt aus einer mehr oder weniger konsistenten Menge autoritärer Einstellungen, die von einem komunitaristischen Freiheitsbegriff zusammengehalten werden. Zur Erklärung dieser Politisierung durch populistische extrem rechte Parteien geht Bornschier davon aus, dass es zuvor bis in die 1980er-Jahre ein »authoritarian potential« (Bornschier 2010: 20) in Form von diffusen, politisch unbedeutenden autoritären Einstellungen und weitverbreiteten, subtilen Vorurteilen auf individueller Ebene gegeben hat. Er beantwortet differenziert die Frage, wer autoritären Ideologien am häufigsten zustimmt, das heißt mit welchen sozialstrukturellen Eigenschaften autoritäre Einstellungen am stärksten korrelieren. Wie diese autoritären Einstellungen aber entstehen und welche Funktion sie für kulturelle Modernisierungsverlierer\*innen erfüllen, ist kaum Thema. Lediglich mit Blick auf männliche Arbeiter verknüpfen Kriesi und Bornschier deren Statusverlust durch Modernisierung sozialpsychologisch mit ihrer überdurchschnittlichen Empfänglichkeit für autoritäre Ideologie:

»The extreme populist right's traditionalist-communitarian ideology provides a dual remedy for this uncertainty. Not only do these movements champion the return to the orderly, culturally conservative society characteristic of the postwar decades, but in their demarcation from immigrants, they also contribute to an upgrading of this group's self-consciousness. It is a well known fact from social psychology that the construction of boundaries between in-groups and out-groups enhances individuals' self-esteem« (Bornschier/Kriesi 2013: 27).

Trotz der beschriebenen ideologischen Abgrenzung ordnet Bornschier populistische extrem rechte Parteien als eine abgrenzbare Untergruppe der Familie extrem rechter Parteien zu. Er nutzt »Populismus« also als Bezeichnung einer spezifischen Gruppe von Parteien, und zwar durch drei Kriterien:

Erstens grenzen sie sich wie beschrieben programmatisch von der »alten« extremen Rechten ab. Neben der Ersetzung des offenen Rassismus durch den moderneren Ethnopluralismus unterscheidet sie vor allem die populistische Bejahung der Demokratie und direktdemokratischer Verfahren von der Demokratiefeindschaft der klassischen extremen Rechten. Bornschier ordnet sie dennoch als extrem rechts

ein, da sie am äußersten rechten Pol der Spaltung zwischen libertär-universalistischen und traditionalistisch-kommunitaristischen Werten positioniert sind (Bornschier 2010: 35).

Hinzu tritt das spezifisch ideologische populistische Element dieser Parteien, das Bornschier als einen »anti-establishment discourse« (ebd.: 34) begreift. Die konfrontative Rhetorik gegenüber den etablierten Parteien deutet er dabei vor allem als den Versuch, als neu entstehende Partei gegen die bestehenden Konfliktstrukturen den Konflikt zwischen libertär-universalistischen und autoritär-kommunitaristischen Werten zu mobilisieren und andere, vor allem ökonomische Interessenunterschiede im eigenen Elektorat durch eine äußere Gegnerschaft zu überdecken.

Und schließlich erlaubt es eine stärker hierarchische Parteistruktur, sich schneller als pluralistische Massenparteien an wechselnde politische Umstände und thematische *opportunity structures* anzupassen (vgl. Bornschier 2010: 35).

## Politische Ökonomie

Anders als etwa in Simon Bornschiers Studie ist für Rodrik und Manow die konkrete ideologische Herkunft der populistischen rechten Parteien, also ihre Kontinuität und ihr Wandel gegenüber der klassischen extremen Rechten, nicht von Belang. Manow betont lediglich, dass populistische Parteien anders als extreme keine Abschaffung der Demokratie anstreben. Ihr Kern und größte Mobilisierungskraft ist vielmehr das Versprechen, entgegen der Dekonsolidierung des Nationalstaats politische Souveränität wiederherzustellen. Dieses Versprechen hat allerdings angesichts der Verbindung von ökonomischem Liberalismus und supranationalen Institutionen durchaus »Verteilungspolitisch[e] Implikationen« (Manow 2021: 10), und um die geht es Manow vor allem. Seiner Auffassung nach positionieren sich populistische rechte Parteien in Nord- und Kontinentaleuropa »wohlfahrtsstaatschauvinistisch«, sie propagieren also Ausgrenzung vor allem im Rahmen einer Verteidigung des Sozialstaats. Diese ideologische Kombination ist in Westeuropa noch recht neu, hat lediglich Vorläufer in ostmitteleuropäischen Parteiensystemen (vgl. ebd.: 12). Mit Blick auf die politische wie ideologische Vorgeschichte des Personals populistischer rechter Parteien läge es demgegenüber nahe, mindestens auch eine (kultur-)rassistische Kontinuität zum Rechtsextremismus zu betonen, wenn nicht gar als Hauptmerkmal herauszustellen. Was nicht zugleich auch Manows Vermutung entkräftet, dass das Motiv auf Seite der Wähler\*innen im Grunde ein ökonomisches ist.

Für den größeren Erfolg des rechten populistischen Protests gegen die Globalisierung betrachten Manow und Rodrik jedenfalls seine ideologische Struktur als ausschlaggebend. Die Globalisierung vermittelte dem Alltagsverständnis stets den Anschein, von außen auf Volkswirtschaften einzuwirken – sei es in Form von ausländischen Exporteur\*innen, kulturell anderen Arbeiter\*innen oder internationalen Banken. Das kommt dem rechten Narrativ einer Bedrohung »unseres« traditionel-

len Lebensentwurfs durch »die anderen« entgegen, besonders wenn die betroffenen Regionen oder Arbeitsmarktsegmente kulturell homogen und stark an traditionellen Werten orientiert sind (vgl. Rodrik 2021: 162f.).

Auch unter den im engeren Sinne wirtschaftspolitischen Positionen populistischer rechter Parteien findet Rodrik Züge dieses Narrativs wieder. So fällt auf, dass gerade der Freihandel von populistischen Parteien sehr zur politischen Zielscheibe erklärt wird, während Automatisierung oder Technologie kaum Thema sind. Und das obwohl »demand shocks, technological changes, and the ordinary course of competition with other, domestic firms« (Rodrik 2018: 18), also der gewöhnliche Kapitalismus, sehr wahrscheinlich viel größere Freisetzung von Arbeitskräften bewirkt als etwa eine steigende Importdurchdringung. Offensichtlich können in der Handelspolitik leicht Sündenböcke in identifizierbaren Ausländern, im US-Kontext etwa Chinesen und Mexikanern, gefunden werden. Zudem sieht Rodrik eine moralische Ökonomie am Werk, der zufolge Globalisierung unfairen Wettbewerbspraktiken Vorschub leistet. Wenn niedrigere Produktionskosten im Ausland etwa durch geringere soziale Standards oder laschere Arbeitsschutz- und Umweltauflagen ermöglicht werden, scheinen in diesem Wettbewerb nicht mehr für alle Konkurrenten dieselben Regeln zu gelten. Gleichwohl der gewöhnliche Konkurrenzkampf innerhalb einer Volkswirtschaft letztlich derselben Logik der Kostenreduktion folgt, erregt daher der grenzüberschreitende Wettbewerb in der alltäglichen Wahrnehmung leichter Widerspruch: »What arouses popular opposition is not inequality per se, but perceived unfairness« (ebd.).

### 3.3.3 Zusammenfassung

Autoritäre Ideologien stellen für die Cleavage-Theorien des Populismus einen schwierigen Gegenstand dar. Mit ihren irrationalen Anteilen fordern sie die Annahme heraus, zwischen Veränderungen der Sozialstruktur und Verschiebungen politischer Konfliktlinien bestünden starke Zusammenhänge. Die politische Kulturforschung und die Politische Ökonomie reagieren unterschiedlich auf diese Herausforderung.

Die Ansätze der politischen Kulturforschung stehen vor der grundsätzlichen Frage, wie der heute geschwächte Zusammenhang zwischen der Sozialstruktur und den zunehmend entlang kultureller Themen verlaufenden politischen Konfliktlinien theoretisch zu interpretieren ist. Ihre Idee, das Cleavage-Konzept um die Möglichkeit ausdrücklich wertebasierter Spaltungen zu erweitern, strukturiert auch den Blick auf autoritäre Ideologien. In Form autoritärer Werte siedeln sie autoritäre Ideologie selbst auf der Ebene der Sozialstruktur an. Sie erscheint wie Alter, Einkommen oder Bildungsgrad als eine individuell variierende Eigenschaft, die politisches Verhalten bestimmt. So ist sie dem Politischen weitgehend entzogen, da Werte und ihre Veränderung im Kern als Funktion der Generationenfolge gelten.

Auf diese Weise bleibt der Impuls der Cleavage-Theorie erhalten, die politischen Konfliktlinien von der Sozialstruktur ausgehend zu interpretieren, ohne dabei der Ideologie populistischer Parteien grundsätzlich Orientierung an sozioökonomischen Interessen unterstellen zu müssen. So kann sie in Rechnung stellen, dass diverse »kulturelle« Themen die zentralen Mobilisierungsfelder sind. Insbesondere Bornschier fügt dem eine historische Perspektive hinzu, indem er die Modernisierung des Rassismus in populistischen rechten Parteien nachzeichnet.

Allerdings bietet diese unpolitische Konzeption autoritärer Werte keine Antwort auf die Frage, warum sie überhaupt so verbreitet sind und welche Funktionen sie auch oder gerade in ihrer Irrationalität für Individuen und Gruppen oder auch als manipulative Agitation für populistische Parteien erfüllen. Norris und Ingleharts These eines »cultural backlash« setzt schon voraus, dass vor allem konservative Gruppen autoritären Wertvorstellungen folgen, die nun lediglich mobilisiert werden. Autoritäre Werte erscheinen so als bloße kulturelle Relikte einer ökonomisch prekären Vergangenheit, die sich ein letztes Mal – vergeblich – gegen die prosperierende liberale Zukunft aufzäumen. Die Deutungen ihrer Funktion schwanken zwischen einer anthropologischen und einer psychologischen Schutzreaktion gegen die Bedrohung der eigenen kulturellen Identität oder des eigenen sozialen Status. Beide lassen in ihrer Abstraktheit offen, warum spezifische Elemente autoritärer Ideologie heute zentral sind und welche konkreten sozialen, politischen und ökonomischen Verhältnisse möglicherweise damit in Zusammenhang stehen. Der politische Kulturmampf zwischen Anhänger\*innen autoritärer und liberaler Werte ist zugleich Erfolgsbedingung und Gegenstand autoritärer Ideologien.

Die Ansätze aus der Politischen Ökonomie schneiden autoritäre Ideologien im Diskurs populistischer Parteien ähnlich deutlich mit Blick auf ihr Erklärungsziel zurecht. Allerdings stellen sie die ökonomische Programmatik der Parteien in den Mittelpunkt und deuten autoritäre Elemente als bloß kulturalisierten Ausdruck der ökonomischen Interessen der Wähler\*innen. Zwar arbeitet Dani Rodrik prinzipiell heraus, dass autoritäre »identity memes« von politischen Entrepreneur\*innen auch zur manipulativen Einbindung der Wähler\*innen für ihre eigenen Interessen genutzt werden können, geht dieser Möglichkeit aber in seinen Analysen populistischer Parteien nicht nach. Die Analysen der Politischen Ökonomie sind, noch dazu in ihrer Abgrenzung zu den »kulturalistischen« Erklärungen der politischen Kulturforschung, darauf festgelegt, im Erfolg populistischer Parteien globalisierungs-kritische Bewegungen zur Verteidigung des eigenen sozioökonomischen Status zu sehen. Als ideologische Elemente populistischer rechter Parteien heben sie deswegen insbesondere Immigrationsfeindlichkeit und Euroskeptizismus hervor. Dem rechten Narrativ einer Bedrohung »unseres« kulturellen Lebensentwurfs durch die »Anderen« kommt demnach entgegen, dass Globalisierungsschocks scheinbar stets von außen auf Volkswirtschaften einwirken.

Beide Strömungen entpolitisieren also autoritäre Ideologie, entweder als individuelle Wertorientierung oder als Ausdruck sozioökonomischer Interessen. Angesichts der Irrationalität rassistischer, antisemitischer oder sexistischer Agitation verweisen beide auf sozialpsychologische Erklärungen, ohne sie ernsthaft in ihre Deutungsvorschläge integrieren zu können. Sie klammern die politische Frage aus, wie und warum es populistischen Parteien gelingt, bestimmte kulturelle Themen und bestimmte autoritäre Ideologien erfolgreich mit spezifischen Interessenkonflikten zu verbinden. Populismus, der als ein rhetorisches Phänomen dieser politischen Sphäre angehört, wird daher in beiden Perspektiven fast ausschließlich gänzlich unabhängig von autoritärer Ideologie diskutiert.

### **3.4 Fazit: Gesellschaftstheoretische Elemente und Probleme**

In den vorangehenden Abschnitten wurden exemplarische Cleavage-Theorien des Populismus aus der politischen Kulturforschung und aus der Politischen Ökonomie auf ihre gesellschaftstheoretischen Elemente hin untersucht.

Beide Strömungen versuchen, den politischen Erfolg populistischer Parteien von den Veränderungen sozialer Konfliktlinien her zu erklären. Wenngleich auf der einen Seite der kulturelle Wertewandel, auf der anderen Seite ökonomische Globalisierungsschocks im Mittelpunkt stehen, gehen doch beide davon aus, dass diese sozialen Veränderungen sich vorrangig in Form des Wandels individueller Einstellungen politisch bemerkbar machen. Kulturelle oder ökonomische Deprivation führen zu bestimmten Ansichten, die die Wahl populistischer Parteien begünstigen.

In diesem Modell ist bereits eine Schwerpunktsetzung auf die Nachfrageseite politischer Prozesse impliziert. Die Angebotsseite, das heißt parteipolitische Konflikte, Themen und die Ideologien und Diskurse populistischer Parteien sind von nachgeordneter Bedeutung. Sie geben nicht den Ausschlag, sondern vermitteln und übersetzen sozialen Wandel lediglich.

Die zentrale Differenz unter den Cleavage-Theorien liegt darin, was der verantwortliche soziale Wandel hinter dem Erfolg populistischer Parteien sein soll: die internationale Werteeentwicklung oder Schocks durch die kapitalistische Globalisierung. Beide werden als Folgen der Veränderungen des Kapitalismus in westlichen Gesellschaften eingeführt, wenngleich diese Entwicklung in verschiedenen zeitlichen Perspektiven unterschiedlich bewertet wird. Während die politische Kulturforschung steigende materielle Sicherheit und Wohlstand seit dem Zweiten Weltkrieg als Grundlage der Verbreitung postmaterieller Werte sieht, hebt die Politische Ökonomie die ökonomischen Verwerfungen durch die Hyperglobalisierung der letzten zwei Jahrzehnte hervor. Die Wertewandelforschung stellt entsprechend eine zumindest in westlichen Ländern ähnliche Werteeentwicklung fest, während

die Politische Ökonomie ausdrücklich die unterschiedlichen Verletzungen der verschiedenen Volkswirtschaften durch die Globalisierung differenziert. Beide Beobachtungen schließen sich nicht notwendig aus. Die international zunehmende gesellschaftliche Polarisierung entlang »kultureller« Themen könnte die *cleavages* verschieben, entlang derer dennoch auch unterschiedliche, ökonomisch verursachte Deprivationserfahrungen zum Ausdruck gebracht werden. Warum aber gelingt es den Cleavage-Theorien nicht, beide Aspekte zusammenzuführen?

Beide Strömungen versuchen zwar, sowohl ökonomische als auch kulturelle Verwerfungen in ihren Erklärungen zu berücksichtigen. Diese Versuche bleiben allerdings auf beiden Seiten schablonenhaft. »Ökonomische« und »kulturelle« Beschwerden oder auch »Interesse« und »Identität« werden einander gemäß der statistischen Variablenlogik unvermittelt gegenübergestellt und nur anhand von Detailbeobachtungen wieder aufeinander bezogen. Dabei bleibt nicht nur konzeptionell unklar, ob und wie kulturelle Konflikte überhaupt sinnvoll von ökonomischen Unterschieden werden können. Auch mit Blick auf konkrete ideologische Positionen, wie etwa der populistischen rechten Feinderklärung gegenüber dem Feminismus und sich wandelnden Geschlechterverhältnissen ist wenig plausibel, warum sie umstandslos als entweder kulturell oder ökonomisch zu verstehen sein sollen.

Das größte Hindernis ist hier der enge Begriff von Demokratie, der Politik weitgehend auf institutionalisierte Regeln für den Machterwerb und Machtgebrauch reduziert. Die Cleavage-Theorien erkennen letztlich die Konstruktion von ökonomischen und kulturellen Identitäten und Abgrenzungen nicht als ein eigenständiges Handlungsfeld an. Stattdessen übertragen in den Cleavage-Theorien Parteien und Bewegungen den gesellschaftlichen Wandel lediglich gemäß der massenhaften Nachfrage in eine politische Reaktion. Als zentraler Mechanismus ist dabei eine interessengeleitete Wahlentscheidung aufseiten der Bürger\*innen vorausgesetzt. Die Versuche Simon Bornschiers und Dani Rodriks, dem Politischen innerhalb dieser Konzeption mehr Raum zu verschaffen, offenbaren eine konstitutive Spannung: Die Grundidee der Cleavage-Theorie verlangt, die Wahl populistischer Parteien möglichst differenziert auf die Verletzung bestimmbarer ökonomischer oder kultureller Interessen der Wähler\*innen zurückzuführen. Aus diesen vermeintlich gegebenen Interessen lässt sich jedoch der Erfolg der spezifischen Programmatik, Rhetorik und Ideologie populistischer Parteien nicht hinreichend erklären. Sprechen die Theorien nun aber der politischen Konstruktion von Identitäten, der demokratischen Repräsentation und der agitatorischen Beeinflussung der Wähler\*innen mehr Einfluss zu, um diese Lücke zu schließen, stellen sie zugleich die eigene Voraussetzung in Frage, Interessen als für sich unpolitische, quasi naturwüchsige Ausdrücke sozialer Prozesse bestimmten das Wahlverhalten.

Diese Spannung prägt auch das Verständnis autoritärer Ideologien. Sie sollen entweder als autoritäre Wertorientierung naturwüchsige Begleiterscheinungen

vergangener ökonomischer Unsicherheit sein, oder, als Kulturalisierung, bloß bei-läufig autoritäre Verpackungen eigentlich sozioökonomischer Interessen. In beiden Varianten ist die politiktheoretische Frage ausgeklammert, warum und wie populistische rechte Parteien erfolgreich Identitäten und Interessen mittels autoritärer Ideologien zu formen und Themen zu setzen vermögen. Die Cleavage-Theorien greifen an entscheidenden Stellen auf sozialpsychologische Kategorien zurück, um die prinzipielle Funktionsweise autoritärer Ideologien als identitärer Aufwertung der Eigengruppe zu erläutern. In diesen eben psychologischen Begriffen können sie aber weder die inhaltliche Spezifik der Feindbilder noch die zunehmende politische Mobilisierung autoritärer Ideologie erklären. Die sozialpsychologische Deutung der subjektiven Seite autoritärer Ideologie bleibt, so notwendig sie ist, letztlich unverbunden mit der sozialstrukturellen und politischen Seite, auf die die Cleavage-Theorien fokussieren.

Der Populismus selbst schließlich erscheint in der nachfrageseitigen Perspektive der Cleavage-Theorien nur als ein zweitrangiges Phänomen. Sowohl die politische Kulturforschung als auch die Politische Ökonomie führen den Erfolg populistischer Parteien auf andere programmatiche Charakteristika zurück. Wenngleich der Begriff des Populismus für viele der in diesem Kapitel untersuchten Arbeiten titelgebend ist, vermag sein politischer Erfolg ihre grundlegenden Thesen nicht zu erschüttern.

## **4. Eine strukturelle Logik der modernen Politik?**

### **Populismus in der Radikaldemokratie**

---

In den 1950er und 1960er-Jahren war der Begriff »Populismus« dominiert von seiner soziologischen Fassung in liberalen Modernisierungstheorien, die sich der Erforschung der Massengesellschaft widmeten. An diesem hegemonialen Verständnis setzten ab den 1970er-Jahren verschiedene Kritiken an, die zur Herausbildung einer radikaldemokratischen Populismustheorie führten. Ihr sind mehrere der heute wirkmächtigsten Populismusverständnisse zuzuordnen, vor allem die Arbeiten Ernesto Laclau, Chantal Mouffes und Margaret Canovans. Sie werden in diesem Kapitel untersucht.

Alle drei sind linke Intellektuelle ihrer Zeit und also von ganz anderen politischen Ideen bewegt als die liberalen Modernisierungstheoretiker. In den 1970er-Jahren hatten die weltweiten Student\*innenbewegungen und die Neuen Sozialen Bewegungen im Westen praktisch und theoretisch bereits mit der stalinistischen Verknöcherung in der UdSSR gebrochen und forderten eine Ausdehnung der Demokratie auf alle Lebensbereiche ein. Canovan, Laclau und Mouffe machen diesen politischen Ausgangspunkt ihrer Kritiken sehr deutlich (vgl. Canovan 1999: 15; Laclau/Mouffe 2000: 200).<sup>1</sup>

So benennt etwa Margaret Canovan ihre Differenz zum elitären Demokratieverständnis der liberalen Modernisierungstheorie unmittelbar politisch. In ihrer frühen phänomenologischen Studie über Varianten des Populismus greift sie deren US-amerikanische Vertreter William Kornhauser, Edward Shils und Seymour Martin Lipset scharf an. Sie hatten, im Einklang mit einem intellektuellen Stimmungswechsel zwischen 1930 und 1950 und vor dem Hintergrund des gerade erst besieгten Nationalsozialismus, des italienischen Faschismus und vor allem des (durchaus populären) US-amerikanischen McCarthyismus den Populismus als eine Ge-

---

<sup>1</sup> Kolja Möller gibt einen Hinweis auf den Grund für die große damalige Anziehungskraft des Populismus auf linke Intellektuelle: In den nationalen Dekolonialisierungsbewegungen hatten sich breite Klassenallianzen unter Bezug auf »das Volk« als erfolgreiche Strategie gegen die Kolonialmächte bewährt. Sie warfen nicht zuletzt für marxistische Linke grundsätzliche Fragen der politischen Strategie auf (vgl. Möller 2022: 28ff.).

fahr für die liberale Demokratie dargestellt. Um sie gegen die dumme, irrationale und autoritäre »Masse« zu verteidigen, isolierten sie in ihren Demokratiekonzeptionen die liberale Elite und das Volk so weit als möglich voneinander. Demokratie wurde etwa für Lipset unumwunden zu etwas *gegen* das Volk zu Verteidigendes, und Shils machte gerade die »populist quality of U.S. political culture« (Canovan 1981: 182) für den McCarthyismus verantwortlich. Canovan verficht demgegenüber in England die von der internationalen Student\*innenbewegung erhobene Forderung nach Partizipation und Kontrolle über das eigene Leben unter dem Begriff der »populist democracy«. Dieser demokratische Populismus erhält überall dort Zulauf, wo Demokratie zwar formal besteht, aber die Praxis nicht dem demokratischen Versprechen entspricht: »Populist democracy consists of attempts to realize that promise and to make ›government by the people‹ a reality« (ebd.: 173f.).

Der massenhaften Unterstützung für autoritäre Politik will sie gerade nicht durch einen elitären Ausschluss der Massen, sondern durch einen möglichst weitreichenden Einbezug breiter Bevölkerungsschichten begegnen.

Diesen grundsätzlich wohlwollenden Blick auf populistische Mobilisierungen behält Canovan auch bei, als sie später ihre Perspektive mithilfe der Politiktheorie Michael Oakeshotts theoretisch neu fundiert. Vor diesem Hintergrund lehnt sie auch die unter anderem von Torcuato S. Di Tella und später von Hans-Georg Betz vertretene Position ab, Populismus wäre ein pathologisches Symptom, das einerseits politisch überwunden, andererseits soziologisch erklärt werden könnte. Demgegenüber versteht sie Populismus als Forderung nach Einlösung des demokratischen Versprechens, dass die Macht beim Volke liegt (vgl. Canovan 1999: 3f.).

Auch Ernesto Laclau nähert sich dem Populismusbegriff von einer konkreten politischen Erfahrung aus, nämlich von der Niederlage des Peronismus und den Auseinandersetzungen in der sozialistischen Student\*innen- und Arbeiter\*innenbewegung Argentiniens. Anders als Margaret Canovan argumentiert er jedoch sozialtheoretisch und kritisiert den soziologischen Funktionalismus der älteren Modernisierungstheorie. Laut Laclau reduziert er, ebenso wie der sozialistische Ökonomismus, den Populismus auf eine bestimmte Klassengrundlage. Gegen eine solche bloße Repräsentation vorhandener Interessen stellt Laclau eine gramscianische Vorstellung von Politik im Allgemeinen sowie von Populismus im Besonderen als hegemonial und diskursiv strukturiert (vgl. Laclau 1990: 197ff.).

Dass im Populismus die soziale Klassenbasis und der ideologische Ausdruck scheinbar auseinanderfallen, schreibt die modernisierungstheoretische, oder, wie Laclau sich ausdrückt, »functionalist conception of populism« (Laclau 1977: 147), etwa in den Arbeiten Gino Germanis und Torcuato di Tellas einer grundlegenden Ungleichzeitigkeit von ökonomischen und sozialen Prozessen in Entwicklungsländern zu. Di Tella macht für den Populismus konkret eine »revolution of rising expectations« verantwortlich, in der vor allem urbane Schichten politische und materielle Ansprüche entwickelten, ohne über entsprechende Macht zu verfügen.

Als aufbegehrende, aber unorganisierte, »disposable mass of supporters« (di Tella 1970, 49, zit. n. Laclau 1977: 152) stünden sie für eine autoritäre Mobilisierung zur Verfügung. In Abgrenzung von gewerkschaftlichen Repräsentationsmodellen in entwickelten Industriegesellschaften erscheint populistische Mobilisierung so als eine unterentwickelte Form der Organisation und Artikulation von Klasseninteressen. Und Germani fügt dem hinzu, dass die vom Land in die Stadt migrierten Arbeiter\*innen mit ihren traditionellen Vorstellungen ideologisch rückständig sind und daher nicht für eine moderne politische Mobilisierung im Sinne der europäischen sozialistischen Tradition taugen. Laclau widerspricht dieser defizitären Perspektive scharf. Der Rückgriff auf ländliche Symbole und Werte in der urbanen gesellschaftlichen Situation bedeute nicht das Fortleben überholter Elemente, sondern schon deren Transformation gemäß der neuen gesellschaftlichen Klassenwidersprüche. Die populistische Absage an etablierte europäische Gewerkschaftsdiskurse könne daher gerade eine fortschrittlichere, radikalere und modernere Haltung zum Ausdruck bringen (vgl. ebd.: 157).

Später entfernte Laclau sich von seinem marxistischen, auf Klassen fokussierten Ausgangspunkt und arbeitete eine allgemeine politische Theorie der »nature and logics of the formation of collective identities« (Laclau 2005: ix) aus. Darin geht er nicht länger von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen als Träger politischer Prozesse aus, sondern versucht, deren Entstehung allererst zu erklären. Dazu erweitert er seine Kritik des soziologischen Funktionalismus um eine Auseinandersetzung mit der Massenpsychologie des 19. Jahrhunderts, wie sie vor allem in Gustave Le Bons »Psychologie der Massen« entwickelt ist. Laclau versucht, Populismus von den Verunglimpfungen aus zu begreifen, die ihm und dem Phänomen der Masse von dieser Seite immer wieder entgegengebracht wurden und werden. Durch die Kritik an den dahinterliegenden Prämissen hindurch zielt er auf ein Verständnis von Populismus als einer politischen Logik, ja *der* politischen Logik moderner Gesellschaften.

Chantal Mouffe schließlich hat die Kritik an der frühen Modernisierungstheorie auf spätere Vertreter ausgedehnt. In Ulrich Becks und Anthony Giddens' Theorien einer »Reflexiven Moderne« sieht sie fehlgeleitete Modelle einer »postpolitischen« (Mouffe 2010: 64) Demokratie ohne Gegnerschaft. Laut Beck etwa hat der sich stetig ausdehnende Individualismus der posttraditionalen »Risikogesellschaft« kollektive Identitäten in der Politik überflüssig gemacht. Dies wird als Erfolg der westlichen Modernisierung begriffen. Gegner\*innen sind in dieser Perspektive lediglich noch die traditionalistisch Gesinnten, die nicht dem Lauf der Geschichte folgen und trotz der dialogischen öffentlichen Debatte an alten Gewissheiten festzuhalten versuchen (vgl. ebd.: 66). Mouffe kritisiert, dass Beck und Giddens letztlich die von ihnen befürwortete Politik, insbesondere ihre positive Haltung zur Globalisierung, in eine »Rhetorik der Modernisierung« kleiden und als Resultat ihrer soziologischen Analyse ausgeben. Indem sie sich auf den scheinbar unpolitischen Vorgang der Moder-

nisierung zurückziehen, verneinen sie den politischen Charakter der Gegenüberstellung von »Modernen« und »Traditionalisten«. Damit aber manifestiert sich unter der Hand doch wieder ein politischer Antagonismus in ihren Theorien, nämlich ein »mit pseudowissenschaftlicher Begründung auftretender Exklusionsmechanismus« (Mouffe 2010: 74) gegenüber Modernisierungskritiker\*innen. Wie auch Philip Manow kritisiert sie, dass der Populismus vor diesem Hintergrund nur moralisierend aufgefasst werden kann, nämlich als archaischer, regressiver Impuls, der in der modernen Demokratie keine Berechtigung hat.

Zusammengekommen wenden die radikaldemokratischen Populismustheorien gegen die Modernisierungstheorie vor allem ein, dass Demokratie und Politik nicht auf bestimmte Institutionen oder die Auswahl der herrschenden Eliten reduziert werden können, sondern als Prozess die ganze Gesellschaft umfassen. Der Erfolg populistischer Parteien oder Bewegungen kann demnach nicht allein auf bestimmte soziale Faktoren oder Klassen zurückgeführt werden, sondern drückt eine strukturelle Dimension demokratischer Gesellschaften aus. Populismus ist fundamental politisch. Entsprechend sind populistische Politikformen nicht einfach Ausdruck eines pathologischen oder archaischen Irrationalismus, sondern können rationale Interessenartikulationen bzw. die Einforderung demokratischer Versprechen sein.

Wie schon zu erahnen ist, sind die verschiedenen Arbeiten trotz dieser geteilten Stoßrichtung von grundverschiedener theoretischer Statur. Während Canovan über keine kohärente Grundlegung verfügt und ihre Thesen vor allem in einer Reihe kürzerer Artikel entwickelte, haben Mouffe und Laclau in zahlreichen Büchern und Aufsätzen eine theoretisch mitunter äußerst avancierte Schule begründet, in deren Rahmen sich ihre Arbeiten bewegen. Daher bieten sie der Analyse deutlich mehr Material und stehen in diesem Kapitel im Mittelpunkt. Welches Verständnis der Konstellation von Kapitalismus, Demokratie und autoritärer Ideologie liegt diesen kritischen Einwänden der Radikaldemokratie zugrunde?

## 4.1 Demokratie und das Politische

Anders als die derzeit vorherrschende öffentliche Diskussion und auch als die übrigen hier untersuchten Theorien, setzen die radikaldemokratischen Autor\*innen Populismus in ein weitgehend positives Verhältnis zur Demokratie. Das deutet darauf hin, dass hier sowohl ein anderer Begriff von Demokratie als auch eine andere politische Bewertung populistischer Bewegungen vorausgesetzt sind. Welche theoretischen Entscheidungen liegen dem zugrunde?

### 4.1.1 Populismus als ein Moment der Demokratie

Margaret Canovan stellt sich explizit in die Tradition der partizipatorischen Demokratietheorie im Sinne Carole Patemans, Benjamin Barbers und James S. Fishkins. Sie sind für Canovan der philosophische Ausdruck der emanzipatorischen Bewegungen der 1960er-Jahre. Und es sind deren Themen, die sie im Populismus wiedererkennt:

»Where else have we come across furious revulsion against pragmatic party politics and its compromises? Where else schemes for returning democracy to the grassroots and empowering the people? Where else calls for transparency and directness in the relation between popular will and democratic act, for the overcoming of alienation?« (Canovan 1999: 15).

Interessanterweise wählt Canovan nach ihrer anfänglichen phänomenologischen, explizit antitheoretischen Annäherung, besonders in ihrer Pionier-Studie »Populism« (Canovan 1981), dennoch die konservative Theorie Michael Oakeshotts als Grundlage für ihre Überlegungen zum Populismus. Was sie anzieht, ist Oakeshotts Kritik des liberalen Rationalismus und seine Bejahung des demokratischen Versprechens, eine gewisse Kontrolle über das eigene Leben zu erringen. Mit ihm unterscheidet sie an der modernen Demokratie zwei Gesichter, das heißt zwei konfligierende, aber untrennbar miteinander verbundene Politikstile: einen von ihr als »redemptive« bezeichneten, also erlösenden, hoffnungsvollen, volkssouveränistischen Impuls und einen als »pragmatic« (Canovan 1999: 9) betitelten, also herrschaftlichen, verwaltenden, Konflikte verarbeitenden Zug.

Mit dieser Unterscheidung stellt sie die Frage nach dem Verhältnis von Rationalität und Irrationalität ins Zentrum ihrer Populismustheorie. Canovan grenzt sich von der Vorstellung ab, Populismus wäre ein bloß pathologisches Verhalten. Sie betont, dass Populismus eine Forderung nach der Einlösung des demokratischen Versprechens ist, die Macht liege beim Volk. Sie geht gar so weit, Populismus prinzipiell als eine Revolte gegen die herrschenden Machtstrukturen, Ideen und Werte der jeweiligen Gesellschaft zu deuten – ein Urteil, das umso mehr erstaunt, als zu den von ihr so beschriebenen Fällen auch der damalige Front National unter Jean-Marie Le Pen gehört (vgl. ebd.: 3f.).

Entgegen ihrer Absage an Populismustheorien in den 1980ern, die sich explizit auch gegen Laclau richtete (vgl. Canovan 1982), erhofft sie sich ab Beginn der 2000er-Jahre theoretischen Fortschritt durch »structural considerations« (Canovan 1999: 3) über das Verhältnis von Populismus und Demokratie. Populismus speist sich laut ihr aus dieser Spannung, die der modernen Demokratie selbst wesentlich ist, und begleitet daher die Demokratie unweigerlich »like a shadow« (Canovan

1999: 16). Er tritt immer dann auf, wenn die erlösende, hoffnungsvolle Seite der modernen Demokratie zu sehr unterdrückt ist.

Ihren früheren, eher rationalistischen Blick auf populistische Bewegungen (siehe Abschnitt 4.2.1) transformiert Canovan in dieser strukturalistischen Perspektive. Denn in ihrem Oakeshott'schen Demokratieverständnis ist mit dem »Erlösungs«-Impuls der Demokratie explizit Raum für politische Artikulationen und Forderungen, die nicht in reiner Interessenpolitik aufgehen. Ja, sie werden sogar der pragmatischen Interessenverarbeitung gleichrangig zur Seite gestellt. Allerdings ist dieses über spezifische Interessen hinausgehende Moment hier wie auch in ihren früheren Texten als ein immer schon demokratisches eingehetzt. Denn die gegen das schmutzige politische Alltagsgeschäft aufgestellte Erlösungshoffnung zielt laut Canovan stets darauf, das demokratische Ideal der Volksherrschaft und der emanzipatorischen Kontrolle über das eigene Leben zu erneuern (vgl. ebd.: 11f.). Populismus ist daher nie einfach autoritär, sondern trägt stets einen egalitären Impuls in sich.

Auch Canovans noch spätere Arbeit mit Michael Freedens Ideologiebegriff – entgegen ihrer eigenen, früheren Kritik an Ideologie-Definitionen des Populismus – ändert daran nichts. An die Stelle des Gegensatzes der »redemptive« und »pragmatic faces« der Demokratie tritt hier der von Inklusion (»bringing people into politics«) und der Vermittelbarkeit der damit steigenden Komplexität (»taking politics to the people«). Demokratische Politik wird demnach von den meisten Subjekten, die sie emanzipieren will, schlicht nicht verstanden. Beziehungsweise: Je demokratischer und also komplexer ein politisches System wird, desto schwieriger ist es zu verstehen (vgl. Canovan 2002: 26). Die Ideologie, die diese Kluft zu überbrücken versucht, um Politik verstehbar zu machen, ist durch und durch populistisch (ebd.: 29). Populist\*innen sind also jene, die die demokratische Politik ernst nehmen.

Populist\*innen sind für Canovan aber stets auch zutiefst tragische Figuren. Denn sie mobilisieren ein demokratisches Versprechen, das nicht erfüllt werden kann. Gegen die Idee der Kontrolle über das eigene Leben stehen »the hard facts of political and economic interdependence« (Canovan 1999: 12), zudem muss jedes funktionierende Gemeinwesen den lebendigen »Willen des Volkes« in entfremdeten Institutionen und dem »dead letter of the law« (ebd.: 14) festzurren.

Dennoch hat Canovan Populismus damit von einer Ausnahme zu einem regelhaften Moment der modernen Demokratie erklärt. Bei allen theoretischen Differenzen formuliert sie damit die zentrale These, die auch die Demokratie- und Populismusverständnisse Laclaus und Mouffes organisiert.

### 4.1.2 Der Volk/Machtblock-Widerspruch als eigenständige Herrschaftsbeziehung

Für den frühen, marxistischen Laclau ist das »Volk« zunächst nicht lediglich eine rhetorische Figur, sondern eine objektive Größe. »Volk« bezeichnet ein Pol in der politischen und ideologischen Herrschaftsbeziehung zwischen »Volk« und »Machtblock«, die nicht mit dem Klassenverhältnis in eins fällt. Den Kampf um die konkrete Ausgestaltung des Subjektes Volk im Gegensatz zum Machtblock nennt Laclau »popular-democratic struggle« (Laclau 1977: 107). In diesem Zusammenhang tritt der Demokratiebegriff in seiner Theorie auf und wird definiert als ein »set of symbols, values etc. – in short, interpellations – through which the ›people‹ grows aware of its identity through its [opposition to] the power bloc« (ebd.). Diese oppositionelle Anrufung kann in konkreten Wörtern wie »the other«, »the counterposed«, »the underdog« (ebd.) ausgedrückt sein. Allgemeiner sind hier aber alle Symbole und Werte gemeint, die dem Subjekt Volk eine positive Identität verleihen, vor allem »folklore in mass ideology« (ebd.: 173), »nationalism«, »national traditions« (ebd.: 117) sowie »anti-plutocratic [...] aspects« (ebd.: 120). Diese popular-demokratischen Ideologien existieren in jeder nationalen Kultur und treten insbesondere in Krisenzeiten hervor. Verbunden mit diesen Anrufungen bedeutet Demokratie für Laclau immer zum einen Institutionen, in denen demokratische Rechte materialisiert sind, zum anderen demokratische Subjekte, die fähig sind, diese Rechte wahrzunehmen (vgl. ebd.: 107).

Darüber hinaus ist Laclaus Demokratiebegriff kaum positiv bestimmt. Laclau grenzt ihn explizit sowohl von liberalen Demokratiekonzeptionen als auch von bestimmten, instrumentellen Demokratieverständnissen im Marxismus ab. Demokratie ist in jedem Fall mehr als bürgerliche Freiheit, Gleichheit und allgemeines Wahlrecht. Damit soll auch einem bestimmten marxistischen »revolutionary cynicism« (ebd.) eine Absage erteilt sein, der demokratische Institutionen lediglich als Werkzeuge zur Herbeiführung einer Diktatur des Proletariats erachtetet. Insgesamt setzt Laclau ein Ergänzungsverhältnis von Sozialismus (im Sinne einer Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeitskraft) und wahrer Demokratie voraus. Wahre Demokratie kann demnach nur durch die Abschaffung der Ausbeutung erreicht werden. Zugleich muss diese Abschaffung demokratisch geschehen, also getragen durch die große Mehrheit der Bevölkerung (vgl. ebd.: 108).

Laclau versucht das antagonistische Potenzial der Demokratie historisch-kritisch aus seiner Absorption und Neutralisierung durch den Liberalismus zu befreien und betont immer wieder, dass Demokratie nicht wesentlich an einen bestimmten Klassendiskurs gebunden ist (vgl. etwa ebd.: 170). Andersherum aber wendet er sich ebenfalls gegen maoistische Verklärungen der Demokratie als einer immer wieder aufkommenden Keimform des Kommunismus. Für Laclau gibt es

nämlich überhaupt keinen originären populär-demokratischen Diskurs mit einer bestimmten politischen Ausrichtung, sondern demokratische Ideologie existiert lediglich in Form der oben genannten Diskurselemente. Trotzdem reserviert Laclau der Demokratie eine besondere Beziehung zum Sozialismus. Der Sozialismus drängt, als Diskurs der unterdrückten Klasse, qua deren Klasseninteressen von selbst auf eine Überwindung des Staates hin. Deshalb kann nur der Sozialismus den demokratischen Widerspruch von Volk und Machtblock voll entwickeln und zu seiner logischen Konsequenz führen, die in eben jener Überwindung des Staates liegt (vgl. Laclau 1977: 171).

#### **4.1.3 Nach dem Marxismus: »Demokratische Revolution« ohne bürgerliche Gesellschaft<sup>2</sup>**

Im Zuge des Wandels Laclaus von der marxistischen zur post-marxistischen oder radikaldemokratischen Populismustheorie wird der Begriff der Demokratie deutlich wichtiger. In ihrem gemeinsamen Opus magnum *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus* sprechen Mouffe und Laclau von einem »demokratischen Imaginären« (Laclau/Mouffe 2000: 199) als Kern moderner Politik. Ihnen wollen sie gegen das »jakobinische Imaginäre« (ebd.: 32) des Marxismus zu vollem Recht verhelfen.

Dazu entwickeln sie, gestützt auf Arthur Rosenberg, eine gewissermaßen auf den Populismus ausgerichtete Deutung der politischen Emanzipationsbewegungen seit 1789. Deren verschiedene Phasen unterscheiden sie entlang unterschiedlicher, jeweils bestimmender politischer Spaltungslinien.

Als Ursprung der modernen Strukturierung von Politik gilt ihnen die Französische Revolution. Mouffe und Laclau verstehen alle emanzipatorischen Kämpfe als Fortsetzungen dieser großen Umwälzung, die sie mit Alexis de Tocqueville als eine »demokratische Revolution« deuten. Zwischen 1789 und 1848 ist demnach die politische Spaltung der Gesellschaft in Volk und System (bzw. Ancien Régime) der zentrale Antreiber der historischen Konfrontationen in Europa gewesen. Diese Vereinigung als »Volk«, die zunächst als gegeben und einzige mögliche erschien, büßte aber bis zur Revolution von 1848 angesichts der wachsenden Komplexität und korporatistischen Differenzierung der kapitalistischen Gesellschaft zunehmend an Überzeugungskraft ein. Zudem artikulierte das politisch aufstrebende Proletariat, insbesondere in der Restaurationszeit nach 1848, politische Spaltungen immer mehr als Klassenkämpfe. Die politische Polarisierung der Gesellschaft in zwei antagonistische Lager war von einer unbezweifelbaren Tatsache zu einer beständigen Herausforderung geworden, der Gegensatz von Volk und Ancien Régime schien nicht mehr vorwärts zu treiben. Vollends erledigt sehen Mouffe und Laclau das Projekt

---

<sup>2</sup> Dieser Abschnitt basiert auf Teilen eines bereits veröffentlichten Artikels (Breuning 2018b).

einer Einigung des »populären Pols« dann aber erst durch die marxistische Antwort auf diese Krise. Die marxistische Konzeption vom Kampf zweier Klassen als Motor der revolutionären Emanzipation sehen Mouffe und Laclau dadurch gegenüber der populistischen Logik im Nachteil, dass sie weder die *ganze* Gesellschaft zu spalten vermag, noch automatisch einen *politischen* Gegensatz produziert – oder jedenfalls nur unter ganz bestimmten Annahmen. Von hier aus begründet sich Mouffes und Laclaus Opposition gegen die zentralen Aspekte der marxistischen Emanzipationsvorstellung, die sie »jakobinisch« nennen: die Zentralität der Arbeiter\*innenklasse; die eine Revolution als Übergang zu einer neuen Gesellschaftsform; ein einheitlicher kollektiver politischer Wille (vgl. Laclau/Mouffe 2000: 32). Und von hier aus versuchen sie, angesichts der Neuen Sozialen Bewegungen, das 1789 geborene »demokratische Imaginäre« und die populistische Logik gegen die Vorherrschaft des Marxismus wieder zur Geltung zu bringen. Dazu deuten sie die Französische Revolution als einen bis heute fortwirkenden demokratischen Urknall.

Was heißt das? Ihnen zufolge bestand die historische Neuheit der Französischen Revolution vor allem darin, »das demokratische Prinzip der Freiheit und Gleichheit als neue Matrix des sozialen Imaginären durch[zu]setzen« (ebd.: 191). Während im holistischen Gesellschaftsverständnis des Ancien Régime Politik nur darin bestehen konnte, die hierarchisch zementierten, durch den Willen Gottes legitimierten Verhältnisse zu wiederholen und zu bestätigen, setzte die Französische Revolution eine neue Legitimität als verbindlich, die dem Volk die absolute Macht zuspricht. Anknüpfend an den libertären Demokratietheoretiker Claude Lefort sehen Mouffe und Laclau darin nicht weniger als eine »neue Art und Weise der Instituierung des Sozialen« (ebd.: 192). Denn indem Freiheit und Gleichheit als zentrale Prinzipien der Politik gesetzt wurden, konnten nun emanzipatorische Bewegungen vielfältige Formen der Ungleichheit als illegitim und widernatürlich kritisieren. Die Prinzipien der Gleichheit und Freiheit können auf immer größere Bereiche der Gesellschaft ausgeweitet werden und immer neue Kämpfe gegen Formen der Unterordnung anstoßen.

Diese »Logik der Äquivalenz« (ebd.: 195), etwa in Form der Erklärung der Menschenrechte, schafft so gesehen die »diskursiven Bedingungen der Möglichkeit, die verschiedenen Formen der Ungleichheit als illegitim und widernatürlich hinzustellen« (ebd.: 196). Der neu geschaffene demokratische Diskurs erlaubte es, verschiedene Widerstandsformen gegen stabile, allgemein als notwendig erachtete Unterordnungsverhältnisse aufeinander zu beziehen. So konnten sie einander äquivalent gemacht und durch die anprangernde Berufung auf Freiheit und Gleichheit von *Unterordnungs-* zu *Unterdrückungsverhältnissen* werden.

Da Mouffe und Laclau das »demokratische Imaginäre« gegen das Emanzipationsmodell des Marxismus in Stellung zu bringen versuchen, ist besonders aufschlussreich, wie sich nun die »Logik der Äquivalenz« zur Unterordnung in kapitalistischen Produktionsverhältnissen verhält. Auch sozialistische Bewegungen wol-

len sie ausdrücklich als ein »inneres Moment der demokratischen Revolution« verstehen, nämlich als die »Verschiebung von der Kritik der politischen Ungleichheit auf die Kritik ökonomischer Ungleichheit« (Laclau/Mouffe 2000: 192). 1977 kritisierte Laclau genau solch ein Verständnis von Sozialismus als einer bloßen Erweiterung der Bürger\*innenrechte noch als ein liberales Demokratieverständnis (vgl. Laclau 1977: 107). Er sah darin eine Hypostasierung der abstrakten Gleichberechtigung im Status des Bürgers, als wäre damit schon eine vollumfängliche Demokratie möglich. Hinter der Gleichberechtigung wird die reale kapitalistische Ausbeutung unsichtbar. Es müssen zugleich hegemoniale populare Subjekte entstehen, die die »elimination of class exploitation« (ebd.: 108) durchsetzen. Sozialismus und Demokratie waren 1977 also nicht dasselbe, sondern zwei nur der Möglichkeit nach komplettäre Kämpfe, die politisch erst vereint werden müssen.

1981 hingegen ist für Mouffe und Laclau der widersprüchliche Zusammenhang von demokratischem Imaginären und bürgerlicher Gesellschaft kein Thema mehr. Diese Entwicklung verdient kritische Aufmerksamkeit, denn hier zeigen sich deutlich die Folgen der Ablösung vom Marxismus für den postmarxistischen Demokratiebegriff.

Mouffe und Laclau erzählen die Geschichte der Französischen Revolution ausschließlich als eine Verschiebung im gesellschaftlichen Imaginären, also in der politischen Kultur und den politisch wirkmächtigen Legitimationsfiguren. Damit ist aber die neue »soziale Logik« demokratischer Gesellschaften kaum zureichend beschrieben. Stehen die neuen politischen Legitimationsfiguren nicht im Zusammenhang mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen, die die Revolution hervorbrachte? Der Kampf der Französischen Revolution gegen das Ancien Régime vollzog sich nicht allein auf dem Gebiet des »sozialen Imaginären«. Begreift man sie zugleich als eine *bürgerliche* Revolution, gerät in den Blick, dass die Kritik der überkommenen Legitimitätsstrukturen von einer praktischen Kritik der hochgradig verrechtlichten Aneignungs- und Herrschaftsformen des Ancien Régime angetrieben und getragen wurde. Der welthistorische Bruch der »demokratischen Revolution« bestand also nicht allein in einem Wandel der Legitimitätsformen, sondern zudem in der Trennung zweier zuvor ungeschiedener gesellschaftlicher Sphären: »Staat« und »Ökonomie«. Die personale Herrschaft wurde veröffentlicht und damit, mit einem Ausdruck der marxistischen Staatstheoretikerin Heide Gerstenberger, zu »subjektloser Gewalt« (Gerstenberger 2006). Herrschaftsrechte wurden enteignet und die »Souveränität des Volkes« ersetzt im modernen Staat die dynastische Souveränität als Legitimitätsgrundlage.

Folgt man Gerstenbergers kritischer Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt, war die Beseitigung personaler Herrschaftsformen aber zugleich die zentrale Voraussetzung dafür, dass kapitalistische Produktionsverhältnisse herrschend werden konnten. Denn die Veröffentlichung der Staatsgewalt ermöglichte erst die Freisetzung des Marktes. Staatsgewalt sollte nicht länger zur privaten

Bereicherung ihrer Inhaber gebraucht werden dürfen, sondern ausschließlich politischen Zwecken dienen, während Auskommen und Gewinn in der wirtschaftlichen Sphäre zu suchen sind. Der bürgerliche Charakter der »demokratischen Revolutionen« offenbart sich nun gerade in dieser Trennung von Politik und Ökonomie, die den bürgerlichen Staat auf das Prinzip der Neutralität gegenüber jeglicher Art von Privatbesitz verpflichtet. Denn indem der Staat die freie Verfügung über jede Art privaten Eigentums gleichermaßen schützt, schützt und verstetigt er zugleich den grundlegenden Unterschied zwischen denjenigen, die über Produktionsmittel verfügen und anderen, die lediglich ihre Arbeitskraft verkaufen können. Er schafft also die rechtlichen Voraussetzungen der kapitalistischen Produktionsweise (vgl. Gerstenberger 2006: 518–520). Gerstenberger fasst den springenden Punkt dieser Theorie wie folgt zusammen:

»Es ist das bleibende Ergebnis einer in den sechziger und siebziger Jahren unter Marxistinnen und Marxisten international geführten Diskussion über die gesellschaftliche Form kapitalistischer Staatsgewalt, daß deren ›Klassencharakter‹ gerade nicht – oder jedenfalls nicht in erster Linie – im Einsatz staatlicher Gewaltmittel gegen (protestierende) Arbeitskräfte, in offener Klassenjustiz und anderen direkten Formen von Unterdrückung und Benachteiligung zu sehen ist, sondern in der Neutralität staatlicher Gewalt gegenüber jeglicher Art von Privatbesitz« (ebd.: 520).

Somit lässt sich sagen, dass Klassengesellschaften im Sinne von aus verrechtlichten Standes- und Privilegienunterschieden freigesetzten Klassenverhältnissen überhaupt erst durch die bürgerlichen Revolutionen geschaffen wurden.

Diese bürgerliche Seite der Französischen Revolution blenden Mouffe und Laclau jedoch aus, wenn sie sich in ihrer Deutung lediglich auf die demokratischen Prinzipien der Freiheit und Gleichheit konzentrieren. Wie schon die amerikanische marxistische Historikerin Ellen Meiksins Wood in ihrer frühen Kritik am Postmarxismus dargelegt hat, ist die »Autonomie« des Politischen, die Mouffe und Laclau theoretisch zu erklären versuchen, also die *Staatsform*, eine der stärksten ideologischen Kräfte des bürgerlichen Staates. Denn sie lässt es schon fraglich erscheinen, ob überhaupt ein Klassengegensatz existiert oder gar politisch bedeutsam ist (vgl. Wood 2016: 149). Indem nun der Postmarxismus diese »Autonomie« des Politischen zur alleinigen Art und Weise der »Instituierung des Sozialen« erklärt, akzeptiert er diese vorgebliche Klassenlosigkeit.

Es stimmt natürlich, dass bürgerliche Revolutionen unter den Maximen der Gleichheit, der Freiheit und der natürlichen Rechte aller Menschen durchgefochten wurden und damit fortan die Begründung bestimmter Ausschlussstrategien eines ganz anderen Aufwands bedurfte als im Ancien Régime. Zwar verwehrte die durch sie geschaffene Herrschaft zunächst auch weiterhin Bauern, Arbei-

ter\*innen, Sklaven, Frauen, jüdischen Menschen und anderen nicht-christlichen Religionsangehörigen den Zutritt zum nun souveränen »Volk«. Aber die neue Legitimationsgrundlage bürgerlicher Staaten wurde zum Ansatzpunkt weitergehender Forderungen, die die Partizipation jener Gruppen einklagten. Liberaldemokratische Institutionen und die neuen Rechtfertigungsformen sind aber nicht vom (verdeckten) Klassencharakter des bürgerlichen Staates zu trennen. Es bleibt ein widersprüchlicher Zusammenhang von Demokratie und Kapitalismus bestehen, der nicht durch eine bloße Ausdehnung der politischen Gleichheit überwunden werden kann. Denn zur neuen »Instituierung des Sozialen«, die von emanzipatorischen Bewegungen ausging, gehört auch, dass diese sich für ihre Forderungen nach politischer Partizipation eben auf jene Rechte und Prinzipien der bürgerlichen Revolution berufen und also die Grundlagen des bürgerlichen Staates zumindest in dieser Hinsicht bestätigen mussten (vgl. Gerstenberger 2006: 523). Insofern zu diesen Grundlagen eben die Absicherung kapitalistischer Produktionsverhältnisse gehört, wird die eingeforderte staatsbürgerliche Gleichheit von deren Verheerungen immer wieder untergraben.

Mouffe und Laclau verlieren diesen widersprüchlichen Zusammenhang von demokratischem Staat und Klassenverhältnissen allerdings aus dem Blick, da sie durch die »demokratische Revolution« eine gewissermaßen freischwebende, »durch ein egalitäres Imaginäres unterstützte Logik der Verschiebung« (Laclau/Mouffe 2000: 205) eingesetzt sehen, die unaufhörlich fortwirken kann. Als sozialistische Strategie leiten sie daraus eine bloß quantitative »Ausdehnung des Feldes demokratischer Kämpfe auf die ganze civil society und den Staat« (ebd.: 215) ab, ohne nach dem qualitativen Unterschied zwischen einer Ausweitung von Staatsbürgerrechten und einer Aufhebung kapitalistischer Produktionsverhältnisse zu fragen. Sie konzentrieren sich darauf, zu Recht die orthodoxe These abzuwehren, demokratische Rechte wären »von Natur aus ›bürgerliche‹« (ebd.: 93) und also bloß scheinbare Freiheiten. Darüber versäumen sie aber, auch die staatlichen Voraussetzungen dieser Rechte und damit ihre Begrenztheit zu reflektieren. Sie folgen in dieser Hinsicht ihrem zentralen demokratietheoretischen Bezugspunkt in der marxistischen Tradition, Eduard Bernstein. Bernstein ging bereits 1922 davon aus, dass der bürgerliche Staat durch die Demokratisierung »die organisierte politische Persönlichkeit eines unabhängigen Volkes« (Bernstein 2011: 117) geworden war. Er definierte gar Demokratie als »Aufhebung von Klassenherrschaft« (Bernstein 1899: 122), verneinte also einen spezifischen Klassencharakter des bürgerlichen Staates. Insgesamt versteht Bernstein den Sozialismus sowohl im politischen Denken als auch in der Praxis als Ausdehnung des von der Französischen Revolution eröffneten politischen Raumes. So betonte er 1899 mit Blick auf mögliche Allianzen der deutschen Sozialdemokratie mit progressiven Elementen des Bürgertums, dass die modernen, liberalen staatlichen Institutionen »biegsam, wandlungs- und

entwicklungsfähig« (Bernstein 1899: 139) sind. Anders als die Einrichtungen des Feudalismus brauchen sie nicht gesprengt, sondern nur fortentwickelt zu werden.

Mouffe und Laclau schließen sich erkennbar dieser Linie an. Dadurch übernehmen sie allerdings auch den demokratischen Fortschrittsglauben, den sie bei Bernstein zunächst noch kritisieren. Nur wenige Jahre nach »Hegemonie und radikale Demokratie« schrieb Mouffe: »Once begun, the democratic revolution has had, necessarily, to undermine all forms of power and domination, whatever they might be« (Mouffe 1988: 94).

In Bezug auf das oben angesprochene Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus verweisen die Einwände der kritischen Staatstheorie hier bei Mouffe und Laclau auf eine innere Grenze der sozialistischen Gesellschaftskritik, die schon Karl Marx anhand der Theorien des französischen Frühsozialisten Pierre-Joseph Proudhon hervorhob. Der Sozialismus war oft unfähig, zu erkennen, dass juristisch-politische Gleichheit und ökonomische Ausbeutung in der bürgerlichen Gesellschaft gleichzeitig und miteinander verbunden bestehen. Marx unterschied, dass Freiheit und Gleichheit Formen der Zirkulationssphäre, also der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft sind, während in der kapitalistischen Produktion immer schon eine Spaltung in Eigentümer\*innen von Produktionsmitteln und jene, die nur ihre Arbeitskraft verkaufen, vorausgesetzt ist (vgl. Arndt 2015: 123). Dem sozialistischen Versuch, die Freiheit und die Gleichheit der bürgerlichen Gesellschaft reformistisch gegen ihre ökonomische Ungleichheit in Stellung zu bringen, warf er deshalb Utopismus vor:

»Was die Herren von den bürgerlichen Apologeten unterscheidet, ist [...] der Utopismus, den notwendigen Unterschied zwischen der realen und idealen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft nicht zu begreifen und daher das überflüssige Geschäft vornehmen zu wollen, den ideellen Ausdruck selbst wieder realisieren zu wollen, da er in der Tat nur das Lichtbild dieser Realität ist« (Marx 1983: 174).

Da Mouffe und Laclau den Unterschied zwischen der realen und der idealen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft nicht als einen notwendigen wahrnehmen, erscheint ihnen die Differenz zwischen den im »demokratischen Imaginären« ausgedrückten Versprechen der bürgerlichen Revolution und den realen gesellschaftlichen Verwerfungen als bloß quantitativer Mangel der bislang erreichten Ausdehnung von Freiheit und Gleichheit.

Offenbar erschwert die diskurstheoretische Fassung des radikaldemokratischen Demokratiebegriffs die Verbindung zu anderen gesellschaftstheoretischen Überlegungen. So zerfällt etwa der Begriff des Staats für Mouffe und Laclau in eine »ungleiche Anordnung von Abteilungen und Funktionen mit einer nur relativen Integrierbarkeit durch die in ihm stattfindenden hegemonialen Praktiken« (Laclau/Mouffe 2000: 218). Wie die Gesellschaft insgesamt erscheint er nur mehr als eine Pluralität

von Konfliktfeldern. Aus dieser Perspektive erklären sie dann auch die (post-)strukturalistisch-marxistischen Versuche, etwa Louis Althusers und Nicos Poulantzas' über die Frage, wie die politische Form des bürgerlichen Staates zu bestimmen ist und welche Implikationen sie hat, für gescheitert.<sup>3</sup> Im Rahmen ihrer Theorie des Politischen ist die einzige Alternative zu der deterministischen Vorstellung, Klassenverhältnisse würden staatliches Handeln vollständig bestimmen, das Verhältnis von Staat und Gesellschaft selbst wiederum als Resultat hegemonialer Artikulationen zu verstehen (vgl. Laclau/Mouffe 2000: 178). Und insofern »hegemoniale Artikulationen« mit »politische Handlungen« übersetzt werden kann, stimmt das abstrakt gesprochen sicher – denn auch die Reproduktion herrschaftsähnlicher gesellschaftlicher Verhältnisse ist natürlich ein Produkt menschlichen Handelns. Was so aber nicht mehr erklärt werden kann, ist, dass sich diese Reproduktion undurchschaut und naturwüchsiger vollzieht, also gerade nicht ohne Weiteres als praktische Reproduktion eines Herrschaftsverhältnisses erkennbar ist.

Hier verweisen die Probleme des postmarxistischen Demokratiebegriffs auf ein grundsätzlicheres Problem ihrer Gesellschaftstheorie. Die Abkehr vom marxistischen Fokus auf Klassenverhältnisse ermöglicht es zwar, sowohl einen »Essentialismus der Totalität« zu kritisieren – den dialektischen historischen Materialismus – als auch einen »Essentialismus der Elemente« (ebd.: 154), etwa in der faschistischen Theorie Carl Schmitts. Allerdings formulieren Mouffe und Laclau die Kritik an dieser falschen Alternative von der Vorstellung aus, hinter jeder politischen Praxis stehe eine grenzenlose historische *Kontingenz*. Ein politischer Antagonismus ist für sie explizit kein objektives Verhältnis, sondern »ein Verhältnis, worin die Grenzen jeder Objektivität gezeigt werden« (ebd.: 162). Antagonismen sind die bloße Negation einer gegebenen Ordnung, sie enthalten deren Nicht-Notwendigkeit. Zurecht heben Mouffe und Laclau hervor, dass zwischen den Antagonismen und den Bedingungen, aus denen sie entstehen, keine *notwendige* Verbindung besteht. Gesellschaftliche Ordnung ist gerade keine vollständig konstituierte, in festgefügten Momenten gegliederte Totalität, sondern ihre Elemente sind auf nicht-notwendige, auf contingente Weise miteinander verbunden: »Somit kommt ein Niemandsland zum Vorschein, das die artikulatorische Praxis erst möglich macht«

---

3 Poulantzas selbst polemisierte zwar gegen die sogenannte »Staatsableitungsdebatte«, zu der auch die hier vorgetragenen Argumente Heide Gerstenbergs zählen. Tatsächlich kommt seine Konzeption des bürgerlichen Staates als »die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen« (Poulantzas 2002: 159) jedoch zu ganz ähnlichen Einsichten. Auch für ihn ist der Staat bzw. das Politische immer schon konstitutiv in die Produktionsverhältnisse eingeschrieben. Die relative Autonomie des Politischen ist keine wirkliche Trennung, sondern nur die verschlüsselte, bürgerliche Form der »konstitutiven Präsenz des Staates innerhalb der Produktionsverhältnisse und ihrer Reproduktion« (ebd.: 45) (vgl. dazu Kannankulam 2008a: 60f.; Hirsch et al. 2015: 100f.). Diese Tradition führt dann auch Stuart Halls Staatsbegriff fort (vgl. Hall 2013a).

(Laclau/Mouffe 2000: 145). Allerdings lassen Mouffe und Laclau in dieser Vorstellung eines Niemandslandes reiner Kontingenz und ihrem Fokus auf politisches Handeln die spezifischen gesellschaftlichen Strukturen verschwinden, in denen politisches Handeln stattfindet. Die Beharrlichkeit gesellschaftlicher Institutionen gegen individuelles und kollektives Tun wird immer wieder verdeckt, indem politische Auseinandersetzungen grundsätzlich als Konflikte um die Konstruktion von Subjektpositionen und Identitäten beschrieben werden. Mouffes und Laclaus gelegentliche Verweise darauf, dass sich politische Konflikte »sedimentieren«, also zu Institutionen verfestigen, bleiben demgegenüber theoretisch folgenlos. Die Beharrlichkeit von Unterdrückungsverhältnissen kann nicht erklärt werden (vgl. dazu auch Jörke 2004: 180). Zudem bleiben sie abstrakt, weil sie die spezifischen Formen, in die Institutionen politisches Handeln zwingen, nicht befragen können. Unklar bleibt, wie durch politische Konflikte hindurch unbesiehen Herrschaft reproduziert wird: »Das Naturwüchsige wird zur reinen Kontingenz, die Entwicklung der Gesellschaft, die ›selbst kein Wesen‹ oder ›einfaches Grundprinzip‹ hat, zum bloßen Effekt artikulatorischer Praktiken, welche (diskursive bzw. politische) Hegemonie begründen« (Wallat 2010: 278).

Die politische Kraft der Äquivalenzlogik begründen Mouffe und Laclau aus der seit 1789 fortschreitenden Ausdehnung des »demokratischen Imaginären« in alle Bereiche der europäischen Gesellschaften. Entgegen dem Marxismus, der politische Spaltung ausgehend von einer bestimmten Klassenspaltung dachte, folgen sie der Idee eines »Primats der Politik« (Laclau/Mouffe 2000: 104) über das Gesellschaftliche. Während sie auf die Nicht-Notwendigkeit politischer Antagonismen und die prinzipielle Möglichkeit populistischer Artikulationen insistieren, vernachlässigen sie die Analyse gesellschaftlicher Strukturen.

Wohin führt also die radikaldemokratische Deutung der Französischen Revolution, die die populistische Logik gegen das marxistische Konzept des Klassenkampfes historisch absichern sollte? »Demokratie ist hier keine Gesellschaftsform mehr, sondern nur noch eine diskursive Matrix. In dieser bloß diskursiven Demokratie, die nicht mit konkreten Klassen- oder sonstigen Verhältnissen in Zusammenhang steht, scheint die populistische Logik stets und überall anwendbar. Auch eine Analyse verschiedener Wahl- und Parteiensysteme, wie sie die Cleavage-Theorien vornehmen, erscheint aus dieser Perspektive für das Verständnis des Populismus als nebenschließlich.

#### 4.1.4 Das demokratische Paradox und der unauslöschliche Antagonismus<sup>4</sup>

Chantal Mouffe hat die Struktur des demokratischen Imaginären später präziser analysiert. Anders als Claude Lefort es vorschlug, ist Demokratie für sie nicht einfach eine völlig neue symbolische Ordnung. Demokratie als solche ist zunächst eine Herrschaftsform, die auf den Prinzipien der Gleichheit und der Volkssouveränität beruht. Diese Herrschaftsform existierte historisch in verschiedenen symbolischen Ordnungen. Die demokratische Revolution hat nun die spezifisch moderne Demokratie hervorgebracht, indem sie der demokratischen Herrschaftsform im Kontext eines liberalen, durch individuelle Freiheit und Menschenrechte bestimmten Diskurses erneut zur Geltung verhalf. Diese moderne Verbindung der demokratischen und der liberalen Tradition betrachtet Mouffe aber als in keiner Form notwendig oder logisch ableitbar. Vielmehr handelt es sich um eine »contingent historical articulation« (Mouffe 2000: 3) zweier durchaus heterogener, ja inkompatibler Wertekanons.<sup>5</sup> Entgegen etwa Habermas' Versuch, Demokratieprinzip und Grundrechte als logisch gleichursprünglich und aufeinander bezogen auszuweisen (vgl. Habermas 1992: 151ff.), sieht Mouffe eine paradoxale Beziehung zwischen ihnen. Denn die Herrschaft des Volkes und die individuelle Freiheit stehen in einer unauflösbar Spannung zueinander, da sie sich stets gegenseitig begrenzen müssen:

»What cannot be contestable in a liberal democracy is the idea that it is legitimate to establish limits to popular sovereignty in the name of liberty. Hence its paradoxical nature« (Mouffe 2000: 4).

Diese Spannung kann lediglich vorübergehend in kontingenter und hegemonialer Form stillgestellt werden. Eben um diese konkrete Form der Stabilisierung von Freiheit und Gleichheit ringen die politischen Kräfte in einer liberalen Demokratie.

Die heutige hegemoniale, neoliberale politische Tradition identifiziert nun Demokratie fast ausschließlich mit dem Rechtsstaat und den Menschenrechten und verdrängt dabei beinahe vollständig das Element der Volkssouveränität. Zugleich ist zum ersten Mal in der Geschichte der modernen Demokratie die bloße Idee einer Alternative zu dieser hegemonialen Konzeption diskreditiert. Diese beiden Entwicklungen haben ein »democratic deficit« (ebd.) erzeugt, dass die Loyalität gegenüber

4 Dieser Abschnitt basiert auf Teilen eines bereits veröffentlichten Aufsatzes (Mattutat/Breuning 2017).

5 Margaret Canovan hat dieser Gegenüberstellung aus radikaldemokratischer Perspektive widersprochen. Mindestens für den anglophonen Bereich seien liberale Forderungen nach Freiheit und Menschenrechten vielmehr über weite Strecken ein Volksanliegen gewesen, in deren Namen die Ausgeschlossenen mobilisiert werden konnten. Und umgekehrt hat die liberale Seite der modernen Demokratie damit ihre Durchsetzung auch dem radikaldemokratischen Kampf für Volkssouveränität zu verdanken (vgl. Canovan 2005: 86).

demokratischen Institutionen und die Legitimität der liberalen Demokratie als solche gefährdet. An der Mobilisierung der Volkssouveränitätsidee durch rechte populistische Parteien ist erkennbar, dass sie durchaus noch Anziehungskraft besitzt.<sup>6</sup>

Indem der Neoliberalismus die Spannung zwischen dem liberalen und dem demokratischen Prinzip radikal zugunsten des Liberalismus vereinigte, hat er auch den legitimen Ausdruck von Widerstand gegen diese bestehende Machtformation verunmöglicht. Demokratie wird zunehmend auf freie Wahlen und die Verteidigung von Menschenrechten reduziert, während der ökonomische Liberalismus unanfechtbar wird (vgl. Mouffe 2018: 16). Diese Konstellation nennt Mouffe »Postdemokratie«. Parteipolitisch drückt diese sich in »Postpolitik« aus, also einem Verschwimmen der Grenze zwischen rechten und linken Programmen zugunsten einer Konsensdemokratie.

Laut Mouffe ermöglicht nun aber grade dieses Verschwimmen politischer Grenzen populistische Reaktionen, die versuchen, neue Grenzen zu ziehen. Daher entwickelt sie ihren antagonistischen Demokratiebegriff in Konfrontation mit verschiedenen Varianten einer »post-politischen Vision«. Diese Vision leugnet die anhaltende Bedeutung kollektiver Identitäten und unversöhnlicher Konflikte zwischen politischen Strömungen oder hält sie für überwindbar (vgl. Mouffe 2010: 7). Der liberale Kosmopolitismus, der sozialdemokratische »Dritte Weg« oder linksradikale Utopien einer versöhnnten Gesellschaft überspielen, dass politischen Konflikte letztlich nicht rational lösbar sind (vgl. ebd.: 17). Damit aber blenden sie die antagonistische Dimension des Politischen aus, die Mouffe für zentral befindet. Ihr Anliegen ist daher schon seit den 1990ern eine »Rückkehr des Politischen« (Mouffe 1993) in die Demokratietheorie und in linke Bewegungen.

Im Begriff des Antagonismus liegt also ein Schlüssel zum Verständnis der post-marxistischen Populismustheorie. Antagonismen, das heißt unversöhnliche, rational nicht lösbare Konflikte sind laut Mouffe für menschliche Gesellschaften »konstitutiv« (Mouffe 2010: 16). Mehr noch, sie sind das Politische selbst. Da politische Konflikte für Mouffe und Laclau stets Konflikte um Identitäten sind, kommt der Frage entscheidende Bedeutung zu, wie diese Identitäten entstehen. Können sie nicht-antagonistisch gedacht und gestaltet werden? An dieser Stelle ist es bedeutsam, dass sich Mouffe für ihr Verständnis politischer Identitäten auf Modelle stützt, die sie der faschistischen Rechts- und Verfassungstheorie Carl Schmitts entlehnt. Diese Verbindung lohnt näher betrachtet zu werden, nicht zuletzt da Mouffe in Schmitt einen

---

6 Lars Rensmann sieht in »illusions of sovereignty« gar ein wesentliches Merkmal populistisch agitierter Massen. Gestützt auf Hannah Arendts Analysen organisierter Mobs attestiert er der Überhöhung der Volkssouveränität ein unhaltbares Verständnis von Freiheit als einem singulären, selbstgenügsamen Willen. Diese problematische Gleichsetzung von Souveränität und Freiheit kommt nicht von ungefähr, denn sie ist tatsächlich »part of the normative foundations of modern liberal democracy« (Rensmann 2023: 464).

zentralen Bezugspunkt von Theorien der Neuen Rechten teilt, die auch im Bereich der populistischen Rechten erneut rezipiert werden.<sup>7</sup> In Schmitts »Begriff des Politischen« heißt es: die »spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind« (Schmitt 1963: 26). Der Feind ist »in einem besonders intensiven Sinne existenziell etwas anderes und Fremdes [...], so daß im extremen Fall Konflikte mit ihm möglich sind« (ebd.: 27). Erst durch die Bereitschaft und Fähigkeit zur Abgrenzung gegen den Feind kann sich nach Schmitt eine politische Einheit bilden und erst ausgehend von der »reale[n] Möglichkeit des Kampfes« (ebd.: 32) mit ihm gewinnt diese Einheit ihre spezifisch politische Existenz.

Diese zentrale Unterscheidung Schmitts eignet sich Mouffe für ihre antiessentialistische und diskurstheoretische Demokratietheorie an. Sie begreift jede Identität als relational, das heißt, jede Identität existiert nur in der Affirmation einer Differenz zu einem »Anderen«, einem »konstitutiven Außen« (Mouffe 2015a: 25). Im Politischen kann Identität so nur in einem kollektiven »Wir« bestehen, das sich von einem »Sie« abgrenzt. Demokratische Subjekte konstituieren sich demnach erst durch eine Grenzziehung zwischen »uns« und »ihnen«, die Gleichheit in ihrem Inneren beruht auf einer Ungleichheit nach außen.

Diesen Punkt verpassen liberale Demokratietheorien zunächst durch ihren methodologischen Individualismus. Weil sie stets das Individuum zum letzten Bezugspunkt ihrer politischen Theorien machen, erkennen sie, dass man es im Feld des Politischen mit kollektiven Identitäten zu tun hat, die sich nur in Abgrenzung zu anderen herausbilden. Auch die liberale Demokratie kann, entgegen der gängigen liberalen Vorstellung, diese grundlegende Form politischer Gegnerschaft nicht überwinden. Sie setzt vielmehr in ihrem Vollzug die ständige Bestimmung von Kontrahenten voraus. Sie kann aber den immer drohenden Umschlag dieser agonistischen Wir-Sie-Beziehungen in potenziell tödliche, antagonistische Kämpfe zwischen Freund und Feind verhindern (vgl. Mouffe 2010: 29). Dazu muss sie Verfahren bereitstellen, in denen sich die konkurrierenden Parteien als legitime Opponenten anerkennen. Dabei hat Mouffe im Wesentlichen die parlamentarischen Debatten und die Prozesse demokratischer Entscheidungsfindung im Blick (vgl. Mouffe 1993: 130).

Gefährlich ist die liberale Leugnung des Politischen nun laut Mouffe, da sie dazu beiträgt, dass politische Konflikte eher im Register der Moral und also antago-

---

<sup>7</sup> So stützt sich der Ethnopluralismus der Neuen Rechten wesentlich auf Schmitts Freund-Feind-Unterscheidung (vgl. z.B. Vad 2003; Benoist 2007). Dem Ethnopluralismus zufolge sind Völker nicht länger biologisch-rassistisch aufzufassen, sondern als »Wesenheiten mit eigener [geschichtlich gewachsener] Persönlichkeit« (Benoist 1999: 42) und daher als unveränderliche kulturelle Identitäten, die vor fremden Einflüssen geschützt werden müssen (vgl. Eckert 2010).

nistisch statt agonistisch ausgetragen werden. Vom Standpunkt liberaler Theorie aus, demzufolge politische Gegnerschaft und politische Identitäten schon zugunsten eines rationalen, allgemeingültigen Diskurses zwischen Individuen überwunden sind, muss eine antagonistische Opposition zwischen Gruppen »als Wiederkehr irgendwelcher archaischer Mächte« (Mouffe 2010: 95) interpretiert und moralisch geächtet werden.

Neben dem methodologischen Individualismus wird in liberalen Theorien so auch der Rationalismus zum Problem. Liberale Theorien betrachteten die Organisationsformen der parlamentarischen Demokratie als »Institutionen [...], die alle widerstreitenden Interessen und Werte durch vermeintlich ›unparteiliche‹ Verfahren miteinander versöhnen« (ebd.: 9). Dahinter steht der Glaube, dass sich Demokratien durch ihre liberalen Institutionen hindurch auf einen »universellen rationalen Konsens [...]« (ebd.) über politische Fragen zubewegen. Dagegen wendet Mouffe mit Schmitt ein, dass es aufgrund des stets latenten politischen Antagonismus für politische Konflikte letztlich keine rationale Lösung geben kann. Es gibt nur die hegemone Durchsetzung bestimmter Programme gegen andere, die bestenfalls einen für die involvierten Subjekte akzeptablen Kompromiss darstellt. Denn der irreduzible Antagonismus strukturiert selbst noch die Konstitution der streitenden Subjekte und der gesellschaftlichen Objektivität:

»Das Hauptproblem des liberalen Rationalismus ist [...] seine Auffassung, Objektivität sei etwas den Dingen wesenhaft Eingeschriebenes. Er vermag nicht zu erkennen, dass Identität nur möglich ist, wenn sie als Differenz konstruiert wird, und dass jede gesellschaftliche Objektivität durch Akte der Macht konstituiert ist. Er weigert sich einzustehen, dass letztlich jede Form der gesellschaftlichen Objektivität eine politische ist und die Spuren der Akte der Exklusion tragen muss, die mit ihrer Konstituierung einhergehen« (Mouffe 2015a: 25).

Auch das ist eine Folge des Schmitt'schen Begriffs des Politischen. Freund und Feind sind als zwei einander ausschließende Gruppen konzipiert, deren Verschiedenheit substanzial und deren Konflikt immer existenziell ist, das heißt sie kämpfen um den Erhalt ihrer Identität (vgl. Schmitt 1963: 27). Ihr Streit kann aufgrund des Fehlens jeglicher gemeinsamen Basis prinzipiell nicht rational vermittelt werden. Ihre Auseinandersetzungen nehmen deshalb immer die Form des Kampfes um die Vorherrschaft einer dieser Gruppen an.

Natürlich verwehrt Mouffe sich explizit gegen die völkischen, antisemitischen und rassistischen Folgerungen, die Schmitt selbst aus seinem Modell abgeleitet hat. Insbesondere weist sie Schmitts Vorstellung einer substanzialen Homogenität zurück, also die Annahme, politische Gruppenidentität wäre immer auf eine vorpolitisch gegebene, geteilte Eigenschaft wie Ethnizität, Religion, Kultur oder Ähnliches bezogen (vgl. Schmitt 1957: 228). Politische Identitäten werden vielmehr durch ei-

ne Vielzahl von tätigen Identifikationen diskursiv hergestellt. Das bedeutet, dass es nie zu einer geschlossenen politischen Identität kommen kann. Erstens weil sich eine politische Identität wesentlich durch Abgrenzung von einem Anderen konstituiert, sie bleibt also von ihm abhängig. Zweitens weil immer mehrere Artikulationen einer politischen Identität miteinander konkurrieren, sich überschneiden und gegenseitig unterlaufen. Es ergeben sich Widersprüche und Uneindeutigkeiten, die verhindern, dass eine politische Identität jemals unverbrüchlich gefestigt werden kann (vgl. Mouffe 1999: 51). Während bei Schmitt politische Gleichheit nur denkbar ist, wenn sie an eine vorausgesetzte gleiche Eigenschaft anschließt, sind politische Subjekte bis hin zum Demos nach Mouffe und Laclau nie mit sich selbst identisch.

Dennoch weist die politische Diskurstheorie Chantal Mouffes ein zentrales Problem auf, durch das sie unfreiwillig wieder in die Nähe von Schmitt gerät. Mouffe setzt die Kritik essenziellistischer Modelle politischer Identität gewissermaßen zu radikal an und verstellt dadurch den Blick auf die Bedeutung gesellschaftlicher Geltung für politische Konflikte. In Konstellation mit ihrer Ontologie des politischen Antagonismus ähnelt sich so ihr Verständnis politischer Auseinandersetzungen Schmitt wieder an.

Während die Herstellung einer politischen Identität (»Freund«) bei Schmitt von der Möglichkeit des offenen Kampfes mit dem Anderen (»Feind«) abhängt, hebt Mouffes und Laclaus Ontologie des Antagonismus den offenen Kampf auf die Ebene des Faktischen. Es gibt nur ein »Wir«, wenn und insofern es wirklich mit einem »Sie« ringt – mag dieses Ringen auch noch so sehr vom »bewaffnete[n] Kampf« (Schmitt 1963: 33) zur Auseinandersetzung um die Diskurshoheit entschärft sein. Politische Auseinandersetzungen sind so in einer Unendlichkeit gefangen. Die zum Kampf zwingende Gegensätzlichkeit aller Subjektpositionen kann nicht aufgehoben werden. Es kann ihrer Auffassung nach niemals zu einer Lösung eines Antagonismus kommen, ohne dass mit ihm auch die durch ihn gebildeten Identitäten verschwinden und neue entstehen. Und das heißt: Zwischen dem »Wir« und dem »Sie« kann keine irgendwie geartete, grundlegende Gemeinsamkeit bestehen. Sie sind nur durch den Konflikt ihrer Identitäten, also sind sie wesentlich bzw. existenziell verschieden.

Diese Verschiedenheit geht aufgrund der dargelegten Engführung von Erkenntnistheorie und politischer Theorie bei Mouffe und Laclau sogar so weit, dass zwischen dem »Wir« und dem »Sie« prinzipiell keine vernünftige Verständigung stattfinden kann. Vernunft gibt es in der postmarxistischen Theorie, wie Ingo Elbe schreibt, »nur noch als ‚Schleier‘ vor der eigentlich partikularen, irrationalen, gewaltbegründeten Wirklichkeit. Chantal Mouffe betrachtet jede Form der Erkenntnis und jeden allgemeinen Wahrheitsanspruch als gewaltkonstituiert, als bloßen Ausschlussakt und Machteffekt« (Elbe 2015: 41). Denn der Antagonismus, die Unmöglichkeit vollständiger politischer Identität, ist zugleich die Grenze aller begrifflichen Geltung. Er »konstituiert die Grenzen jeder Objektivität, die sich als

partielle und prekäre Objektivierung enthüllt« (Laclau/Mouffe 2000: 165). Weil es keine den konfligierenden Artikulationen übergeordnete Objektivität gibt, gibt es nichts, worin sie sich vermitteln könnten. Deshalb kann der Andere in Mouffes Theorie niemals argumentativ überzeugt werden. Statt der rationalen Lösung von Konflikten gibt es nur die Durchsetzung der einen Partei gegen die andere, das heißt bestenfalls die Unterwerfung des »Sie« durch das Erringen einer hegemonialen Position.

Aufgrund dieser epistemologischen Dimension des Antagonismus nähert sich Mouffe dort wieder an Schmitt an, wo sie sich von ihm distanzieren will. Zwar mit weniger existentialistischem Pathos, aber doch in der Sache gleich behauptet sie wie er: »Die Möglichkeit richtigen Erkennens und Verstehens und damit auch die Befugnis mitzusprechen und zu urteilen ist [...] nur durch das existenzielle Teilhaben und Teilnehmen gegeben« (Schmitt 1963: 27).

Mouffe spitzt ihre relationalistische Kritik des liberalen Rationalismus unter Absehung von der Frage gesellschaftlicher Geltung also so sehr zu, dass ihre Theorie politischer Konflikte unfreiwillig auf ähnliche Konsequenzen hinausläuft wie Schmitts These substanzialer Homogenität. Weil nicht nur alle politischen Identitäten, sondern auch ihre begriffliche Beschreibung und die Geltung von Argumenten unmittelbar abhängig von performativen Bezugnahmen sind, ist im Politischen im Zweifelsfall keine rationale Verständigung möglich, Konflikte können nur durch hegemoniale Unterdrückung des Gegners gelöst werden. Wer etwa, wie Schmitt, den Begriff der Demokratie als völlig unabhängig von liberalen Freiheitsrechten begreift, kann durch keinen Hinweis auf dessen Geschichte oder praktische Verwendung argumentativ zur Einsicht bewegt werden. Laut Mouffe müssen deshalb die Angehörigen der politischen Einheit einer liberalen Demokratie eine Gemeinschaft bilden. Das heißt, sie müssen sich mit denselben Werten, politischen Prinzipien und Verfahren der Entscheidungsfindung identifizieren (vgl. Mouffe 1993: 130–132) damit eine politische Einheit möglich ist. Wer sich dieser Identifikation radikal verweigert, ist der absolut Andere, der nur bekämpft werden kann. Auch Mouffes Idee einer liberalen Demokratie kann daher den Antagonismus nicht grundsätzlich in einen pluralistischen Agonismus umwandeln. Sie verschiebt ihn vielmehr auf den Konflikt zwischen denjenigen, die in einem bestimmten Minimalverständnis liberaler Demokratie übereinkommen, und denjenigen, die dies nicht tun. Ein zentrales Ziel der Theorie der radikalen Demokratie bleibt damit uneingelöst.

Wegen ihrer Dekonstruktion von Objektivität können Mouffe und Laclau auch keine Gründe dafür geben, warum man sich eher mit der einen als mit der anderen politischen Position identifizieren sollte. Es gibt nur »ein pragmatische [...] Gründe [...] der Ansprüche auf Machtlegitimität« (Laclau/Mouffe 2000: 28). Ihr eigenes Engagement für die Linke stellen sie denn auch folgerichtig als kontingente, persönliche Entscheidung dar, die sich schlicht aus der persönlichen Vergangenheit begründen.

det (vgl. Laclau/Mouffe 2000: 34). Mouffe nähert sich auch hier wieder an Schmitt an, denn sie begreift wie er politisches Handeln letztlich als dezisionistisch.<sup>8</sup>

Dieses Begründungsproblem betrifft auch das Plädoyer für einen linken Populismus: Mouffe sah Europas konkrete Wir-Sie-Unterscheidung bis vor wenigen Jahren – diese »Analyse« trug sie bis zur COVID-19-Pandemie über Jahre unverändert vor (vgl. etwa Mouffe 2015b, 2019) – im Konflikt zwischen linkem und rechtem Populismus. Vor dem Hintergrund ihrer Diskurstheorie ist allerdings klar, dass keine der beiden Seiten einen objektiven Anspruch auf Legitimität formulieren kann, und eine Entscheidung für eine der beiden Seiten nur pragmatisch getroffen werden kann. Als Linke schlägt Mouffe dann freilich vor, sich auf die Seite des linken Populismus zu stellen, der die allgemeine Wahrnehmung eines Konflikts zwischen dem »Volk« und der »Elite« als Kampf gegen den Neoliberalismus statt als Kampf gegen Migrant\*innen artikuliert. Argumente kann sie dafür aus den oben genannten Gründen allerdings nicht vorbringen.

#### 4.1.5 Zusammenfassung

Demokratietheorie ist der zentrale Zugang der radikaldemokratischen Ansätze zum Populismus. Ihr sehr weiter Demokratiebegriff ist betont partizipatorisch, dynamisch und antagonistisch. Populismus ist für sie ein wesentlicher Bestandteil der aus der Verbindung von liberaler und demokratischer Tradition entstandenen modernen Demokratie. Sie lehnen dasjenige liberale politische Denken als rationalistisch ab, das Demokratie als bloßes Verfahren des Interessenausgleichs, der Konsensbildung und der verbindlichen Regelung von Gemeinschaften begreift. Populismus führen sie demgegenüber als einen urdemokratischen Impuls ein, der die verschütteten partizipativen, volkssouveränistischen und antagonistischen Elemente moderner Demokratie gegenüber der liberalen bzw. neoliberalen Hegemonie einfordert.

Diesen demokratischen Impuls betrachten alle Ansätze zugleich als Kern der modernen Politik schlechthin. Die postmarxistische Geschichtsschreibung sieht die populistische Logik als eigentliches Produkt der Französischen Revolution, die zuerst das gesellschaftliche Imaginäre umgewälzt hat. Dabei übersehen sie allerdings den bürgerlichen Charakter der Revolution und wie sich trotz und durch das demokratische Imaginäre hindurch Herrschaft naturwüchsig reproduziert. Demokratie wird auf eine diskursive Matrix reduziert, in der alle Konflikte als antagonistische Kämpfe um politische Identitäten erscheinen. Chantal Mouffe begreift diesen Antagonismus mit Carl Schmitt als einen unüberwindlichen Teil der menschlichen

---

<sup>8</sup> Eine ausführliche Kritik des »linken Dezisionismus« bei Mouffe und vor allem Laclau leistet Karin Priester (vgl. Priester 2014: 33–37).

Natur, der bestenfalls in gewaltfreie Grenzen eingehetzt werden kann. Bis in die politischen Subjekte und die Erkenntnisfähigkeit hinein verhindert der Antagonismus wirkliche Verständigung zwischen »uns« und »denen« und eine harmonische Auflösung gesellschaftlicher Konflikte. Politische Positionierungen sind demnach nicht vernünftig zu rechtfertigen, sondern funktionieren letztlich dezisionistisch.

Welchen Stellenwert räumen die radikaldemokratischen Populismustheorien vor dem Hintergrund dieses Primats des Politischen der Ökonomie überhaupt und der kapitalistischen Ökonomie im Speziellen ein?

## 4.2 Kapitalismus und Klassenkampf

Die linken Bewegungen, aus denen sich die radikaldemokratische Theorie entwickelte, entstanden in Abgrenzung zum Realsozialismus. Damit verband sich eine Distanzierung vom orthodoxen Marxismus, der im Osten und bei den Apologet\*innen im Westen zur Legitimationsideologie verkommen war. Die Idee der Emanzipation löste sich aus der theoretischen und politischen Fixierung auf die Arbeiter\*innenklasse. Daher ist es nicht verwunderlich, dass in der radikaldemokratischen Theorie die sozialistische Kapitalismuskritik kaum, oder nur in sehr veränderter Form, eine Rolle spielt. Dennoch greift ihre Kritik immer wieder auf Elemente der sozialistischen Theorettradition zurück. Die oben dargestellten Einwände gegen die liberale Modernisierungstheorie führen herrschafts- und kapitalismuskritische Themen fort, etwa, wenn sie die Apologie der Modernisierung anprangern und der Depolitisierung der Globalisierung skeptisch gegenüberstehen. Und auch wo keine explizite Kapitalismuskritik formuliert wird, gibt es implizite Vorstellungen darüber, welcher Stellenwert diesem Begriff zukommt.

### 4.2.1 Politik und Ökonomie als geschiedene Sphären

Für die Nicht-Marxistin Canovan sind Politik und Ökonomie voneinander geschiedene Sphären, die äußerlich aufeinander einwirken. Um die Rolle ökonomischer Probleme im Populismus zu verstehen, macht sie zwei Vorschläge.

In ihrem frühen Versuch über den Populismus geht sie zunächst davon aus, dass es vor allem ökonomische Interessen der Armen sind, die diese mittels populistischer Politiker\*innen gegen die Elite durchzusetzen versuchen. Die Unterstützung für Demagogie und Diktatur betrachtet Canovan als eine »fundamentally rational strategy« (Canovan 1981: 160). Das gemeine Volk greift dann zu ihr, wenn seine Interessen denen der Elite stark zu wider laufen und keine andere politische Abhilfe möglich ist. Das Risiko, dass die Demagogie zur Tyrannie wird, nimmt es dabei notgedrungen, aber bewusst in Kauf. Populismus ist demnach eine mehr oder min-

der strategische politische Kalkulation angesichts eines Repräsentationsproblems in der Elitendemokratie.

Im Lichte ihrer späteren demokratietheoretischen Anknüpfung an Oakeshott stellt sich das Verhältnis von ökonomischen Interessen und populistischem Protest etwas anders dar. Canovan will in populistischen Bewegungen nicht mehr einfach rationale Interessenpolitik sehen, sondern betont, dass in ihnen die nach wie vor ausschlaggebenden ökonomischen Probleme in Fragen nach demokratischer Macht übersetzt werden. Nach welchem Prinzip diese Übersetzung geschieht, erläutert sie allerdings nicht. Ökonomische Interessen bleiben ein äußerlicher Faktor, der Populismus als Forderung nach Demokratie lediglich begünstige: Wähler\*innen erwarteten von ihren Regierungen, ihre Interessen zu bedienen. Allerdings könnten Regierungen ökonomische Verhältnisse schlichtweg nicht kontrollieren, weshalb in schlechten Zeiten demokratische Systeme »vulnerable to populist reactions« (Canovan 1999: 12) seien. Das aber bedeutet natürlich auch, dass die populistischen Parteien selbst wirtschaftspolitisch ebenso machtlos sind wie ihre Gegner im Establishment. Canovan paraphrasiert einen populistischen Denkweg, in dem der irrationale, autoritäre Charakter der populistischen Antwort auf ökonomische Fragen daher sehr deutlich zutage tritt:

»If the government is the people's government, why isn't it looking after the people? Because it is in the hands of corrupt politicians, millionaires, Jews, tools of the IMF, politically-correct patrons of immigrant workers, and so on: the answer is to elect a people's government that will sack those who are feathering their own nests, send the immigrants home, or whatever the local remedy happens to be at a particular time. In so far as populism exploits this gap between promise and performance in democracy, there is no end to it« (ebd.).

Warum aber werden die ökonomischen Schwierigkeiten nicht selten auf diese personalisierende, antisemitische und rassistische Weise beantwortet? Canovans theoretische Entwicklung ist verwirrend: Einerseits hebt sie den irrationalen Aspekt populistischer Agitation deutlich hervor, andererseits können die von ihr mit Oakeshott als zentral herausgestellten Züge der »erlösenden« Seite demokratischer Politik – das demokratische Ideal der Volksherrschaft und der emanzipatorischen Kontrolle über das eigene Leben – keinesfalls die politische Ausrichtung dieser Agitation erklären.

Deutlich eindringlicher und ausführlicher behandelt Ernesto Laclau dieses Problem in seinen Arbeiten. Seine Theorie hat hinsichtlich des Kapitalismusbegriffs, vor allem aber des Klassenbegriffs, eine dramatische Entwicklung durchgemacht. Diese Entwicklung nachzuvollziehen, wirft Licht auf das gesellschaftstheoretische Erbe des Marxismus in der Populismustheorie.

### 4.2.2 »Volk« und Klasse als dialektischer Zusammenhang

Laclau's populismustheoretischer Aufschlag von 1977 wendet sich, wie eingangs erwähnt, einerseits gegen den soziologischen Funktionalismus der liberalen Modernisierungstheorie. Dabei präsentiert er noch unzweideutig »a scientific reading of Marxism« (Laclau 1977: 10). Allerdings wendet sich dieser Marxismus bereits ebenfalls gegen den Klassenreduktionismus und Ökonomismus der Zweiten und Dritten Internationale, um die Bedeutung des Populismus für den Sozialismus freizulegen.

Kapitalismus versteht Laclau zunächst klassisch marxistisch als eine Klassen gesellschaft, die als solche vom Gegensatz zwischen Ausbeuter\*innen und Ausgebeuteten charakterisiert ist. Konkret besteht die Ausbeutungsbeziehung in der kapitalistischen Produktionsweise im Lohnverhältnis zwischen den Klassen der doppelt freien Lohnarbeiter\*innen und der Bourgeoisie. Dies ist das grundlegende ökonomische Verhältnis in kapitalistischen Gesellschaften (vgl. ebd.: 22f.). Von Louis Althusser übernimmt Laclau den Gedanken, dass die Reproduktion dieser Gesellschaften aber nicht nur die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise erfordert, sondern auch die ihrer Voraussetzungen, vor allem der herrschenden Ideologie (vgl. ebd.: 135). Innerhalb der marxistischen Tradition knüpft Laclau zudem an Antonio Gramsci und insbesondere dessen Hegemoniebegriff an, demzufolge Klassenkämpfe sich keinesfalls unmittelbar in politischen Ideologien ausdrücken müssen. Für das Studium politischer Ideologien bedeutet das, dass weder aus der Klassenzugehörigkeit oder der ökonomischen Situation politischer Subjekte ihre politischen Ansichten oder Programme abgeleitet werden können (Ökonomismus), noch umgekehrt an einem bestimmten politischen Denken oder an politischen Theorien eine Klassenzugehörigkeit abgelesen werden kann (Klassenreduktionismus).

In Bezug auf den Populismus sieht Laclau den Fehler bisheriger Theoriebildung genau in einem solchen Klassenreduktionismus, nämlich in einer »reductionist equation of 'the people' and classes« (ebd.: 13). Dieser Reduktionismus tritt zunächst in Form der vulgären Vorstellung auf, Populismus wäre der unmittelbare politische Ausdruck einer bestimmten *Klasse*. Dem erteilt Laclau rundheraus eine Abfuhr, da die sozialen Basen der verschiedenen Populismen dafür schlicht zu unterschiedlich seien (vgl. ebd.: 145).

Ebenfalls reduktionistisch, allerdings interessanter sieht er das Problem durch die Modernisierungstheoretiker gestellt, die – wenn auch nicht-marxistisch – die Art der Präsenz sozialer Klassen im Populismus als zu klärende Frage behandeln. Torcuato Di Tella definierte Populismus als eine Bewegung, die zwar von städtischer Arbeiter\*innenklasse und Bauernschaft unterstützt wird, aber nicht aus deren eigener organisierender Kraft hervorgegangen ist. Wie Laclau formuliert, hat in dieser Perspektive eine »peculiar distortion« die Klassennatur dieser ökonomischen Sektoren und die Form ihres politischen Ausdrucks voneinander getrennt, was einen zunächst rätselhaften Befund hervorbringt: »social classes are present in populism

but not as classes» (Laclau 1977: 151). Während Di Tella nun aber diese Verzerrung innerhalb des modernisierungstheoretischen Paradigmas als eine Asynchronität von ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen zu erklären versucht, zweifelt Laclau die zugrunde liegende Annahme an, ideologische Elemente des Populismus könnten fest den verschiedenen Stufen des Entwicklungsparadigmas der »Modernisierung« zugeordnet werden. Damit stellt sich ihm folgendes Problem: Die charakteristischen Züge populistischer Ideologie können nicht einfach einer Klasse zugeschlagen werden, zugleich lassen sich aber ihre Bedeutung und ihr innerer Zusammenhang nicht aus einem historischen Paradigma herleiten, sondern können nur im Verhältnis zu der sozialen Klassenstruktur erkannt werden, in der sie jeweils wirken. Wie also hängen Populismus und Klassenverhältnis zusammen?

Zur Lösung schlägt Laclau vor, zwei theoretische Fragen zu unterscheiden: die generelle Frage nach der Klassendetermination von ideologischen »Überbauten« und die Frage nach der spezifischen *Form*, in der Klassen in diesen Überbauten existieren. In Laclaus antireduktionistischem Verständnis des marxistischen Klassenbegriffs gibt es keine zwangsläufige Form, in der Klassen auf politischer und ideologischer Ebene existieren. Der Klassencharakter einer Ideologie wird demnach nicht einfach von ihrem Inhalt angezeigt (etwa: nationalistische Ideologie sei immer bürgerlich), sondern von ihrer Form, dem »articulation principle which unifies them« (ebd.: 162). Damit ist ihre Rolle im Klassenkampf gemeint. Laclau greift auf Gramsci und Althusser zurück, um die Form einer Ideologie an ihre Funktion im Klassenkampf zurückzubinden. So ist etwa die Ideologie der herrschenden Klasse ein Teil ihres Herrschaftssystems und ihr Artikulationsprinzip ist es demnach, zu versuchen, Weltanschauungen zu absorbieren und kleinzuarbeiten, die den Widerstand der unterdrückten Klassen zum Ausdruck bringen. Die Ideologien der beherrschten Klassen dagegen versuchen genau das Gegenteil: politische Projekte miteinander zu verbinden, in denen der potenzielle Antagonismus des Klassengegensatzes entwickelt wird. Der konkrete Inhalt einer Ideologie soll dagegen zweitrangig sein.

Der eigentlich springende Punkt in Laclaus Populismustheorie ist aber, dass nicht alle gesellschaftlichen Widersprüche *Klassenwidersprüche* sind. Vielmehr ist es für die Etablierung der Hegemonie einer Klasse unerlässlich, dass sie auch nicht-klassenspezifische Inhalte in ihren Diskurs einbezieht. Genau hier sieht Laclau die Lösung des Populismus-Rätsels. Im Populismus nimmt nicht die Anrufung einer Klasse, sondern des »Volkes« die zentrale Rolle ein (vgl. ebd.: 165). Dieses »Volk« ist nun aber für Laclau nicht lediglich eine rhetorische Figur, sondern eine objektive Größe, ein realer Pol in der politischen und ideologischen Herrschaftsbeziehung zwischen Volk und »Machtblock«, die sich nicht mit dem Klassenverhältnis deckt. Der Klassenwiderspruch ist auf der Ebene der Produktionsverhältnisse bestimmend. Auf der Ebene der »social formation« jedoch, also der Ebene der

»political and ideological relations of domination« (Laclau 1977: 108) bestimmt der Widerspruch von Volk und Machtblock alle Auseinandersetzungen.

Beide Widersprüche, der Klassenwiderspruch und der Volk/Machtblock-Widerspruch konstituieren spezifische Kampffelder: den Klassenkampf und den »popular-democratic struggle« (ebd.: 166). Letzterer ist schlicht die politische Auseinandersetzung darum, wem zugesprochen wird, die Ziele des »Volkes« politisch zu vertreten.

Laclau stellt jedoch mit einem Ausdruck Althuslers klar, dass der Klassenkampf hier stets »in the last instance« (ebd.: 108) die bestimmende Rolle beibehält, da der popular-demokratische Kampf nur auf ideologischem und politischem Gebiet stattfinde, nicht aber auf Ebene der Produktionsverhältnisse, wo das »Volk« keine Existenz hat. So treten popular-demokratische Ideologien denn auch nie unabhängig von »Klassendiskursen« auf, sondern stets in Artikulation mit ihnen. Ja, der ideologische Klassenkampf besteht sogar wesentlich darin, popular-demokratische Anrufungen mit den ideologischen Diskursen der eigenen Klasse zu verbinden. Jede Klasse kämpft zugleich als Klasse und als Volk, das heißt sie versucht, die eigenen Ziele als Ziele des Volkes darzustellen (vgl. ebd.).

Worin besteht aber nun der Volk/Machtblock-Antagonismus und was sind popular-demokratische Anrufungen? Laclau geht davon aus, dass in der relativen Beständigkeit von Volkstraditionen gegenüber den sich wandelnden Klassenverhältnissen ein »secular struggle of the people against oppression« (ebd.: 166) zum Ausdruck komme, und zwar gegen »oppression in general, that is, *to the very form of the State*« (ebd.: 167, Hrvh. i. O.). Der Volk/Machtblock-Widerspruch ist demnach jeder Klassengesellschaft inhärent, er ist nicht auf die bestimmte kapitalistische Produktionsweise zurückzuführen. Der populär-demokratische Kampf ist also nicht Ausdruck eines bestimmten Klassenwiderspruchs, sondern ist älter und langlebiger als die wechselnden Klassenideologien und kristallisiert in all den Symbolen und Werten, die nationale Identitäten stiften. Nationale Symbole und Traditionen sind für Laclau also keineswegs bloße Verschleierungen des eigentlich wesentlichen Klassenkampfes, sondern »the residue of a unique and irreducible historical experience« (ebd.). Da diese Elemente von Volkstraditionen aber keinen kohärenten politischen Diskurs begründen, sind sie wiederum abhängig von der Verbindung mit Klassendiskursen. Daher können gänzlich verschiedene Bewegungen auf die gleichen Symbole zurückgreifen, wie etwa Hitler und Thälmann auf den deutschen Nationalismus.

Laclau stützt diese reichlich spekulativen Überlegungen auf zeitgenössische maoistische und liberal-sozialistische historische Studien von Alain Badiou und François Balmès sowie C. B. Macpherson, denen zufolge populär-demokratische Ideologieelemente keinen genuinen Klassencharakter haben. Er geht nicht so weit wie Badiou und Balmès, die in Volksaufständen »communist constants« (ebd.: 169) ausmachen, aber folgt Macpherson darin, dass populär-demokratische Ideo-

logieelemente qua ihrer inhärenten Staatsfeindlichkeit durchaus kommunistisch wirken können. Im Zuge des 19. Jahrhunderts wurden sie aber mit dem Liberalismus artikuliert und so von einer Bedrohung zu einer Stütze des liberalen Staates. Letztlich kann nur eine Verbindung mit dem Sozialismus das volle Potenzial des Volk/Machtblock-Widerspruchs entfalten (vgl. Laclau 1977: 168–171).

Das spezifisch Populistische besteht nun für Laclau darin, wie die popular-demokratischen Ideologieelemente in einen Klassendiskurs einbezogen werden. Es reicht nicht, dass sie überhaupt auftreten, sondern: »Populism starts at the point were popular-democratic elements are presented as an antagonistic option against the ideology of the dominant bloc« (ebd.: 173). Im Gegensatz dazu stehen Versuche, den Populismus lediglich einzusetzen, um mögliche politische Antagonismen als bloße partikulare Forderungen oder Unzufriedenheit absorbieren und in eine bestehende Hegemonie einbinden zu können. Populismus ist also der Gebrauch popular-demokratischer Ideologie mit dem Ziel, eine neue Hegemonie aufzubauen. Darin ist er weder notwendig revolutionär noch den beherrschten Klassen vorbehalten. Auch in Hegemoniekämpfen innerhalb der herrschenden Klasse wird der Appell an die »Massen« eingesetzt. So erachtet Laclau etwa den Nationalsozialismus als einen solchen »populism of the dominant classes« (ebd.: 174), der sich im Kampf mit den traditionellen wilhelminischen Junkern des revolutionären Potenzials popularer Anrufungen bediente. Dieser Populismus von oben ist für Laclau aber – trotz seiner Betonung der Nicht-Klassengebundenheit popularer Ideologien – gewissermaßen widernatürlich. Denn nur Populismus von unten kann den in den »democratic interpellations« impliziten Antagonismus zur Entfaltung bringen. Laclau folgert politisch:

»In this sense a socialist populism is not the most backward form of working class ideology but the most advanced – the moment when the working class has succeeded in condensing the ensemble of democratic ideology in a determinate social formation within its own ideology. Hence the unequivocally ›populist‹ character adopted by victorious socialist movements: think of Mao, think of Tito, and think even of the Italian Communist Party – which has come the closest in Western Europe to a hegemonic position – and has frequently been called populist« (ebd.).

Für die Frage nach der *Entstehung* populistischer Bewegungen bedeutet Laclaus Perspektive, dass die kapitalistische Produktionsweise – in Form akuter ökonomischer Krisen, zunehmender Deprivation oder permanenter Armut – nicht als unmittelbare Ursache ausgemacht werden kann. Die historische Voraussetzung populistischer Bewegungen ist vielmehr zunächst eine Krise des herrschenden ideologischen Diskurses in Form einer Hegemoniekrise innerhalb des »power bloc« oder unzureichender Absorptionsfähigkeit gegenüber den Beherrschten. Beide können selbst aber wiederum aus ökonomischen Krisen resultieren. So haben die großen Krisen

des kapitalistischen Systems stets populistische Bewegungen hervorgebracht (vgl. Laclau 1977: 176).

So modelliert Laclau das Verhältnis von Krise und Populismus für seine Deutung des Nationalsozialismus<sup>9</sup> in Anschluss an Nicos Poulantzas etwa wie folgt. Den Ausgangspunkt bildet der Übergang zum Monopolkapitalismus in Deutschland und Italien. Er führte aufgrund der spezifischen ökonomischen und politischen Bedingungen in Bismarcks Deutschland, vor allem einer fehlenden ökonomischen Einiung und einer übermächtigen feudalen Landeigentümerklasse, zu einer doppelten hegemonialen Krise.

Erstens: Obwohl der Monopolkapitalismus ökonomisch immer dominanter wurde, konnte er nicht die politischen oder militärischen Mittel erlangen, die für die Kapitalakkumulation notwendigen politischen und ökonomischen Umstrukturierungen ermöglicht hätten. Es blieb als politische Option nur die radikale Konfrontation mit dem existierenden politischen System und eine Änderung der Staatsform, gestützt auf eine Massenbewegung. Diese musste freilich radikal und antikommunistisch sein, um weder im bestehenden Herrschaftssystem aufzugehen, noch die Interessen des Monopolkapitals zu gefährden. Dabei betrachtet Laclau allerdings die nationalsozialistische Bewegung nicht als Erfindung oder auch nur als einzige politische Option des Monopolkapitals. Sie stellte aber, einmal an die Macht gelangt, die Mittel zur Verfügung, die das Monopolkapital für seine Zwecke nutzbar machen konnte.

Der zweite Aspekt der hegemonialen Krise ist die Unfähigkeit der Arbeiter\*innenklasse, popular-demokratische Ideologie mit ihren revolutionären Klassenzielen zu verbinden und so aus der Krise des herrschenden Blocks Kraft zu ziehen. In Laclaus Analyse hatte die Arbeiter\*innenbewegung den popular-demokratischen Kampf im Zuge ihrer historischen Fixierung auf die Klasse weitgehend aufgegeben (vgl. ebd.: 124f.). Der Nationalsozialismus aber bezog seine Dynamik gerade aus der Radikalisierung der Mittelklassen, Laclau spricht von einer »jacobinization of the petty-bourgeoisie« (ebd.: 119). Sein spezifischer Erfolg war es, die Anrufung des Volkes aus ihrem vorherigen herrschaftlichen Kontext herauszulösen und zugleich der Arbeiter\*innenklasse darin zuvorzukommen, sie an sich zu binden.

Die unmittelbare Voraussetzung des Erfolgs der nationalsozialistischen Bewegung ist für Laclau also die spezifische ideologisch-hegemoniale Konstellation in Deutschland. Allerdings wurde diese Konstellation erst durch die – notwendige – Entwicklung des Kapitalismus zum Monopolkapitalismus in eine Krise getrieben,

---

<sup>9</sup> Laclau spricht durchgängig von »fascism«. Das entspricht seiner marxistischen Analyseperspektive, in der der deutsche Nationalsozialismus und der italienische Faschismus als strukturgeleich erscheinen. In Hinblick auf die wichtigen Unterschiede beider Bewegungen wird hier stattdessen der spezifische Begriff verwendet.

die radikale Veränderungen ermöglichte. Implizit steht hier eine These der Notwendigkeit und des zwingenden Charakters der vom Monopolkapitalismus angestrebten Änderungen im Hintergrund. Auffällig ist, dass Laclau an dieser Stelle den Monopolkapitalismus nicht als Produkt eines politisch-gesellschaftlichen Machtkampfes einführt, sondern als Resultat einer zwangsläufigen Entwicklung innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. An anderer Stelle benennt er mit dem berühmten »Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate« den Antreiber dieser Dynamik (vgl. Laclau 1977: 38). Obwohl Laclau explizit ausschließt, irgendeine historische Transformation könne allein durch die Entfaltung der inneren Logik der kapitalistischen Produktionsweise erklärt werden, kommt er genau dieser Identifikation hier doch bedenklich nahe. Denn der Monopolkapitalismus ist nicht nur eine bestimmte Entwicklung, sondern tritt zugleich als ein intentionales politisches Subjekt auf. Der Monopolkapitalismus versucht politische Hegemonie zu erringen, um die Veränderungen durchzusetzen, die die Kapitalakkumulation *benötigt* (vgl. ebd.: 118). In dieser Darstellung bleibt weder Raum für Interessenkonflikte oder gar politische Konflikte zwischen den Fraktionen des Monopolkapitals, noch ist die politische Gestalt dieser Interessen hinterfragbar. Dennoch bleibt festzuhalten, dass der Kapitalismus als eine spezifische Produktionsweise hier von sekundärer Bedeutung bleibt, während der Klassenkampf im Zentrum steht.

Zusammenfassend formuliert Laclau das Verhältnis von Klasse und Volk als einen dialektischen Spannungszusammenhang, in dem die Klassen das übergreifende Moment bilden: Das Volk und die beherrschten Klassen sind Pole von Widersprüchen, die gleichermaßen konstitutiv für politische Diskurse sind. Der Klassenwiderspruch bestimmt dabei allerdings stets das »articulation principle« eines bestimmten politischen Diskurses, während sich der Volk/Machtblock-Widerspruch in Form popular-demokratischer Diskurse mit verschiedenen Klassendiskursen artikulieren lässt. Das ist die eine Seite des Spannungszusammenhangs. Populismus ist eine bestimmte Weise der Artikulation dieses Volk/Machtblock-Widerspruchs und kann daher nie das Artikulationsprinzip eines politischen Diskurses sein.

Dennoch ist die popular-demokratische Anrufung keine bloße Nebensächlichkeit, da der ideologische Klassenkampf gerade in den Versuchen besteht, dieselben popular-demokratischen Anrufungen in antagonistische Diskurse zu artikulieren. Gerade weil die Anrufung des Volkes nicht auf einen Klassendiskurs festgelegt werden kann, tritt der Klassenkampf auch als ideologischer Kampf auf. Nach Laclau existieren Klassen nur insofern als hegemoniale Kräfte, als sie populare Anrufungen in ihre eigenen Diskurse integrieren können – sei es, um sie zu neutralisieren oder um einen Antagonismus zum herrschenden Machtblock aufzubauen. Das ist die andere Seite des Spannungszusammenhangs.

Je radikaler die Konfrontation einer beherrschten Klasse (oder einer nicht-hegemonialen Fraktion des herrschenden Blocks) mit dem herrschenden Machtblock, desto notwendiger wird die populistische Artikulation popularer Anrufungen. Po-

pulismus ist also keineswegs ein Zeichen von ideologischer Rückständigkeit oder fehlendem Klassenbewusstsein, sondern ein Anzeichen für die erfolgreiche hegemoniale Durchsetzung eines Klasseninteresses (vgl. Laclau 1977: 196).

Der Volk/Machtblock-Widerspruch kann nicht ohne Bezug auf Klassendiskurse entwickelt werden, gleichzeitig ist der Versuch, Hegemonie zu erringen, immer auf den Einbezug des Volk/Machtblock-Widerspruchs angewiesen. Das Volk existiert nur in Verbindung mit Klassen, hegemoniale Klassen allerdings existieren nur in Verbindung mit dem Volk. Diese dialektische Spannung zwischen dem Volk und den Klassen bestimmt die *Form* der Ideologie. Sie strukturiert laut Laclau zugleich auch die mögliche Lösung der Spannung im Sozialismus vor: »there is no socialism without populism, and the highest forms of populism can only be socialist« (ebd.: 196–197).

Da Laclau sich auf eine prinzipielle Bestimmung des Verhältnisses von Klassen und Populismus konzentriert, fällt seine Gegenwartsanalyse des Kapitalismus knapp aus. Allerdings wartet sie dennoch mit einer großen These auf: Unter dem Monopolkapitalismus nimmt die politische und ökonomische Bedeutung der Mittelklassen zu. Da sie nicht direkt in das dominante kapitalistische Produktionsverhältnis eingespannt sind, gewinnt der ideologische Kampf um ihre politische Einbindung an Bedeutung. Das läuft auf ein zunehmendes politisches Gewicht populärer Anrufungen hinaus, da diese für die Ideologie der Mittelklasse zentraler sind als für die anderen Klassen. Im Faschismus ist diese Entwicklung laut Laclau bereits zutage getreten, entgegen der sowjetmarxistischen Prognose, die kapitalistischen Gesellschaften würden die Mittelklassen letztlich zum Verschwinden bringen (vgl. ebd.: 135).

Insgesamt machen Laclaus theoretische Mühen deutlich, dass die marxistischen Begriffe des Kapitalismus, der Klasse und besonders des Klassenkampfs für eine bejahende Populismustheorie große Schwierigkeiten aufwerfen. Der Knackpunkt ist die Übersetzung von sozialen Kräften, Produktionsverhältnissen und Gesetzmäßigkeiten in politische Subjekte und Identitäten, vor allem diejenigen »popularen Identitäten«, die sich nicht als Klasse begreifen. Diese Übersetzung darf nicht mechanisch gedacht werden, da sonst die politische Artikulation auf einen Ausdruck darunterliegender Klassenverhältnisse reduziert würde und Populismus nur als mangelndes Klassenbewusstsein erschiene. Laclau versucht in seinem Modell, dem ideologischen Kampf jenseits des Klassenkampfes Raum zu verschaffen, indem er den Konflikt zwischen »Volk« und »Machtblock« als einen eigenständigen, aber untergeordneten gesellschaftlichen Widerspruch begreift. Die dialektische Einheit von Klassenwiderspruch und Volk/Machtblock-Widerspruch soll dabei durch die stetige »Überdeterminierung« durch »Klassendiskurse« sichergestellt sein. Ohne dieses übergreifende Moment stünden Klassenidentitäten und populäre Identitäten unvermittelt nebeneinander. Genau dieses übergreifende Moment zweifelt Laclau aber in seiner späteren Populismustheorie an.

### 4.2.3 Abschied vom analytischen Kapitalismusbegriff

Knapp dreißig Jahre nach seiner marxistischen Populismustheorie setzt Laclau die Existenz eines ideologischen Klassenkampfes und von Klassen als politischen Subjekten nicht länger voraus. Anders als noch 1977 geht Laclau in seinem zweiten Hauptwerk zum Populismus, *On Populist Reason* (Laclau 2005), Mitte der 2000er-Jahre nicht mehr vom Kapitalismus als einer notwendig antagonistischen Klasse gesellschaft aus. Die unterdessen mit Chantal Mouffe entwickelte Kritik des marxistischen Klassenessentialismus kommt hier zum Tragen. So kritisiert Laclau etwa Gramsci, den er weiterentwickeln möchte, dafür, dass dieser letztlich als Subjekt jeder politischen Artikulation gesellschaftliche Klassen annimmt, deren Identität selbst aber nicht als Produkt einer Artikulation begreift. Dagegen setzt Laclau die These, dass politische Identitäten immer nur durch Überdetermination bestimmter, partikularer lebensweltlicher Forderungen entstehen können (vgl. ebd.: 127).

Angriffspunkt der Laclau'schen Kritik ist hier nicht weniger als die (hegelsche) Dialektik im Marxismus und insbesondere der dialektische Widerspruchsbegriff. Dialektisches Denken unterstellt laut Laclau stets eine radikale Immanenz. Denn indem Gegenteile als sich gegenseitig hervorbringend gedacht werden, sind sie immer schon als Teile einer homogenen, sich selbst entfaltenden Logik gesetzt. Jeder Widerspruch ist dann ein bloß interner Effekt, ein Bestandteil der gesellschaftlichen Logik, der er entgegensteht. Gestützt auf Peter Stallybrass' kritische Interpretation des Marx'schen Begriffs »Lumpenproletariat« versucht Laclau zu zeigen, dass die marxistische Vorstellung sozialer Antagonismen genau deshalb auf einer unhaltbaren teleologischen Geschichtsphilosophie aufruht und das Politische verleugnet. Marx hat Geschichte demnach als von einer einzigen kohärenten Logik beherrscht gedacht, der Entwicklung der Produktivkräfte. Auf der Grundlage dieser totalisierenden Logik hat er die Unterscheidung zwischen dem Industrieproletariat, dem er eine entscheidende Rolle als historisches Subjekt der Revolution zuschrieb, und dem Lumpenproletariat aufgebaut, dem er als unproduktive und politisch unzuverlässige Armenschicht keinerlei historische Bedeutung zumaß. Allerdings konnte er die scharfe Trennung von Proletariat und Lumpenproletariat nicht aufrechterhalten, sondern begann in seiner Analyse des Bonapartismus letztlich die konstitutive Bedeutung *politischer Artikulation* für soziale Verbindungen anzuerkennen. Die Lumpenproletarier\*innen bilden keine Klasse im Marx'schen Sinne, sind aber dennoch ein Teil der heterogenen sozialen Basis des Bonapartismus. Laclau kommt daher mit Stallybrass zu dem Schluss: »I suspect that that is the real scandal of the lumpenproletariat in Marxist theory: namely, that it figures the political itself« (Stallybrass, zit. n. ebd.: 146). Die politische Identität des Lumpenproletariats ist keine Funktion seiner sozialen Stellung, sondern wird erst durch die politische Artikulation hergestellt. Laclau verallgemeinert diese Kritik zu der These, dass alle politischen Kräfte

nicht etwa Ausdruck irgendeiner tiefer liegenden gesellschaftlichen oder gar historischen Dynamik sind, sondern erst durch bewusste Artikulation heterogener gesellschaftlicher Elemente hervorgebracht werden (vgl. Laclau 2005: 146).

Damit widerspricht er auch seiner früheren Vorstellung, Antagonismen oder Widerstand wären den kapitalistischen Produktionsverhältnissen als solchen inhärent. Er besteht jetzt vielmehr darauf, dass etwa der Widerstand von Arbeiter\*innen gegen ihre Ausbeutung nicht aus ihrer ökonomischen Funktion abgeleitet werden kann, Verkäufer\*innen von Arbeitskraft zu sein. Nur wenn sie *tatsächlich* Widerstand gegen diese Ausbeutung leisten, kann von einem Antagonismus gesprochen werden. Widerstand entsteht mithin erst, wenn den kapitalistischen Produktionsverhältnissen eine politische Identität gegenübertritt, die im Widerspruch zu ihnen konstituiert ist – Laclau nennt das »*heterogeneity*« (ebd.: 149).

Letztlich steht für Laclau jede politische Forderung in einem Gegensatz zum Status quo. Selbst die Forderung nach höheren Löhnen kann nicht ohne Weiteres aus der Struktur kapitalistischer Produktionsverhältnisse abgeleitet werden, sondern setzt Gerechtigkeitsdiskurse voraus, die den Produktionsverhältnissen äußerlich entgegentreten (vgl. ebd.: 232). Damit geht einher, dass Arbeitskämpfe in der Produktion auch nicht notwendig antikapitalistisch ausgerichtet sind (vgl. ebd.: 150). Laclaus anti-dialektische Pointe soll sein, dass der Widerstand gegen eine bestimmte soziale Struktur nicht aus dieser Struktur selbst hervorgebracht und aus ihr abgeleitet werden kann, sondern ihr äußerlich sein muss. Die widerstrebige Identität, die gegen die Produktionsverhältnisse antritt, muss von einer bestimmten Gruppe getragen sein, nämlich »outsiders of the system, the underdogs – those we have called the heterogeneous« (ebd.). Mit dieser Personifizierung des widerständigen Potenzials suggeriert er eine schlüssige Verbindung zur Logik des Populismus. Politisch widerständige Identitäten müssen sich selbst – populistisch – als Underdogs, Outsider des Systems begreifen. Politische Subjekte überhaupt und erst recht emanzipatorische Subjekte werden immer als »Volk« konstituiert sein, nicht als »Klasse« (vgl. ebd.: 232). Diese populistische Identifizierung der Underdogs mit dem »Volk« ist aber keineswegs notwendig. Eine der einflussreichsten westlichen Antworten auf die Krise der Emanzipationsbewegungen der 1960er-Jahre, Herbert Marcuses *Der eindimensionale Mensch*, stellte etwa die revolutionären Randgruppen gerade gegen das Volk, das durch seine Integration ins System die Rolle als »Ferment gesellschaftlicher Veränderung« (Marcuse 1978: 267) verloren hatte.

Laclau entfernt sich also zu Beginn der 2000er-Jahre weit von seiner 1977 vertretenen Althusser'schen Position, der Klassenkampf determiniere in letzter Instanz alle sozialen Formationen, während der politische Kampf jenseits der Produktionsverhältnisse ausgetragen würde. Knapp dreißig Jahre später nennt er diese Unterscheidung »naive« (Laclau 2005: 236) und kritisiert die Idee, es könne so etwas wie einen »reinen« Klassenkampf, im Sinne eines rein antikapitalistischen Kampf-

fes, überhaupt geben. Der Begriff »Klassenkampf« ist insgesamt zu verabschieden, weil er politische Logik (Kampf) und soziologische Beschreibung (Klasse) eklektisch miteinander kombiniert und so einen *a priori* privilegierten Ausgangspunkt politischer Artikulation suggeriert. Stattdessen kann, anschließend an Gramsci, nur mehr von »*collective wills*« (Laclau 2005: 249) gesprochen werden. Die sozialistische Unterscheidung von »ökonomischen« und »politischen« Kämpfen ist hinfällig, da das Politische keine regionale Kategorie neben dem Ökonomischen ist, sondern als »*anatomy of the social world, [...] the moment of institution of the social*« (ebd.: 154) in sämtlichen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zur Wirkung kommt.

Unter anderem der slowenische Philosoph Slavoj Žižek insistierte gegen diesen Post-Marxismus früh auf die Zentralität des reinen, unmittelbaren Klassenkampfes, weil ihm zufolge die Ökonomie und also der Klassenkampf immer schon das Terrain strukturiert, auf dem partikulare Kämpfe und jedes Ringen um Hegemonie stattfinden können (vgl. Žižek 2000: 320). Dagegen führt Laclau ins Feld, dass die zentrale Rolle der Ökonomie im Kapitalismus keineswegs überhistorisch gegeben ist, sondern selbst erst aus einer historisch etablierten Überdeterminierung und hegemonialer Absicherung resultiert. Im Kapitalismus hat die Ökonomie zwar als »*material reproduction of society [...] more repercussions for social processes*« (Laclau 2005: 237) als andere Instanzen. Die Vorstellung, man könne einen unmittelbar und ausschließlich antikapitalistischen Kampf unabhängig von (anderen) partiellen Kämpfen führen, ist aber irrig. Vielmehr gibt es nur »*anti-capitalist effects that can derive, at a certain ruptural point, from the articulation of a plurality of struggles*« (ebd.: 238). Antikapitalistische Effekte können nur aus der äquivalenziellen Verbindung verschiedener partieller Kämpfe entstehen, weil – das ist Laclaus frappierende Konsequenz – Kapitalismus selbst lediglich eine »*construction of the anti-capitalist movement*« (ebd.: 239) ist. »Anti-Kapitalismus« und »Kapitalismus« sind, wie »Volk« und »Establishment«, nur entgegengesetzte Seiten einer diskursiv-politischen Frontstellung. Der Kampfbegriff »Kapitalismus« dient lediglich als Gegenüber, gegen das sich die anti-kapitalistische Bewegung zum politischen Subjekt vereint.

Damit aber ist der Begriff »Kapitalismus« als Analyseinstrument verabschiedet. Laclau nivelliert den Unterschied zwischen einem analytischen Begriff und einem politischen Schlagwort derart, dass politisch gebrauchte Begriffe nun *ausschließlich* den Gehalt der in sie gesteckten politischen Investition haben.

Laclau begründet diese Nivellierung explizit. Ihr Modell gewinnt er an einer bestimmten sprachphilosophischen Figur. Wie in der Sprache die ausgedrückten Inhalte nur im *Medium* der Sprache erscheinen können, stehen auch die einzelnen »*democratic demands*« und die populären Symbole, unter denen sie sich politisch versammeln, in einem medialen Verhältnis zueinander. Die Forderungen treten nur im Medium eines bestimmten populären Symbols politisch in Erscheinung. Hier hängt nun alles von Laclaus Begriff dieses Mediums ab. Er betont, dass solch ein Medium

nicht neutral oder transparent ist, also demjenigen nicht äußerlich ist, das sich in ihm ausdrückt. Sonder dem Medium kommt eine aktive, konstitutive Rolle für die politische Vereinigung von Forderungen zu:

»the popular symbol or identity, being a surface of inscription, does not *passively express* what is inscribed in it, but actually *constitutes* what it expresses through the very process of its expression. In other words: the popular subject position does not simply *express* a unity of demands constituted outside and before itself, but is the decisive moment in establishing that unity« (Laclau 2005: 99, Hrvh. i. O.).

Verschiedene Forderungen sind niemals schon von sich aus aufeinander bezogen, sondern erhalten ihren gegenseitigen Bezug erst von ihrer diskursiven Einigung unter einem popularen Signifikanten. Allerdings ersetzt diese diskursive Einigung für Laclau schließlich vollständig die Analyse der tatsächlichen – geteilten oder verschiedenen – Ursachen, die bestimmte Forderungen hervorbringen. Die Aussage etwa, eine Eliten-Oligarchie sei für die Nicht-Erfüllung bestimmten Forderungen verantwortlich, kann demnach in keiner Weise aus diesen Forderungen selbst abgelesen oder hergeleitet werden. Sondern sie stammt aus einem äußerlichen, politischen Diskurs, der die sozialen Forderungen lediglich aufgreift (vgl. ebd.: 98).

Der politische Diskurs in und die theoretische Analyse von gesellschaftlichen Verhältnissen sind für Laclau also radikal geschieden. »Die Oligarchie« als Ursache einer Reihe von Missständen zu benennen, ist eine rein *performative* Handlung, deren Sinn allein darin besteht, verschiedene Forderungen politisch zu vereinen. Die Frage, ob dieser Behauptung irgendeine überprüfbare Wahrheit oder theoretische Plausibilität zukommt, ist demnach unerheblich und sinnlos. Denn als politisch aufeinander Bezogene teilen die Forderungen nichts außer ihrer Unerfülltheit. Laclau macht diesen Punkt sehr deutlich. Nicht nur lassen sich Begriffe wie Gerechtigkeit, Gleichheit oder Freiheit in keiner, wie immer minimalen oder kontextgebundenen Weise positiv bestimmen. Sondern selbst die Frage, ob eine gerechte Gesellschaft eher durch Faschismus oder Sozialismus herbeigeführt wird, kann für ihn nicht logisch, sondern allein durch ein »radical investment« (ebd.: 97) entschieden werden, dass den beiden Begriffen performativ bestimmte Bedeutungen zuweist.

Damit aber kappt Laclau die Spannung zwischen Gesellschaftstheorie und Politik. Sein antidialektischer Impuls setzt eine unmittelbare, ja dezisionistische politische Positionierung an die Stelle der Reflexion gesellschaftlicher Probleme. Den prinzipiell richtigen Gedanken, dass politisch umstrittene Begriffe nicht restlos auf eine objektive und allgemein geteilte Definition reduziert werden können, hypostasiert Laclau zu einem allgemeinen Bedeutungsrelativismus.

Das deckt sich mit seiner Vorstellung des Politischen. Politisch, das heißt durch diskursive Kämpfe um Hegemonie bestimmt, ist letztlich jeder Aspekt der Gesellschaft. Es gibt lediglich vorübergehend depolitisierte, »sedimented social forms«

(Laclau 2005: 154), die die Spuren ihres politischen Ursprungs nicht offenbaren. Da in letzter Instanz sämtliche gesellschaftliche Phänomene als (hegemonial strukturierte) Diskursformationen gedacht werden, verlieren spezifische Sphären wie der Staat oder die Ökonomie ihre theoretische Relevanz – alles ist diskursiv, deshalb ist das Diskursive auch alles, worüber nachgedacht werden muss (vgl. dazu Breuning 2018b).

Allerdings kommt Laclau selbst letztlich nicht ohne einen analytischen Kapitalismusbegriff aus. Er spricht von einem »globalized capitalism«, um eine historische Tendenz zu beschreiben, in der populäre Identitäten und die politische Logik global an Bedeutung gewinnen. Der globalisierte Kapitalismus stellt demnach eine »qualitatively new stage in capitalist history« (Laclau 2005: 231) dar, denn er produziert die Heterogenität, von der politische Veränderung ausgehen kann, heute in vielfältigerer und weitreichenderer Form: »A globalized capitalism creates myriad points of rupture and antagonisms – ecological crises, imbalance between different sectors of the economy, massive unemployment [...]« (ebd.: 150). Soziale Logiken führen immer weniger zu gesellschaftlicher Homogenität und verlangen daher immer stärker danach, politisch wieder zusammengeführt zu werden. Allerdings ist mit »Kapitalismus« hier nicht mehr ein Produktionsverhältnis gemeint, sondern die ganze gegenwärtige, ökonomisch, politisch, militärisch und technologisch bestimmte »social formation« (ebd.: 235). Die sich sofort aufdrängenden Fragen bleiben unbeantwortet: Was zeichnet diesen »globalisierten Kapitalismus« aus? Wann fing er an? Warum produziert er mehr Antagonismen als frühere Formen? Und weshalb ist darin ein qualitativ neues Stadium des Kapitalismus zu erblicken?

Der Begriff »Kapitalismus« hat hier nur noch eine nominelle, keine systematische Rolle. Er steht in keiner bestimmbarer Relation zu Laclaus Populismuskonzept. Laclau suggeriert lediglich Radikalität, wenn er darauf hinweist, der Populismus könne, als Paradefall der Logik des Politischen, auch antikapitalistisch ausgestaltet werden. Und nicht nur das: Populismus wird in Laclaus gesamtem Buch letztlich auf diese politische Logik reduziert, frei von jeglichen bestimmbarer Inhalten und Auslösern.<sup>10</sup> Irgendwelchen konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen oder Entwicklungen kommt für ein Verständnis des Populismus keine Bedeutung zu. Das Politische von einer regionalen Kategorie zur Grundlogik des Sozialen zu erheben, bedeutet bei Laclau, dass alle anderen gesellschaftstheoretischen Unterscheidungen irrelevant werden. Da »das Politische« und »Populismus« letztlich syn-

---

<sup>10</sup> Von diesem rein formalen Populismusverständnis aus würden Laclau und auch Mouffe der Rede vom Populismus als einer Ideologie mit bestimmten Inhalten, wie sie der *ideational approach* etabliert hat, widersprechen. Paris Aslanidis hat diesen Dissens in Anknüpfung an Laclau ausformuliert und schlägt vor, Populismus statt als Ideologie als einen »discursive frame« zu begreifen, dessen einzige Elemente die »korrupten Eliten« und das »ehrenvolle Volk« sind (vgl. Aslanidis 2016: 99).

onym bestimmt werden, bleibt Laclau lediglich die Möglichkeit, verschieden starke Ausprägungen des Populismus zu unterscheiden. Jede politische Intervention ist zu einem gewissen Grade populistisch. Wie populistisch sie ist, hängt von der Länge der Äquivalenzkette ab, die verschiedene Forderungen zusammenschließt (vgl. Laclau 2005: 154).

Den Raum, in dem Laclau das Politische und den Populismus ansiedelt, trotzt er dem prägenden Einfluss sozialer Verhältnisse auf politische Prozesse ab. Die Verabschiedung der Begriffe »Klasse«, »Klassenkampf« und »Kapitalismus« war damit rückblickend der Einsatzpunkt einer Bewegung, die insgesamt das Gewicht gesellschaftlicher Verhältnisse aus dem Blick rückt. Indem Laclau die Verbindung von Gesellschaftstheorie und politischer Theorie kappt, gerinnt das Politische zur neuen alleinigen Logik des Sozialen. Das schließt Thesen über die Entwicklung des Kapitalismus nicht aus, entzieht ihnen aber weitgehend ihre Bedeutung für den Populismusbegriff.

#### 4.2.4 Neoliberalismus als politischer Gegner<sup>11</sup>

Diese Dynamik ist auch in Chantal Mouffes Texten zu beobachten. Für sie ist der Begriff »Kapitalismus« kaum relevant. Sie stützt sich stattdessen auf das Konzept des »Neoliberalismus«. Darunter versteht sie sowohl die aktuelle politisch-ökonomische Form des Kapitalismus als auch ein dominantes politisches Programm.

Dazu greift Mouffe hauptsächlich auf regulationstheoretische Beschreibungen zurück, etwa wenn sie synonym zum Neoliberalismus vom »postfordistischen Stadium des Kapitalismus« (Mouffe 2015a: 15) spricht. Zugleich bezeichnet sie mit »neoliberaler Hegemonie« (ebd.: 194) ein politisches Programm, das »Profit und Marktmechanismen« (Mouffe 2010: 68) priorisiert.

Die homonyme Verwendung von »Neoliberalismus« als Bezeichnung einer Regulationsweise und eines politischen Programms überdeckt allerdings eine unklare Beziehung von Struktur- und Handlungaspekten. Implizit tendiert Mouffe stets zu einer personalisierenden, akteurszentrierten Perspektive, zuungunsten struktureller Bedingungen. So bezeichnet sie etwa den Übergang vom Fordismus zum Postfordismus als einen »hegemonialen Schritt des Kapitals [...], der dem Ziel dient, seine führende Rolle und seine Legitimität wiederherzustellen, die Ende der sechziger Jahre ernsthaft infrage gestellt worden war« (Mouffe 2015a: 117). Veränderungen in der fordristischen politischen Ökonomie gingen auf intentionale Hegemoniekämpfe zwischen bestimmten Gruppen zurück. Demzufolge kann der Neoliberalismus auch durch eine personalisierende Grenzziehung angegriffen werden. Der Gegner kann daher nicht »mit einem so allgemeinen Begriff wie ›Empire‹

---

<sup>11</sup> Dieser Abschnitt basiert auf Teilen einer bereits veröffentlichten Rezension (Breuning 2018a).

oder ›Kapitalismus‹ (Mouffe 2015a: 119) beschrieben werden. Stattdessen müssen die »politischen und ökonomischen Kräfte des Neoliberalismus« (Mouffe 2015b) oder auch »the ›oligarchy‹« (Mouffe 2019: 8) ins Visier genommen werden. Mouffe klärt aber nicht, welche Personen, politischen Organisationen oder Institutionen das sein könnten. In dieser implizit personalisierenden Perspektive spielt der Kapitalismus als ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis keine Rolle. Daher fragt sie nicht nach den Handlungszwängen und -motiven, die Hegemoniekämpfe zwischen politischen Fraktionen befeuern. Zwar behauptet sie unter anderem, dass eine Bedeutungszunahme des »financial capitalism« gegenüber der »productive economy« (Mouffe 2018: 18) zunehmende ökonomische Ungleichheit verursache. Das aber bleibt unbestimmt und ein loses Ende, das sie weder weiterverfolgt, noch mit der eigentlich zentralen postmarxistischen Diskurstheorie in Verbindung bringt.

Schlaglichtartig zeigt sich diese Unbestimmtheit des Neoliberalismusbegriffs in Mouffes Kritik an der Sozialdemokratie. Vor dem Hintergrund ihrer agonistischen Politiktheorie wirft sie ihr immer wieder vor, einer »inadequate conception of politics« (Mouffe 2018: 1) anzuhängen. Gemeint ist der konsensorientierte und wirtschaftsliberale Schwenk, den viele sozialdemokratische Parteien in den Neunzigerjahren vollzogen. Anthony Giddens, Tony Blair und Gerhard Schröder prägten für diese vorgeblieche Alternative zum Neoliberalismus wie zur alten, etatistischen Sozialdemokratie den Titel »Dritter Weg«. Mit der Aufgabe des polarisierenden Gegensatzes von »rechts« und »links« hat sich die Sozialdemokratie für Mouffe unwiederbringlich in eine Hegemonie neoliberaler Globalisierung eingefügt. Eine politische Polarisierung, durch die überhaupt erst wieder über mögliche Gegenentwürfe zur bestehenden Alternativlosigkeit gesprochen werden könnte, ist von ihr mittlerweile nicht mehr zu erwarten. Das kann nur noch ein gewissermaßen post-sozialdemokratischer, linker Populismus wie der des ehemaligen britischen Labour-Chefs Jeremy Corbyn leisten. Dessen zentrale Parole »For the many, not the few« zog wieder eine Grenze zwischen »we« und »they«.

Gegenwärtige linke Politik wird also laut Mouffe vor allem schlecht gemacht. Sie ist zu konsensorientiert, verfolgt essenzialistische Politikverständnisse und vernachlässigt die hegemonialen und affektiven Dimensionen. Da Politik nun einmal agonistisch funktioniert, braucht es einen (linken) Populismus, der wieder eine politische Polarisierung herstellen und den Stillstand aufbrechen kann. Gleichzeitig stellt sie fest: »Under the pretext of ›modernization‹ imposed by globalization, social-democratic parties have accepted the *diktats* of financial capitalism and the limits they imposed to state interventions and their redistributive policies« (ebd.: 17, Hrvh. i. O.). Hier wird die voluntaristische Logik des Agonismus offen gegen den Verweis auf systemische Zwänge ausgespielt. Mouffe postuliert, sicherlich zu Recht, dass die sozialdemokratischen Parteien andere Politik hätten machen können. Allerdings verzichtet sie auf eine Analyse der zunächst gegebenen Bedingungen, mit

denen Politik konfrontiert ist. Ihre politische Theorie, die den Fokus auf diskursive Verschiebungen und Grenzziehungen legt, bekommt strukturelle Veränderungen und Widersprüche, etwa im Parteiensystem oder in der politischen Ökonomie nicht schlüssig in den Blick. Zum Grundproblem aller sozialdemokratischen Politik etwa, zugleich eine erfolgreiche kapitalistische Nationalökonomie organisieren zu müssen und großzügig umverteilen zu wollen, findet sich bei ihr keine Überlegung. Ebenso zur aktiven und passiven Rolle der europäischen sozialdemokratischen Parteien im postfordistischen »autoritären Etatismus« (Kannankulam 2008a). So erscheint der Kurswechsel der Sozialdemokratie als Ergebnis einer bloß falschen *Konzeption* von Politik. Das korrespondiert mit einer Uneindeutigkeit im postmarxistischen Begriff des Populismus. Einerseits bezeichnet Mouffe ihn als eine diskursive Strategie der Konstruktion einer politischen Grenze, die eine Gesellschaft in Underdog und Elite polarisiert. Eine solche Strategie, als nur ein möglicher »way of doing politics«, kann unter bestimmten Bedingungen erfolgreicher sein als andere. Mouffe nennt diese – unbestimmten – Erfolgsbedingungen den »populist moment« (Mouffe 2018: 11). Andererseits aber erheben Mouffe und Laclau den Populismus zur Ontologie des Politischen überhaupt, beanspruchen also, am Populismus die Form jeglicher politischen Veränderung bestimmen zu können. Aus dieser Perspektive ist Populismus dann stets möglich, unabhängig von konkreten politischen oder gesellschaftlichen Verhältnissen.

Dieser weite und der engere Begriff von Populismus changieren im gesamten Werk je nach konkreter Frage und verhindern eine präzise Bestimmung der ihn begünstigenden und begrenzenden gesellschaftlichen Bedingungen. Der Verweis auf strukturelle Veränderungen demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften ist letztlich anekdotisch und unterstreicht nur immer wieder, dass es in der Politik vor allem auf die richtige, nämlich populistische Konzeption ankommt.

#### 4.2.5 Zusammenfassung

Insgesamt spielt der Kapitalismusbegriff in der radikaldemokratischen Populismustheorie eine untergeordnete Rolle. Margaret Canovans Arbeiten präsentieren die grundlegende Alternative, Populismus entweder als ein politisches Mittel zur Durchsetzung eines ökonomischen Interesses oder als Übersetzung dieses Interesses in eine Frage der Demokratie zu begreifen. Allerdings kann sie die Frage, wie und warum diese Übersetzung geschieht, nicht beantworten. Ernesto Laclau versucht bereits in den 1970ern mithilfe des Klassenbegriffs diese Alternative zu überwinden und beides zu integrieren. Populismus ist in seiner undogmatisch marxistischen Perspektive kein unmittelbarer Ausdruck eines bestimmten Klasseninteresses, kann aber dennoch nur in Bezug auf Klassenverhältnisse gedeutet werden. Sein Klassencharakter ist nicht in seinem Inhalt, sondern in seiner Form, das heißt seiner konkreten Rolle im Klassenkampf zu sehen. Zugleich ist der Konflikt zwi-

schen »Volk« und »Machtblock« hier nicht lediglich behauptet, sondern ein zweiter objektiver Widerspruch neben dem Klassenverhältnis. Der von Laclau vorgeschlagene dialektische Zusammenhang von Klassenwiderspruch und Volk/Machtblock-Widerspruch ist unter den radikaldemokratischen Theorien der anspruchsvollste Versuch, Kapitalismus und Populismus zusammenzudenken. Er insistiert auf die Bedeutung politischen Handels gegenüber bloß funktionalistischen Erklärungen und erkennt dennoch die wichtige Rolle kapitalistischer Krisen für populistische Bewegungen an.

Mit dem postmarxistischen Abschied vom analytischen Kapitalismusbegriff löst sich dieser Zusammenhang auf. Mouffe und Laclau lösen das Politische aus seiner gesellschaftlichen Bedingtheit und erheben die politische Artikulation zum neuen Grundprinzip des Sozialen. Die Not, nicht länger auf das marxistische Emanzipationskonzept vertrauen zu können, stilisieren sie zur Tugend. Die Möglichkeit und die Wirklichkeit des Populismus deuten sie nicht mehr von Klassenverhältnissen und Klassenkämpfen aus. Der Konflikt zwischen »Volk« und »Machtblock« oder Armen und Elite braucht nicht Kämpfe um Arbeitsbedingungen zum Ausgangspunkt zu nehmen. Politische Identitäten sind nicht länger auch Ausdruck sozialer Kräfte, sondern nur bewusstes Produkt politischen Handelns. Das aber führt dazu, dass die gesellschaftlichen Hintergründe populistischer Bewegungen auch weniger untersucht werden. Der Zusammenhang von Struktur und Handlung wird unklarer. Mouffes Beispiel zeigt, dass die Betonung des Politischen dabei einerseits zu einer personalisierenden Beschreibung kapitalistischer Produktionsverhältnisse neigt, die sich selbst der populistischen Rhetorik annähert. Andererseits bringt sie einen politischen Zweckoptimismus hervor. Die Vorstellung von unabhängig wirkenden politischen Logiken, auf die populistische Mobilisierung immer zurückgreifen kann, dient als Garant ihrer permanenten Möglichkeit. Diese Logiken verknüpfen die radikaldemokratischen Populismustheorien vor allem mit dem Begriff der Demokratie. Er ist ihr zentraler Ausgangspunkt. Wie deuten sie vor diesem Hintergrund die Rolle autoritärer Ideologie in populistischen Parteien?

### **4.3 Autoritarismus und politische Identität**

Die radikaldemokratischen Ansätze sind von einer antiautoritären politischen Motivation getragen. Sie beziehen sich positiv auf den Populismus, da sie in ihm eine Form des Kampfes gesellschaftlich nicht-privilegierter Gruppen gegen Machteliten sehen. Autoritäre Ideologie kann aber nicht nur entlang dieses gesellschaftlichen Machtverhältnisses wirken, sondern auch zwischen nicht-privilegierten Gruppen oder gegen Minderheiten mobilisiert werden. Welche Erklärungen hat die radikaldemokratische Theorie dazu anzubieten?

### 4.3.1 Autoritarismus als rationale Strategie

Margaret Canovan kritisiert an den liberalen Modernisierungstheorien vor allem deren elitäres Demokratieverständnis, das die Masse bevormundet und die partizipative Seite der Demokratie leugnet. Diese Kritik fließt in ihre Antwort auf eine Grundsatzfrage der politischen Philosophie ein: »Why are ordinary people often willing to support a dictator?« (Canovan 1981: 158f.).

Die pessimistische Einschätzung, die sich auch die Modernisierungstheorie zu eigen gemacht hat, besagt, dass breite Unterstützung für autoritäre Politik grundsätzlich irrational ist und den fehlgeleiteten Bedürfnissen anomischer und verängstigter Massen entspringt (vgl. ebd.: 160). Moderne Massen sind in dieser elitären Perspektive nicht zu rationalen Entscheidungen fähig und entsprechend manipulierbar. Der richtige Umgang kann dann nur noch sein, den Massen, die hier vor allem in den unteren Schichten verortet werden, politischen Einfluss möglichst vorzuhalten.

Canovan hält dagegen eine optimistischere Perspektive, die sie implizit schon in Platons *Politeia* vorformuliert sieht. Wie oben bereits erläutert, erachtet sie die Unterstützung gerade der Armen für Demagogie und Diktatur als eine rationale Strategie, um ökonomische Interessen gegenüber der Elite durchzusetzen. Autoritäre Formen dieser Interessendurchsetzung sind lediglich dem notwendig robusten Charakter der Anführer\*innen und ihrer – scheinbar ebenfalls zwangsläufigen – Korrumperung geschuldet:

»Given this situation of open or concealed class war, a popular leader will need to be determined, ruthless, and charismatic to succeed. [...] For the sake of revenge against the rich and material benefits for themselves, the poor people may be quite willing to allow their leader despotic powers, especially since these will be mainly exercised, initially at least, against the old oligarchy. The people may, of course, realize too late that power corrupts even their chosen leaders« (ebd.: 161).

Das Autoritäre in der populistischen Politik ist also von deren Anhänger\*innen nicht gewollt, ja wird von ihnen eigentlich sogar abgelehnt.

Canovans Perspektive ist hier offensichtlich von ihrer anti-elitären politischen Position bestimmt. Die rationale Interpretation erlaubt ihr einen optimistischen und radikaldemokratischen Blick auf politischen Autoritarismus, die These eines weitverbreiteten politischen Irrationalismus scheint ihr hingegen »more depressing« (ebd.: 160). Gegen die Modernisierungstheoretiker sieht sich Canovan auch mit deren ideengeschichtlichem Vorfater Alexis de Tocqueville einig. Denn sie folgert, wie schon jener in *Über die Demokratie in Amerika*, dass die Gefahr populistischer Diktaturen nicht abgewendet werden kann, indem die Massen möglichst weitreichend aus der Politik ausgeschlossen werden. Sondern nur dort, wo sie

wirklich eigene Macht besitzen, werden sie keinen Grund haben, den Verlockungen der Demagog\*innen auf den Leim zu gehen (vgl. Canovan 1981: 169f.).

Ganz widerstandslos gehen die von Canovan untersuchten populistischen Bewegungen in ihrem Schema allerdings nicht auf. Beispielsweise attestiert Canovan dem amerikanischen populistischen Gouverneur Huey Long, die Klasseninteressen seiner Gefolgschaft, insbesondere der louisianischen Bäuer\*innen, in den 1930er-Jahren wie versprochen befriedigt zu haben. Dass er sie mittels politischer Patronage, Manipulation und Erpressung zugleich zu politischer Manövriermasse degradierte und sich selbst diktatorische Macht aneignete, leugnet Canovan nicht. Sie sieht darin Widersprüche einerseits zwischen kurzfristigen und langfristigen Interessen der Anhänger\*innen Longs, andererseits zwischen ihren Interessen als ökonomische Individuen und als politische Bürger\*innen (vgl. ebd.: 162). Sie muss zugestehen, dass zu den Bedürfnissen, die Long befriedigte, auch »the less rational satisfactions of theatricality and showmanship in politics« (ebd.: 167) gehörten.

#### 4.3.2 Autoritarismus als widerständige Ideologie

Ähnlich wie Canovan wehrt sich Laclau gegen die liberalen und marxistischen Kritiken, die im Populismus eine rückwärtsgewandte oder unterentwickelte Form des Protests sehen. Auch er betrachtet daher von Anfang an autoritäre Ideogeelemente als etwas dem Populismus Äußerliches. Wie schon für sein Demokratiekonzept ist auch für Laclaus Autoritarismusverständnis wieder der Althusser'sche Ideologiebegriff zentral. Ideogeelemente wie popular-demokratische Anrufungen, aber auch Nationalismus, Rassismus oder Antisemitismus lassen sich laut Laclau nicht fest bestimmten Klassen zuordnen, sondern können stets in verschiedene Klassendiskurse eingeflochten werden. Dabei ist der zentrale Gegenstand des politischen Kampfes in kapitalistischen Gesellschaften, welche Klasse popular-demokratische Elemente an ihren Klassendiskurs zu binden vermag (vgl. Laclau 1977: 114). Dahinter steht die Annahme, dass die Mittelklassen aufgrund ihrer unentschiedenen Stellung im Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ideologisch nicht unabhängig von beiden existieren und somit für beide als politische Schwungmasse dienen können.

Faschismus ist für Laclau, kurz gesagt, nur eine der Möglichkeiten, wie popular-demokratische Elemente in Klassendiskurse artikuliert werden können. Sozialismus und Faschismus sind radikale populare Diskurse, die insbesondere in ideo-logischen Krisensituationen um die Artikulation popular-demokratischer Elemente ringen. Aus dieser Perspektive erscheint Faschismus letztlich als *Anti-Sozialismus* und die autoritären faschistischen Ideologien als *Mittel* zum Zweck der Bekämpfung des Sozialismus. Den nationalsozialistischen Rassismus zeichnet für Laclau aus, dass er sowohl popular-demokratische Elemente für sich mobilisierte (»All the anti-plutocratic, nationalist, democratic aspects [...] which constituted the identity of the dominated classes as people« (Laclau 1977: 120)), als auch ihre mögliche Verbin-

dung mit sozialistischer Ideologie verhinderte. Laclaus Rede von »Zielen« (»aim«), die mit der »Anwendung« (»was realized by fascism through...« (Laclau 1977: 120)) ideologischer Mittel erreicht wurden, legt dabei ein äußerliches und instrumentelles Verhältnis des Nationalsozialismus zum Rassismus nahe:

»Nazism constituted a populist experience which, like any populism of the dominant classes, had to appeal to a set of ideological distortions – racism, for example – to avoid the revolutionary potential of popular interpellations from being reoriented towards their true objectives« (ebd.: 174).

Damit schreibt er nicht nur die lange marxistische Tradition fort, autoritäre Ideologie lediglich als ein bourgeois Instrument zur Spaltung der Arbeiter\*innenklasse und Sicherung der Klassenherrschaft zu betrachten. Sondern er blendet auch die zentrale Bedeutung von Rassismus und Antisemitismus für den Nationalsozialismus aus, ganz zu schweigen von Sexismus, Homophobie, Behindertenfeindlichkeit und weiteren Diskriminierungsformen und Verfolgungsgründen. Unklar bleibt, warum diese Ideologien ihre Funktion, große Teile der Bevölkerung politisch zu binden, erfüllen konnten. Einen Hinweis gibt Laclau lediglich mit Blick auf den osteuropäischen Antisemitismus des Mittelalters. Dieser ergab sich durch die Einsperrung der jüdischen Bevölkerung in die Sphäre der Geldwirtschaft und ihre daraus resultierende Rolle in der Ausbeutung von Bäuer\*innen und Handwerker\*innen. Anstelle von Kaiser, Prinzen und Bourgeoisie zogen eben jüdische Menschen den Hass des »common man« (ebd.: 99) auf sich. Wie sich der Antisemitismus aber in der kapitalistischen Moderne bis heute auch unter den »common men« reproduziert, fragt Laclau nicht.

Die Zuordnung von Ideologien zu Klassen betrachtet Laclau ausgesprochenermaßen als rein arbiträr. Sein autoritarismustheoretischer Hauptpunkt ist es, zu zeigen, dass Antisemitismus in verschiedenen Klassen auftreten kann. So könnte er zwar Antisemitismus unter Arbeiter\*innen in den Blick nehmen, blendet ihn aber trotzdem beinahe völlig aus. Er umschift all die schmerzhaften Fragen nach der Verbreitung und der Rolle des Antisemitismus unter Arbeiter\*innen und in der sozialistischen Bewegung. Aus seiner funktionalistischen Perspektive auf Autoritarismus erscheint für ihn sogar eine klassenkämpferische Entwicklung des Nationalsozialismus im Rückblick als eine echte historische Möglichkeit. Seiner Analyse gemäß war der Nationalsozialismus ein Jakobinismus, und als solcher immer potenziell zu einem Klassenkampf entwickelbar. Historisch verkörpert der nationalrevolutionäre Strasserismus für Laclau diese antikapitalistische Entwicklungsmöglichkeit, die eben deshalb brutal niedergeschlagen werden musste. Damit aber sieht er völlig darüber hinweg, dass die Differenz der Strassers mit Hitler weniger politischer als strategischer Natur war und ihre »Systemkritik« selbstverständlich selbst antisemitisch und rassistisch begründet war (vgl. Wistrich 2002: 248). Nachträglich

bestätigt das auch der seit den 1970er-Jahren zunehmende Erfolg des Strasserismus in deutschen neonazistischen Bewegungen.

Laclaus marxistischer Ansatzpunkt gerät angesichts des Autoritarismus offensichtlich an Grenzen. Zwar fragt er sich, warum der Faschismus erfolgreich darin war, die Anrufung des Volkes vom Klassenkampf zu trennen. Seine Antwort aber lautet lediglich: Weil die Arbeiter\*innenbewegung nicht ausreichend versuchte, beide miteinander zu verbinden. Die angerufenen selbst tauchen in Laclaus Populismustheorie schlicht nicht auf. Hier kämpfen stets Artikulationen und Klassendiskurse gegeneinander um ideologische Vorherrschaft, aber es bleibt außen vor, wovon ihr Erfolg oder Misserfolg in diesem Kampf abhängen. Warum sind die »ideological distortions« popular-demokratischer Elemente überhaupt möglich? Welche Zustimmung oder Ablehnung bringen welche Gruppen rassistischer und antisemitischer Anrufung entgegen? Wie entstanden die Ideologieelemente, die der Nationalsozialismus miteinander artikulierte? Da Laclau keinen Blick für die politische Identität von *Individuen* hat, kann seine Theorie keinerlei Überlegungen über den irrationalen Charakter des Antisemitismus aufnehmen. Entsprechend weist er sozialpsychologische (Wilhelm Reich, Erich Fromm) und totalitarismustheoretische Ansätze (Hannah Arendt) grundsätzlich zurück. Sie ringen nach seinem Dafürhalten zwar zu Recht mit der tatsächlich besonderen Rolle der Ideologie im Nationalsozialismus. Diese ist aber ausschließlich darin zu suchen, dass im NS-Diskurs Anrufungen des Volkes jene als Klasse dominierten (vgl. Laclau 1977: 135f.). Laclau verwehrt sich vor dem Hintergrund seiner Kritik des Klassenreduktionismus ebenso gegen Theorien des falschen Bewusstseins, die Ideologien wie Rassismus und Antisemitismus vor allem als fehlendes Klassenbewusstsein interpretieren (vgl. ebd.: 163f.).

Diese mangelnde Aufmerksamkeit für die angerufenen Individuen verweist auf Probleme in Laclaus Ideologiebegriff. Er schließt an Althusser an, der die Kernfunktion der Ideologie darin sah, Individuen, die gesellschaftlichen Strukturen unterworfen sind, mittels einer Verkehrung imaginär als Subjekte anzurufen, die diese Strukturen selbstbestimmt hervorbringen. So soll Ideologie ihnen ihren gesellschaftlichen Platz als Beherrschte anweisen. Für Althusser kann es demgemäß gar keine von den durch das System Beherrschten selbst hervorgebrachte Ideologie geben. Laclau versucht dieses Problem zu umgehen, indem er postuliert, dass die Ideologien der beherrschten Klassen den Individuen die Aufgabe zuweisen, gegen das System zu opponieren (vgl. ebd.: 101). Das angerufene Subjekt wird laut Laclau erst durch die Anrufung konstituiert und stellt daher das einigende Prinzip einer Ideologie dar. Demgegenüber haben die inhaltlichen Elemente eines Diskurses »no meaning in themselves« (ebd.: 102). Mit diesen Setzungen erklärt Laclau jedes mögliche Element eines oppositionellen Diskurses zu einem systemkritischen Element und blendet die Möglichkeit eines Nebeneinanders von affirmativen, autoritären und oppositionellen Elementen ebenso aus wie mögliche inhaltliche Widersprüche zwischen ihnen. Zudem gerät das Subjekt in eine ausschließlich passive Rolle.

Dasselbe Problem offenbart sich mit Blick auf seine spätere Rede von »democratic demands« als Grundlage politischer Identität. Dass diese *demands* immer gegen die herrschende Macht gerichtet sein sollen, leugnet die Möglichkeit autoritärer »Forderungen« nach rassistischer, antisemitischer oder sexistischer Ausgrenzung (vgl. dazu auch Kim 2021: 84).

### 4.3.3 Affirmation des Neoliberalismus

Auch nach der Abkehr vom Marxismus bleibt die äußerliche Beziehung von Populismus und Autoritarismus in der Radikaldemokratie erhalten. Laut Mouffe und Laclau bietet die demokratische Revolution sowohl linkspopulistischer als auch totalitärer beziehungsweise rechtspopulistischer Politik Raum. Antagonismen müssen keinesfalls fortschrittlich artikuliert werden, ihre politische Bedeutung wird vielmehr erst durch die Verbindung mit anderen Kämpfen hergestellt. Diese Verbindung kann nicht im Vorfeld theoretisch abgeleitet werden, sondern ist ausschließlich das Produkt eines hegemonialen Kampfes. So kann etwa die Artikulation ökologischer oder sozialer Probleme durchaus auch autoritär geschehen. Konkret sehen Mouffe und Laclau das 1981 in der »Neuen Rechten« verwirklicht:

»Daß die Widerstandsformen gegen neue Unterdrückungsformen polysemisch sind und vollkommen in einem anti-demokratischen Diskurs artikuliert werden können, wird zweifellos durch den Vormarsch der ›Neuen Rechten‹ in den letzten Jahren bewiesen. Deren Neuheit liegt in ihrer erfolgreichen Artikulation einer Reihe von demokratischen Widerständen gegen die Transformation sozialer Verhältnisse mit dem neo-liberalen Diskurs« (Laclau/Mouffe 2000: 207).

In dieser Beschreibung sind alle Kernelemente der radikaldemokratischen Erklärung des Rechtspopulismus versammelt:

- Auch bei rechtem Populismus handelt es sich im Kern um demokratischen Widerstand.
- Der Widerstand richtet sich gegen dieselben sozialen Veränderungen wie linker Populismus.
- Im rechten Populismus verbindet sich dieser Widerstand mit einer Affirmation des Neoliberalismus.

Anhand der politischen Diskurse Thatchers und Reagans führen Mouffe und Laclau aus, dass diese dieselbe Struktur aufweisen wie radikaldemokratische. Ihr ursprünglicher Anlass war demnach die zunehmende Bürokratisierung des Wohlfahrtsstaates. Die Neue Rechte hat als Reaktion darauf einen Antagonismus zwischen dem »Volk« – in diesem Fall ein Volk der traditionellen Werte und des

Unternehmertums – und seinen Gegnern konstruiert. Damit sind hier der Staat und »Subversive« wie Linke und Intellektuelle gemeint. In Thatchers Angriff auf den Wohlfahrtsstaat verbindet sich so ein tradierter kultureller Konservatismus (»Nation, Familie, Pflicht, Autorität, Vorbilder, Traditionalismus«) mit einem neuen ökonomischen Neoliberalismus (»Eigennutz, Konkurrenz-Individualismus, Anti-Dirigismus« (Hall, zit. n. Laclau/Mouffe 2000: 208)).

Den Neoliberalismus kritisieren Mouffe und Laclau dabei als autoritär. Der Fluchtpunkt der neoliberalen Kritik ist die Auflösung der kontingenaten Artikulation von Liberalismus und Demokratie, die sich im 19. Jahrhundert herausgebildet hat. Er versucht, gegen die demokratische Tradition, erneut eine Zentralität des Liberalismus zu behaupten und die freie Marktwirtschaft vor staatlicher Intervention zu schützen (vgl. ebd.: 213). Ziel ist es, »das Terrain des demokratischen Kampfes zu beschränken und die in vielen sozialen Verhältnissen existierenden Ungleichheiten zu bewahren« (ebd.). Das erfordert jedoch die »Verteidigung eines hierarchischen und anti-egalitären Prinzips, das durch den Liberalismus selbst gefährdet worden war« (ebd.). Daher greift der Neoliberalismus nicht nur auf liberales politisches Denken, sondern zunehmend auch auf Versatzstücke konservativer Theorie zurück.

Die populistische Anschlussfähigkeit dieses konservativen Neoliberalismus erklären Mouffe und Laclau aber nicht über gemeinsame autoritäre Züge. Vielmehr hat der neoliberalen Diskurs erfolgreich den Widerstand gegen eine Bürokratisierung programmatisch an sich gerissen, indem er die Demontage des Wohlfahrtsstaates als eine Verteidigung individueller Freiheiten präsentiert (vgl. ebd.).

#### **4.3.4 Libidinöse Basis politischer Identitäten**

Anders als in den 1970er und 1980ern legen Mouffe und Laclau in ihren späteren Populismustheorien eine ausführlichere Beschäftigung mit den psychologischen Aspekten politischer Identitäten vor. Laclau arbeitet an der frühen Massenpsychologie des 19. Jahrhunderts – derjenigen Gustav Le Bons, Hippolyte Taines und William McDougalls – kritisch heraus, dass sie wesentlich auf der strikten Trennung von pathologischem und normalem sozialem Verhalten beruht. Diese Unterscheidung schließt sie mit den Gegensätzen von Individuum und Masse sowie Rationalität und Irrationalität zusammen. Jegliche Form der Masse bedeutet dann Entindividualisierung, Irrationalität und Auflösung gesellschaftlicher Institutionen und gesellschaftlicher Differenzierung. Laclau wendet ein, dass diese Gegensätze aber aufgrund eines »ideological anti-popular bias« (Laclau 2005: 40) als völlig starre Dichotomien gedacht wurden. Nicht zufällig stehen sie politisch der Diskreditierung von Massenprotesten und der Polemik gegen die Pariser Commune von 1871 ebenso nahe wie der heutigen Verurteilung des Populismus. Er sucht gegen diese Starrheit den Anschluss als Freuds Erkenntnisweg, vom Pathologischen aus das Normale

aufzuschließen. Das heißt hier: im Entstehen von Massen Logiken zu erkennen, die alles Politische strukturieren (vgl. Laclau 2005: 40).

Freuds »Massenpsychologie und Ich-Analyse« von 1921 setzte gegen den bis dato für die Beschreibung von Gruppenbildung zentralen Begriff der »Suggestion« den der »Libido«. Die Verbindung von Individuen zu jeglicher Form von Gruppe kann demnach nur über eine libidinöse Bindung erklärt werden. Diese affektive Bindung wird über die gemeinsame Identifikation mit konkreten äußeren Objekten geknüpft. Die Gruppenmitglieder idealisieren das Objekt, setzen es an die Stelle ihres eigenen Ich-Ideals und identifizieren sich so vermittels des Objekts miteinander. Dabei kann sowohl eine Führerperson das Objekt abgeben, als auch eine abstrakte Idee oder Utopie. Freud spricht im ersten Fall von einer »primären Masse« (Freud 1974: 108), im zweiten von »führerlosen Massen« (ebd.: 88), deren abstraktes Ideal sich aber »mehr oder weniger vollkommen in der Person eines gleichsam sekundären Führers« (ebd.: 94) verkörpern kann.

Da der grundlegende Mechanismus der libidinösen Identifikation also nicht auf Massen begrenzt ist, sieht Laclau bei Freud den alten massenpsychologischen Dualismus von organisierten, rationalen Gruppen und unkontrollierten, irrationalen Mengen in eine graduelle Unterscheidung aufgelöst. Vollständige Organisierung und bloß libidinöser Zusammenhalt sind Pole eines Kontinuums sozialer Gruppenformen, in denen sich diese beiden sozialen Logiken in je unterschiedlicher Weise miteinander verbinden.

Die Idee der Identifikation erlaubt es dabei auch, anders als in der frühen Massenpsychologie, den psychologischen Prozess der Gruppenbildung als nicht-autoritär zu denken. Während jede Gruppe durch libidinöse Identifikation zustande kommt, entscheidet das jeweilige Verhältnis der Mitglieder zu ihrem idealisierten Objekt zwischen autoritärer und demokratischer Identifikation. Je stärker die Überhöhung der Anführerfigur, desto autoritärer die Gruppenbildung (vgl. Laclau 2005: 60–62).

Laclau sieht mit Freud eine nicht-autoritäre Rolle des Anführers in primären Gruppen durch eine positive Eigenschaft ermöglicht, die die Mitglieder der Gruppe und ihr Anführer bereits im Vorhinein teilen. Der Anführer führt nur deshalb, weil er diese Eigenschaften besonders markant ausprägt, er nimmt also an der »very substance of the community« (ebd.: 59) teil. Daher ist er hier als Primus inter Pares nicht einfach nur ein narzisstischer Despot und ist der Gemeinschaft in hohem Ausmaß rechenschaftspflichtig.

Interessanterweise verlegt sich Laclau in seiner weiteren Erörterung der psychologischen Strukturen populistischer Bewegungen vollständig auf Gruppen, die durch personelle Führer konstituiert werden. Die oft festgestellte große Bedeutung herausgehobener Führungspersönlichkeiten in populistischen Bewegungen erklärt Laclau mit einem handstreichartigen Rückgriff auf seine politische Ontologie. Da der Populismus heterogene soziale Forderungen miteinander verknüpft, stellt er ei-

ne politische Identität nur nominell, durch einen singulären Namen her. Da die extreme Form einer Singularität aber eine Individualität ist, wird die politische Einheit in letzter Konsequenz durch den Namen der Führungsfigur zusammengehalten. Laclau verallgemeinert entsprechend: »the symbolic unification of the group around an individuality – and here I agree with Freud – is inherent to the formation of a ›people‹« (Laclau 2005: 100). Ungeachtet dessen, dass das eine nicht aus dem anderen folgt, legt Laclau so kurzerhand breite und wirkmächtige politische Bewegungen auf das Modell einzelner Führungspersonen fest. Der inneren Demokratie einer Bewegung misst er keine Bedeutung bei. Dadurch übersieht er möglicherweise die besondere Rolle autoritärer Führung in populistischen Bewegungen.

Auf ähnliche Weise eskamotiert Laclau die Frage nach dem Zusammenhang zwischen autoritärer Ideologie und populistischer Logik. Wenn sich die politische Spaltung einer Gesellschaft vertieft, greift die bisherige symbolische Ordnung nicht mehr. Populistische Bewegungen müssen daher eine eigene symbolische Ordnung konstituieren. Daher hängt dann auch die Identität ihres Feindes zunehmend von ihrer eigenen politischen Konstruktion ab (ebd.: 86). Diese Konstruktion kann unter verschiedenen politischen Vorzeichen vorgenommen werden, denn es ist zweitrangig, welcher »ontic content« die »ontological function« (ebd.: 87) der sozialen Spaltung erfüllt. Begriffe wie »the people«, »the nation« oder »the silent majority« können von links wie rechts gebraucht werden.

In diesem Sinne interpretiert Laclau etwa die Wähler\*innenwanderung von der *Parti communiste français* (PCF) zum damaligen *Front National* (seit 2018 *Rassemblement National*) seit den 1990er-Jahren. Die PCF hat bis dahin den vom System Ausgeschlossenen eine Protestwahl entlang der politischen Spaltung in links und rechts ermöglicht. Mit dem Ende des Realsozialismus und der Einbindung der *Parti Socialiste* (PS) in eine Zentrumskoalition haben aber die »left-wing signifiers« das Feld der sozialen Spaltung verlassen, weshalb dann rechte Diskurse dieses Feld besetzen: »The ontological need to express social division was stronger than its ontic attachment to a left-wing discourse which, anyway, did not attempt to build it up any longer« (ebd.: 88).

Diese strikte Hierarchie von Bedürfnissen ist aber fragwürdig. Zunächst erscheint die politische Umorientierung unter französischen Arbeiter\*innen in historischer Perspektive nicht wie ein einfacher Wechsel von linken zur rechten »Signifikanten«. Wie der französische Philosoph Didier Eribon herausgestellt hat, waren vielmehr bestimmte Haltungen und Vorurteile, etwa gegen ethnische Minderheiten und Homosexuelle, schon im kommunistischen Elektorat verbreitet. Dort waren sie allerdings noch durch die politische Identität als Klasse überlagert und eingehetzt – eben das hat sich später geändert (vgl. Eribon 2016: 118ff.). Diese untergründigen politischen Kontinuitäten verschwinden in Laclaus Unterscheidung eines unpolitischen *ontologischen* Bedürfnisses nach Protest und Abgrenzung einerseits und dessen *ontischer* politischer Ausformung andererseits. Er verortet

zwischen rechtem und linkem Populismus zwar ein »nebulous no-man's-land which can be crossed – and has been crossed – in many directions« (Laclau 2005: 87), hält damit aber gerade beide Populismen politisch säuberlich getrennt.

Und auch konzeptionell bleibt die Rede von einem »ontological need« dürftig. Bedürfnisse sind zunächst immer Bedürfnisse eines oder vieler Individuen. Im Individuellen aber verbietet sich eine allgemeingültige Hierarchisierung wirklicher und abgeleiteter Wünsche. Denn wer verspürt dieses »ontological need« nach Protest vor und unabhängig von seiner politischen Ausformung? Laclau schneidet hier die politischen und kulturellen Nebenbedeutungen ab, die jedes noch so abstrakt vorgetragene Bedürfnis nach Protest subjektiv aufweist. Damit weicht er der Frage nach einem Zusammenhang oder einer Affinität autoritärer politischer Vorstellungen und der populistischen Logik aus.

In dieselbe Richtung wirkt seine Entscheidung, seine politische Theorie auf der Grundkategorie des »democratic demand« aufzubauen. Er geht ohne Weiteres davon aus, dass jede isolierte gesellschaftliche Forderung von einem »underdog of sorts« an das »system« formuliert wird und »some kind of exclusion or deprivation« (ebd.: 127) durch dieses System voraussetzt. Jeder »demand« trägt also in sich bereits eine implizite egalitäre Dimension und wird durch eine tatsächliche Ausschlussfahrung hervorgerufen. Damit schließt Laclau nicht nur Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen unterhalb der Auseinandersetzung mit dem »System« aus. Für die Frage nach dem Autoritarismus ist bedeutsamer, dass so schon im Ansatz die Existenz irrationaler oder projektiver »demands« verneint wird, die sich nicht auf eine reale Deprivationserfahrung zurückführen lassen und sich zudem nicht gegen den Status quo, sondern gegen Schwächere und Schutzlose richten.

### 4.3.5 Anthropologisches Masse-Bedürfnis

Mouffes Erklärung autoritärer Politik operiert mit einer ähnlichen Hierarchisierung von Motiven wie Laclau. Gemäß ihrem Antagonismusbegriff sind feindselige Identifikationen in der menschlichen Psyche und der gesellschaftlichen Pluralität unweigerlich angelegt. So geht Mouffe mit Elias Canetti davon aus, dass ein Trieb oder gar »Instinkt« zum Verschmelzen mit einer Masse »Teil der psychologischen Ausstattung des Menschen« (Mouffe 2010: 34) ist. Dahinter steht ein lacanianisch-pschoanalytisches Bild: Die Anziehungskraft bestimmter Identifikationen speist sich aus libidinöser Energie, die auf das eigene Genießen zielt. So bieten etwa kulturelle Identitäten dem Individuum eine aufwertende Vorstellung seiner selbst.<sup>12</sup> Diese libidinöse Energie kann als Hass mobilisiert werden, indem eine Fremdgruppe als

---

<sup>12</sup> Diese durchaus affirmative Haltung Mouffes zum affektiven Verschmelzen mit einem Kollektiv kehrt die kritische Absicht der Freud'schen Kritik der Massenpsychologie um, die den Aus-

Bedrohung für das eigene Genießen ausgemacht wird. Damit soll zugleich den liberalen und funktionalistischen Perspektiven widersprochen sein, die kollektive Identitäten entweder als archaischen Rest des früheren Nationalismus oder als Ausdruck eines geringen Bildungsgrades deuten (vgl. Mouffe 2010: 34–38).

Da Mouffe Antagonismen nicht gesellschaftstheoretisch erklären will, sondern sie schlicht für unhintergehbar hält, interessiert sie sich lediglich für ihre politischen Ausformungen. Können Konflikte nicht in einem geregelten, agonistischen Modus ausgetragen werden, brechen sie zwangsläufig in antagonistischer Form, also als Freund-Feind-Beziehung auf. Mouffe deutet so etwa den Antisemitismus im Nationalsozialismus in engem Zusammenhang mit der Entmachtung des Weimarer Reichstages:

»Wenn parlamentarische Institutionen zerstört oder geschwächt werden, verschwindet die Möglichkeit einer agonistischen Konfrontation und wird durch ein antagonistisches Wir/Sie ersetzt. Man denke etwa an das Beispiel Deutschlands und an die Art und Weise, in der die Juden mit dem Zusammenbruch der parlamentarischen Politik zu einem antagonistischen ›Sie‹ wurden« (ebd.: 33).

Hier offenbaren sich die Schwächen des Mouffe'schen Modells. Mouffe interpretiert die antagonistische antisemitische Feinderklärung und Verfolgung als Auswirkung fehlender agonistischer parlamentarischer Konflikttaustragung. Damit aber blendet sie erstens die lange Geschichte antisemitischer Propaganda vor 1933 aus, die nicht zuletzt im Hass auf Weimar als »Judenrepublik« zum Tragen kam und aktiv auf den »Zusammenbruch« hinarbeitete. Zweitens legt ihr Modell fatalerweise nahe, zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bürger\*innen habe zuvor tatsächlich eine agonistische Konfrontation bestanden, die dann gewissermaßen außer Kontrolle geriet und in einen Antagonismus verwilderte. Eine solche Konfrontation wurde aber lediglich in der antisemitischen Ideologie heraufbeschworen. Der diskursanalytische Antagonismusbegriff scheint hier blind für die Irrationalität autoritärer Propaganda, da er stets von realen Konflikten zwischen Gruppen ausgeht. Insgesamt umschifft diese Deutung eine Beschäftigung mit der spezifisch antisemitischen Ideologie, die der Feinderklärung zugrunde lag, und den Akteur\*innen, die sie durchsetzten. Das aber weißt auf das grundsätzliche Problem hin, dass Mouffe für das Aufbrechen antagonistischer Konflikte ausschließlich die unzureichenden Konfliktregelungsmechanismen verantwortlich macht. Auch für den Erfolg rechter populistischer Parteien macht sie im Wesentlichen die Entpolitisierung in der Post-Demokratie und die liberale Verdrängung der kollektiven und affektiven Dimensionen des Politischen verantwortlich. Populistische bis hin zu rechtsextremen Partei-

---

gangspunkt für Mouffes und Laclaus psychologische Populismustheorie bildete (vgl. Struwe/Vennmann 2021: 117).

en haben dann Zulauf, wenn zwischen den traditionellen demokratischen Parteien keine agonistischen programmatischen Konflikte mehr auszumachen sind und also keine Möglichkeit einer leidenschaftlichen kollektiven Identifikation mehr besteht. Rechtsextreme Demagog\*innen können davon dann profitieren, indem sie der natürlichen Nachfrage nach kollektiven Identifikationsmöglichkeiten selbst ein konkurrenzloses Angebot machen.

Aus der Vorstellung, es gäbe ein natürliches, vorpolitisches Bedürfnis nach kollektiver Identität folgt die Annahme, dieses Bedürfnis wäre für sich genommen gewissermaßen politisch ungeformt und könnte aus beliebiger Richtung aufgegriffen werden. Diese Idee verallgemeinert Mouffe auf sämtliche *demands*, die von autoritärer Agitation aufgegriffen werden:

»Es ist höchste Zeit, den Hintergrund des Erfolgs rechtspopulistischer Parteien zu erkennen. Er beruht auf in sehr problematischer Weise artikulierten, aber dennoch realen, demokratischen Forderungen, die von den traditionellen Parteien nicht berücksichtigt werden. Sie geben den Menschen darüber hinaus eine Art Hoffnung, verbunden mit dem Glauben, die Dinge könnten sich ändern. Natürlich ist das eine illusorische Hoffnung, die auf falschen Voraussetzungen und inakzeptablen Exklusionsmechanismen basiert, unter denen die Fremdenfeindlichkeit gewöhnlich eine zentrale Rolle spielt« (Mouffe 2010: 94).

Diese unpolitischen *demands* erhalten demnach erst durch Agitation ihre spezifisch autoritäre Ausrichtung. An dieser Unterscheidung von demokratischen Forderungen und autoritärer Artikulation hängt Mouffes ganze Konzeption links-populistischer Politik. Die Wähler\*innen rechter populistischer Parteien sollen nicht von vornherein als ressentimentbehaftet abgeschrieben werden. Sondern ein linker Populismus muss den »democratic nucleus« (Mouffe 2018: 22) im Herzen ihrer Forderungen freilegen und in ein anderes Vokabular einbinden, um diese Forderungen auf egalitärere politische Ziele hin auszurichten. Nicht die Wähler\*innen sind dafür verantwortlich, wie ihre Forderungen artikuliert wurden, sondern allein die populistischen rechten Parteien (vgl. ebd.).

So führt Mouffe etwa den Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider in den 1980er und 1990er-Jahren nicht zumindest auch auf die Anziehungskraft seines nostalgischen Austrofaschismus zurück, sondern allein auf seine populistische diskursive Strategie. Mit der Grenzziehung zwischen »hart arbeitende[n] Menschen und Verteidiger[n] der nationaler Werte« und »an der Macht befindliche[n] Parteien, den Gewerkschaften, Bürokraten, Ausländern, Linksintellektuellen und Künstlern« hat er demnach vor allem einen »mächtigen Pol kollektiver Identifikationen« (Mouffe 2010: 89) in Protest gegen die große Koalition von SPÖ und ÖVP geschaffen. Ähnliches gilt für die Erfolge des *Vlaams Blok* in Belgien und des früheren *Front National* in Frankreich. Mouffe legt sich darauf fest, die politische Anziehungskraft rechter populis-

tischer Parteien in deren populistischer Strategie gegen neoliberalen Alternativlosigkeit zu suchen, nicht in den autoritären Inhalten. Sie verneint die Möglichkeit, dass es gerade bestimmte, autoritäre Vorstellungen von »Volk« sind, die »kollektive Identifikationsmöglichkeiten mit hohem affektivem Gehalt« (Mouffe 2010: 93) bieten.

Am Beispiel der FPÖ und darüber hinaus weist Mouffe aber zugleich immer wieder bestimmte Inhalte als politisch besonders mobilisierend aus. Erfolgversprechend sind nationale Identifikation, Patriotismus, Mythen und Führungspersönlichkeiten. Mouffe besteht darauf, dass es sich dabei stets um Varianten des politisch mehrdeutigen »anti-establishment discourse« (ebd.: 68) handelt, den rechten Agitator\*innen gegenwärtig nur besser als Linke zu bedienen verstehen. Sie sind für Mouffe daher »the true Gramscians« (Errejón/Mouffe 2016: 69), von denen die Linke lernen muss.

Mouffes Autoritarismustheorie wird von einem regelrechten Zweckoptimismus getragen: Am Grunde aller politischen Artikulation stehen ein allgemein menschliches Bedürfnis nach Identifikation und realitätsgerechte, demokratische Forderungen. Autoritäre Artikulationen dieser Forderungen sind ausschließlich den Agitator\*innen anzulasten und verfangen nur mangels Alternativen. Mouffe verwischt mutwillig die Unterschiede zwischen verschiedenen Graden der Bindung an autoritäre Positionen und Weltbilder. Die postmarxistische Kritik des Essentialismus erreicht in der Anthropologisierung der Psyche und der Bedürfnisse nach Masse wie nach kultureller Identität eine Grenze. Mouffe blendet die spezifischen historischen Bedingungen dieser Wünsche und die konkret benennbaren Ideologien, die diese Identifikation heute am ehesten zu stiften vermögen, aus. Die Repräsentation durch rechte populistische Parteien und Bewegungen erscheint als eine einseitige, täuschende Beeinflussung der hilflosen Wähler\*innen durch »begabte Demagogen« (Mouffe 2010: 88). Die ungelöste Frage bleibt, warum es rechter Agitation so überaus erfolgreich gelingt, »democratic demands« in antidemokratische Vorstellungen und Forderungen zu transformieren. Wie ist es zu erklären, dass die Verbreitung undemokratischer politischer Vorstellungen auch entgegen politischer Konjunkturen stabil bleibt und autoritäre Bedürfnisse existieren, die offenbar nicht aus realen gesellschaftlichen Konflikten folgen?

Auch in ihrem jüngsten Buch zur Verteidigung linkspopulistischer Politik beharrt Mouffe auf der zweckoptimistischen Theorie autoritärer Ressentiments. Hinter ihnen steht immer Wut als Reaktion auf eine spezifische Situation, in der das Individuum sich als »victim of some wrong« (Mouffe 2022: 43) erfährt. Zuletzt haben demnach vor allem die Corona-Pandemie, die Folgen des Klimawandels, aber auch der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine starke Bedürfnisse nach Schutz und Sicherheit erzeugt. Diese realen Probleme können politisch unterschiedlich gerahmt und beantwortet werden. Autoritär kann die Wut dann werden, wenn keine glaubhafte, auch affektiv ansprechende Perspektive echter Verbesserung verfügbar ist. Der Erfolg populistischer rechter Rahmungen ist damit nach wie vor in erster

Linie ein Produkt nicht überzeugend artikulierter linker Lösungsvorschläge. Und Mouffe argumentiert wieder entlang ihrer schon bekannten Linie, die Linke müsse von der besseren Affektansprache der Rechten lernen. Aufmerken lässt immerhin ihre Bemerkung, dass es für den linken Populismus nicht einfach ist, Affektansprache und Programm zu verbinden, da er nicht auf dieselben »demagogic techniques« (Mouffe 2022: 49) zurückgreifen kann wie sein rechter Gegner. Hier wäre weiterzufragen: Warum klebt die Identifikation so vieler Bürger\*innen so hartnäckig an der ressentimentgeladenen Wut, selbst dann, wenn politische Alternativen durchaus vorliegen – wie etwa mit dem ökosozialistischen Programm des *Green New Deals*, das Mouffe selbst anführt? Lassen sich Ressentiments wirklich so unmittelbar auf konkrete Missstände zurückführen? Müssten hier nicht tiefere, weniger leicht bewegliche psychische Mechanismen in Betracht gezogen werden, die der autoritären Demagogie entgegenkommen?

#### 4.3.6 Zusammenfassung

Die radikaldemokratischen Populismustheorien artikulieren einen antiautoritären politischen Impuls. Sie sprechen der massenhaften populistischen Mobilisierung in der Demokratie eine prinzipiell emanzipatorische Kraft zu. Die verbale Ausrichtung gegen das »Establishment« oder das »System« betrachten sie als Sammlung einer Reihe von konkreteren, berechtigten sozialen Forderungen. Theoretisch erwehren sie sich vor allem des Verdachts der liberalen Modernisierungstheorie, jede breite politische Bewegung gegen demokratische Eliten folge irrationalen Leidenschaften und stelle die rationale organisatorische Differenzierung der Demokratie als solche in Frage. Ihre Beschreibung der Rolle tatsächlich autoritärer Elemente in populistischen Diskursen soll diesen Einwand entkräften. Dazu unterscheiden sie zwischen autoritären Ausformungen und dem eigentlichen, demokratischen Gehalt populistischer Mobilisierungen.

Margaret Canovan setzt am Führungspersonal populistischer Bewegungen an, das entgegen der Intention der Anhänger\*innen zu demagogischen und diktatorischen Politikformen greifen kann. Ernesto Laclau nimmt Ideegelemente in den Blick und betrachtet Rassismus und Antisemitismus als manipulative Verzerrung des revolutionären Potenzials popularer Anrufungen. Diese konkreten Ideegeelemente, mit denen eine politische Spaltung etabliert werden soll, sind nur eine mögliche, arbiträre Verarbeitung des eigentlichen, politisch ungerichteten Bedürfnisses nach Protest. Und Chantal Mouffe sieht im Kern jeder politischen Identifizierung demokratische Forderungen der Wähler\*innen, die nur von rechten populistischen Parteien autoritär artikuliert würden.

Diese Unterscheidung ist produktiv, da sie es erlaubt, auch autoritäre Bewegungen nicht schlicht zu pathologisieren, sondern mögliche treibende Kräfte in tatsächlichen Machtverhältnissen zu suchen. Aber die Weise, in der die Radikaldemokratie

die Unterscheidung anlegt, lässt keinen Raum für die eigene Wirkmächtigkeit autoritärer politischer Identifikation. Sie legt sich darauf fest, in jeglicher politischen Mobilisierung könne ein rationaler Kern von einer autoritären Überformung unterschieden werden. Sie hält beides säuberlich getrennt, wo es womöglich deutlich komplexer miteinander vermittelt ist. Die umgekehrte Möglichkeit etwa, dass eine im Kern autoritäre Bewegung sich nur reale oder erfundene Anlässe zur Rechtfertigung ihrer politischen Agenda sucht, ist kategorisch ausgeschlossen.

#### **4.4 Fazit: Gesellschaftstheoretische Elemente und Probleme**

Wie ist nun die radikaldemokratische Konstellation von Kapitalismus, Demokratie und Autoritarismus zu verstehen? Um welchen gesellschaftstheoretischen Kern ist ihre Perspektive auf Populismus aufgebaut? Welchen Beitrag kann ihre Perspektive zum Verständnis des Erfolgs populistischer Parteien leisten, und wo geht sie fehl?

Wie gezeigt bildet der Demokratiebegriff das theoretische Zentrum. Populismus ist für Canovan, Mouffe und Laclau eine strukturelle Dimension der modernen Demokratie. Er kann und soll nicht überwunden werden, da er innig mit dem demokratischen Versprechen der Selbstbestimmung verknüpft ist. Sein Appell an das »Volk« und die »underdogs« fordert Volkssouveränität, Partizipation und kollektive Identifikation ein. Damit dient er aus radikaldemokratischer Sicht als ein Korrektiv gegen die liberale oder neoliberalen Reduzierung moderner Demokratie sowie gegen die institutionelle Verknöcherung.

Die untersuchten Theorien sind aber auch insofern radikaldemokratisch, als sie Demokratie tendenziell mit Politik gleichsetzen. Sie entwickeln eine Ontologie der Politik oder des Politischen, in der dem Populismus ein höherer Stellenwert zukommt als in jedem anderen Ansatz. Ihre Kritik an der liberalen Modernisierungstheorie korrespondiert mit diesem Primat des Politischen: Demokratie kann nicht auf Eliten und Institutionen reduziert werden; Politik ist keine bloße Funktion sozialer Fakten oder Gesetzmäßigkeiten, sondern erschafft diese erst. Und am Grunde jeder politischen Bewegung steht ein rationaler, emanzipatorischer Impuls. Das Politische ist zwar unumgänglich durch kollektive Identitäten, Leidenschaften und Antagonismen strukturiert. Das impliziert für die Radikaldemokratie aber keine Skepsis gegenüber populären Mobilisierungen, sondern Einsicht in die permanente Notwendigkeit, politische Identitäten zu erschaffen.

Die Ontologie des Politischen, die auf die Selbstständigkeit politischer Praxis gegenüber sozialen Verhältnissen besteht, kippt allerdings in eine regelrechte Leugnung des Sozialen. Demokratie, Politik und Populismus werden zu unvermittelten, freischwebenden Logiken, die entweder rein äußerlich mit sozialen Prozessen wechselwirken, oder sie gar erst selbst aus sich hervorbringen. Insbesondere die postmarxistische Theorie leugnet jegliche Eigenlogik, Verdinglichung und Ver-

selbstständigung ökonomischer oder kultureller Prozesse. Zugespitzt zeigt sich das in Ernesto Laclaus Reduzierung des Kapitalismusbegriffs auf ein politisches Schlagwort, das nur der Identitätsbildung dient. Kapitalismus, Neoliberalismus und Globalisierung stellen nur unterschiedliche äußerliche Anlässe für die Entfaltung derselben politischen Logik dar. Moderne Demokratie und Politik sind radikal von ihrer gesellschaftlichen Umgebung getrennt. Gesellschaftstheorie wird durch eine auf wenige Grundbegriffe reduzierte politische Theorie ersetzt. Die Frage, warum populistische Parteien und Bewegungen vermehrt erfolgreich sind, können die radikaldemokratischen Theorien daher, wenn überhaupt, nur mit Verweis auf wiederum politische Veränderungen beantworten. Eine post-politische, zunehmend konsensorientierte Politik der Mainstream-Parteien treibt einen neuen Antagonismus in Form populistischer Herausforderer hervor.

Dadurch ist auch der Blick auf den Autoritarismus vorstrukturiert. Obwohl die Betonung des Politischen zu Recht die Wandelbarkeit politischer Verhältnisse hervorhebt, erhält die Gefahr autoritärer Politik keine größere Aufmerksamkeit. Die antiautoritäre Stoßrichtung richtet sich allein gegen die gesellschaftlich Mächtigen. Da Politik tendenziell mit Demokratie in eins fällt, ist eine im Kern antidemokratische Politik von »unten« ausgeschlossen. Autoritäre Ideologien und Demagogie können populistische Mobilisierungen nur äußerlich verzerrn, die eigentliche Motivation bleibt stets demokatisch und realitätskonform. Dieses äußerliche Verhältnis ist unabhängig von der Auseinandersetzung mit dem Marxismus in allen Ansätzen angelegt. Die beunruhigende politische Ambivalenz der Anrufung des Volkes und der Volkssouveränität deuten sie optimistisch als Zeichen dafür, dass sich auch in antidemokratischen Mobilisierungen letztlich immer demokratische Forderungen ausdrücken. Theoretisch stützen sie diese Deutung auf die säuberliche Unterscheidung eines demokratischen Kerns, der aufgrund tatsächlicher Deprivationserfahrung Veränderung einfordert, von einer autoritären Überformung. Autoritäre Ideologien wie Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus können aus dieser Perspektive niemals die treibenden Kräfte einer populistischen Bewegung sein. Die radikaldemokratische Theorie widmet ihnen daher keine große Aufmerksamkeit. Sie versäumt es, die innere Struktur, die einschlägigen Themen und die treibenden Kräfte hinter autoritären Ideologien zu untersuchen. Anders als etwa bei der schon erwähnten Randgruppentheorie Herbert Marcuses steht hinter dem radikaldemokratischen Festhalten an der Volkssouveränität keine spezifische historische Verortung. Die radikaldemokratische Geschichtsschreibung legt nahe, die populistische Logik wirke seit 1789 als eine Kraft der Emanzipation. Alles Autoritäre sei demgegenüber nur Verzerrung gewesen.



## 5. Populismustheorie in gesellschaftskritischer Perspektive

---

Die vorausgehende Untersuchung gegenwärtiger Populismustheorien hat für jede von ihnen Stärken, aber auch verschiedene Probleme und Leerstellen herausgearbeitet. Im Folgenden soll ermittelt werden, inwiefern *ideational approach*, Cleavage-Theorien und radikaldemokratische Theorien die wichtigsten dieser Probleme in wechselseitiger Aufklärung beheben, Stärken bewahren und Leerstellen durch Ergänzung füllen können. Dort, wo die gemeinsamen Probleme der drei untersuchten Strömungen einen theoretischen Fortschritt blockieren, werden Modelle gesellschaftskritischer Autoritarismustheorien herangezogen, um zu reflektieren und weiterzudenken. Denn es wird sich zeigen, dass gerade hinsichtlich der Funktion autoritärer Ideologie in populistischen Parteien verkürzte Perspektiven vorliegen, die auch zusammengenommen bestimmte Probleme nicht überwinden. Mit den gesellschaftskritischen Modellen soll ein dreidimensionaler Begriff autoritärer Ideologie skizziert werden, der es erlaubt, die untersuchten Populismustheorien zu einem stimmigeren Bild anzurufen und Desiderate auszuloten. Sie sollen einige Grenzen der gegenwärtigen Theorien aufzeigen und reflektieren, ohne aber deren Ergebnisse einfach zu negieren. Diese Reflexion beansprucht keine bruchlose Integration der gegenwärtigen Theorien, sondern will Vorschläge in Richtung eines angemessen relationierenden Modells unterbreiten.

Die untersuchten Theorien geben uns für den Blick auf das Phänomen »Populismus« nicht nur verschiedene Antworten auf dieselben Fragen, sondern stellen auch unterschiedliche Fragen als die wesentlichen heraus. Der *ideational approach* fragt klassifikatorisch: *Was ist Populismus?* Und antwortet: eine weitverbreitete anti-elitäre, volkssouveränistische Ideologie, die den politischen Grundkonflikt in der angeblichen Unterdrückung des moralisch guten, homogenen Volkes durch korrupte, ebenso homogene Eliten sieht. Der zunehmende Erfolg vor allem populistischer rechter Parteien erklärt sich hier aus ihren mehr oder weniger gelungenen ideologischen Positionierungen im Rahmen der Opportunitätsstrukturen demokratischer politischer Systeme.

Die Cleavage-Theorien fragen dagegen soziologisch: *Welche Veränderungen sozialer Konflikte machen populistische Parteien elektoral erfolgreich?* Die Antwort sehen

sie entweder in einem globalen Wertewandel oder ökonomischen Globalisierungsschocks, die sich jeweils in massenhaften Veränderungen individueller Einstellungen niederschlagen und so die Wahl populistischer Parteien begünstigen. Was Populismus aber ist, bleibt dabei zweitrangig und wird uneinheitlich beantwortet. Sie sprechen entweder von einer anti-elitären, auf Volkssouveränität fokussierten, bloßen Rhetorik, oder von neuen Parteien, die tatsächlich gegen die jeweilige nationale Elite kämpfen.

Die Radikaldemokratie schließlich will analytisch klären: *Wie funktioniert Populismus in Demokratien?* Sie betrachten Populismus als eine strukturelle Dimension jeder modernen Demokratie, die im Prinzip jederzeit durch polarisierende politisch-disursive Grenzziehungen mobilisiert werden kann. Die Frage, *warum* populistische Parteien in den letzten Jahrzehnten erfolgreicher mobilisieren konnten, lehnen sie vor diesem Hintergrund entweder als funktionalistisch ab oder verweisen allgemein auf Widerstand gegen soziale Veränderungen und die zunehmende post-politische Konsenspolitik der Mainstream-Parteien in der Post-Demokratie.

Diese unterschiedlichen Fragestellungen lassen es auf den ersten Blick denkbar scheinen, die Theorien könnten einander ergänzen. Tatsächlich widerspricht etwa Muddes Definition von Populismus als »dünnere Ideologie« nicht den verschiedenen Thesen darüber, welche Konfliktlinien ein solches politisches Angebot vermehrt Zuspruch finden lassen. Beides könnte sich in einem Modell von politischem Angebot und politischer Nachfrage komplementieren. Auch zwischen den konkurrierenden Cleavage-Theorien ist etwas gemeinsamer Boden auszumachen. Die zunehmende Polarisierung entlang sich wandelnder kultureller Werte könnte als übergeordnete, langfristige Verschiebung gesellschaftlicher Konfliktlinien betrachtet werden, in der dennoch auch – und kurzfristig ausschlaggebend – verschiedene ökonomische Verwerfungen durch die Globalisierung zum Ausdruck kommen.

Bei näherem Hinsehen wird jedoch klar, dass die Differenzen zwischen den Theorien solch einer Kombinatorik enge Grenzen setzen. Die Kritiken aneinander führen nicht auf eine einfach zu bewerkstelligende Integration der Perspektiven, sondern lassen eine Reflexion der gesellschaftstheoretischen Grundannahmen nötig erscheinen. Während etwa der *ideational approach* die von ihm herausgearbeiteten Ideologieelemente für populistische Parteien unabhängig von ihrem sozialen und historischen Kontext als handlungsleitend betrachtet, sehen die Cleavage-Theorien in ihnen nebенästhetische diskursive Vehikel, die Parteien lediglich benutzen, um soziale Antagonismen zu mobilisieren. Erst recht fügt die Radikaldemokratie sich nicht in ein wie auch immer erweitertes Angebot-Nachfrage-Modell. Ihr zentraler Beitrag ist es gerade, politische Identitäten und ihren Wandel als Ergebnis genuin politischer Konstruktionen herauszustellen – die zwar stets von sozialen Forderungen ausgehen, aber letztlich einer eigenen, diskursiven Logik folgen. Damit stellt sie sich quer zur impliziten sozialwissenschaftlichen Vorstellung einer Abhängigkeit politischer Phänomene von vorausgesetzten sozialen Bedingungen,

sei es in Form eines naturwüchsigen Wertewandels oder politisch-ökonomischer Verschiebungen. Ihr zu Folge ist es durchaus offen, wie politisches Angebot und politische Nachfrage miteinander zusammenhängen und wie unmittelbar beide auf gesellschaftliche Verhältnisse verweisen – beziehungsweise, ob es diese vor der Politik überhaupt gibt. Diese Kritik ernst zu nehmen bedeutet nicht zwangsläufig, wie teilweise in der Radikaldemokratie selbst, die Sinnhaftigkeit quantitativ-empirischer Forschungsergebnisse zum Populismus prinzipiell zu bezweifeln, wohl aber ihre Interpretation zu hinterfragen. Denn die Radikaldemokratie fördert einen wunden Punkt der sozialwissenschaftlichen Populismusforschung zutage, der auch schon in den Überlegungen Dani Rodriks zu einer Theorie der »ideational politics« sichtbar wurde. Je direkter Wahlergebnisse populistischer Parteien auf bestimmbare Einstellungen oder Interessen der Wähler\*innen zurückgeführt werden, desto weniger kommen politische Repräsentation, Beeinflussung und Manipulation in den Blick.

Die Probleme der verschiedenen Ansätze bündeln sich gerade in diesem Zusammenhang von sozialer Struktur, politischer Nachfrage und politischem Angebot beziehungsweise der Rolle von Ideologie, insbesondere autoritärer Ideologie. Die Theorien folgen dort subdisziplinären Festlegungen aus der Parteienforschung, der politischen Kulturforschung, der politischen Ökonomie und der politischen Philosophie, die größtenteils kaum an den Gegenstand »Populismus« oder »populistische Parteien« angepasst sind. Daher röhren die dargestellten Probleme, autoritäre Ideologie in ihre Modelle einzuordnen.

Den *ideational approach* hemmt sein entgrenzter Ideologiebegriff, der von den gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen abstrahiert, in denen populistische Ideologie verbreitet und rezipiert wird. Darüber verschwimmen auch die verschiedenen ideologischen Funktionsweisen und gesellschaftlichen Wirkungen rechter und linker populistischer Parteien. Die Cleavage-Theorien bleiben dem Primat sozialen Wandels verhaftet, dem zu Folge politische Entwicklungen letztlich nur vorausgehenden sozialen Veränderungen Ausdruck verleihen. Ökonomische und kulturelle Konflikte können sie mit diesem engen Begriff von Politik nicht als ineinander verschränkt begreifen. Demgegenüber krankt der radikaldemokratische Vorschlag an einem entgrenzten Politikbegriff, dem soziale Verhältnisse zum alleinigen Produkt demokratischer Diskurse werden. Aufgrund dieser Ontologie der Politik hat die radikaldemokratische Theorie keinerlei Interesse oder Wahrnehmung für die Gefahren autoritärer Mobilisierung.

Die verschiedenen Fragen und Antworten der Populismustheorien beschreiben also nicht einfach komplementäre Aspekte der Wirklichkeit, sondern müssen erst in einen schlüssigen gesellschaftstheoretischen Zusammenhang gebracht werden – der sie aber wiederum auch verändern wird. Die Frage lautet also: Welche Rolle können sie jeweils in einem solchen Zusammenhang spielen?

Eine solche, gesellschaftstheoretisch reflektierte Perspektive auf den Populismus muss der Eigenart ihres Gegenstandes Rechnung tragen. Obwohl Populismus in den Bereich der Politik und des Politischen, also der Herrschaft, fällt, und darüber hinaus heute überwiegend mit autoritärer Ideologie einhergeht, sind die gegenwärtigen Populismustheorien weitgehend herrschaftsblind. Ihre Modelle zum Zusammenhang von sozialer Struktur, Politik und Ideologie nehmen die gegebenen politischen Institutionen, die vorhandenen Einstellungen und die beobachtbaren sozialen Entwicklungen zumeist unmittelbar deskriptiv und scheinbar normativ enthaltsam zum Ausgangspunkt, ohne die zwischen und in ihnen wirkenden, von Herrschaft durchzogenen Funktionszusammenhänge und Handlungsmotive zu hinterfragen.

Demgegenüber versuchen kritische Theorien, diese getrennten Erscheinungen als herrschaftsförmig aufeinander bezogen zu denken und noch den Anschein ihrer Getrenntheit zum Gegenstand der Erklärung zu machen. Exemplarisch wurde das in Unterkapitel 4.1.3 mit Heide Gerstenberger gezeigt. Ihre Kritik der – realen und wissenschaftlichen – Aufspaltung von politischer und sozialer Sphäre in bürgerlichen Gesellschaften reflektiert das Getrennte als zugleich durch gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse verbunden und seine Getrenntheit als Produkt und Moment dieser spezifischen Verhältnisse.

Im Folgenden sollen einschlägige Modelle solcher gesellschaftskritischer Autoritarismustheorien auf die Probleme der gegenwärtigen Populismustheorien antworten. Konkret sind hier zwei Traditionen kritischer Theorie angesprochen, die sich intensiv mit der Rolle autoritärer Ideologie in demokratischen Gesellschaften befasst haben: erstens die am frühen Frankfurter Institut für Sozialforschung entwickelte Kritische Theorie, vor allem Überlegungen zum Autoritarismus von Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Leo Löwenthal, zweitens marxistische Arbeiten in Anschluss an Antonio Gramsci, vor allem Texte Stuart Halls zum autoritären Populismus. Wie können sie helfen, die im Laufe der vorangegangenen Kapitel herausgearbeiteten Kernprobleme gegenwärtiger Populismustheorien zu reflektieren?

## 5.1 Modelle gesellschaftskritischer Theorien autoritärer Ideologie

Obwohl die Kritische Theorie und der (Neo-)Gramscianismus vollständig unabhängig voneinander entwickelt wurden und gewichtige Differenzen aufweisen, sprechen einige Gründe dafür, sie hier gemeinsam zu befragen. Grundsätzlich verstehen beide ihre theoretische Praxis als Mitarbeit an der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse und der Überwindung herrschaftsförmiger Vergesellschaftung. Sie beteiligen sich also durchaus bewusst an einem politischen Veränderungsprozess, ohne diese Parteilichkeit endgültig normativ absichern zu können, aber auch ohne den Anspruch auf Objektivität aufzugeben. Beide stehen in einer

Tradition marxistischer Gesellschaftskritik, formulieren aber weitreichende Kritiken und Korrekturen am orthodoxen Marxismus. Sie verwehren sich gegen den fatalen Ökonomismus und Fortschrittoptimismus, wie er sich im Marxismus-Leninismus der Sowjetunion und ihrer westlichen Apoget\*innen entwickelte (vgl. Buckel/Martin 2019: 262). Stattdessen fragen sie, gerade angesichts autoritärer Parteien und Bewegungen mit Zuspruch der Massen, wie in kapitalistischen Demokratien die Integration der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter\*innenklasse, in bürgerliche Herrschaftsverhältnisse organisiert wird. Angesichts des historischen Wandels westlicher Gesellschaften im und nach dem Zweiten Weltkrieg verändern sie die gesellschaftskritische Theoriebildung: Verringertes Klassenbewusstsein, neue Formen des Massenkonsums, die Kulturindustrie, Ideologie und Agitation stehen für beide im Mittelpunkt.

Trotz wesentlicher Differenzen teilen sie eine grundsätzliche Kritik an objektivistischen (d.h. Ideologien als Überbauten der ökonomischen Basis betrachtenden) sowie subjektivistischen (d.h. Ideologie als willkürliche Rechtfertigung des eigenen Tuns denkenden) Ideologietheorien. Beiden Strömungen kritischer Theorie ist die sprachphilosophische Annahme gemeinsam, dass keine dichotome Unterscheidung von Praxis und Ideologie möglich ist. Vielmehr ist jede Praxis diskursiv strukturiert, umgekehrt sind Produktion und Rezeption von Ideologie selbst Praxen. Damit zusammenhängend reflektieren beide auch die sozialwissenschaftliche Trennung subjektiver Erfahrung und objektiver gesellschaftlicher Prozesse. Sowohl Adorno, Horkheimer und Löwenthal als auch Hall bemühen sich um eine Verbindung von Psychoanalyse und Gesellschaftstheorie. Vorurteile und autoritäre Ideologie tun sie aus dieser Perspektive nicht von vornherein als das Unnormale, Abweichende ab. Sondern sie versuchen, wenngleich unterschiedlich, die Irrationalität der Einzelnen mit der Irrationalität gesellschaftlicher Verhältnisse in Verbindung zu bringen.

Beide analysieren autoritäre Bewegungen in der Demokratie zudem mit Blick auf den historischen Faschismus, einmal aus zeitgenössischer, einmal aus rückblickender Perspektive. Während die Studien der Frankfurter Kritischen Theorie zu rechter Demagogie und autoritären Charakterstrukturen vor allem die Vereinigten Staaten der 1940er-Jahre und die BRD in den 1950ern analysierten, entwickelte Stuart Hall seinen Begriff des autoritären Populismus angesichts des Thatcherismus im Großbritannien der 1980er-Jahre.

Nicht zuletzt teilen sie in der Form bis zu einem gewissen Grade eine fragmentarische, offene Art des Theoretisierens. Diese Absage an allumfassende, systemische Theoriegebäude drückt ein Bewusstsein für die historische Spezifik und Zeitgebundenheit von Denken und Kritik aus. Dementsprechend können und sollen ihre Modelle hier nicht einfach übernommen oder gar als identisch ausgewiesen werden, sondern unter diesem Vorbehalt auf ihre Vereinbarkeit und Brauchbarkeit für die gegenwärtige Populismustheorie befragt werden. Ihr Selbstverständnis als *kritische*

Theorien, also als bewusster Teil politischer Veränderung, bildet dabei eine zweite Grenze der Kombinierbarkeit mit gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Theorien, die zu reflektieren ist.

### 5.1.1 Vom positivistischen zu einem kritischen, dreidimensionalen Ideologiebegriff

Als ein zentrales Problem des *ideational approach*, aber auch der Cleavage-Theorien, wurde ihr positivistischer Ideologiebegriff benannt. Wie in Unterkapitel 2.1.1 gezeigt verdeckt die Ausdehnung des Begriffs »Ideologie« auf jedwede Interpretation der sozialen Welt die Frage, inwiefern eine bestimmte, hier die populistische Ideologie die gesellschaftliche Realität falsch darstellt und welche Funktion diese Verzerrung erfüllt. Ernesto Laclaus frühe Analysen des ideologischen Kampfes als Teil des Klassenkampfes boten zur Frage der Funktion bereits einen, wenngleich unbefriedigenden Ansatzpunkt: Die Anrufung des »Volkes« oder der Volksouveränität ist nicht einer Seite im Klassenkampf vorbehalten, vielmehr müssen alle Klassen populare Anrufungen in ihre Diskurse integrieren, wenn sie politische Hegemonie erringen wollen. Jedoch setzte Laclau dabei voraus, dass Ideogeelemente keine eigene politische Bedeutung haben, sondern diese allein von ihrer Rolle im Klassenkampf erhalten (siehe Abschnitte 4.2.1 und 4.2.3).

Stuart Hall greift nun den gramscianischen Begriff der Hegemonie auf und geht wie Laclau davon aus, dass politische Ideologien produziert und verbreitet werden, um Klasseninteressen mit einem zustimmenden Common Sense zu untermauern (vgl. Hall 1986). Sie versuchen also, bestimmte Herrschaftsansprüche oder -praktiken diskursiv abzusichern. Diese Verbindung zu Praktiken sollte der Ideologiebegriff auch in der Populismusforschung aufnehmen. Allerdings kann diese Verbindung weder, wie beim frühen Laclau, als bloße Indienstnahme von Ideogeelementen durch den Klassenkampf gedacht werden, noch als im Prinzip beliebige Formen durch (partei-)politische Artikulationen, wie es in Muddes *ideational approach* und auch beim späten Laclau formuliert ist. Hall weist dagegen darauf hin, dass Ideogeelemente zwar rekombinierbar sind, aber eben durch die Verbindung mit Praktiken bestimmter Klassen meist durchaus auf lange Zeit gestellt sind. Diese ideologischen Traditionen jedes Landes können eine beträchtliche konservative Kraft entfalten, die nicht unterschätzt werden darf. Die für die beherrschten Klassen eigentümlichen, wie Hall sagt: »popularen Ideologien« (Hall 1986: 94) stellen daher für jedes politische Projekt gerade in Zeiten umstrittener Hegemonie eine strategisch wichtige Größe dar. Hall versucht also zu verstehen, wie populistische Diskurse genutzt werden, um in der beherrschten Bevölkerung Zustimmung zur Praxis der herrschenden Klassen zu organisieren. Dafür müssen die politischen Vertreter\*innen der herrschenden Klasse gemäß seinem diskurstheoretischen Modell die stets disparaten und mehrdeutigen Elemente der Weltanschauung der beherrsch-

ten Klassen aufgreifen, voneinander lösen und gemäß ihren eigenen Interessen neu zusammensetzen oder anders gegeneinander gewichten. Hall spricht in diesem Zusammenhang von »Dekonstruktion« und »Rekonstruktion«. Entscheidend ist seine Beobachtung, dass die Rechte mit ihrem autoritären Populismus an bestimmte Aspekte popularer Ideologien anknüpfen muss und auch anknüpfen kann.<sup>1</sup> Den Thatcherismus sah er als von einer »populistischen Unterströmung« (Hall 2013b: 122) von unten angekündigt, die zum Beispiel verbreitete Ängste vor vermeintlich zunehmender Kriminalität und eine Ablehnung der neuen moralischen Permissivität in linken Gegenkulturen artikulierte und dagegen nach einer »Wiederherstellung der moralischen Prinzipien«, ja einer »Verteidigung der alten Ordnung« (Hall 1986: 93) rief. Überhaupt ist der populare Alltagsverstand ausgesprochen moralisch strukturiert, er ist »tief durchdrungen von religiösen Begriffen von Gut und Böse, von festen Vorstellungen über den unveränderten und unveränderlichen Charakter der menschlichen Natur und von Vorstellungen einer gerechten Strafe« (ebd.: 99). Er teilt die »problematische soziale Realität in klare und unzweideutige moralische Gegensätze« (ebd.: 101).

Hall folgt hier Gramscis Begriff des *sensu comune*, des Alltagsverständes als ein widersprüchliches, im Fluss befindliches, chaotisches Aggregat von Begriffen, Prinzipien und Vorurteilen. Neben den konservativen und reaktionären Elementen finden sich in ihm durchaus auch progressive Einsprüche gegen »Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung« (ebd.: 100). Dieser populare Alltagsverstand ist aber in seiner jeweiligen Ausformung nicht eine bloße Ansammlung zufällig übernommener Einstellungen, sondern er erfüllt wiederum auch eine praktische Funktion: Laut Hall macht er »die Lebensbedingungen für die Massen verständlich« (ebd.: 94) und bietet, insbesondere in Krisenzeiten, »einen moralischen Bezugspunkt, der die Erfahrung zugleich aufgreift und in seinen wertenden Kategorien ordnet« (ebd.: 101). Die alltäglichen Ideologien haben also einen »wirklichen konkreten Zugriff auf die popularen Erfahrungen der Arbeiterklasse« (ebd.: 102), sie artikulieren diese Erfahrungen in einer unmittelbar zugänglichen, moralisierenden Sprache und bieten so Orientierung.

Dabei geht es weniger um Orientierung in konkreten politischen Streitfragen, geschweige denn um Lösungsvorschläge, als um eine umfassende, identitätsstiftende Verortung im hierarchischen gesellschaftlichen Gefüge – oder, wie Hall sich aus-

1 Ein immer wichtiger werdendes Thema gegenwärtiger autoritär-populistischer Parteien ist die Erinnerungspolitik. Laut den Studien von Couperus et al. funktioniert die Anknüpfung an Traditionen hier nach dem selben Muster. Um die eigenen Ziele zu erreichen – darunter etwa »rehabilitating and glorifying ethno-national community models« (Couperus et al. 2023: 436) – wird seltener offener Geschichtsrevisionismus betrieben, sondern die eigenen Diskurse mit sorgfältig ausgewählten und bearbeiteten Referenzen versehen, die tatsächliche Ereignisse, verbreitete Vorstellungen über die jeweilige nationale Geschichte und neue Mythen miteinander verweben.

drückt: um eine Weise, gesellschaftliche Krisen zu *leben*. Moralischer Autoritarismus ist »one of the principal ways in which the dominated classes ›live‹ the crisis – as a disruption of ›traditional‹ ways of life, as a breakdown of the traditional landmarks and social values« (Hall 1980: 173).<sup>2</sup>

Rechte wie linke Hegemonieprojekte versuchen also, durch politische Intervention diesen Common Sense zu ihren Gunsten zu formen. Das bedeutet, dass auch Populismus von rechts populare Ideologieelemente in Form tatsächlicher Deprivationserfahrungen aufgreifen und sich auf die Unzufriedenheit subalterner Klassen stützen kann. Aber er tut es eben in einer bestimmten Art und Weise: Für den Thatcherismus kam Hall zu dem Schluss, dieser habe die konservativen Elemente des Alltagsverständes »systematisch in eine autoritärere Richtung umgearbeitet« (Hall 1986: 102) und so ein Feld von Diskursen geschaffen, die die alltäglichen Erfahrungen der Bevölkerung mit den ökonomischen und monetaristischen Kernanliegen der Konservativen Partei verbanden. Er konstruierte etwa aus der Sorge um das Fortkommen der eigenen Kinder in einem auf Konkurrenz fußenden Bildungssystem die Figur der »besorgten Eltern«, die sich gegen permissive Lehrer und disziplinlose Schulen wehrten. Verbreitete Vorstellungen von Sparsamkeit, selbstständiger Tüchtigkeit sowie von mütterlicher Sorge mobilisierte er gegen den »verschwenderischen« Wohlfahrtsstaat und streikende Gewerkschaften. Im Bereich des Rassismus verknüpfte er radikale Einwanderungsfeindlichkeit mit respektableren Schlagworten wie dem einer »nationalen Kultur« sowie der Drangsalierung einfacher Leute durch den Staat.

Diese Analyse konkreter Diskurse und ihrer Erfolgsbedingungen lässt sich zweifellos nicht ohne Weiteres auf die gegenwärtige populistische Rechte übertragen. Dennoch ist Halls hegemonietheoretischer Ideologiebegriff durchaus weiterhin produktiv. Benjamin Opratko etwa schlägt mit Hall zum Verständnis des gegenwärtigen autoritären Populismus vor, dass dieser »Teilen der Bevölkerung subjektive Formen anbietet, die gegenwärtige Hegemoniekrise des neoliberalen Kapitalismus zu leben. [...] Er bietet [...] eine Sprache an, um diese Widersprüche in Worte zu fassen, und ein Repertoire an Haltungen, um sie zu ertragen. Rechte Politik ist Subjektivierungsangebot: Sie fungiert als Affektableiter und Identitätsstifter qua Ausgrenzung« (Opratko 2017: 124). Der autoritäre Populismus ermöglicht es seinen Anhänger\*innen also, gegenüber einer als krisenhaft und unbeständig erlebten Welt eine »Haltung trotziger Selbstbehauptung« (ebd.: 128) einzunehmen.

Alex Demirović zieht in einer Analyse beide praktischen Funktionen autoritärer populistischer Ideologie zusammen. Der gegenwärtige autoritäre Populismus in westlichen Demokratien ist demnach im Kern der Versuch einer Fraktion des Bürgertums, eine politische Krise zu überwinden. Eine Repräsentationskrise, vor al-

---

2 Die deutsche Übersetzung von 1986 ist an dieser Stelle irreführend, daher hier das englische Original.

lem in Form der zunehmenden Volatilität des Wahlverhaltens, erschwert es den bestimmenden politischen Parteien, in Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zuverlässig Mehrheiten herbeizuführen. Um in den sich häufenden Pattsituationen zwischen Mitte-links und Mitte-rechts einen Vorteil zu erringen, zieht ein Teil des Bürgertums mithilfe des autoritären Populismus unzufriedene Teile der Beherrschten instrumentell auf seine Seite (vgl. Demirović 2018: 29).

Anders als Stuart Hall sieht Demirović im heutigen autoritären Populismus allerdings nicht mehr den Versuch, eine neue, umfassende Hegemonie herzustellen. Ihm zu Folge ist das Bürgertum in der gegenwärtigen Phase des Neoliberalismus gar nicht länger auf einen Kompromiss mit den beherrschten Klassen aus, sondern strebt eine »autoritär-plebisitäre Führung ohne Konzessionen« (ebd.: 32) an. Das heißt die hegemoniale Einbindung ist nur mehr ideologisch, der Bevölkerung werden »Radikalität, Handlungsfähigkeit und Lösungen« (ebd.: 41) versprochen, die aber jenseits aller tatsächlichen Probleme liegen und sich stattdessen gegen Schwäche und Minderheiten richten. Die Beherrschten greifen diese Versprechen trotzdem auf, da sie so eine radikale, aber zugleich konformistische Kritik an der politischen Perspektivlosigkeit äußern können, die weder überkommene subjektive Überzeugungen herausfordert, noch es riskiert, in einen wirklichen Gegensatz zur herrschenden Elite zu treten.

Wie zu erkennen ist, verlangt ein kritischer Begriff der Ideologie, der sie als eine gesellschaftliche Praxis versteht, sogleich nach einer Analyse gegenwärtiger Hegemonieverhältnisse und -kämpfe. In einer solchen Analyse könnte der von Norris und Inglehart beschriebene Wertewandel mit Stuart Hall als »Zerbrechen der traditionalistischen populären Ideologien« (Hall 1986: 93) verstanden werden. Breite Schichten verlieren den Glauben an ihre traditionellen Vorstellungen und orientieren sich neu. Statt aber wie Norris und Inglehart die Konfliktstellung zwischen Anhänger\*innen materialistischer und postmaterialistischer Werte als zwangsläufige Folge einer sozialen Entwicklung abzuleiten, könnte ein kritischer Ideologiebegriff hier das politische Konstruieren, Zusammenfügen von disparaten Elementen in den Blick nehmen. Wie wurden und werden etwa Fragen der Sexualmoral, der Geschlechterordnung und des Klimaschutzes zu einer allgemeinen Krise der moralischen Ordnung verbunden und wie wird dieser moralische Bereich dann mit im engeren Sinne politischen Fragen verknüpft? Stuart Hall hat, wie der späte Ernesto Laclau, viel Energie drauf verwendet herauszuarbeiten, dass solche politischen Identitäten keine stabilen, gegebenen Einheiten sind, sondern durch machtvolle Repräsentation erst aus heterogenen, auch widersprüchlichen Diskursen hergestellt werden müssen. Über Laclau hinausgehend hat er dabei aber nicht aus dem Blick verloren, dass diese Repräsentation nicht als ein einseitiger Durchgriff in das Subjekt zu verstehen ist. Die beherrschten Subjekte müssen die angebotenen Identitäten auch ergreifen und sich aktiv in sie fügen. Politisch effektive Ideologie muss also sowohl auf der politischen Diskursebene funktionieren als auch auf der Ebene

»rudimentärer Triebe« (Hall 2004b: 171). Die machtvollen »Angebote« politischer Repräsentation passen nicht immer schon zu den subjektiven Bedürfnissen, sondern versuchen diese zu artikulieren und für sich einzuspannen. Subjekte und Diskurse sind einander nicht notwendige Entsprechungen, sondern stehen – im Erfolgsfall – in einem Verhältnis der »nicht notwendigen Entsprechung« (ebd.: 184).

Insgesamt kristallisieren sich für einen kritischen Ideologiebegriff also drei Dimensionen heraus: Erstens ist die Mobilisierung politischer Ideologie im Kern als Instrument zur Durchsetzung der konkurrierenden Interessen gesellschaftlicher Gruppen zu verstehen. Erfolg und Misserfolg dieser Mobilisierung hängen dabei wesentlich von den jeweils verfügbaren Ressourcen der Gruppen ab. Zweitens kommen der Ideologie zugleich von ihren massenhaften Rezipient\*innen bestimmte, selbst gesellschaftlich geformte, subjektive Bedürfnisse und Empfänglichkeiten entgegen, die die parteiformige Artikulation der Ideologie berücksichtigen muss. Drittens vollzieht sich der ideologische Kampf darüber hinaus auf einem historisch gewordenen, meist national spezifischen, diskursiven Terrain, das nicht beliebig überschreitbar ist.

Ein Mangel des gramscianischen Ideologiebegriffs ist es allerdings, dass er der Rolle der »rudimentären Triebe« beziehungsweise der subjektiven Empfänglichkeit gerade für autoritäre Ideologie wenig Aufmerksamkeit widmet. Für Gramsci selbst stand in der Ideologietheorie nicht die Kritik an autoritären Ressentiments und ihrer Beziehung zu repressiven gesellschaftlichen Verhältnissen im Mittelpunkt, sondern die Frage, wie ein kommunistisches Projekt der Gegenhegemonie einen erneuerten, aufgeklärten Alltagsverstand für die subalternen Klassen produzieren könnte. Die Möglichkeit dieser Aufklärung verbürgt für Gramsci vor allem der von ihm sogenannte »gesunde Menschenverstand«, das heißt der »gesunde Kern« (Gramsci 2017: 117) innerhalb des inkohärenten und konservativen Alltagsverständes. Der Alltagsverstand ist für Gramsci nicht qualitativ vom kritischen Nachdenken geschieden, sondern als »Folklore der Philosophie« (ebd.: 137) nur quantitativ weniger durchgebildet. Er muss nicht in erster Linie polemisch attackiert und erschüttert, sondern erzieherisch geformt und kohärent gemacht werden, um ihn so auf das Niveau entwickelter Wissenschaft und Philosophie zu heben.

Wie Janne Mende herausgearbeitet hat, bedingt dieser strategisch-positive Bezug auf den gesunden Menschenverstand bei Gramsci eine nur sehr beiläufige Auseinandersetzung mit den massenhaft verbreiteten Ressentiments auch in den beherrschten Klassen. Ihm entgeht, dass mitunter reaktionäre Arbeiter\*innen »nicht nur verblendet werden, sondern das Falsche selbst wollen« (Mende 2009: 121f.). Die Vorstellung, der populäre Alltagsverstand müsse nur systematisiert statt aufgeklärt werden, ignoriert die hegel-marxistische Erkenntnis, dass in vielen gesellschaftlichen Phänomenen Wesen und Erscheinung auseinanderfallen. Um das Wesen hinter der offenen Erscheinung – etwa die auf Ausbeutung beruhende kapitalisti-

sche Produktionsweise hinter der scheinbaren Herrschaft des Geldes oder der Profitgier – zu erkennen, muss eine kritische wissenschaftliche Reflexion zum Alltagsverständnis hinzutreten. Auch autoritäre Ideologie, etwa in der Gestalt von Verschwörungstheorien oder antisemitischen Mythen, kann für sich genommen durchaus kohärent erscheinen (vgl. Mende 2009: 120). Dieses Auseinanderfallen von Wesen und Erscheinung ermöglicht etwa die schuldhafte Personalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse in der populistischen Ideologie.

Vor allem aber bleibt der bloße Verweis auf die Widersprüchlichkeit des Alltagsverständnisses jede Erklärung schuldig, wie massenhafte autoritäre Ressentiments nicht nur als ideologische Traditionen fortexistieren, sondern sich trotz aller allgemeinen Hebung des Bildungsniveaus und auch entgegen dem offiziellen Zeitgeist immer wieder reproduzieren können. Erst in den letzten Jahren haben Forschungsarbeiten in gramscianischer Tradition begonnen, diese Leerstelle zu bearbeiten. Im Forschungsprojekt »Cultures of Rejection« prägte etwa Benjamin Opratko angelehnt an Stuart Hall den Begriff der »Ablehnungskulturen« für ein politisch-kulturelles Klima, das die erhebliche Akzeptanz autoritärer populistischer Ideologie erst ermöglicht. Diese Kultur entschlüsselt Opratko dabei wiederum als Verarbeitungsform »vielfältiger Transformations- und Krisenprozesse« (Opratko 2021: 179).

Die frühe Frankfurter Kritische Theorie, vor allem Theodor W. Adorno, entwickelte eine im Prinzip ähnliche dreidimensionale Theorie autoritärer Agitation, die aber genau den von Gramsci vernachlässigten Autoritarismus als sozialpsychologisches Massenphänomen von Anfang an mit in den Blick nimmt. Obwohl in den zentralen Studien zur *Authoritarian Personality* der Zusammenhang von Charakterstrukturen und Ideologie erforscht wird, ist sogleich festzuhalten, dass autoritäre Ideologie hier keineswegs auf ein psychologisches Phänomen reduziert wird. Adorno betont im Gegenteil ausdrücklich, dass es zum Begreifen antidemokratischer Trends zuerst des »Verständnis des gesellschaftlichen Ganzen« (Adorno et al. 1973: 9) bedarf. Autoritäre Demagogie ist zweckdienlich für die Durchsetzung der Interessen der Herrschenden und ihr Erfolg hängt auch für ihn in erster Linie von »mächtigen ökonomischen Interessengemeinschaften« (ebd.: 10) ab.

Sie stützt sich zweitens auf ein autoritäres »allgemeines kulturelles Klima« (Adorno 1973b: 176). Demnach haben in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts starke soziale Kontrolle, Kapitalkonzentration und der Einfluss der Massenmedien quer durch die Gesellschaft zu einer hochgradigen Standardisierung des Denkens<sup>3</sup>

---

3 Lars Rensmann gibt Hinweise darauf, dass trotz des Aufstiegs digitaler sozialer Medien, ihrer vordergründigen Meinungsvielfalt und den stark gesunkenen Zugangshürden auch heute die mediale Entwicklung durch Fragmentierung und Polarisierung Autoritarismus begünstigt (vgl. Rensmann 2017a: 129f.).

geführt. Sie findet Ausdruck in verbreiteten, potenziell faschistischen Denkmustern vor allem hinsichtlich politisch-ökonomischer Themen, die Adorno als das »ideologische Gesamtschema« (Adorno 1973b: 176) der US-amerikanischen Gesellschaft zum Untersuchungszeitpunkt 1945 bezeichnet. Darin sieht er, eher als in der Empfänglichkeit bestimmter autoritärer Charaktere für faschistische Propaganda, die Gefahr eines »Massenzustroms zu antidemokratischen Bewegungen« (ebd.).

Erst im Zusammenhang mit diesen gesellschaftlichen Bedingungen sind die allgemeinen wie die nach Charakteren verschiedenen sozialpsychologischen Mechanismen zu verstehen, die autoritärer Ideologie entgegenkommen. Lars Rensmann entwickelt anhand des Antisemitismus in der BRD mit dem Konzept der »politisch-kulturellen Gelegenheitsstrukturen« (Rensmann 2005: 22) ein Modell für eine gesellschaftstheoretisch reflektierte politische Kulturforschung, die solche übergreifenden Ideogeme als diskursive Handlungsbedingungen im Zusammenhang mit den politisch-systemischen Bedingungen für politische Akteure untersucht (vgl. ebd.: 211–215).

Aus der *Authoritarian Personality* sind für die Theorie gegenwärtiger populistischer autoritärer Ideologie vor allem einige der übergreifenden ideologischen Elemente sowie die allgemeinen sozialpsychologischen Mechanismen aufschlussreich. Sie stehen daher hier im Fokus. Der Blick auf autoritäre ideologische Schemata erweitert zum einen das positivistische Verständnis des *ideational approach*, der Ideologie als einen bloßen Zusammenhang bestimmter parteipolitischer Themen und Positionen begreift, denen aufseiten der Anhänger\*innen gewisse Einstellungen entsprechen. Zum anderen erweitert er aber auch den gramscianischen Begriff des Alltagsverständes insofern, dass nicht nur ideologische Traditionen und politische Repräsentation autoritäre Einstellungen erzeugen, sondern gewissermaßen die spätkapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse selbst autoritären Denkweisen Vorschub leisten.

So begünstigt etwa das Element der weitverbreiteten *Unwissenheit und Konfusion* in politischen Fragen reaktionäre Einstellungen, da die autoritäre Demagogie immer auf die Unwissenden und Intellektuellenfeindlichen abstellt. Diese Ignoranz ist kein subjektiver Mangel an Denkfähigkeit, sondern spiegelt neben Bildungsunterschieden erstens die tatsächliche »Undurchsichtigkeit« (Adorno 1973b: 185) der spätkapitalistischen Verhältnisse wider, die nicht länger Fortschritt und Aufstieg versprechen können und sich gegen Kritik zu immunisieren versuchen. Zweitens steht hinter dem Wenig-Wissen oft eine grundsätzliche Identifikation mit der Welt, wie sie ist. Kritische Einsichten werden auch psychisch verdrängt, um diese Identifikation nicht zu gefährden. Drittens schließlich fällt die Beschäftigung mit politischen Fragen für die meisten Menschen in die Freizeit, wo sie als anstrengender und oft zäher Zeitvertreib gegenüber anderen Beschäftigungen enttäuschen muss (vgl. ebd.).

Die spätkapitalistischen Gesellschaften bringen zudem *Stereopathie* (d.h. zugespitztes stereotypes Denken) und *Personalisierung* hervor. Da unpersönliche Eigentumsverhältnisse das gesellschaftliche Leben beherrschen und die industrielle Standardisierung immer mehr Lebensbereiche vereinheitlicht, erscheinen den Unwissenden die spätkapitalistische Politik und Wirtschaft in Gänze als etwas »Entlegenes« (Adorno 1973b: 187), der eigenen Erfahrung Entzogenes, das zugleich aufs Tiefste in ihr individuelles Leben eingreift. Die daraus entstehende Furcht kann durch die beiden – laut Adorno aus der Kindheit stammenden – Hilfstechniken bewältigt werden. Stereotype wie die Dichotomien gut/böse oder wir/die anderen lassen das Chaotische berechenbar erscheinen, ohne es dabei wirklich zu begreifen. Ebenso erleichtert Personalisierung, also die Identifikation politischer oder ökonomischer Programme und Prozesse mit bestimmten politischen Persönlichkeiten, nur scheinbar die Orientierung, während sie in Wahrheit vor der wirklichen Entfremdung flüchtet, in der die Menschen zunehmend »bloße Anhänger« (ebd.: 191) der objektiven Eigentumsverhältnisse und der Herrschaft der »Parteimaschinerie« (ebd.: 196) sind.

Ein Schema, das Adorno *Pseudokonservatismus* nennt, basiert wiederum auf der mit den übermächtigen Produktions- und Eigentumsverhältnissen einhergehenden ökonomischen Ungleichheit. Entgegen der offiziellen demokratischen Ideologie, der zufolge das politische System eine gerechte und freie Selbstregierung des Demos bereits oder doch annähernd verwirkliche, kann die formale Demokratie unter kapitalistischen Bedingungen nicht »die Befriedigung der elementarsten Wünsche und Bedürfnisse« (ebd.: 209) der breiten Bevölkerung garantieren. Dieser Widerspruch erzeugt Enttäuschung, die sich, wenn die ökonomischen Ursachen nicht erkannt werden, nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen die Demokratie selbst wenden kann. Dazu deuten Pseudokonservative traditionelle demokratische Ideen und Institutionen so um, dass sie – bewusst oder unbewusst – tatsächlich auf eine Zerstörung der Demokratie hinauslaufen. Die formale Demokratie erscheint ihnen volksfern und untauglich, auf angebliche Gefahren zu reagieren. Sie sollte – durchaus zum Wohle des Volkes, der Freiheit, der Gerechtigkeit – besser durch irgendein antiliberales, represives »System der starken Hand« (ebd.: 208) ersetzt werden.

Diesem Gestus einer Verteidigung der Demokratie liegt ein Legitimitätsverständnis zugrunde, das Adorno als *Usurpatorkomplex* bezeichnet. Pseudokonservative spürten seiner Auffassung nach, dass in einer kapitalistischen Demokratie das Wohlergehen der Bevölkerung stärker von den Entscheidungen der Managements der Industrie abhängt als von der Wirkung politischer Vertreter\*innen. Diese tatsächliche Unwahrheit der Idee der demokratischen Selbstregierung, den nur geringen Einfluss demokratischer Wahlen auf das eigene Leben, legen sie wiederum gegen die formale Demokratie selbst aus. Sie halten diejenigen, die über die Produktionsmittel verfügen, für die eigentlich rechtmäßigen Herrscher, nicht die bloß

durch Wahlen an die Macht gekommenen Abgeordneten. Progressive Regierungen wie damals diejenige Franklin D. Roosevelts werden daher beschuldigt, Staatspositionen zu Unrecht zu besetzen, also »diktatorisch« zu herrschen. In diesem Vorwurf spricht sich allerdings lediglich der eigene Wunsch der Pseudokonservativen aus, diktatorische Macht auszuüben (vgl. Adorno 1973b: 219). Für autoritär Denkende fallen letztlich die Gesetze des Marktes und der Konkurrenz mit den Gesetzen der Moral zusammen. Eingriffe progressiver Regierungen und von Gewerkschaften in das Wirtschaftsleben stellen sich ihnen als sachfremd und illegitim dar – nicht aber Monopole und Preisabsprachen. Sie identifizieren sich mit den Starken, das heißt mit der Industrie, deren Verfasstheit als natürlich und legitim gilt, während etwa organisierte Arbeiter\*innen aus dieser Perspektive etwas beanspruchen, das ihnen nicht zusteht (vgl. ebd.: 252).

Diese verbreiteten autoritären Denkschemata verbinden bereits psychologische und soziologische Aspekte. Darüber hinaus bietet die Kritische Theorie auch eine im engeren Sinne sozialpsychologische Erklärung für die Manipulierbarkeit von Teilen der Gesellschaft durch autoritäre Demagogie – sogar entgegen den eigenen, soziologisch bestimmten, Interessen. Dabei stellt sie nicht feststehende sozialpsychologische Mechanismen unvermittelt den gesellschaftlichen Beziehungen gegenüber, wie es der *ideational approach* oder die Cleavage-Theorien in ihren gelegentlichen Verweisen tun. Vielmehr versucht sie nachzuwollziehen, wie die herrschaftsähnliche soziale Ungleichheit in kapitalistischen Gesellschaften bis in das Innere der Subjekte hineinwirkt und dort die Empfänglichkeit für Propaganda erzeugt. Gestützt auf eine von Karl Marx und Georg Lukács ausgehende Verdinglichungskritik sowie die Freud'sche psychoanalytische Theorie versuchen Adorno und Horkheimer die subjektive Irrationalität als einen widersprüchlichen Teil der verheerenden gesellschaftlichen Totalität moderner Herrschaftsbeziehungen zu beschreiben. Sie entzündet sich zwar durchaus an Mangel und Versagung, reagiert darauf aber nicht mit Widerstand oder Eigennutz, sondern mit einer Suche nach psychischer Ersatzbefriedigung durch Aggression gegen jenen »der auffällt ohne Schutz« (Horkheimer/Adorno 1998: 195). Autoritäre Agitation verspricht zwar keinen größeren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum, aber legitimiert mit ideologischen Versatzstücken für ihre Anhänger\*innen ihre ihnen selbst unverständliche Wut. Diese Wut entspringt laut Adorno und Horkheimer letztlich dem etwa in Form der Menschenrechte gegebenen, aber von Klassengesellschaften permanent gebrochenen Versprechen eines glücklichen Lebens. Den Beherrschten wurde durch den gesamten Prozess der Zivilisation hindurch eingeläut, diesen Wunsch nach einem Leben ohne Mühe und Not zu verdrängen und zu verleugnen. Um unter Mangel und Zwang leben zu können, bekämpfen die Subjekte ihre eigene Sehnsucht nach dem Versprechen und all das, was sie an die Möglichkeit von »Glück ohne Macht« (ebd.: 196) erinnert.

Vorurteile wie der Antisemitismus sind in dem Sinne »funktional« (Adorno 1973a: 110), als sie dem Leiden an gesellschaftlichem Druck und der Furcht, für

die kapitalistische Wirtschaft überflüssig zu werden, einen psychisch einfachen Ausweg anbieten: Leiden und Furcht lassen sich projektiv verdrängen, indem die Minderwertigkeit und Überflüssigkeit der abgelehnten anderen demonstriert wird, also »dass es die anderen sind, deren man sich entledigen kann« (Adorno 2019a: 48).

Zudem bietet autoritäre Ideologie stets eine Identifikation mit größeren, vermeintlich mächtigen gesellschaftlichen Gruppen an (die Unternehmer\*innen, die Tüchtigen, die Weißen, die Zivilisierten etc.) und kann so ein Bedürfnis nach Macht und gesellschaftlichem Einfluss fiktiv befriedigen, zudem den Wunsch, »sich anzupassen, sich anzuschließen, an irgendetwas zu glauben« (Adorno et al. 1973: 12). Die Agitation verspricht also die Befriedigung unterdrückter Wünsche, indem sie, wie Leo Löwenthal es ausdrückt, zur mindestens »verbalen Gefühlsentladung« (Löwenthal 1990: 100) ermutigt. In bemerkenswerter Nähe zur gramscianischen Theorie schreibt er über den prototypischen amerikanischen Agitator der 1940er-Jahre: »Er offeriert Verhaltensweisen, aber kein Brot« (ebd.). Lars Rensmann sieht diese emotionale Befriedigung heute durch verbale Aggression etwa in der populistischen rechten Stimmungsmache gegen Migrant\*innen als »anders«, »fremd«, »schwach« und »gefährlich« fortleben (vgl. Rensmann 2017a: 128f.).

Adorno bezeichnet vor diesem Hintergrund die These, die Gefolgsleute autoritärer Propaganda handelten gegen ihr eigenes Interesse, als »kaum die ganze Wahrheit« (Adorno 1979b: 59), da sie erst im kritischen Rückblick gelte. Die autoritäre Aggression, zu der sie angestachelt werden, gewährt nämlich zunächst stets »Befriedigungen auf Vorschuß« (ebd.) und erscheint den Täter\*innen als vernünftig – erst im Nachhinein stellt sich für sie heraus, dass der Wahn zu ihrem Nachteil war. Die Kritische Theorie beantwortet also die Frage, warum sich Individuen politisch von gegen ihre Interessen gerichteten Ideologien ansprechen lassen, durch eine psychologische Erweiterung des Interessenbegriffs, ohne diese psychischen Interessen völlig von gesellschaftlichen Einflüssen abzugrenzen, wie es die gegenwärtigen Populismustheorien tun.

Die psychische Bedrängnis der Beherrschten machen sich autoritäre Agitator\*innen demnach zunutze, um die Wut über die Ohnmacht für ihren eigenen Erfolg aufzustacheln. Sie bedienen sich dazu laut den Analysen Adornos und Löwenthals aber weniger bestimmter Ideologien mit Ideen und Argumenten, als vielmehr einer Reihe von etwa 20 bis 30 bewusst eingesetzten sozialpsychologischen »Tricks«, die auf diese unbewussten Wünsche abzielen. Vor allem Löwenthal und Norbert Guterman haben diese immer wieder wiederholten, standardisierten rhetorischen *devices* und Slogans anhand rechter US-amerikanischer Agitatoren ausgiebig analysiert (vgl. Löwenthal 1990). Der Ausdruck »Trick« soll dabei nicht bedeuten, dass hier unbedarfte Bürger\*innen schlicht überrumpelt würden. Laut Adorno vermitteln die Agitator\*innen keine Gedanken oder Gefühle, die nicht schon in den Zuhörer\*innen vorhanden waren, sondern rufen sie mit offensichtlich unlogischen, klischeehaften und pseudo-emotionalen Stimuli wach. Mit ihren

rhetorischen Darbietungen tragen sie ihrem sprachlosen Publikum eine Art »organisierter Gedankenflucht« (Adorno 1993: 153) an, mit bloß assoziativ verknüpften Versatzstücken dessen, was die Zuhörenden selbst gerne tun oder sagen würden, sich aber nicht trauen. Die Zuhörer\*innen erleben eine »symbolische Offenbarung« (Adorno 1993: 155) ihrer ihnen selbst verborgenen Identität, im Gegenzug akzeptieren sie, wie Adorno es ausdrückt, »aus Dankbarkeit für die ›Show‹« (ebd.: 154) die mitgelieferte politische Ideologie der Agitator\*innen. Dass damit nicht allein die amerikanischen Agitatoren der 1940er-Jahre charakterisiert sind, zeigt Lars Rensmann mit Blick auf gegenwärtige populistische Mobilisierungen. Sowohl zentrale Agitationstechniken als auch antisemitische Klischees finden in veränderten historischen und politischen Kontexten erstaunlich ungebrochen weiter Verwendung. Die psychologischen Kernmechanismen bleiben im gegenwärtigen Autoritarismus, auch in liberalen Demokratien, gleich (vgl. Rensmann 2017b: 343ff.).

Im Unterschied zu Stuart Halls hegemonie- und diskurstheoretischer Herangehensweise hält die Kritische Theorie autoritäre Agitation also für wesentlich psychologisch strukturiert, während ihre politischen Ziele und Positionen durchaus inkonsistent und variabel sind. Während Hall die Anschlussmöglichkeiten autoritärer Propaganda an den popularen Alltagsverstand ausschließlich in bestimmten inhaltlichen Elementen sucht, weist Adorno zudem auf eine psychologische Anschlussfähigkeit hin. Entgegen gängiger Vorstellungen habe das sogenannte einfache Volk kein besonderes Gespür für authentische oder falsche Absichten hinter politischen Auftritten, sondern finde selbst Gefallen an irreführenden Inszenierungen, offensichtlichen Täuschungen und gespielten Emotionen (vgl. Adorno 1993: 155).

Das heißt natürlich nicht, dass die manifesten politischen Inhalte der Agitation völlig beliebig sind. Zum einen sieht Adorno die Agitation stets auf eine Identifikation mit mächtigen Kollektiven, also eine »Fetischisierung der Realität und der bestehenden Machtverhältnisse« (ebd.: 158) hinauslaufen, zum anderen eignen sich bestimmte, immer wiederkehrende Ideologien wie Antisemitismus, Rassismus, Nativismus, Sexismus etc. für die identitäre Beschwichtigung des zugrundliegenden Ohnmachtsgefühls.

Zwei weitere Differenzen sind bedeutsam. Erstens ist für die Frankfurter Kritische Theorie eine spezifische Erfahrungslosigkeit in entfremdeten Verhältnissen die Grundlage autoritärer Agitation. Stuart Halls These, autoritärer Populismus funktioniere, weil er einen wirklichen Zugriff auf authentische populare Erfahrungen habe, ist in diesem Sinne einzuschränken: Die Erfahrungen, die hier aufgegriffen und verarbeitet werden, sind selbst schon durch die unpersönlichen Herrschaftsverhältnisse auf eine tendenziell autoritäre Weise deformiert. Der gramscianische Ansatz tendiert dagegen immer wieder zu der Vorstellung, es gäbe zunächst unmittelbare, zutreffende populare Erfahrungen der gesellschaftlichen Realität, die dann von politischen Diskursen überformt werden. Aber diese Offenheit, die auch zumindest prinzipiell gleiche Chancen für linke und rechte politische Interventionen

nen in den Alltagsverstand verbürgen soll, ist real nicht gegeben. Mit der Kritischen Theorie lässt sich sagen: Die Verhältnisse drängen das Bewusstsein vielmehr wie von selbst zu verdinglichten Erfahrungen der sozialen Welt und bereiten damit der autoritären Regression den Boden.

Zweitens betrachtet die Kritische Theorie die modernen, aufgeklärten Herrschaftsverhältnisse allgemein als Grundlage autoritärer Ideologie, während gramscianische Ansätze den Blick auf die national besonderen, historisch je spezifischen diskursiven Terrains richten, auf denen autoritärer Populismus operiert. Die Kritische Theorie differenziert in ihren Analysen autoritärer Agitation kaum nach Klassen und politischen Kontexten – wenngleich sie diese im Prinzip als ausschlaggebend anerkennt (vgl. Rensmann 2017b: 326ff.). Daher fragt sie auch nicht nach den konkreten politischen Zielen, die herrschende oder subalterne Gruppen mit der autoritären Propaganda verfolgen. Stattdessen zeichnet ihre Modernekritik das Bild eines drohenden faschistischen Totalitarismus, der letztlich bar jeden Programms auf »Eroberung zum Zweck absoluter Beherrschung« (Adorno 1993: 151) hinausläuft. Obwohl Adorno in den Studien zur autoritären Persönlichkeit von »potentiell faschistischen Zeiten« (Adorno 1973b: 178) in den USA spricht, stellt er keine systematischen Überlegungen dazu an, unter welchen Bedingungen potentielle zu wirklichen Faschist\*innen werden. Er unterscheidet nicht zwischen »normalen« kapitalistischen Bedingungen und etwa Zeiten von Krisen oder Krieg. Die Beziehung zwischen konkreten sozio-historischen Bedingungen und dem Erfolg autoritärer Demagogie bleibt daher unklar. Zwar hält die Kritische Theorie grundsätzlich an einer Analyse von Klassenverhältnissen fest. Aber in Folge ihrer Abkehr vom klassischen Marxismus und seinem Fokus auf ökonomische Krisen führt sie diese Analyse nicht selbst durch.

Das erscheint im Gegenzug als große Stärke des gramscianischen Ideologiebegriffs. Der unmittelbare Bezug auf Klasseninteressen hält zu einer konkreten Analyse gesellschaftlicher Hegemonieverhältnisse an. Für die Populismustheorie wäre es bedeutsam, diese beiden theoretischen Traditionen, die noch immer beinahe unvermittelt nebeneinander bestehen, systematisch auf ihre Vereinbarkeit und ihre Beiträge zur empirischen Populismusforschung zu befragen. Einen ersten Versuch in diese Richtung hat der australische Soziologe Paul K. Jones (Jones 2020, 2022) vorgelegt. Seiner Meinung nach besteht zumindest die Möglichkeit einer Ergänzung, da die Kritische Theorie zwar viel zum Verständnis autoritärer Demagogie beigetragen hat, aber erst der Gramscianismus die politische Flexibilität des Populismus wahrnahm. Wie hier gezeigt, haben beide Linien Leerstellen, demonstrieren aber hinreichend die Notwendigkeit einer gesellschaftstheoretisch reflektierten Herangehensweise. Ihre Varianten dreidimensionaler Ideologiebegriffe zeigen, dass zum Verständnis autoritärer Ideologie eine Analyse der gegenwärtigen Hegemonieverhältnisse sowie der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse nötig ist.

### 5.1.2 Funktionale Differenzierung von linken und rechten populistischen Parteien

Unmittelbar verknüpft mit den Problemen des Ideologiebegriffs sind die Schwierigkeiten der verschiedenen Theorien, populistische linke und populistische rechte Parteien in ein einheitliches begriffliches Schema zu bringen. Die Elemente der Minimaldefinition populistischer Ideologie, wie sie der *ideational approach* bestimmt, treffen nicht gleichermaßen auf linke und rechte Varianten des Populismus zu (vgl. Abschnitt 2.1.2). Die Kriterien »homogener Volksbegriff« und »Antipluralismus«, die uneingestandener Maßen an populistischen rechten Parteien gewonnen sind, können nur sehr eingeschränkt auf als populistisch geltende linke Parteien und Bewegungen angewendet werden. Der Versuch, trotz der empirischen Vorherrschaft populistischer rechter Parteien möglichst allgemeingültige Elemente populistischer Ideologie zu bestimmen, nivelliert somit den Unterschied zwischen autoritärer und demokratisierender populistischer Politik und lässt Populismus insgesamt als antidemokatisch erscheinen.

Demgegenüber offenbart die radikaldemokratische Strömung ein geradezu spiegelbildliches Problem. Die politische Logik, die in rechten wie linken populistischen Parteien waltet, ist ihr zu Folge eine urdemokratische, die stets authentische, unterdrückte Bedürfnisse mit einer Kritik herrschender Eliten artikuliert. Diese Festlegung, beim Populismus handele es sich grundsätzlich um einen egalitären Impuls, legt die Verharmlosung der antidemokratischen Stoßrichtung populistischer rechter Parteien nahe (siehe Unterkapitel 4.3).

Möglicherweise angesichts dieser Abgründe verwenden unter den Cleavage-Theorien zumindest Norris und Inglehart sowie Rodrik und Manow noch reduziertere Populismusdefinitionen, die sich auf die rhetorische Gegenüberstellung von souveränen Volk und korrupter Elite beschränken. So können sie widerspruchslös linke und rechte Parteien als »populistisch« bezeichnen. Wie in Abschnitt 3.2.2 gezeigt, verstehen Rodrik und Manow sowie Norris und Inglehart allerdings Populismus als gänzlich neutral gegenüber den Konfliktlinien, die politische Auseinandersetzungen vorzeichnen. Populistische Rhetorik neigt laut ihnen weder zu linker oder rechter ökonomischer Programmatik, noch zu autoritären oder libertären Werten. Damit ignorieren sie nicht nur die empirische Affinität populistischer Rhetorik zu autoritärer Ideologie, die der *ideational approach* zumindest in verkehrter Form registriert. Sondern in den Cleavage-Theorien über den Erfolg populistischer Parteien spielt der Populismus selbst letztlich keine Rolle mehr, ausschlaggebend ist allein ihre Verortung in den zentralen Konfliktlinien.

Wie kann also die Populismustheorie dieser autoritären Affinität des Populismus Rechnung tragen, ohne dabei die Unterschiede populistischer linker und populistischer rechter Parteien zu nivellieren oder Populismus zu einer bloßen Äußerlichkeit zu erklären?

Zu den Differenzierungen des Erfolgs populistischer Parteien nach ihren Hauptideologien, nach ihren politisch-ökonomischen Kontexten sowie den Wertekonflikten in ihren jeweiligen Gesellschaften muss noch eine *funktionale* Unterscheidung hinzutreten. Denn vor allem die Frankfurter Kritische Theorie besteht darauf, dass autoritäre Ideologie grundsätzlich anders funktioniert als konservative, liberale oder sozialistische.

Wie oben dargestellt, hält die Kritische Theorie die autoritäre Agitation für vorrangig psychologisch und manipulativ strukturiert. Leo Löwenthal unterschied die amerikanischen autoritären Agitatoren daher idealtypisch von Reformern und Revolutionären. Obwohl sie alle als Fürsprecher\*innen gesellschaftlicher Veränderung auftreten, versucht der\*die Agitator\*in im Unterschied zu den anderen nicht, die Unzufriedenheit des Publikums auf rational erkennbare soziale Ursachen zurückzuführen. Vielmehr verstärkt die Agitation dessen Desorientierung, indem sie statt objektiven Ursachen stets bestimmte feindliche Individuen oder Personengruppen als Quelle allen Übels ausmacht. Dieser Feind will seinem Opfer, meist das »Volk«, aus reiner Boshaftigkeit, Gier oder sonstiger Charakterschwäche schaden und »nimmt gewissermaßen unmittelbaren Einfluss auf seine Opfer, ohne sich gesellschaftlicher Mechanismen – wie etwa des in der Sozialismustheorie definierten Kapitalismus – als Vermittlung zu bedienen« (Löwenthal 1990: 20). Entsprechend sind auch die Handlungsvorschläge der Agitator\*innen personalisiert. Statt der eingeschränkten Reform oder der umfassenden Revolution gesellschaftlicher Strukturen stellen sie auf die Eliminierung von Personen oder Gruppen ab.

Damit verwehrt es autoritäre Agitation dem Publikum nicht nur, seine wirklichen eigenen Probleme zu erfassen. Die besondere, rein emotionale Form der Befriedigung durch Demagogie kann für die Anhänger\*innen vor allem keine Veränderung der Situation bewirken. So führt sie real stets zu einer noch bedingungsloseren Unterwerfung unter gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse. Sie fordert unter anderem die Glorifizierung von Führungsfiguren, die Aufgabe bürgerlicher Freiheiten, erweiterte Befugnisse der Polizei oder gar den Terror gegen Minderheiten (vgl. ebd.: 151). Darin sieht nun Adorno, anders als Gramsci und die an ihn Anschließenden, eine ganz andere gesellschaftliche Funktion autoritärer Ideologie nicht nur im Vergleich mit sozialistischen, sondern auch mit bürgerlichen Ideologien. Denn Ideologien wie Liberalismus, Individualismus oder Idealismus sind »objektiv notwendiges und zugleich falsches Bewusstsein« (Adorno 1979a: 465). Das heißt sie drücken etwas Wahres über die undurchsichtigen, vermittelten gesellschaftlichen Verhältnisse aus und wollen sie gleichzeitig apologetisch gegen Kritik rechtfertigen, indem sie sie als schon verwirklichte Freiheit und Gerechtigkeit darstellen.

Demgegenüber sind autoritäre Ideologien »manipulativ ausgedacht, bloßes Herrschaftsmittel« (ebd.). Sie erheben keinen Anspruch auf Wahrheit und Einheitlichkeit mehr und wollen nicht länger diskursiv überzeugen. Diesem manipulativen

Charakter ist eine ideologiekritische Widerlegung nicht mehr angemessen, sondern es muss stattdessen schlicht nach dem *cui bono* gefragt werden, also: Auf welche Dispositionen in den Menschen spekulieren sie und was wollen sie, zu welchem eigenen Nutzen, in ihnen hervorrufen? Welche gesellschaftlichen Umstände bringen Subjekte hervor, die davon angesprochen werden (vgl. Adorno 1979a: 466)?

Die gegenwärtigen Populismustheorien blenden diesen funktionalen Unterschied zwischen bürgerlichen oder sozialistischen Ideologien einerseits und autoritären Ideologien andererseits aus. Sie erkennen damit, dass Populismus je nach ideologischer Einbindung ganz unterschiedliche Funktionen erfüllt und verschiedene gesellschaftliche Bedeutungen erhält.

Dessen unbenommen steht der Populismus autoritärer Ideologie grundsätzlich näher, da er eben diese Tendenz zur Personalisierung mit ihr teilt. Es gehört zum Minimalkonsens der gegenwärtigen Theorien, dass der Populismus, ob links oder rechts, verschiedene gesellschaftliche Probleme dem Wirken einer korrupten, kleinen Elite zuschreibt. Egal welchen politischen Zielen der Populismus dienstbar gemacht wird, stets prangert er nicht systemische soziale Widersprüche an, sondern einen scheinbar externen Feind, der das System erst korrumptiert. Ganz wie Löwenthal es für den autoritären Agitator bemerkt, steht der Populismus damit im Gegensatz zur sozialistischen Theorie, die Probleme stets als Symptom der widersprüchlichen »normalen« Verhältnisse betrachtet.<sup>4</sup> Angesichts der real unpersönlichen, subjektlosen Herrschaftsverhältnisse in kapitalistischen Gesellschaften kann eine grundsätzlich personalisierende Kritik nie ganz die wirklichen Ursachen sozialer Probleme ergründen. Die feindliche Elite muss auch im Populismus stets künstlich konkretisiert werden. Slavoj Žižek kommt daher zu dem Schluss, dass der Populismus per Definition stets ein »minimum, an elementary form, of ideological mystification« (Žižek 2006: 557) enthalte. Eben weil er immanente soziale Antagonismen stets auf den Antagonismus zwischen Volk und äußereren Feinden verschiebt, birgt er in sich »in the last instance a long-term protofascist tendency« (ebd.). Die Einschränkungen in Žižeks Formulierungen sind dabei keiner vornehmen Zurückhaltung geschuldet. Sie versuchen anzuerkennen, dass trotz der autoritären Tendenz des Populismus durchaus unzweifelhaft linke Parteien und Bewegungen sich seiner bedienen können. Damit nehmen sie allerdings oft autoritäre Elemente in ihre Rhetorik und Programmatik auf, etwa wenn sie den nationalen Wohlfahrtsstaat abwehrend gegen Migration und »Identitätspolitik« verteidigen oder statt Kapitalismuskritik die Verteufelung gieriger und »unproduktiver« Bankenchefs in den Mittelpunkt rücken. So handeln sie sich einen inneren Widerspruch zu ihrem Anspruch

---

4 Es illustriert die hinderliche disziplinäre Beschränktheit beispielsweise des Ansatzes Cas Mudde, dass er zwar populistische radikal rechte Parteien als Ausdruck einer »pathological normalcy« beschreibt, sich aber nicht fragt, welche gesellschaftlichen Verhältnisse die Normalität denn überhaupt »pathologisch« werden lassen.

auf universelle Gleichheit und Freiheit ein, der sie hemmt. Denn die personalisierende Mystifizierung des Populismus enthält eine grundsätzliche Weigerung, der Komplexität moderner Herrschaftsverhältnisse und politischer Probleme ins Auge zu blicken.

Die Vermählung populistischer und linker Ideologie ist also möglich, wenngleich nur eingeschränkt. Näher liegt die Verbindung populistischer und autoritärer Ideologie, da die populistische Personalisierung an das entsprechende Element des von Adorno bestimmten, autoritären »ideologischen Gesamtschemas« anschließen kann, das wiederum auf die tatsächlich unpersönlichen kapitalistischen Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse reagiert.

Mit diesem Hang zur Personalisierung verbunden scheint die Tendenz populistischer Bewegungen und Parteien zu wenig demokratischen inneren Strukturen, die ganz um eine oder wenige Führungspersonen organisiert sind. Gleichwohl sind auch hier das Ausmaß der (autoritären) Identifikation mit dieser Führung sowie deren Machtfülle unterschiedlich ausgeprägt.

Die Frage nach den Elementen populistischer Ideologie lässt sich demnach nicht allein durch eine möglichst präzise Definition lösen. Sie bedarf funktionaler Differenzierung und letztlich der Gesellschaftstheorie. Während es möglich ist, Populismus auf wenige allgemeingültige ideologische Elemente zu reduzieren, verändert sich ihre gesellschaftliche Bedeutung in gewissem Maße je nach der Wirtschaftsideologie, in die sie integriert werden. Allerdings sind sie nicht gänzlich wandelbar, da sie angesichts der abstrakten Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse zumindest zur Mystifizierung und damit zum Autoritären neigen. So sind sie anslussfähiger an verbreitete autoritäre Einstellungen in der Bevölkerung und rechte Parteien. Jede parallelisierende Analyse populistischer linker und populistischer rechter Parteien und Bewegungen muss dieser Einschränkungen gewahr werden.

### 5.1.3 Politische Repräsentation als Aspekt gesellschaftlicher Konflikte

Als ein zentrales Problem der gegenwärtigen Populismustheorien wurde ihr unzureichender Begriff politischer Repräsentation hervorgehoben. Insbesondere die Cleavage-Theorien laborieren an ihrem sehr engen Verständnis demokratischer Politik. Sie reduzieren das Politische letztlich auf institutionelle Regeln für den Machterwerb und Machtgebrauch, die gegebenen sozialen Interessen lediglich einen entsprechenden parlamentarischen Ausdruck verleihen (siehe Abschnitt 3.2.3). Dagegen sind die Überlegungen Dani Rodriks und Simon Bornschiers zu der Frage einschlägig, inwiefern kollektive Identitäten, Weltbilder und sogar Interessen selbst politisch konstruiert werden. Doch diese folgerichtigen Erweiterungen des politischen Feldes stehen im Widerspruch zur Grundidee der Cleavage-Ansätze und werden daher nicht entwickelt. Denn letztlich sollen immer die sich wandelnden Interessen als unpolitischer, quasi naturwüchsiger Ausdruck sozialer Modernisie-

rungsprozesse das Wahlverhalten und damit die Spielräume und Positionierungen der Parteien bestimmen.

Die anderen Theorien können diesen Widerspruch zwischen sozialer und politischer Logik ebenfalls nicht aufheben. Der *ideational approach* kritisiert zwar die Cleavage-Ansätze als zu sehr auf die Nachfrageseite populistischer und autoritärer Ideologie fokussiert. Er setzt stattdessen diese Nachfrage selbst als konstantes Produkt moderner Gesellschaften voraus und fragt, wie und unter welchen Bedingungen populistische Parteien sie in wechselnden politischen Erfolg ummünzen können. Damit räumt er zwar dem politischen Kampf um die Formulierung und Salienz von Themen zu Recht eine größere Bedeutung für den Erfolg populistischer Parteien ein. Aber er kann weder erklären, warum populistische Parteien nun häufiger siegreich aus diesen Kämpfen hervorgehen, noch welche Machtverhältnisse über den Ausgang dieses Kampfes (mit-)entscheiden, noch, wie dieser politische Prozess wiederum die Nachfrage formt (siehe Abschnitt 2.3.2). »Repräsentation« als symbolischer Prozess der Artikulation und Bündelung von Interessen jenseits eines bloßen Abbildens vorhandener Einstellungen gilt zumindest Jan-Werner Müller gar als proto-totalitaristisch.

Den weitesten Begriff des Politischen bieten die radikaldemokratischen Theorien, insbesondere die Ernesto Laclaus. Seine diskurstheoretische Kritik an ökonomistischen und funktionalistischen Politiktheorien insistiert darauf, dass politische Identitäten immer erst aus heterogenen sozialen Forderungen hergestellt werden. Die sprachphilosophisch begründete These geht dabei so weit, dass erst die symbolische, hegemonial durchgesetzte Repräsentation durch einen politischen Signifikanten überhaupt eine geteilte Bedeutung verschiedener sozialer Forderungen stiften kann (siehe die Einleitung zu Kapitel 4). Damit aber vereinseitigt Laclau politische Repräsentation wiederum, nun allerdings auf einen *allein* symbolischen Konstruktionsprozess. Soziale Forderungen sind hier bloßes Material ohne eigene Bedeutungsdimension und der politische Prozess vollzieht sich nicht mehr in gesellschaftlichen Institutionen und Herrschaftsverhältnissen, sondern konstituiert diese selbst erst.

Für den *ideational approach* und die Radikaldemokratie sind also politische und soziale Phänomene einander äußerlich oder fallen in eins. Daher bleiben sie wie die Cleavage-Theorien der Vorstellung verhaftet, soziologische und politische Erklärungen stünden letztlich im Widerspruch zueinander. Aber ihre Schwierigkeiten, soziale und politische Prozesse unabhängig voneinander zu untersuchen oder sie plausibel in ein Verhältnis von Ursache und Wirkung zu setzen, deuten darauf hin, dass hier für die sozialwissenschaftliche Bearbeitung etwas willkürlich getrennt wird, das objektiv miteinander zusammenhängt. In konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen und ihrer Entwicklung sind Identitäten und Interessen immer schon durcheinander vermittelt. Die Geschichte ökonomischer Interessenkonflikte lässt

sich nicht ohne die Veränderung politischer Ideologien erzählen, die Geschichte politischer Konflikte nicht ohne die der politischen Ökonomie.

Die kritischen Autoritarismustheorien sowohl Stuart Halls als auch Adornos, Horkheimers und Löwenthals versuchen dieser trennenden Alternative zu entkommen, indem sie auf eine übergreifende Totalität gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse verweisen. Sie wollen den Erfolg autoritärer Ideologien weder auf einen Effekt veränderter sozialer Interessen reduzieren, noch darin bloße parteipolitische Strategie erkennen. Vielmehr gelten ihnen beide als zwar unterschieden, aber zugleich herrschaftsformig miteinander vermittelt. Die Unterscheidung von Politik und Sozialem, oder klassischer: Staat und Gesellschaft, ist, wie auch die Staatstheorien Gerstenbergers und Poulantzas' demonstrieren, ein Unterschied *in* ein und derselben Gesellschaft. Politische Repräsentation ist ein Aspekt gesellschaftlicher Konflikte und Kämpfe um Hegemonie.

Ihre dreidimensionalen Ansätze gehen vom Primat der antagonistischen gesellschaftlichen Verhältnisse aus. Die Produktion und Rezeption politischer Ideologien sind Praktiken innerhalb übermächtiger, herrschaftsformiger und widersprüchlicher Verhältnisse und entsprechend durch sie geformt. Da kapitalistische Gesellschaften wesentlich antagonistisch sind, ist auch die Produktion und Rezeption von Ideologie und Identitäten stets umkämpft. Und dieser Kampf wird, wie in den vorangegangenen Abschnitten dargestellt, vorstrukturiert durch gesellschaftliche Machtverhältnisse, vor allem hinsichtlich der Ressourcen, die die kämpfenden Fraktionen mobilisieren können.

Diese Machtverhältnisse geraten in der geläufigen Aufteilung von Nachfrage- und Angebotsseite der Politik aus dem Blick. Gesellschaftstheorie lässt sich bei der Erklärung der Erfolge populistischer Parteien nicht umgehen oder überspringen, da sie erst angeben kann, wie politisches Angebot und Nachfrage überhaupt zueinanderstehen. Mit den kritischen Theorien lässt sich argumentieren, dass sowohl der Impuls der Cleavage-Theorien zutrifft, soziale Konflikte zum Ausgangspunkt der Erklärung politischer Veränderungen zu nehmen, als auch die Erkenntnis Muddes, dass es für den Erfolg populistischer rechter Parteien weniger auf die Nachfrage der Bürger\*innen nach entsprechender Ideologie ankommt als auf die parteipolitischen Angebote.

Die Cleavage-Theorien verorten den Übersetzungspunkt sozialer und politischer Prozesse stets in den Bürger\*innen(massen), indem sie nach Korrelationen zwischen der Veränderung von Interessen oder Werten und entsprechenden Veränderungen der Einstellungen oder Wahlentscheidungen suchen. Adorno hat die in solchen empirischen Verfahren liegende Annahme, die politische Zukunft hänge von den Einstellungen einer großen Zahl von Menschen ab, als »demokratisches Vorurteil« (Adorno 2019a: 26) bezeichnet. Die Cleavage-Theorien unterstellen kontrafaktisch demokratische politische Prozesse, obwohl oft tatsächlich viel kleinere Zirkel und Institutionen über die Meinungsbildung und öffentliche Angelegenhei-

ten entscheiden. Damit zusammenhängend suggeriert diese Herangehensweise, dass die normalen, alltäglichen Meinungen, also der Common Sense, sich letztlich stets gegenüber den randständigen, pathogenen Vorurteilen durchsetzen wird. Das aber verharmlost die nicht von der Hand zu weisende Gefahr, dass die herrschafts-förmige »Irrationalität des Ganzen« die »Irrationalität der Menschen« (Adorno 2019b: 124) mehrheitsfähig machen kann.

Denn so wie der Verkaufserfolg von Waren in kapitalistischen Gesellschaften entgegen dem alltäglichen Anschein nicht hauptsächlich von den existierenden Bedürfnissen der Käufer\*innen abhängt, ist die Zustimmung zu Ideologien und politischen Programmen nicht einfach auf vorhandene Einstellungen zurückzuführen. Vielmehr werden auf dem Markt wie in der Politik durch gesellschaftlichen Druck und kalkulierte Reklametechniken für vorgefasste Produkte erst nachträglich Bedürfnisse erzeugt, die dann die Produkte scheinbar legitimieren. In Bezug auf autoritäre Vorurteile charakterisierte Adorno die Bürger\*innen daher böse als bloße »submissive Reaktionszentren, die dem konventionellen Verständnis dessen zu entsprechen versuchen, was sich gehört« (Adorno 2019a: 26). Politische Ideologien werden in spätkapitalistischen Verhältnissen nicht nach den Bedürfnissen der Bürger\*innen produziert, wie die Begriffe »Nachfrageseite« und »Angebotsseite« nahelegen. Sondern das Angebot bestimmt wesentlich die Nachfrage. Die Bürger\*innen erschaffen für gewöhnlich nicht die Ideologien und wählen auch nicht frei aus ihnen aus, sondern akzeptieren sie unter dem Druck tatsächlicher oder vermeintlicher Macht (vgl. Adorno 2020: 233).

Adorno und auch Hall könnten der Intuition der Cleavage-Theorien so weit zu stimmen, dass große ideologische Verschiebungen stets im Zusammenhang zu Interessenkonflikten, vor allem zu ökonomischen Krisen und dem davon berührten Klassenantagonismus stehen. Klasseninteressen bilden für beide den entscheidenden Kern. Aber sie sind nicht notwendig auch der Inhalt der ideologischen Konflikte. Die antagonistischen Interessen finden keinen unmittelbaren ideologischen »Ausdruck«, sondern die ideologische Erscheinungsform wird durch die strategische Bearbeitung mächtiger Interessengruppen bestimmt.

Diese strategische Bearbeitung kann aber nicht willkürlich jegliche partikularen Interessen ideologisch abstützen, sondern ist darin selbst wiederum durch die antagonistischen Verhältnisse begrenzt.

Zum Einen vonseiten der Bürger\*innen: Damit sie die ideologischen »Angebote« zumindest hinnehmen können, müssen diese ihre wirklichen Ziele mit Elementen des populären Alltagsbewusstseins, ideologischen Traditionen, demokratischen Versprechen etc. verknüpfen und irgendeine subjektive Befriedigung in Aussicht stellen. Die Analogie von Ideologie und Ware lässt sich in dieser Hinsicht verlängern. Wenngleich die Bedürfnisbefriedigung in kapitalistischen Verhältnissen weder der wirkliche Zweck der Produktion noch das zentrale Prinzip der Warengestaltung ist, müssen die Produkte für den Verkauf doch zumindest eine Bedürfnisbe-

friedigung versprechen und auf entsprechendes Entgegenkommen unter den Käufer\*innen spekulieren.

Zum anderen vom politischen Konflikt: Ideologieproduktion findet, laut Gramsci, in einem hegemonialen Kräfteverhältnis statt. Das heißt, sie versucht gegen konkurrierende Ideologien eine intellektuelle und moralische Führung über zumindest einen Teil der subalternen Bevölkerung zu errichten (vgl. Gramsci 2011: 180). Weitreichende Veränderungen in Parteiideologien sind also *in einem* sowohl Antworten auf gesellschaftliche Veränderungen wie die Globalisierung oder den Wertewandel als auch Handlungsversuche zum Erlangen oder Erhalten politischer Hegemonie in Auseinandersetzung mit konkurrierenden Hegemonieprojekten. Deutet man in diesem Sinne die Bedeutungszunahme populistischer Ideologie in vor allem rechten Parteien als Zug in einem Kampf um politische Hegemonie, löst sich der scheinbare Widerspruch von angebots- und nachfrageseitigen Erklärungen.

Cas Muddes Abkehr vom Rätsel der Nachfrage nach Ideologien der populistischen Rechten ist begründet: Es sind nicht zuerst Veränderungen von Einstellungen und Werten, die den zunehmenden Erfolg populistischer, vor allem populistischer rechter Parteien erklären könnten. Sondern Einstellungen und Werte sind selbst politisch geformt. Der Wertewandel, den Norris und Inglehart beobachten, muss selbst als sehr viel umfassender politisch vermittelt verstanden werden. Statt der vermeintlich anthropologischen Bedürfnishierarchie haben konkrete politische und ideologische Konflikte, Traditionen und Elemente im Zusammenspiel mit Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse zur Herausbildung der autoritären und libertären Pole geführt. Der autoritäre Backlash in seiner politisch organisierten Form wäre dann nicht eine authentische Selbstverteidigung kulturell bedrohter autoritärer Wertegemeinschaften, sondern – wie von Alex Demirović formuliert – das Produkt einer hegemonialen Operation herrschender Gruppen, die zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele die Zustimmung autoritär eingestellter Bevölkerungsteile zu gewinnen suchen.

Für die Populismusforschung ergibt sich aus dieser These die Aufgabe, die Genese des Wertewandels im engeren Zusammenhang mit der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse zu untersuchen. Es wäre zu zeigen, wie autoritärer und libertärer Pol parteipolitisch nutzbar gemacht wurden und werden und wie dabei ideologische Elemente gewichtet, artikuliert oder unterdrückt wurden und werden.

Auch für die Politische Ökonomie lässt sich aus den vorangegangenen Überlegungen eine Verschiebung des Blickwinkels ableiten. Parallel zu den Verteilungskonflikten und den Verletzungen der Interessen der abhängig Beschäftigten durch die Globalisierung sollten die sozialpolitischen Ideologieangebote populistischer (rechter) Parteien untersucht werden. Auf welche politisch-ökonomischen und auf welche Hegemoniekrisen reagieren sie? Dabei wäre zu fragen, wie die »Kulturalisierung« von Verteilungskonflikten, die laut Manow ja ein bloßes Mittel zur Mobilisierung sein soll, die sozialpolitischen Interessen der Subalternen in Re-

gie nimmt, verschiebt und vor allem desartikuliert. Die Einsichten Dani Rodriks könnten sich hier mit Impulsen Ernesto Laclaus treffen: Artikulierte Interessen existieren nicht naturwüchsig, in ihnen steckt durch hegemoniale Ideologien mit-erzeugte politische Identität. Aber ebenso müssen Identitätsangebote mindestens psychische oder identitäre Interessen bedienen. Repräsentation erschafft soziale Verhältnisse nicht, sondern wirkt in ihnen.

### **5.1.4 Reale Vermittlung »kultureller« und ökonomischer Herrschaftsverhältnisse**

Von diesem Punkt aus lässt sich auch der zentrale Streitpunkt der Cleavage-Theorien erhellen, ob der Erfolg populistischer Parteien eher auf die Polarisierung kultureller Werte zurückgeht oder diese kulturellen Konflikte eigentlich nur ökonomische Interessenkonflikte verbergen. Wie gezeigt teilen Wertewandelthese und die Politische Ökonomie das Problem, dass sie die angeblich vorgängigen Interessen und den entsprechenden politischen Ausdruck nicht plausibel miteinander verbinden können. Beide behelfen sich durch Reduktionen: Während die politische Kulturforschung der sichtbaren politischen Polarisierung in kulturellen Fragen durch Einführung einer »Werte-Konfliktlinie« oder der »work logics« einen scheinbar sozialstrukturellen Interessenunterbau besorgt, passt die Politische Ökonomie ihre Darstellung der politischen Erscheinungsformen an den Unterbau an, indem sie sie als bloße »Kulturalisierung« eigentlich ökonomischer Interessenkonflikte rahmt (siehe Abschnitt 3.2.1). Mit diesen Reduktionen handeln sie sich schnell Erklärungsprobleme ein, da sie analytisch trennen, was real eine Einheit bildet.

Indem nun soziale Interessen und politische Repräsentation als durch die herrschaftsähnlichen gesellschaftlichen Verhältnisse miteinander vermittelt gedacht werden, lässt sich das Problem präziser stellen. Die Frage lautet dann: Auf welche gesellschaftlichen Veränderungen und in welchen hegemonialen Auseinandersetzungen reagiert der autoritäre Populismus mit seiner Indienstnahme von Wert- und Lebensstilfragen?

Es ist unbestreitbar, dass zentrale Konfliktlinien der politischen Öffentlichkeit heute durch sogenannte »kulturelle« Themen verlaufen, die zugleich die zentralen Mobilisierungsfelder populistischer rechter Parteien sind. Dessen unbenommen geschieht diese Mobilisierung in von den ökonomischen und sozialen Verwerfungen des globalisierten neoliberalen Kapitalismus gezeichneten Gesellschaften, die für wachsende Teile der Bevölkerung nicht die Erfüllung grundlegender Bedürfnisse garantieren. Vor diesem Hintergrund sticht die offensichtliche Irrationalität und Abwegigkeit von populistischen rechten Mobilisierungen etwa gegen Abtreibungsrechte und Gender Mainstreaming, ethnische Minderheiten oder Klimaschutz und den Ausbau erneuerbarer Energien grell hervor. Spaltungen entlang von Klassenlagen rücken sie stattdessen politisch in den Hintergrund. Dieses »Angebot«

reagiert nicht notwendig auf eine unpolitisch vorausgehende »Nachfrage«, sondern bringt sie möglicherweise erst hervor, verbindet disparate Themen miteinander und steigert ihre Salienz. Die »kulturellen Themen« wurden und werden erst durch machtvolle Repräsentation zu einer Identität geformt. Das geschieht weder ohne politisches Interesse noch in völlig neuen, unvorhersehbaren Formen. Denn die ideologischen Innovationen des autoritären Populismus sind zugleich Antworten auf die gesellschaftlichen Veränderungen im Neoliberalismus und Versuche der Herstellung politischer Hegemonie.

Welche gesellschaftlichen Veränderungen sind hier gemeint? Der Wertewandel und die veränderten politischen Konfliktlinien können als Teil einer widersprüchlichen gesellschaftlichen Entwicklung gedeutet werden, zu der auch der Aufstieg des Neoliberalismus gehört.

Nach der Krise des Fordismus, die zugleich den Niedergang linker und sozialdemokratischer Klassenpolitik einlätete, traten in den sozialen Bewegungen progressiv-liberale Strömungen hervor – Feminismus und queere Bewegungen, Antirassismus und Ökologiebewegung – die auf den »kulturell« genannten Feldern eine allmähliche Vervielfältigung gesellschaftlich akzeptierter Lebensweisen erkämpften. Dieses Ineinander von historischer Niederlage des Sozialismus und Erfolgen des progressiven Projekts war einerseits die Voraussetzung dafür, dass durch die folgende neoliberalen Entwicklungen ein wachsendes »Reservoir politischer Verunsicherung und für Autoritarismus empfänglicher subjektiver Verarbeitungsformen« (Huke 2019: 635) entstand, wie Nikolai Huke es unter Bezug auf Gramsci und Hall formuliert. Autoritäre Einstellungsmuster, die in früheren Jahrzehnten angesichts sozialdemokratischer sozialpolitischer Erfolge in eine progressive Hegemonie eingebunden waren, wurden freigesetzt. Da sozialer Fortschritt unrealistisch erschien, verlor er an Bedeutung für die Wahlentscheidung (vgl. ebd.: 633).

Zugleich rief die gesellschaftliche Liberalisierung tatsächlich, wie von Norris und Inglehart beschrieben, in Teilen der konservativen Bevölkerungsgruppen autoritäre Abwehrreflexe hervor. Sie klammern sich an vermeintlich homogen konservative Milieus und überkommene Privilegien für unter anderem männliche, weiße, heterosexuelle Angehörige der Mehrheitsgesellschaft.

Der autoritäre Populismus drückt beide Entwicklungen allerdings nicht bloß aus, sondern nimmt sie aktiv in Regie und spitzt sie zu. Mit der schon genannten hegemonietheoretischen Perspektive Alex Demirović lässt sich darin etwa der Versuch einer Fraktion des Bürgertums erkennen, angesichts zunehmender Volatilität der Wähler\*innen und häufiger politischer Pattsituationen einen Teil der Subalternen auf die eigene Seite zu ziehen. Aber zugleich kann mit Lars Rensmann in Anschluss an die Kritische Theorie gesagt werden, dass diese Operation nur möglich ist, weil sie eine weitreichende konformistische Rebellion gegen Wertewandel und etablierte Autoritäten formiert, die auf »stable, resilient authoritarian legacies and cultural undercurrents within liberal democracies« (Rensmann 2017a: 127) zurück-

geht und sie reproduziert. Die von ihr mobilisierte Aggression richtet sich gegen die etablierten (partei-)politischen Autoritäten, da diese angesichts des verhassten Wertewandels nicht mehr ihre alte Stärke ausstrahlen. Indem der autoritäre Populismus neue politische Autoritäten präsentiert, kann er zugleich rebellische und konformistische Wünsche befriedigen (vgl. Rensmann 2018: 34).

Diese hegemoniale Politik bringt zwar erst die kulturelle Polarisierung (mit) hervor, die sie repräsentiert, muss dabei aber mit den vorhandenen ideologischen Elementen des Alltagsbewusstseins und der ideologischen Traditionen arbeiten. Die spezifischen Feindbilder, die auf der autoritären Seite der kulturellen Polarisierung mobilisiert werden, sind nicht neu und verweisen selbst wiederum auf gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse. Arme, Frauen, queere Menschen, ethnische Minderheiten und jüdische Gemeinschaften sind Opfer jahrhunderte-langer Diskriminierung. Diese Diskriminierungsgeschichten oder auch nur ihre Aktualisierung im autoritären Populismus sind natürlich nicht unmittelbar auf gegenwärtige ökonomische Interessengegensätze zurückzuführen, wie Philip Manow es stellenweise tut. Aber ebenso wenig wirkt der ökonomische Antagonismus bloß verstärkend auf einen unabhängigen, frei stehenden Konflikt zwischen autoritären und liberalen Werten. Mit der oben skizzierten psychologischen Erweiterung des Interessenbegriffs in der Kritischen Theorie lassen sich stattdessen die Funktionen dieser Ideologien für die subjektive Bewältigung des Leidens an der kapitalistischen politischen Ökonomie begreifen: psychische Ersatzbefriedigung durch Identifikation mit mächtigeren Gruppen, projektive Verdrängung eigener Angst vor Überflüssigkeit auf Schwächeren, Legitimation der eigenen Wut und Aggression.

Und auch gesellschaftlich sind die verschiedenen Diskriminierungsverhältnisse mit dem ökonomischen Antagonismus zumindest verschränkt. Die Spaltung der beherrschten Klassen etwa durch Lohnhierarchien entlang von Geschlecht, Ethnizität und Religion erleichtert es, die berechtigten Forderungen der Subalternen gegeneinander auszuspielen und insgesamt den Druck auf sie zu erhöhen. Diese Diskriminierungen zu betonen und aufrechtzuerhalten ist daher sozialpolitisch nicht folgenlos. Die Politisierung »kultureller« Fragen im autoritären Populismus ist nicht nur, wie Dani Rodrik meint, ein Ausweichen auf irrationale Themen, um die absehbare Verletzung der Klasseninteressen seiner Anhänger\*innen zu verbergen. Sondern gerade in der autoritären Dethematisierung von Verteilungskämpfen wird signalisiert, dass bestimmte, auch ökonomisch bedeutsame Privilegien aufrechterhalten werden sollen. Freilich verschleiert diese Übertragung ins Kulturelle dennoch, dass die autoritären Ideologien zwar manchen Teilen der Beherrschten relative Privilegien einräumen mögen, insgesamt aber ihre Position als Beherrschte umso mehr zementieren.

Ökonomische und kulturelle Deprivation – oder gesellschaftskritisch ausgedrückt: ökonomische und rassistische oder sexistische Herrschaftsverhältnisse – sind also real und ideologisch miteinander vermittelt, allerdings in verschie-

denen Gesellschaften auf je unterschiedliche Weise. Zur Untersuchung dieser unterschiedlichen Vermittlungen fehlen den gegenwärtigen Populismustheorien aber geeignete Begrifflichkeiten. Einen theoretischen Vorschlag hat Stuart Hall mit seinen Begriffen der »Artikulation« und der »conjunction« gemacht. Mit Rückgriff auf Marx denkt er die gesellschaftliche Totalität als eine komplexe, aber eindeutig gegliederte »Struktur mit Dominante« (Hall 2004a: 39). In ihr hängen verschiedene soziale Widersprüche weder unterschieds- und schwerpunktlos alle irgendwie zusammen, noch sind sie auf immer durch ein einzelnes einiges Prinzip notwendig miteinander verschaltet. Sondern verschiedene Widersprüche sind in bestimmten historischen Momenten je spezifisch miteinander artikuliert. Sie bleiben verschieden, aber *innerhalb* einer je relativ stabilen, komplexen, hierarchisch gegliederten Einheit. Diese historisch spezifischen Verknüpfungen oder »conjunctions« sind praktisch hergestellt und liegen begrifflich auf einem Abstraktionsniveau zwischen ganz konkreten politischen Konflikten und allgemeinen sozialen Strukturen. Sie sind selbst Resultate von Praxen, ohne dabei voraussetzungslos zu sein (vgl. ebd.: 45f.). Diese konkreten Formen, in denen kulturelle, ökonomische, politische und technologische Elemente verknüpft sind, sowie ihre Dialektik von Struktur und Praxis sind nicht vorherbestimmt, sondern können nur empirisch herausgearbeitet werden. Das ist das Ziel der »conjectural analysis«, die in den Cultural Studies in Anschluss an Stuart Hall entwickelt wurde (vgl. etwa Gilbert 2019; Ege 2019). Opratko und Harder haben in dieser methodologischen Tradition die Bedingungen der Zustimmung zu autoritär populistischer Ideologie unter Lohnabhängigen untersucht. Sie beobachten etwa, dass eine wahrgenommene Machtlosigkeit der Politik in Fragen des Arbeitsrechtes, der Löhne und der Arbeitsbedingungen Lohnabhängige empfänglich macht für »political interpellations that promise a re-sovereignisation of the state in other fields such as migration« (Harder/Opratko 2022: 440) – für Diskurse also, die originär ökonomische Erfahrungen in einer diskursiven Logik repräsentieren, die auf *policies* und Interessen der Rechten hinauslaufen.

Ähnlich ließe sich mit Blick auf den progressiven Pol des Wertewandels argumentieren. Die wirtschaftspolitische Artikulation der kulturellen »Lebensstilfragen« hinsichtlich etwa Geschlecht und Sexualität, Rassismus, Umweltzerstörung etc. ist auch auf der progressiven Seite umkämpft. Als bloß individuelle Wertorientierungen können sie durchaus mit einer liberalen, grünen oder sozialdemokratischen Aufrechterhaltung oder geringfügigen Reformen des politisch-ökonomischen Status quo vereinbar gemacht werden. Oder aber sie können Teil einer sozialistischen Fortsetzung des progressiven Projekts sein, das derzeit noch unter dem Zeichen der sozialpolitischen Niederlage steht. Insofern der Kampf gegen bestimmte Diskriminierungen sozialpolitische Spaltungsmechanismen infrage stellt und auch die Reproduktion der Arbeitskraft und das Verhältnis zu ihrem Körper politisiert (vgl. Mezzadra/Neumann 2017: 30ff.), könnte er – wie schon zu

Beginn der Neuen Sozialen Bewegungen – der Kern neuer Klassenkämpfe werden. Beide Möglichkeiten der Artikulation von sozialen Kräften und Ideologie sind gleichermaßen nicht garantiert, können aber unterschiedlich gut an bestehende ideologische und politische Verknüpfungen anschließen.

### 5.1.5 Populismus und autoritär-etatistischer Umbau der Demokratie

Die politisch wohl brisanteste Frage im Feld der Populismusforschung ist das Verhältnis des Populismus zur Demokratie. Sowohl im Sinne seiner Entstehung – welche Veränderungen in den westlichen demokratischen Systemen haben den Erfolg des Populismus ermöglicht? – als auch im Sinne seiner Wirkung: Wie verändern populistische Parteien demokratische Legitimitätsformen, Institutionen und Standards? Hier hat die Untersuchung der gegenwärtigen Theorien gezeigt, dass ihre Demokratieverständnisse der Beantwortung dieser Frage enge Grenzen setzen.

Die radikaldemokratischen Arbeiten, insbesondere Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes, stilisieren Populismus zum zentralen Element der modernen Demokratie. Gestützt auf ihre Ontologie der Politik begrüßen sie entsprechend populistische Mobilisierungen als Fortsetzung eines urdemokratischen Impulses gegen Einschränkungen der Volksouveränität und der Partizipation. Die rechtsstaatliche Einhegung und die Formalisierung demokratischer Praxis durch Verfahren und Institutionen erscheinen aus dieser Perspektive als Gängelung des lebendigen demokratischen Lebens, populistisches Aufbegehren dagegen als seine Verkörperung: Populismus ist Demokratie. Mit dieser Identifizierung sind Fragen nach dem Ursprung und der Wirkung der Wahlerfolge populistischer Parteien in westlichen Demokratien letztlich hinfällig. Die radikaldemokratischen Arbeiten interessieren sich schlicht nicht für die Rolle demokratischer oder überhaupt staatlicher Institutionen.

Der *ideational approach* kann hier bedingt Abhilfe schaffen. Im Gegensatz zur Radikaldemokratie berücksichtigt er durchaus die institutionellen Arrangements westlicher Demokratien als Ermöglichungsbedingungen und Begrenzungen populistischer Mobilisierung. Demokratie ist nicht nur empirisch meist liberal und rechtsstaatlich verfasst, sondern soll es für Mudde und Kaltwasser sowie Müller auch sein. Aus diesem Idealbild rechtsstaatlicher institutioneller Differenzierung speist sich ihre Skepsis gegenüber dem populistischen Appell an den uneingeschränkt legitimen Volkswillen. Die Wirkung des Populismus auf demokratische Systeme charakterisieren sie daher als bestenfalls ambivalent. Je nach Kontextbedingungen kann Populismus eine Stärkung demokratischer Repräsentation und die Repolitisierung strittiger Themen bewirken, oder aber institutionelle Regeln zum Schutz individueller und Minderheitenrechte angreifen.

Diesen offenen Blick für die unterschiedlichen möglichen Verwendungen populistischer Ideologie verstehen aber etwa Mudde und Kaltwasser wieder, indem sie

sich darauf festlegen, das Verhältnis von Populismus und liberaler Demokratie allein aus der von ihnen herauspräparierten populistischen Ideologie abzuleiten. Populismus wirkt demnach immer demokratisch und illiberal, da er stets den Gemeinwillen des Volkes zur letzten Legitimitätsgrundlage erklärt, ihn dabei aber absolut setzt und monistisch versteht. Mudde und Kaltwasser suggerieren also, das Verhältnis ließe sich trotz allem doch allgemeingültig bestimmen. Unabhängig von seiner Rolle in konkreten politischen Auseinandersetzungen und unabhängig vom politischen Lager, in das er dabei eingebunden ist, soll Populismus stets ein ambivalentes Verhältnis zur (liberalen) Demokratie haben.

Dem liegt zugrunde, dass Mudde und Kaltwasser auch die Institutionen der westlichen Demokratien unhistorisch betrachten. Parlamente, Regierungen, Parteien etc. sind feste Größen mit gleichbleibender Bedeutung und Funktionen, weshalb die populistische Polemik gegen sie auch immer illiberal bleibt. Wenn Mudde zeitdiagnostisch Funktionsprobleme wie den »undemocratic liberalism« (Mudde 2021a: 581) beschreibt, meint er damit einen entpolitisierenden Gebrauch der demokratischen Institutionen durch die Mainstream-Parteien – nicht eine Veränderung dieser Institutionen selbst oder ihrer Funktion im Staat. Entsprechend ist auch seine und Kaltwassers Unterscheidung populistischer Wirkungen je nachdem, in welcher Art von politischem System er auftritt, gänzlich statisch angelegt. Die hier beschriebenen politischen Regime der »electoral democracy« und der »liberal democracy« sind anhand weniger Parameter bestimmte, sauber getrennte Idealtypen ohne innere Konflikte oder historische Dynamik (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017: 86ff.).

Sowohl die populistische Ideologie als auch die Institutionen westlicher Demokratie erscheinen in der gegenwärtigen Theoriebildung also als weitgehend statisch und unhistorisch, wodurch auch ihre Einschätzung der Wirkung des Populismus zu abstrakt ist. Hegemonietheoretische Analysen könnten diese Einschätzung historisch differenzieren und einordnen. Interessant ist dabei insbesondere, dass Autor\*innen dieser Tradition für die westlichen Demokratien einen seit den 1970er-Jahren anhaltenden autoritären Wandel der liberaldemokratischen Institutionen nachzeichnen. Nicos Poulantzas prägte für diese Entwicklung 1977 den Begriff des »autoritären Etatismus« (Poulantzas 2002). Mit der staatsinterventionistischen Sozialpolitik des Fordismus in den 1970er-Jahren hat sich demnach in liberalen Demokratien das Verhältnis von Normal- und Ausnahmezustand verschoben. Zuvor haben Ausnahmestaaten in Zeiten von Wirtschafts- und Hegemoniekrisen versucht, durch Rücknahme demokratischer Institutionen bis hin zum Faschismus bürgerliche Hegemonie wiederherzustellen. Angesichts der Wirtschaftskrisen der 1970er-Jahren entwickelte sich dagegen eine neue Form demokratischer Staatslichkeit, die nicht einfach totalitär mit der Demokratie bricht, sondern bestimmte Elemente des Ausnahmestaates permanent in den demokratischen Normalzustand integriert. Der Staat versuchte zur Krisenbewältigung vermehrt Bereiche des öko-

nomischen und gesellschaftlichen Lebens zu steuern, zum Preis eines »Verfall[s] der Institutionen der politischen Demokratie« (Poulantzas 2002: 231). Gemeint sind die Verschiebung staatlicher Macht von der parlamentarischen Legislative hin zur Exekutive, abnehmende Bedeutung des Gesetzes, der Funktionsverlust politischer Parteien als Organe zur Organisation von Hegemonie und stattdessen die Entstehung paralleler Machtnetze, die die formalen Wege der demokratischen Willensbildung umgehen (vgl. ebd.).

John Kannankulam hat diese von Poulantzas beschriebene Entwicklung von den 1970er-Jahren bis in die 2000er weiterverfolgt. Überraschenderweise kommt er zu dem Ergebnis, dass der autoritäre Etatismus mit Beginn des Neoliberalismus nicht einfach endete. Zwar verfolgten neoliberalen Reformen in westlichen Demokratien auf den ersten Blick das zum Staatsinterventionismus entgegengesetzte Modell der Krisenbearbeitung. Schließlich proklamierten sie einen ausgesprochenen Anti-Etatismus und also gerade einen Staatsabbau zugunsten der Kommodifizierung von Sozialbeziehungen und der vermeintlich heilenden Kräfte freier Märkte. Aber Kannankulam zeigt, dass der Staat in verschiedenen Lebensbereichen keineswegs gleichmäßig zurückgebaut wurde. Der Rückzug fokussierte sich besonders auf Bereiche der sozialen Fürsorge und der sozialpartnerschaftlichen Arrangements, in denen die Interessen von Arbeitnehmer\*innen institutionell vertreten waren. Demgegenüber wurden Kontroll- und Repressionsapparate im Inneren und das Militär ausgebaut. Kannankulam verweist etwa auf den arbeitsmarktpolitischen Wandel von *welfare* zu *workfare*. Die Streichung staatlicher Leistungen für Arbeitslose wurde mit Disziplinierungsmaßnahmen verknüpft, die erhebliche Kosten sowie Überwachungs- und Verwaltungsaufwand verursachten, also keineswegs als bloßer »Rückzug« des Staates zu begreifen sind (vgl. Kannankulam 2008a: 155f.).

Der postfordistische Neoliberalismus brach demnach nicht einfach mit dem fordristischen autoritären Etatismus, sondern nutzte einiger seiner Kernelemente. Dazu gehören die Arbeit in und durch Expertengremien parallel zu den Parlamenten und die Stärkung von Exekutivorganen, aber auch Verschiebungen zwischen verschiedenen Staatsapparaten, etwa die Aufwertung der stark auf den Weltmarkt ausgerichteten Finanz- und Wirtschaftsministerien und Zentralbanken (vgl. Kannankulam 2008b: 330).

Elemente des autoritären Etatismus etablierten sich in diesem Zusammenhang auch in der internationalen politischen Ökonomie. Laut neogramscianischen Analysen etwa Stephen Gills bildeten die dem *Washington Consensus* verpflichteten Institutionen (vor allem der Internationale Währungsfonds, die Welthandelsorganisation und die G-8-Länder) ein global wirksames System eines »disziplinierenden Neoliberalismus« heraus, der mit einem »New Constitutionalism« rechtlich abgesichert wurde (vgl. Gill 2002: 48). Auch in den jüngeren politischen Kämpfen in der Europäischen Union anlässlich ihrer verschiedenen Krisen blieb der autoritäre Etatismus als »Politikmodus« erkennbar bedeutsam (vgl. Kannankulam 2016: 37ff.). Kann-

ankulams Beschreibung liefert so gewissermaßen eine historische Verortung der von Philip Manow beobachteten Auflösung demokratischer (National-)Staatlichkeit und der von Cas Mudde kritisierten undemokratisch-liberalen Verrechtlichung politischer Streitfragen.

Was hat nun Populismus mit dieser Verschiebung in den westlichen demokratischen Institutionen zu tun? Es war Stuart Halls Beitrag, den autoritär-populistischen Thatcherismus als eine neoliberalen Offensive im Rahmen der spezifischen Hegemoniekrise im autoritär-etatistischen, fordristischen Großbritannien zu entschlüsseln. Dabei legte er wie oben gezeigt dar, dass die im autoritären Etatismus verringerte Bindung der subalternen Klassen an die traditionell herrschenden Parteien und Ideologien, vor allem an die Sozialdemokratie, die Grundlage für die politischen Gewinne des autoritären Populismus war. In ihrer Transformation in Volksparteien trieben auch die sozialdemokratischen Parteien selbst die Vorstellung mit voran, es sei ein »Ende der Ideologien« erreicht. Sie artikulierten immer weniger spezifische Interessen und Bedürfnisse subalterner Bevölkerungsgruppen, sondern mobilisierten plebisizitäre Zustimmung der Massen für die staatliche Politik.

Kurz: Der autoritäre Etatismus im Fordismus hat einige der »Demokratiedefizite« mit verursacht, die dann dem autoritären neoliberalen Populismus als Feindbilder und Mobilisierungshebel unter den subalternen Klassen dienten.<sup>5</sup> Freilich behebt der Populismus die »Defizite« dabei nicht. Hall beobachtete vielmehr, dass der autoritäre Populismus genau dazu diente, eine neoliberalen Fortsetzung dieser Transformation in Richtung autoritärer Herrschaftsverhältnisse mit popularer Legitimation zu versehen. Er versuchte die Hegemonie des herrschenden Blocks herzustellen, indem er die manipulative Artikulation verbreiteter Unzufriedenheit und einige Elemente der gesellschaftlichen Meinung strategisch in den Thatcherismus integrierte.

Stellt man die neoliberalen Fortsetzung autoritär-etatistischer Politik in den Nationalstaaten, in der EU und international in Rechnung, dürfte solcherart populistische Mobilisierung gegen als unwirksam und ungerecht empfundene demokratische Systeme auch weiterhin politisch rentabel bleiben. Eine Gruppe gramscianischer Sozialwissenschaftler\*innen fasst ihre Analyse autoritär-populistischer Konjunkturen bis 2022 entsprechend so zusammen: »[...] liberal democracy in Europe is

<sup>5</sup> Eine ähnliche These formulieren – in ganz anderem Vokabular – die deutschen Politikwissenschaftler Armin Schäfer und Michael Zürn (Schäfer/Zürn 2021). Sie schlagen vor, den Aufstieg autoritär-populistischer Parteien *politisch* zu erklären. Eine selektive Responsivität demokratischer Parlamente sowie die relative Entmachtung klassischer Mehrheitsinstitutionen zugunsten von nichtmajoritären Institutionen wie Zentralbanken, internationalen Organisationen und Verfassungsgerichten entfremden ihnen zu Folge Entscheidungsprozesse vom demokratischen Ideal und rufen in der nicht repräsentierten Bevölkerung eine »Entfremdung von der Demokratie« (ebd.: 121) hervor. So bereiten sie autoritär-populistischen Parteien den Boden.

not necessarily future-proof. Authoritarian attitudes, social inequality and non-responsive state apparatuses systematically create crises that offer opportunities for authoritarian challenges to democratic achievements» (Tiedemann et al. 2022: 52).

Populismus ist also keine einfache antagonistische Reaktion auf demokratische »Funktionsprobleme«. Sondern populistische Mobilisierung kann durchaus auch zur pseudodemokratischen Legitimation und politischen Durchsetzung von Demokratieabbau genutzt werden. Populismus ist daher nicht allgemein in seiner demokratischen Qualität »ambivalent«, sondern ein politisches und also für verschiedene Zwecke nutzbares Phänomen. Seine Wirkung auf demokratische Systeme hängt weniger von einem festen ideologischen Kern ab als davon, wie er konkret politisch eingesetzt wird. Der scheinbare »demokratische Extremismus« populistischer Ideologie verbürgt keineswegs eine Stärkung demokratischer Überzeugungen und der Berücksichtigung subalterner Meinungen und Interessen. Dass Mudde und Kaltwasser vom Populismus unumwunden als einer »democratizing force« oder gar als der »main opposition« gegen den undemokratischen Liberalismus sprechen, offenbart so erneut ein nicht anders denn als naiv zu bezeichnendes Verständnis politischer Ideologie. Es handelt sich wohl kaum um eine »Demokratisierung« öffentlicher Diskurse, wenn Elemente populärer Ideologie strategisch in ihn aufgenommen werden, um so Zustimmung für undemokratische und also gegen die Interessen der Massen gerichtete *policies* zu beschaffen. Zugleich wirken die oft antiliberalen *talking points* populistischer Parteien und ihre Polemiken gegen Institutionen nicht per se antidemokratisch, zumal wenn diese Institutionen selbst autoritär verfasst sind oder in autoritäre Richtung transformiert werden.

Dass Populismus das Verständnis von »Demokratie« erfolgreich zum Kampffeld machen kann, deutet allerdings auf eine Hegemoniekrise hin, in der die bislang vorherrschenden Ideologien nicht mehr ausreichend zu integrieren vermögen. In einer solchen Krise kann »Demokratie« sowohl im Sinne der politischen Beteiligung der breiten Bevölkerung, als auch im Sinne der breiten Legitimation politischer Herrschaft, ein wichtiger Streitpunkt werden. Eben deshalb kann populistische Ideologie als Instrument von verschiedenen Fraktionen mobilisiert werden, etwa um Zustimmung zu einem Projekt autoritärerer demokratischer Herrschaft zu organisieren oder eine Ausdehnung des demokratischen Lebens zu erreichen. Ob sie dabei jeweils demokratisierend oder autoritär wirkt, lässt sich nur in einer Analyse der konkreten Hegemonieverhältnisse und politischen Konflikte feststellen, nicht abstrakt anhand der populistischen Ideoegielemente.

## 5.2 Fazit

Wie fügen sich nun die Stärken und Schwächen der gegenwärtigen Populismustheorien in den theoretischen Raum, den der dreidimensionale kritische Ideologiebegriff eröffnet? Welche Forschungsdesiderate ergeben sich?

Ausgangspunkt und erste Dimension der kritischen Theorien ist es, dass politische Ideologien der Durchsetzung konkurrierender Interessen gesellschaftlicher Gruppen dienen. Die Cleavage-Theorien teilen das insofern, als sie den Erfolg populistischer Parteien mit veränderten gesellschaftlichen Interessenkonflikten erklären wollen. So liefern sie aufschlussreiche Beschreibungen politisch-ökonomischer und kultureller Konfliktlinien. Insbesondere die Politische Ökonomie kann die für Wähler\*innen linker und rechter populistischer Parteien relevanten wirtschaftlichen Interessengegensätze dabei sowohl in globale Zusammenhänge der kapitalistischen Ökonomie einordnen als auch national differenzieren. Die Kulturforschung liefert parallel umfassendes empirisches Material der internationalen Wertepolarisierung in westlichen Gesellschaften, die sich ebenfalls im Gegensatz von linken und rechten populistischen Parteien ausdrückt. Auch die Radikaldemokratie denkt ausgehend von politischen Konflikten, nutzt allerdings ihre höherstufigen theoretischen Formulierungen nicht für konkrete Beschreibungen gegenwärtiger Konfliktlinien.

Ein großes Desiderat ist es, ökonomische und die Werte-Konflikte nicht als alternative Erklärungen gegeneinander zu positionieren, sondern als Elemente des selben historischen und gegenwärtigen politischen Zusammenhangs zu untersuchen. Schließlich sind erst durch die globale kapitalistische Arbeitsteilung die post-industriellen Gesellschaften möglich geworden, in denen bestimmte sozial liberale Werte und Lebensformen Bedeutung erlangen konnten. Zugleich bedeutet diese an Kapitalinteressen orientierte Globalisierung für große Gruppen der Lohnabhängigen eine ökonomische Entsicherung, die wiederum zur Empfänglichkeit für autoritäre Einstellungen und Ideologien beiträgt. Einen ersten Schritt in Richtung dieser Perspektive geht Dani Rodrik, indem er die politischen und ideologischen Wechselwirkungen zwischen ökonomischem Antagonismus und diskriminierenden Diskursen anerkennt. Populistische rechte Parteien weichen auf kulturalistische Themen aus, um zu verbergen, dass ihre ökonomischen Programme die Klasseninteressen der Anhänger\*innen verletzen. Aber es müssen auch soziale Wechselbeziehungen in den Blick geraten. Kulturelle Privilegien sind in Form von Lohnhierarchien oder unterschiedlichem Zugang zu etwa Arbeit, Wohnungen und Gesundheitsversorgung auch ökonomisch bedeutsam. Stuart Halls Idee einer »conjunctural analysis« bietet Anregungen zur Analyse dieser historisch spezifischen Verknüpfungen verschiedener Herrschaftsverhältnisse und Interessenkonflikte.

Entscheidend für diesen Wechsel zu einer verknüpfenden, gesellschaftlichen Perspektive ist die Einsicht der kritischen Ideologietheorien, dass bestimmbare Interessengegensätze zwar die Grundlage, aber nicht notwendig auch die Inhalte

der ideologischen Konflikte sind. Insbesondere die Politische Ökonomie verfällt immer wieder dem Trugschluss, dass die populistische Anti-Establishment-Rhetorik einen tatsächlichen (ökonomischen) Konflikt dieser Parteien mit den gesellschaftlichen Eliten bezeuge. Um zu verstehen, wie vor allem rechte populistische Parteien dennoch durchaus Interessen der Mächtigen vertreten und warum sie sich dazu dieser antielitären Rhetorik bedienen können, braucht es den Blick für Kämpfe um politische Hegemonie. Ausgehend von den Interessenkonflikten muss untersucht werden, wie deren Erscheinungsform durch die politische Bearbeitung in einem hegemonialen Kräfteverhältnis bestimmt wird und welchen Interessen die Bearbeitung dient. In diese Richtung ist die geteilte Intuition Dani Rodriks und Ernesto Laclaus weiterzuentwickeln, dass die subjektive Erfahrung der eigenen und entgegenstehender Interessen immer schon mehr oder weniger stark durch politische Diskurse geformt ist. Sie ist nicht zu irgendeinem Zeitpunkt »authentisch« oder unmittelbar. Systematische, vergleichende Untersuchungen der sozialpolitischen Ideologieangebote oder der konkreten gesellschaftspolitischen Positionierungen populistischer Parteien könnten diese Differenz zwischen den ökonomischen oder kulturellen Einstellungen der Wähler\*innen und ihrer parteipolitischen Verarbeitung sichtbar machen. Das aber setzt voraus, dass Erklärungen von Wahlentscheidungen als rein interessengeleitet überwunden werden. Rodriks Erweiterung des Interessenbegriffs kommt dabei Adornos Vorschlag bereits nahe, den Erfolg autoritärer Ideologie durch psychische Interessen zu erklären. Er könnte von Adornos Überlegungen noch lernen, welche gesellschaftlichen Ursprünge diese psychischen Interessen wiederum haben, und durch wie unterschiedliche, durchaus schwer zu entschlüsselnde Ideologien sie befriedigt werden können.

Dieses Auseinanderfallen von Interessen und politischer Ideologie hat auch die radikaldemokratische Populismustheorie im Blick. Sie hat, auch den kritischen Theorien, die Einsicht voraus, dass die Übersetzung konkreter Interessen in eine politische Ideologie in demokratischen Gesellschaften stets auf Elemente der demokratischen Versprechen Bezug nehmen kann: die Herrschaft des Volkes, Gerechtigkeit für die Underdogs, Selbstbestimmung des Demos, Freiheit von Unterdrückung etc. So können Interessengegensätze als Unterdrückungsverhältnisse skandalisiert werden. Allerdings übersieht die Radikaldemokratie in ihrer Feier dieses demokratischen Imaginären, dass es in den bürgerlichen Gesellschaften durch kapitalistische Produktionsverhältnisse eingezwängt bleibt und gegen sie immer wieder den Kürzeren zieht. Da die radikaldemokratische Theorie in ihrer postmarxistischen Phase über keinen Begriff von Kapitalismus mehr verfügt, erklärt sie das Politische umstandslos zur Anatomie des Sozialen selbst. Auch der *ideational approach* und die Cleavage-Theorien formulieren keine prinzipielle Kapitalismuskritik. Die kritische Autoritarismustheorie Stuart Halls bietet hier einen Ausweg an. Sie hält an einer marxistischen Kapitalismuskritik und ihrem Fokus auf Klassen(-fraktionen) fest, ohne zu beanspruchen, daraus politische Konflikte

vorhersehen zu können. Ob diese starke Engführung von Herrschafts- auf Klassenverhältnisse für die Analyse von populistischen Parteien in Hegemoniekämpfen produktiv oder hinderlich ist, muss sich forschungspraktisch zeigen.

Verdienstvoll ist auch die radikaldemokratische Insistenz vor allem Chantal Mouffes darauf, dass keineswegs nur populistische Parteien und Bewegungen versuchen, ihre Interessen ideologisch zu legitimieren, sondern vielmehr nach wie vor die nicht-populistische Aufrechterhaltung des Status quo durch Mainstream-Parteien dominiert. Es braucht jedoch empirisch gesättigtere und differenziertere Hegemonieanalysen, um den radikaldemokratischen Fehlschluss zu vermeiden, der Populismus biete wegen seiner ideologischen Gegnerschaft zu den Mainstream-Parteien auch eine radikale Kritik dieses Status quo.

Zur ersten Dimension des kritischen Ideologiebegriffs gehört es auch, die Ressourcen und Möglichkeiten der konkurrierenden gesellschaftlichen Gruppen mit einzubeziehen, die ihre Interessen gegeneinander politisch durchzusetzen versuchen. Dazu gehört insbesondere, dass die gesellschaftlich herrschenden Gruppen es ungleich leichter haben, Ideologie zu produzieren und zu verbreiten. Die gegenwärtigen Populismustheorien widmen dieser strategischen Dimension der Politik im Allgemeinen noch kaum Aufmerksamkeit. Lediglich Philip Manows Thesen zu einer Entmediatisierung politischer Kommunikation versuchen, die heutige, veränderte Gestalt herrschaftsförmiger öffentlicher Kommunikation zu fassen. Die radikaldemokratischen Autor\*innen nehmen mit ihrem starken Begriff der modernen Demokratie als distinkter Gesellschaftsform die Demokratie letztlich für die ganze Gesellschaft und sehen, wie auch die Vertreter des *ideational approach*, zugunsten eines abstrakten Pluralismus sozialer Interessen von einer Analyse der gesellschaftlichen Machtverhältnisse ab. Parteipolitik denken die gegenwärtigen Theorien, wenn sie sich überhaupt damit befassen, vor allem als die unterschiedlich erfolgreiche Mobilisierung sozialstrukturell gegebener Wähler\*innenpotenziale. Cas Muddes Kritik, in der Wahlforschung würde oft die potenzielle Wähler\*innenschaft einer Partei als ihr tatsächliches Elektorat unterstellt, ist hier einschlägig. Lediglich Hanspeter Kriesi und Simon Bornschier stellen konkrete Überlegungen zu den Handlungsmöglichkeiten und -zwängen für Parteien in sich wandelnden Cleavage-Strukturen und Parteiensystemen an (siehe Abschnitt 3.2.1). Der *ideational approach* berücksichtigt zwar die institutionellen Arrangements demokratischer Gesellschaften als bedeutsam für die Mobilisierung und Durchsetzung bestimmter Ideologien, betrachtet die Institutionen aber als unhistorisch und stabil. Von den gramscianischen Analysen könnte er sich den Blick für den Wandel und die inneren Konflikte der Institutionen aneignen, in denen die populistische Mobilisierung erfolgt. Den kritischen Theorien fehlt umgekehrt allerdings beinahe jegliche Wahrnehmung der Dynamiken von Parteiensystemen. Die Analysen Hanspeter Kriesis und Simon Bornschiers können hier ein Ausgangspunkt sein, wenn ein reflektiertes, umfassenderes Verständnis von Politik zugrunde gelegt wird. Politische Repräsentation ist kein

völlig abgegrenzter Bereich, sondern ein Aspekt von gesellschaftlichen Konflikten. Politische Identitäten und soziale Interessen sind herrschaftsförmig miteinander vermittelt. Die Produktion und Rezeption populistischer Ideologie sind Praktiken innerhalb antagonistischer, herrschaftsförmiger Verhältnisse. Diese Machtverhältnisse müssen die Populismustheorien mit in Rechnung stellen. Die Politische Ökonomie muss also für ihre Analyse ökonomischer Interessenkonflikte stärker auf die Entwicklung auch der politischen Ideologien zurückgreifen, der *ideational approach* hingegen muss zum Verständnis der Veränderungen politischer Ideologien auch die jüngere Geschichte der politischen Ökonomie einbeziehen. Weder bloße Parteipolitik noch bloß veränderte Interessen können den Erfolg populistischer Parteien erklären. Die Cleavage-Theorien insgesamt müssen ihren Begriff des Politischen von einem institutionellen Regelwerk für den Macherwerb und -gebrauch hin zur Analyse von jeweils bestehenden Hegemonieverhältnissen und -kämpfen entwickeln.

Die zweite Dimension des kritischen Begriffs autoritärer Ideologie sind die Voraussetzungen unter den Empfänger\*innen politischer Ideologie: die subjektive Bedürftigkeit der Bürger\*innen und ihre (massenhaften) ideologischen Neigungen. Die funktionale Perspektive auf politische Ideologien als Mittel zum Macherwerb und -erhalt verändert damit auch die Analyse ihrer Inhalte. So kann der *ideational approach* Cas Muddes, Cristóbal Rovira Kaltwassers und Jan-Werner Müllers die Elemente populistischer und autoritärer Ideologien durchaus überzeugend phänomenologisch beschreiben und liefert treffende Analysen etwa der Wandelbarkeit der populistischen Verwendung des Wortes »Volk«. Populistische Ideologie als dünn, nur aus wenigen Elementen bestehend zu charakterisieren, ist zweifellos produktiv. Aber diese Elemente müssten weiterhin als Instrumente aufgeschlüsselt werden, die darauf aus sind, die Einstellungen und Erfahrungen der Beherrschten auf bestimmte Interessen hin politisch zu formen. Modelle dafür, wie dieses Formen funktioniert, kann der *ideational approach* von Laclau und Mouffe oder Stuart Hall übernehmen. Er behält zwar recht damit, dass ökonomische Interessengegensätze in der Ideologie populistischer radikal rechter Parteien oft nur abgeleitet thematisiert werden und dies den nativistischen, autoritären oder populistischen Kernideologien dient. Aber er muss erkennen, dass diese Nachrangigkeit es dennoch ermöglicht, bestimmte, nicht von den Kernideologien abgeleitete wirtschaftspolitische Positionen mit autoritären Ideologieelementen zu artikulieren und so mit Zustimmung zu versehen. Solche Operationen kann nur ein diskurstheoretisches Instrumentarium aufschlüsseln, nicht aber ein rein beschreibender Zugang. Auch müsste der *ideational approach* die funktionale Spezifik der autoritären Ideologie berücksichtigen und die Neigung der »dünnen« populistischen Ideologie zu autoritären Verkürzungen. Muddes Definition der populistischen Ideologie ist insgesamt erstens noch nicht dünn genug, wie die Anwendungsprobleme auf linken Populismus zeigen. Zweitens ist sie theoretisch zu dünn, da sie Ideologie nicht als eine politische Praxis auffasst. Dessen unbenommen bleibt Muddes Einsicht gegen die

Cleavage-Theorien richtig, dass die populistische Ideologie durchaus eine relevante Neuerung im Feld der rechten Parteien bedeutet. Denn grade politisch-strategisch eröffnet sie neue Möglichkeiten.

Die dritte Dimension des kritischen Begriffs autoritärer Ideologie schließlich ist das (u.a. national spezifische) ideologische Terrain, auf dem sich die Kämpfe um diskursive und politische Hegemonie vollziehen. Sie lenkt den Blick auf jenseits der subjektiven, individuell verschiedenen Neigungen liegende ideologische Traditionen und Elemente, die jedes politische Hegemonieprojekt berücksichtigen muss.

Mit ihren quantitativen Analysen von *large n*-Datensätzen zu Einstellungsmustern unter den Bevölkerungen westlicher Demokratien liefern sowohl die Politische Ökonomie als auch die politische Kulturforschung reichhaltige Untersuchungen der subjektiven Empfänglichkeit für verschiedene Ideologien. Diese Daten müssen sie allerdings mit Blick auf Hegemoniekämpfe stärker nach gesellschaftlichen Gruppen und Klassen strukturiert untersuchen. Zudem entgehen dieser methodischen Aufteilung des politischen Denkens in Einstellungen die tiefer liegenden Denkmuster und ideologischen Schemata, wie sie Adorno und Löwenthal für die USA der 1940er-Jahre herausgearbeitet haben. Auch müssen sie die oben schon angesprochene Einsicht Dani Rodriks aufnehmen, dass Einstellungen selbst politisch geformt sind. Für Einstellungen zur politischen Ökonomie hat Rodrik selbst Vorschläge unterbreitet, wie diese Formung vorgestellt werden kann. Aber auch für die kulturellen Werte und ihre Polarisierung muss untersucht werden, wie konkrete politische und ideologische Konflikte, Traditionen und Elemente im Zusammenspiel mit Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse den autoritären und den libertären Pol in den Einstellungen der Bevölkerung herausgebildet haben. Die gramscianischen Theorien liefern Hinweise darauf, dass der Wertewandel als Teil der größeren gesellschaftlichen Entwicklung vom Fordismus zum Postfordismus zu begreifen ist. Die konkrete Gestalt der autoritären und libertären Werte ist demnach eng verknüpft mit dem Niedergang der sozialistischen Bewegung und den Erfolgen der Neuen Sozialen Bewegungen.

Mit Blick auf die spezifische Empfänglichkeit für autoritäre Ideologie bleibt die Annahme des *ideational approach* wegweisend, dass dieses Potenzial Teil einer »pathologischen Normalität« ist, also mit Elementen des politischen Denkens des Mainstreams in Verbindung steht. Aber der *ideational approach* muss sich entgegen seiner Abkehr von der Untersuchung der Nachfrageseite der Frage stellen, welche gesellschaftlichen Verhältnisse diese Normalität allererst pathologisch werden lassen. Die sozialpsychologischen Thesen, mit denen sich nicht nur er, sondern auch die Cleavage-Theorien den Erfolg autoritärer Ideologie zu erklären versuchen, sind gänzlich unterentwickelt und geben keine überzeugenden Antworten. Sie betrachten die Psyche als völlig getrennt von Politik und Gesellschaft, nach unveränderlichen Regeln funktionierend. Die Kritische Theorie vor allem Adornos bietet avancierte Formulierungen, die dieses Vorurteil revidieren. Die hier als »psychische

Interessen« bezeichneten Dispositionen sind nicht frei von gesellschaftlichen Einflüssen, wenngleich sie auch nicht in einer bloßen Prägung von außen aufgehen. Die Radikaldemokratie Laclaus teilt zwar mit Adorno den Anschluss an die Massenpsychologie Sigmund Freuds, sie nutzt diese aber allein, um zu begründen, dass auch nicht-autoritäre Gruppenbildungen möglich sind. Auch Chantal Mouffe hat trotz psychoanalytischer Bezüge keinen Blick für den funktionalen Irrationalismus autoritärer Ideologie. Beide setzen voraus, dass zwischen dem stets vorhandenen rationalen Kern und seiner autoritären Überformung sauber unterschieden werden kann und unterschätzen damit die Wirkmächtigkeit autoritärer politischer Identifikationen. Hierzu sind Adornos Analysen verbreiteter faschistischer Denkmuster einschlägig und sollten aktualisiert werden.

Die Innovation der politischen Kulturforschung, Werte-Cleavages in den Mittelpunkt zu rücken, ist dahin gehend ambivalent. Einerseits nimmt die Vorstellung einer eigenständigen gesellschaftlichen Spaltung entlang von Wertvorstellungen ernst, welche Kraft auch international auftretende und sich wandelnde ideologische Gegensätze für die Bildung politischer Subjektivität besitzen. Andererseits ist der quasi naturwüchsige Zusammenhang von postmateriellen Werten und der post-industriellen kapitalistischen Ökonomie, den Inglehart und Kriesi unterstellen, nicht überzeugend. Statt zu behaupten, dass liberale Werte unmittelbar aus dem post-industriellem Wohlstand bestimmter Weltregionen oder bestimmten Organisationsprinzipien der Dienstleistungswirtschaft hervorgehen, müsste auch hier Ideologie als etwas untersucht werden, das jeweils national, nach Klassen etc. spezifisch hergestellt und aufrechterhalten wird. Dahin gehend erscheint das Programm Simon Bornschiers zukunftsweisend, das politische Handeln von Parteien als entscheidende Verbindung von sozialstrukturellen Potenzialen und manifesten politischen Konfliktlinien stärker in den Blick zu nehmen (siehe Abschnitt 3.2.1).

Der dreidimensionale, kritische Ideologiebegriff könnte also helfen, einen Entwicklungsrahmen abzustecken, innerhalb dessen sich die unterschiedlichen und divergierenden, schon vorhandenen Einsichten der Populismusforschung besser aufeinander beziehen und weiterentwickeln ließen.

## 6. Schlussbetrachtung

---

Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit war ein Missverhältnis zwischen der öffentlichen Diskussion über Populismus und dessen akademischer Erforschung: Während in den Medien und der Politik der zunehmende Erfolg populistischer, vor allem (radikal) rechter Parteien immer wieder mit verschiedenen Krisen und grundsätzlichen gesellschaftlichen Widersprüchen in Zusammenhang gebracht wird, hat die Populismusforschung nur wenig anzubieten, um diese verschiedenen Ursachenvermutungen gesellschaftstheoretisch zu reflektieren. Insbesondere die Rolle autoritärer Ideologie für den Erfolg populistischer Parteien bereitet den gegenwärtigen Theorien Schwierigkeiten, obwohl gerade diesbezüglich großer Erklärungsbedarf besteht. Denn die beachtliche Verbesserung der Wahlergebnisse populistischer Parteien in Europa geht überproportional auf die Stimmenzuwächse populistischer radikal rechter Parteien zurück.

Angesichts dieses Missverhältnisses fragte die Arbeit, wie prominente gegenwärtige Ansätze der Populismustheorie das Phänomen gesellschaftstheoretisch einordnen. Dafür wurden sie daraufhin untersucht, wie sie das Zusammenwirken von Kapitalismus, Demokratie und autoritärer Ideologie im Erfolg populistischer Parteien konzipieren. Im Fokus standen dabei problematische Vereinseitigungen, Verkürzungen oder Vereinfachungen. Die problematisierende Perspektive stützte sich neben der (potenziellen) Kritik der Ansätze aneinander auf Modelle gesellschaftskritischer Autoritarismustheorien der Frankfurter Kritischen Theorie sowie der gramscianischen Hegemonietheorie Stuart Halls und der an sie anknüpfenden Theoretiker\*innen. Die Kapitel zwei bis vier analysierten so Texte von Vertreter\*innen des *ideational approach* (Cas Mudde, Cristóbal Rovira Kaltwasser, Jan-Werner Müller), der Cleavage-Theorien (einerseits aus der Politischen Ökonomie: Dani Rodrik, Philip Manow, Brian Burgoon und Matthijs Rooduijn; andererseits aus der politischen Kulturforschung: Ronald Inglehart, Pippa Norris, Hanspeter Kriesi und Simon Bornschier) sowie der Radikaldemokratie (Margaret Canovan, Ernesto Laclau, Chantal Mouffe). Die dort herausgearbeiteten Probleme wurden im fünften Kapitel mit Modellen kritischer Autoritarismustheorien reflektiert. Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der Analyse und der Reflexion noch einmal zusammengefasst und es werden Schlussfolgerungen daraus gezogen.

Im zweiten Kapitel wurde das weithin anerkannte, ideologietheoretische Populismusverständnis des *ideational approach* untersucht. Im Zentrum dieses Ansatzes steht ein positivistischer, an Michael Freeden angelehnter Ideologiebegriff. Mit seiner Minimaldefinition populistischer Ideologieelemente bildet der *ideational approach* eine systematisierte Arbeitsgrundlage für die Forschung. Ihm zufolge zeichnet Populismus als Ideologie, d.h. als eine bestimmte Interpretation der sozialen und politischen Welt, aus, dass er den politischen Grundkonflikt in einer angeblichen Unterdrückung des moralisch guten, homogenen Volkes durch korrupte, ebenso homogene Eliten verortet und Politik ausschließlich als Ausdruck der Souveränität des Volkes für legitim hält. Diese Ideologie ist mit anderen beliebig kombinierbar. Zudem ist sie in der Bevölkerung weit verbreitet, Teile der politischen Elite hängen ihr ebenso an wie Teile der Massen.

Die Analyse hat allerdings deutlich gemacht, dass zwei Elemente dieser Minimaldefinition populistischer Ideologie insbesondere für populistische linke Parteien nicht allgemein zutreffen. Diese Parteien propagieren nicht notwendig Vorstellungen des Volkes und der Elite als homogene Gruppen, zudem sind sie nicht allgemein antipluralistisch ausgerichtet. Der *ideational approach* ist daher, entgegen seiner behaupteten Allgemeingültigkeit, implizit auf populistische radikal rechte Parteien gemünzt. Angesichts der vergleichsweise geringen politischen Bedeutung populistischer linker Parteien mag diese Verengung derzeit verschmerzbar erscheinen. Sie deutet jedoch auf ein größeres Problem hin: Der Preis für eine allgemeingültige Definition populistischer Ideologieelemente ist die Geringschätzung der verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Kontexte, in denen sie auftreten und eingesetzt werden. Populismus wird hier auf eine Einstellung reduziert, die unabhängig von ihrer spezifischen politischen oder emotionalen Funktion beschrieben wird. Damit legen Mudde und Kaltwasser sowie Müller nahe, die populistische Ideologie sei eine tatsächliche Überzeugung, und lassen strategische oder manipulative Verwendungen außer Acht. Entsprechend deuten sie die Praxis populistischer Parteien fast ausschließlich als Ausdruck oder Umsetzung dieser Ideologie.

Neben dem positivistischen Ideologiebegriff prägt auch ein spezifisch liberales Verständnis von Demokratie den *ideational approach*. Moderne Demokratie ist demnach nur als rechtsstaatlich verfasste und insbesondere nur als pluralistische Ordnung denkbar. Müllers Deutung dieses Pluralismus geht so weit, dass ihm jeder politische Rekurs auf »das Volk« – und damit natürlich jeder Populismus – als antodemokratisch erscheint, da damit die tatsächliche Vielstimmigkeit der Bevölkerung geleugnet werde. Demokratische Systeme spielen im *ideational approach* auch als Ursache für den Zulauf zu populistischen Parteien eine Rolle. Bestimmte Legitimationsprobleme, vor allem die Einhegung nationalstaatlicher Souveränität durch eine zunehmende Verrechtlichung gesellschaftlicher Streitfragen, die postpolitische Annäherung der großen Mainstream-Parteien und die Verlagerung politischer Gestal-

tungsmacht auf die supranationale Ebene werden als Treiber populistischer Wahlerefolge gesehen.

Über diesen allgemeinen Zusammenhang hinaus bietet die ideologietheoretische Herangehensweise keine kohärente Antwort auf die Frage, warum populistische Parteien erfolgreich sind. Ökonomische oder andere sozialstrukturelle Veränderungen werden nicht systematisch in Betracht gezogen. Gemäß der von Mudde proklamierten Abkehr von einer Erforschung der Nachfrage nach populistischen politischen Angeboten sollen stattdessen die Parteien selbst und ihre politischen Angebote im Mittelpunkt stehen. Ökonomische Positionen der Parteien entspringen in dieser Perspektive schlicht den jeweiligen, nicht-ökonomischen ideologischen Kernelementen der Parteiideologien.

Die breite Akzeptanz der Populismus-Definition des *ideational approach* ist also durch eine schwache theoretische Fundierung erkauft, die wiederum die versprochene präzise Abgrenzung des Phänomens in Zweifel zieht. Dieser Ansatz lässt nicht nur weitgehend die gesellschaftlichen Umstände außer Betracht, in denen populistische Ideologie verbreitet und rezipiert wird, sondern auch die Frage, wie in verschiedenen politischen Kontexten mit populistischer Ideologie auf diese Macht- und Herrschaftsverhältnisse reagiert wird. Ob linke oder rechte populistische Parteien etwa plausible Antworten auf die genannten Legitimationsprobleme demokratischer Systeme bieten – und wenn nicht, warum sie dennoch Zuspruch erhalten –, ist hier nicht weiter von Interesse. Obwohl also der Ideologiebegriff im Zentrum steht, bleibt unklar, wie Ideologien im Allgemeinen und autoritäre Ideologie im Besonderen funktionieren.

Gegenstand des dritten Kapitels sind die heterogenen Cleavage-Theorien. Anders als der *ideational approach* stellen sie Modernisierungsprozesse und ihre Auswirkungen auf gesellschaftliche Konfliktlinien in den Mittelpunkt ihres Denkens über Populismus. Sie versuchen also von Haus aus, soziale und politische Entwicklungen miteinander zu verbinden. Dabei ist der Wandel des Kapitalismus in westlichen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg die entscheidende Hintergrundgeschichte für den Aufstieg populistischer Parteien, allerdings betonen die verschiedenen Ansätze unterschiedliche Aspekte dieser Entwicklung. Während die politische Kulturforschung aufgrund des Übergangs zu postindustriellen Gesellschaften international eine abnehmende Bedeutung des Klassenkonflikts zugunsten neuer, kultureller Polarisierungen beobachtet, kommt es der Politischen Ökonomie zufolge durch die kapitalistische Globalisierung zu national variierenden Schocks, die je spezifische Verteilungskämpfe provozieren. Beide Ansätze versuchen indes, sowohl kulturelle als auch ökonomische Konflikte in ihren Erklärungen zu berücksichtigen.

Der zentrale Zusammenhang zwischen sozialen Modernisierungsprozessen und politischer Veränderung liegt laut den Cleavage-Theorien in den interessengeleiteten, zweckrationalen Wahlentscheidungen der Bürger\*innen. Sozialstruktureller Wandel tritt hier stets in Form einer (massenhaften) Veränderung individu-

eller Einstellungen auf. Der Angebotsseite der Politik sowie kollektiven Identitäten wird dagegen kaum Einfluss auf die politische Positionierung der Bürger\*innen zugestanden, sie sind Produkte und Verarbeitungsformen des vorausgehenden Wandels. Im Laufe der Untersuchung ist deutlich geworden, dass dieses gewissermaßen naiv-demokratische Vorurteil, demzufolge die Einstellungen der Mehrzahl der Bürger\*innen einer demokratischen Gesellschaft den politischen Ausschlag geben, zu spezifischen Problemen führt. Denn die Cleavage-Theorien operieren mit einem engen Begriff von Demokratie, der lediglich Institutionen und Regeln für den Machterwerb und -gebrauch erfasst. Das genuin Politische, also die Formung von Identitäten und Interessen auch durch politische Agitation und Ideologien, können sie – trotz einiger Bemühungen – kaum integrieren. Denn ihre Grundidee, politische Veränderungen an sozialstrukturelle Modernisierungsprozesse zu knüpfen, verlangt eine möglichst direkte Zurechenbarkeit von erkennbaren, gegebenen Interessen und darauf ausgerichteten Einstellungen. Diese vermeintlich gegebenen Interessen erklären allerdings den Erfolg der spezifischen Programmatik, Ideologie und Rhetorik populistischer (rechter) Parteien nicht hinreichend. Versuchen die Cleavage-Theorien nun aber diese Lücke zu schließen, indem sie der politischen Konstruktion von Identitäten und der agitatorischen Beeinflussung der Wähler\*innen mehr Einfluss einräumen, stellen sie zugleich ihre eigene Voraussetzung infrage. Interessen können nicht zugleich als für sich unpolitische, quasi naturwüchsige Ausdrücke sozialer Prozesse *und* als Resultat politischer Auseinandersetzungen gedacht werden.

Insbesondere autoritäre Ideologien lassen sich mit diesem vorgefassten Modell nicht analysieren. So ist die Darstellung der politischen Kulturforschung kaum plausibel, dass die sogenannten »kulturellen« Frontstellungen, die vor allem die Agenden populistischer rechter Parteien bestimmen, quasi naturwüchsig aus einem Konflikt zwischen Anhänger\*innen verschiedener Werte resultieren sollen. Auch die Politische Ökonomie kann letztlich nicht erklären, wieso ökonomische Interessenkonflikte durch »kulturelle«, nicht-ökonomische Themen mobilisiert werden können.

Sowohl die Cleavage-Theorien als auch der *ideational approach* werden der Bedeutung politischer Repräsentation, Agitation und ideologischer Beeinflussung nicht gerecht. So kann auch der Zusammenhang zwischen »kulturellen« und »ökonomischen« Interessen und Konflikten nicht geklärt werden. Werden diese nicht nachvollziehbar begrifflich voneinander unterschieden, dann bleiben sie letztlich theoretisch beziehungslos, obwohl sie politisch und gesellschaftlich offensichtlich miteinander verschrankt sind. Erneut ist dabei die Frage nach der Funktionsweise und Bedeutung autoritärer Ideologie virulent. Wie wird diese Überlagerung verschiedener Interessen und Diskurse politisch von populistischen rechten Parteien ausgenutzt? Die Cleavage-Theorien versuchen die für ihr Konzept irritierende Irrationalität autoritärer Ideologie durch eine Verschiebung ins Nicht-Politische zu

bannen. Die politische Kulturforschung erklärt die Neigung zu autoritärer Ideologie zu einer Wertüberzeugung, also zu einer individuell variierenden Eigenschaft, die auf anthropologische oder psychologische Schutzreaktionen zurückgehen soll. Und die Politische Ökonomie beharrt darauf, dass autoritäre Ideologie selbst dort, wo sie irrational erscheint, doch auf verstehbare ökonomische Interessen der Bürger\*innen zurückgeht. Die Möglichkeit, dass Bürger\*innen mit Hilfe von Ideologien auch manipulativ *entgegen* mancher ihrer eigenen Interessen politisch mobilisiert werden können, findet hier keine Berücksichtigung. Die subjektive Empfänglichkeit für autoritäre Ideologie bleibt also letztlich unerforscht und unverbunden mit den Ebenen der Sozialstruktur und der Politik. Zu dieser Entpolitisierung gehört auch, dass der Populismus gänzlich getrennt von autoritärer oder sonstiger Ideologie diskutiert wird. Er ist ein nachrangiger Begriff, der den Erklärungen der Cleavage-Theorien letztlich nichts hinzufügt.

Das vierte Kapitel ist schließlich den radikaldemokratischen Populismustheorien gewidmet. Anders als beim *ideational approach* und den Cleavage-Theorien steht hier ein außerordentlich weiter Demokratie- und Politikbegriff im Zentrum. Die moderne Demokratie gilt Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und Margaret Canovan als eine historisch spezifische Verbindung liberaler und demokratischer Traditionen. Populismus begreifen sie innerhalb dessen als einen urdemokratischen Impuls, der einer bestimmten Logik folgend die Ansprüche auf Partizipation, Volks- souveränität und Gleichheit immer wieder ins Spiel bringt. Dieser Impuls ist ein Produkt der Französischen Revolution, er ist seit ehedem eng mit den in diesem Zusammenhang eingesetzten demokratischen Legitimitätsgrundlagen verbunden. Populismus steht also hier nicht nur – anders als im *ideational approach* und in den Cleavage-Theorien – in einem ausdrücklich positiven Verhältnis zur Demokratie. Er ist sogar einer ihrer wesentlichen Bestandteile, letztlich gar ihr Kern. Als solcher kann und soll er nicht abgeschafft werden, sondern dient als Korrektiv gegen (neo-)liberale oder konservative Verengungen der Demokratie. Diese Emphase der Demokratie spitzen die radikaldemokratischen Autor\*innen noch weiter zu, indem sie den Populismus regelrecht mit politischem Handeln als solchem gleichsetzen. Vor allem in Laclaus und Mouffes Ontologie der Politik kommt dem Populismus ein hoher Stellenwert zu, da er exemplarisch demonstrieren soll, wie politische Identitäten überhaupt erst durch antagonistische, diskursive Grenzziehungen geschaffen werden. Repräsentation ist demnach ein rein symbolischer, diskursiver Prozess, da nur ein politischer Signifikant überhaupt politische Bedeutung stiften kann.

Diese Politikontologie der Radikaldemokratie schätzt allerdings sowohl die Bedeutung sozialer Prozesse als auch die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschung gering. Sie räumt politischen Prozessen ein Prinzip ein und klammert damit jegliche Eigenlogik, Verselbstständigung oder Verdinglichung sozialer Entwicklungen und Institutionen aus. Schon in der historischen Herleitung unterschätzen die Radikaldemokrat\*innen den bürgerlichen Charakter der Französischen Revo-

lution. Und auch mit Blick auf gegenwärtige Demokratien blenden sie aus, wie kapitalistische, nationalstaatlich verfasste Gesellschaften dem demokratischen Imaginären immer wieder Grenzen aufzeigen.

Die ökonomischen Verhältnisse spielen dementsprechend bei radikaldemokratischen Ansätzen nur eine untergeordnete Rolle. Zwar denkt Margaret Canovan darüber nach, inwiefern populistische Mobilisierungsprozesse ökonomische Probleme politisch in Fragen demokratischer Legitimität übersetzen. Und auch der frühe Laclau legte zunächst einen anspruchsvollen Versuch vor, populistische Ideologie in einen traditionelleren, auf Klassenkämpfe fokussierten Marxismus zu integrieren. Weder hier noch dort findet aber eine Auseinandersetzung mit konkreten politisch-ökonomischen Entwicklungen und mit ihren politischen Folgen statt. In ihrer postmarxistischen Phase legten Laclau und Mouffe den analytischen Kapitalismusbegriff und das marxistische Emanzipationskonzept dann auch ad acta und setzten stattdessen das Politische als Grundprinzip des Sozialen ein. Das führte, etwa bei Mouffe, dazu, dass die soziale Bedingtheit politischen Handelns vernachlässigt wurde, bis hin zur Formulierung einer selbst mitunter populistisch anmutenden, personalisierenden Beschreibung kapitalistischer politischer Ökonomie. Jegliche Gesellschaftstheorie wird bei radikaldemokratischen Ansätzen also auf eine politische Theorie mit wenigen Grundbegriffen reduziert. Der Erfolg populistischer Parteien wird demnach ausschließlich auf (im engeren Sinne) politische Gründe zurückgeführt. So prangert etwa Chantal Mouffe immer wieder die post-politische inhaltliche Annäherung der Mainstream-Parteien an.

Da Politik hier mit einer als im Kern anti-elitär angesehenen Demokratie in eins fällt, erhält auch autoritäre Ideologie nur wenig Aufmerksamkeit. Die selbst antiautoritär geprägten Radikaldemokrat\*innen bejahren den Populismus umstandslos als eine emanzipatorische Kraft, sie betrachten ihn als eine Form des Kampfs nicht-pri- vilegierter Gruppen gegen Mächtigere. Sie setzen voraus, dass alle politischen Mobilisierungsprozesse, auch autoritäre Formen, einen rationalen Kern begründeter und berechtigter Forderungen enthalten. Autoritäre Ideologie ist für sie niemals selbst die treibende Kraft, weshalb sie ihre Themen, Funktionen und Strukturen nicht eigens untersuchen. Die Ambivalenz der populistischen Anrufung des Volkes deuten Radikaldemokrat\*innen stets optimistisch, während sie für die ebenso vorhandene, permanente Möglichkeit einer autoritären Entwicklung kaum Interesse zeigen.

In den Kapiteln zwei bis vier wurde also argumentiert, dass sich die verschiedenen Forschungsansätze jeweils Probleme einhandeln, indem sie stark auf einen Aspekt des Erfolgs populistischer Parteien fokussieren, ohne diesen Fokus aber zu reflektieren. Im Mittelpunkt stehen *entweder* Ideologien *oder* sozialstrukturelle Veränderungen *oder* Funktionslogiken der modernen Demokratie. Das ist vor dem Hintergrund verschiedener Traditionen sowie der durch Konkurrenz und (sub-)disziplinäre Arbeitsteilung geprägten Organisation akademischer Forschung insgesamt nicht gänzlich überraschend, und aus Perspektive der einzelnen For-

scher\*innen möglicherweise nur schwer anders praktizierbar. Dennoch stößt diese inhaltliche Arbeitsteilung angesichts des hochgradig gesellschaftlich vermittelten Phänomens des Erfolgs populistischer Parteien an Grenzen. Die gegenwärtigen Populismustheorien scheitern jeweils daran, die beobachtbaren Veränderungen hinsichtlich der Sozialstruktur, der politischen Nachfrage und des parteipolitischen Angebots plausibel zueinander ins Verhältnis zu setzen. Politische und soziale Phänomene bleiben in allen Ansätzen einander äußerlich oder werden letztlich auf eins von beiden reduziert. Wie die verschiedenen herausgearbeiteten Widersprüche und Leerstellen zeigen, zeitigen diese sozialwissenschaftlichen Trennungen oder Vereinseitigungen unbefriedigende Ergebnisse, da sich die Zusammenhänge zwischen den Phänomenen immer wieder Geltung verschaffen. Ideologie, soziale Verhältnisse und politische Entwicklungen sind (auch) in westlichen, demokratischen Gesellschaften durch herrschaftsförmige Verhältnisse miteinander verschränkt. Diese Herrschaftsförmigkeit nehmen die gegenwärtigen Populismustheorien allerdings kaum wahr. Stattdessen gehen sie in diesem spezifischen Sinne unkritisch von den gegebenen politischen Institutionen, den vorhandenen Einstellungen und den beobachtbaren sozialen Entwicklungen aus. Sie unterstellen zweckrationale Wirkungszusammenhänge und weitgehend freie Handlungsmotive, wo genau das fraglich erscheint. Das zeigt sich besonders daran, dass die Funktion und die Bedeutung autoritärer Ideologie in einem Modell von politischem Angebot und politischer Nachfrage nicht verständlich werden. Die konkrete Darstellung dieser – trotz aller Unterschiede – geteilten Schwierigkeiten der verschiedenen Ansätze ist das zentrale Ergebnis der begriffszentrierten Analyse.

Im fünften Kapitel schließlich wird daher zunächst argumentiert, dass sich die verschiedenen Probleme, Leerstellen und Vereinfachungen der gegenwärtigen Forschungsansätze nur teilweise mithilfe der Kritik und der Ergänzungen der jeweils anderen aufheben lassen. Obwohl sie durchaus stärker als bisher voneinander lernen könnten, teilen sie doch zugleich einen Mangel an gesellschaftstheoretischer Reflexion. Diese Reflexion lässt sich nicht überspringen oder erst nachträglich einfügen, da sie den verschiedenen, empirisch untersuchbaren Zusammenhängen erst eine plausible Bedeutung zuweisen kann. Einige Elemente einer solchen Reflexion wurden deshalb anschließend unter Rückgriff auf verschiedene Modelle kritischer Autoritarismustheorien entworfen.

Die kritischen Theorien Theodor W. Adornos, Max Horkheimers und Leo Löwenthals einerseits, Stuart Halls andererseits, blicken aus einer spezifischen historischen wie auch epistemischen Perspektive auf autoritäre Ideologie. In der Tradition der marxistischen Gesellschaftskritik teilen sie die Absicht, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse beizutragen, in denen und durch die autoritäre Ideologie wirkmächtig ist. Daher versuchen sie, sie als Klassen- und Herrschaftsstrukturen zu verstehen. In Kapitel fünf ist dargestellt, dass sie dazu einen mindestens dreidimensionalen Begriff von politischer Ideologie entwerfen.

Erstens vollziehen sich die Produktion und die Rezeption politischer Ideologien in antagonistischen, herrschaftsformigen Verhältnissen. Sie sind umkämpft, da sie von Parteien als Instrument zur Durchsetzung konkurrierender Interessen gesellschaftlicher Gruppen im Ringen um politische Hegemonie verwendet werden. Die erfolgreiche Verbreitung einer Ideologie hängt dabei nicht zuletzt von den Ressourcen mächtiger Gruppen ab. Zweitens muss eine politisch artikulierte Ideologie zugleich die subjektiven Bedürfnisse und das Alltagsbewusstsein ihrer Rezipient\*innen berücksichtigen. Und drittens kämpfen die konkurrierenden Hegemonieprojekte auf einem historisch entstandenen diskursiven Terrain mit spezifischen kulturellen Traditionen, die sie nicht ohne Weiteres ignorieren können.

Durch die kritischen Theorien kann also eine neue Perspektive eröffnet werden. Diese Perspektive überwindet die schlechte Alternative, den Erfolg populistischer Parteien entweder von der Nachfrageseite oder von der Angebotsseite zu erklären, ihn entweder auf veränderte Interessenkonflikte, auf parteipolitische Strategien oder auf demokratische Diskurslogiken zurückzuführen. All diese Aspekte sind bedeutsam, aber sie sind auch – was bislang vernachlässigt wurde – auf spezifische Weise miteinander verknüpft. Politische Repräsentation ist ein Aspekt von und ein Handeln in gesellschaftlichen Kämpfen um politische Hegemonie. Die inhaltlichen Positionierungen und das politische Handeln populistischer Parteien sind vor dem Hintergrund dieser Hegemoniekämpfe zu deuten. Der Ideologie kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. In demokratischen Gesellschaften kann politische Agitation – auch jenseits populistischer Parteien – stets auf Elemente des demokratischen Imaginären Bezug nehmen: die Herrschaft des Volkes, Gerechtigkeit für die von der Elite unterjochten Underdogs, Selbstbestimmung des Demos, Gleichheit, Freiheit von Unterdrückung etc. Zugleich existieren gesellschaftlich hervorgebrachte und reproduzierte ideologische Schemata, die der populistischen Tendenz zur Personalisierung politischer Konflikte entgegenkommen, die in der Gegenüberstellung von böser Elite und gutem Volk angelegt ist. Adorno deutet etwa Erscheinungen wie Unwissenheit, Konfusion, eine starke Identifikation mit dem Gegebenen und stark stereotypes Denken als subjektive Auswirkungen spezifischer gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse, die eine Manipulierbarkeit entgegen den eigenen Interessen begünstigen. Um dem Rechnung zu tragen, muss der enge Interessenbegriff, den die sozialwissenschaftlichen Theorien verwenden, um psychologische Motive erweitert werden. Vorurteile und insbesondere autoritäre Ideologien können dann als Angebote einer nur emotionalen, mithin zwar irrationalen, trotzdem aber zunächst befriedigenden Flucht aus gesellschaftlicher Bedrängnis verstanden werden.

Die ideologische Einbindung dieser Elemente hat auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite praktische Bedeutung. Den Adressat\*innen machen politische Ideologien ein entlastendes Angebot zum Deuten und Ordnen alltäglicher Erfahrungen, das Letztere erträglicher macht. Zugleich organisieren Ideologien diese

Erfahrungen im Rahmen spezifischer Diskurse, und zwar mit Blick auf partikulare politische Interessen, die nicht unmittelbar erkennbar sein müssen. Von diesem kritischen Verständnis von politischer Ideologie im Allgemeinen und autoritärer Ideologie im Besonderen ausgehend, werden im fünften Kapitel Entwicklungspotenziale der gegenwärtigen Theorien benannt, welche eine gegenseitige Kritik eröffnet. Es werden aber auch Impulse der kritischen Theorien herausgearbeitet, die sich die Forschung allererst aneignen müsste.

Entwicklungspotenziale bestehen überall dort, wo die gegenwärtigen Populismustheorien von ihren jeweiligen Ausgangspunkten selbst schon Ideen entwickeln, die über die Trennung von Teilzusammenhängen hinausweisen. Es spricht auch für die Einschlägigkeit der vorgestellten kritischen Modelle, dass die untersuchten Populismustheorien ihnen mit einigen Intuitionen schon nahe kommen – wenngleich nur in Form vorläufiger Überlegungen oder Entwürfe, die bislang ohne forschungspraktische Bedeutung bleiben.

Alle untersuchten Theorien leisten unverzichtbare Beiträge, die wechselseitig miteinander ins Gespräch gebracht werden müssen. Die Cleavage-Theorien bestehen darauf, soziale Konflikte zum Ausgangspunkt der Erklärung populistischer Wahlerfolge zu nehmen, und liefern so aufschlussreiche empirische Beschreibungen. Zugleich behält etwa Cas Mudde recht, wenn er meint, dass veränderte Werte oder Einstellungen nicht allein den Erfolg populistischer radikal rechter Parteien erklären können. Da diese Werte auch Teil von Mainstream-Ideologien sind, kann statt von einer quantitativen Zunahme bestimmter Einstellungen eher von deren politischer Aktivierung gesprochen werden. Vor dem Hintergrund dieses Primats des politischen Angebots über die Nachfrage wird von den Vertretern des *ideational approach* zu Recht gefordert, die institutionellen Arrangements westlicher Demokratien als Ermöglichungsbedingungen und Begrenzungen populistischer Mobilisierung zu berücksichtigen.

Dem Grundproblem der gegenwärtigen Populismustheorien, dass für sie soziologische und politikwissenschaftliche Erklärungen stets unvereinbar sind oder im Widerspruch zueinander stehen, begegnen Dani Rodrik und Simon Bornschier jeweils mit Reflexionen dazu, inwiefern kollektive Identitäten, Weltbilder und sogar Interessen politisch beeinflusst oder politisch konstruiert sind. Rodrik stößt zu den politischen und ideologischen Wechselwirkungen zwischen ökonomischen Interessengegensätzen und diskriminierenden Diskursen durch, indem er noch deren Irrationalität als politisch zweckrational ausweist. Populistische rechte Parteien weichen demnach auf kulturalistisch-autoritäre Themen aus, um zu verbergen, dass ihre ökonomischen Programme den Klasseninteressen ihrer Anhänger\*innen zuwiderlaufen. Simon Bornschier bricht die starre Kopplung von Sozialstruktur und manifesten parteipolitischen Konfliktlinien auf, indem er das politische Handeln der Parteien als zentrale Vermittlungsinstanz zwischen beiden darstellt. Politische Ideologien werden demnach wesentlich durch Parteien gestaltet und am Leben er-

halten. Ähnlich ließe sich Ernesto Laclaus diskurstheoretischer Beitrag produktiv machen. Mittels politischer Identitäten, die immer erst hergestellt werden müssen, werden spezifische soziale Forderungen aufgegriffen und durch Bezugnahme auf Elemente des demokratischen Imaginären politisiert. Entsprechend muss die wissenschaftliche Entschlüsselung dieses Vorgangs selbst auch diskurstheoretisch vorgehen. Chantal Mouffe schließlich weist immer wieder auf hegemoniale Aspekte der Auseinandersetzungen zwischen populistischen und nicht-populistischen Parteien hin. Nicht nur der Populismus, sondern beide Seiten versuchen, ihre politischen Interessen ideologisch abzusichern.

Da diese Möglichkeiten der Weiterentwicklung jedoch mangels eines adäquaten theoretischen Rahmens blockiert sind, bedarf es der Modelle der gesellschaftskritischen Theorien. Deren Ausgangspunkt, Ideologie als Produkt von und Machtmittel in allseitig vermittelten, herrschaftsförmigen und antagonistischen Verhältnissen zu betrachten, ermöglicht entscheidende Fortschritte. Die genannte Intuition, dass Interessen und Identitäten, ökonomische und kulturelle Spaltungslinien sowie soziale Entwicklungen und politische Veränderungen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen, wird in diesem Rahmen schlüssiger formuliert. Sowohl die Frankfurter als auch die gramscianische kritische Theorie denken die politische Produktion und Rezeption von Ideologie eingebettet in einen Kontext von Kämpfen um politische Hegemonie. Klasseninteressen sind für sie dabei der Kern ideologischer Konflikte, Erstere determinieren aber weder diese politischen Konflikte, noch sind sie notwendigerweise deren vordergründiger Inhalt. Denn die strategische Bearbeitung durch mächtige Gruppen bestimmt die ideologische Erscheinungsform dieser Interessen. Die Spielräume für diese Bearbeitung sind allerdings unter anderem durch das vorhandene Alltagsbewusstsein, demokratische Legitimitätsformen und Institutionen sowie konkurrierende Ideologieangebote begrenzt. Stuart Hall und die an ihn anknüpfenden Theoretiker\*innen beleuchten in diesem Zusammenhang eine bislang in der Populismusforschung beinahe völlig übersehene Dimension politischer Konflikte: Auch die Institutionen westlicher Demokratien selbst unterliegen einem historischen autoritären Wandel, der wiederum populistische Mobilisierungen begünstigt.

Ein weiterer Fortschritt der kritischen Autoritarismustheorien gegenüber der gegenwärtigen Populismusforschung besteht darin, dass die Herstellung politischer Identitäten auch im Zusammenspiel mit den beherrschten Subjekten gedacht wird. Dass subjektive politische Identitäten und Einstellungen machtvoll und teilweise sogar entgegen den tatsächlichen Interessen geformt werden, ist nur durch das aktive Entgegenkommen der Subjekte selbst möglich. Vor allem Adorno bietet hier produktive sozialpsychologische Erklärungen für die Manipulierbarkeit von Teilen der Gesellschaft durch autoritäre Demagogie. Er bezieht sich dabei nicht auf scheinbar universell menschliche psychische Mechanismen, sondern zeichnet nach, dass die herrschaftsförmige soziale Ungleichheit in kapitalistischen Ge-

sellschaften bis in das Subjekt hineinwirkt. Die Aggression gegen Schwache und »die anderen« kann so als eine psychische Ersatzbefriedigung begriffen werden. Sie hilft, Angst zu verdrängen und Wut zu legitimieren – zwei Gefühle, die aus Deprivation und gebrochenen demokratischen Versprechen genährt werden. Mit diesen Überlegungen wird das in der Populismusforschung verbreitete Verständnis von Wahlentscheidungen als wesentlich interessengeleitet grundsätzlich infrage gestellt. Adornos Analysen weitverbreiteter autoritärer ideologischer Schemata vertiefen zudem das Ideologieverständnis des *ideational approach* und der Cleavage-Theorien. Nicht allein Parteien beeinflussen verbreitete ideologische Elemente, sondern die entfremdeten spätkapitalistischen Verhältnisse in einem viel umfassenderen Sinne leisten autoritären Denkweisen Vorschub.

Für die zukünftige Forschung ergeben sich daraus mindestens folgende Desiderate:

Erstens muss bei der vergleichenden Untersuchung linker und rechter populistischer Parteien der funktionale Unterschied zwischen bürgerlichen und sozialistischen Ideologien einerseits und autoritären Ideologien andererseits berücksichtigt werden. Die populistischen Ideologien linker und rechter Parteien sollten aufgrund ihrer unterschiedlichen Funktionsweisen stärker getrennt untersucht werden.

Zweitens müssen engere Bezüge hergestellt werden zwischen dem langfristigen internationalen Wertewandel und den sich verändernden politisch-ökonomischen Verhältnissen sowie hegemonialen Konflikten. Wie wurden und werden die autoritären und libertären Pole der Weltanschauungen parteipolitisch nutzbar gemacht? Welche ökonomischen und anderen Diskriminierungsverhältnisse werden durch bestimmte »kulturelle« Argumentationsmuster verstärkt oder geschwächt? Umgekehrt muss die Politische Ökonomie in ihren Analysen der Wahlerfolge populistischer Parteien auch deren sozialpolitische Positionen systematisch untersuchen: Zugunsten welcher Wirtschaftspolitik werden die Interessen der Subalternen mittels »kulturalisierter« Ansprache jeweils eingespannt, desartikuliert und verschoben?

Drittens sollten ökonomische und wertbezogene Konflikte nicht als alternative Erklärungen gegeneinander positioniert, sondern als Elemente desselben historischen und gegenwärtigen politischen Zusammenhangs untersucht werden. Statt lediglich zu analysieren, welche Modernisierungsprozesse für den Erfolg populistischer (rechter) Parteien den Ausschlag geben, sollte umfassender politiktheoretisch gefragt werden: Auf welche gesellschaftlichen Veränderungen und im Zuge welcher hegemonialen Auseinandersetzungen reagiert der (autoritäre) Populismus mit seiner Indienstnahme von Wert- und Lebensstilfragen?

Die in der Einleitung dieser Arbeit umrissene inkohärente und diffuse öffentliche Diskussion über Populismus als Erscheinungsform gesellschaftlicher Krisen ist durchaus richtungweisend. Denn im Erfolg des Populismus überlagern und verdichten sich in der Tat verschiedene krisenhafte Veränderungen. Effektive Antwor-

ten auf den mittlerweile bedrohlichen Einfluss populistischer radikal rechter Parteien sind dringend geboten. Aber jede Antwort, die nicht den Status quo verteidigen, sondern einen Beitrag zur überfälligen Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse leisten will, muss die zugrunde liegenden Krisen und ihre politischen Erscheinungsformen verstehen. Dafür sind sozialwissenschaftliche Analysen unabdingbar. Da aber alle Krisen in Herrschaftsverhältnissen stattfinden und ihre politische Bearbeitung immer Teil von Hegemoniekämpfen ist, muss auch ihre Analyse um eine gesellschaftskritische Perspektive erweitert werden. Sie zu entwickeln, ist angesichts der spezifischen Organisation akademischer Forschung allgemein und der Vielstimmigkeit der Populismusforschung im Besonderen kein leichtes Unterfangen. Die Schwächung des modernisierungstheoretischen Erbes des Populismusbegriffs ist in dieser Hinsicht eine Gelegenheit, neu über theoretische Grundlagen zu streiten. Zudem ist mit dem Fortwirken der radikaldemokratischen Tradition Laclau und Mouffes in der Populismusforschung – trotz der theoretischen Schwächen dieses Ansatzes – nach wie vor der Anspruch verknüpft, Populismus im Rahmen einer Theorie des Politischen oder gar der Gesellschaft zu begreifen. Die hier herausgearbeiteten Modelle kritischer Theorien können dafür hoffentlich Einstiege und Anregungen bieten.

## Literaturverzeichnis

---

- Adorno, Theodor W. (1973a): Das Vorurteil im Interview-Material. In: *ders.*: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 105–174.
- Adorno, Theodor W. (1973b): Politik und Wirtschaft im Interview-Material. In: *ders.*: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 175–279.
- Adorno, Theodor W. (1979a): Beitrag zur Ideologienlehre. In: *ders.*: Soziologische Schriften I. Hg. v. Rolf Tiedemann. Frankfurt a.M.: Suhrkamp (Gesammelte Schriften Bd. 8), S. 457–477.
- Adorno, Theodor W. (1979b): Zum Verhältnis von Soziologie und Psychologie. In: *ders.*: Soziologische Schriften I. Hg. v. Rolf Tiedemann. Frankfurt a.M.: Suhrkamp (Gesammelte Schriften Bd. 8), S. 42–85.
- Adorno, Theodor W. (1993): Antisemitismus und faschistische Propaganda. In: Ernst Simmel und Theodor W. Adorno (Hg.): Antisemitismus. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch, S. 148–161.
- Adorno, Theodor W. (2019a): Bemerkungen zu *The Authoritarian Personality* von Adorno, Frenkel-Brunswik, Levinson, Sanford. In: *ders.*: Bemerkungen zu ›The Authoritarian Personality‹ und weitere Texte. Hg. v. Eva-Maria Ziege. Berlin: Suhrkamp, S. 21–70.
- Adorno, Theodor W. (2019b): Meinung Wahn Gesellschaft. In: *ders.*: Bemerkungen zu ›The Authoritarian Personality‹ und weitere Texte. Hg. v. Eva-Maria Ziege. Berlin: Suhrkamp, S. 109–133.
- Adorno, Theodor W. (2020): Introduction to Prophets of Deceit. In: Paul K. Jones (Hg.): Critical Theory and Demagogic Populism. Manchester: Manchester University Press, S. 231–244.
- Adorno, Theodor W.; Frenkel-Brunswik, Else; Levinson, Daniel J.; Sanford, R. Nevitt (1973): Einleitung. In: Theodor W. Adorno: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 1–36.
- Akkerman, Agnes; Mudde, Cas; Zaslove, Andrej (2014): How Populist Are the People? Measuring Populist Attitudes in Voters. In: *Comparative Political Studies* 47 (9), S. 1324–1353.
- Altemeyer, Robert A. (1981): Right-wing Authoritarianism. Winnipeg: University of Manitoba Press.

- Arndt, Andreas (2015): Geschichte und Freiheitsbewusstsein. Berlin: Eule der Minerva.
- Aslanidis, Paris (2016): Is Populism an Ideology? A Refutation and a New Perspective. In: *Political Studies* 64 (1\_suppl), S. 88–104.
- Bakker, Bert N.; Schumacher, Gijs; Rooduijn, Matthijs (2021): The Populist Appeal. Personality and Antiestablishment Communication. In: *The Journal of Politics* 83 (2), S. 589–601.
- Bale, Tim; Kaltwasser, Cristóbal R. (2021): The Mainstream Right in Western Europe. Caught Between the Silent Revolution and Silent Counter-Revolution. In: *dies. (Hg.): Riding the Populist Wave. Europe's Mainstream Right in Crisis*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–37.
- Balibar, Étienne; Wallerstein, Immanuel M. (1990): Rasse – Klasse – Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument.
- Bartolini, Stefano; Mair, Peter (1990): Identity, Competition, and Electoral Availability. The Stabilisation of European Electorates 1885 – 1985. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bell, Daniel (1973): The Coming of Post-industrial Society. A Venture in Social Forecasting. New York: Basic Books.
- Benjamin, Walter (2006): Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Zweite Fassung. In: *ders.: Nachträge*. Hg. v. Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser. Frankfurt a.M.: Suhrkamp (Gesammelte Schriften Bd. 7), S. 350–384.
- Benoist, Alain de (1999): Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert. Berlin: Junge Freiheit.
- Benoist, Alain de (2007): Carl Schmitt und der Krieg. Berlin: Junge Freiheit.
- Bernstein, Eduard (1899): Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart: J.H.W. Dietz Nachfolger.
- Bernstein, Eduard (2011): Der Sozialismus einst und jetzt. Streitfragen des Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart. Bremen: Europäischer Hochschulverlag.
- Billig, Michael S. (1995): Banal Nationalism. Los Angeles: Sage.
- Binhas, Rachel (2019): Débat: Le Populisme Est-il l'Avenir de l'Europe? In: *L'Express*, 25.04.2019. Online verfügbar unter [https://www.lexpress.fr/culture/debat-le-populisme-est-il-l-avenir-de-l-europe\\_2073965.html](https://www.lexpress.fr/culture/debat-le-populisme-est-il-l-avenir-de-l-europe_2073965.html), zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Bittner, Jochen (2024): Nichts gelernt? In: *Die Zeit*, 04.02.2024. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-02/populismus-brexit-afd-rechtsextremismus>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Bonikowski, Bart; Halikiopoulou, Daphne; Kaufmann, Eric; Rooduijn, Matthijs (2019): Populism and Nationalism in a Comparative Perspective. A Scholarly Exchange. In: *Nations and Nationalism* 25 (1), S. 58–81.

- Bornschier, Simon (2010): Cleavage Politics and the Populist Right. The New Cultural Conflict in Western Europe. Philadelphia: Temple University Press.
- Bornschier, Simon (2017): Populist Mobilization Across Time and Space. An Introduction. In: *Swiss Political Science Review* 23 (4), S. 301–312.
- Bornschier, Simon (2018): Globalization, Cleavages, and the Radical Right. In: Jens Rydgren (Hg.): *The Oxford Handbook of the Radical Right*. New York: Oxford University Press, S. 212–238.
- Bornschier, Simon (2019): Populist Success in Latin America and Western Europe. Ideational and Party-system-centered Explanations. In: Kirk A. Hawkins, Ryan E. Carlin, Levente Littvay und Cristóbal R. Kaltwasser (Hg.): *The Ideational Approach to Populism. Concept, Theory, and Analysis*. London: Routledge, S. 202–237.
- Bornschier, Simon; Häusermann, Silja; Zollinger, Delia; Colombo, Céline (2021): How »Us« and »Them« Relates to Voting Behavior. Social Structure, Social Identities, and Electoral Choice. In: *Comparative Political Studies* 54 (12), S. 2087–2122.
- Bornschier, Simon; Kriesi, Hanspeter (2013): The Populist Right, the Working Class, and the Changing Face of Class Politics. In: Jens Rydgren (Hg.): *Class Politics and the Radical Right*. New York: Routledge, S. 10–30.
- Bousois, Sébastien (2024): Pourquoi le Populisme A Encore de Beaux Jours Devant Lui. In: *Le Figaro*, 02.02.2024. Online verfügbar unter <https://www.lefigaro.fr/vox/monde/pourquoi-le-populisme-a-encore-de-beaux-jours-devant-lui-2024-0202>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Breuning, Felix (2018a): Beerbt der Linkspopulismus die Sozialdemokratie? Lese-notiz zu Chantal Mouffes »For a Left Populism«. Online verfügbar unter <https://www.theorieblog.de/index.php/2018/09/beerbt-der-linkspopulismus-die-sozialdemokratie-lesenotiz-zu-chantal-mouffes-for-a-left-populism/>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Breuning, Felix (2018b): Ohne Form kein Inhalt. Staatstheoretische Probleme des Postmarxismus. In: *Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie* 5 (2), S. 239–263.
- Buckel, Sonja; Martin, Dirk (2019): Aspekte einer gesellschaftskritischen Theorie der Politik. In: Ulf Bohmann (Hg.): *Kritische Theorie der Politik*. Berlin: Suhrkamp, S. 243–266.
- Burgoon, Brian; Baute, Sharon; van Noort, Sam (2022): Positional Deprivation and Support for Redistribution and Social Insurance in Europe. In: *Comparative Political Studies* 56 (5), S. 655–693.
- Burgoon, Brian; Rooduijn, Matthijs (2021): »Immigrationization« of Welfare Politics? Anti-immigration and Welfare Attitudes in Context. In: *West European Politics* 44 (2), S. 177–203.

- Burgoon, Brian; van Noort, Sam; Rooduijn, Matthijs; Underhill, Geoffrey (2019): Positional Deprivation and Support for Radical Right and Radical Left Parties. In: *Economic Policy* 34 (97), S. 49–93.
- Canovan, Margaret (1981): Populism. London: Junction Books.
- Canovan, Margaret (1982): Two Strategies for the Study of Populism. In: *Political Studies* 30 (4), S. 544–552.
- Canovan, Margaret (1999): Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy. In: *Political Studies* 47 (1), S. 2–16.
- Canovan, Margaret (2002): Taking Politics to the People. Populism as the Ideology of Democracy. In: Yves Mény und Yves Surel (Hg.): Democracies and the Populist Challenge. London: Palgrave Macmillan, S. 25–44.
- Canovan, Margaret (2005): The People. Cambridge: Polity.
- CDU (2008): Protokoll 22. Parteitag der CDU Deutschlands. 1.-2. Dezember 2008, Stuttgart. Online verfügbar unter [https://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle\\_Parteitage/2008-11-30-12-02\\_Protokoll\\_22.Parteitag\\_Stuttgart.pdf](https://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Parteitage/2008-11-30-12-02_Protokoll_22.Parteitag_Stuttgart.pdf), zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Conesa, Elsa; Guillou; Pedro, Alexandre (2023): De la Droite Macroniste au RN, la Tentation d'un Populisme Antiécologique. In: *Le Monde*, 03.10.2023. Online verfügbar unter [https://www.lemonde.fr/politique/article/2023/10/03/de-la-droite-macroniste-au-rn-la-tentation-d-un-populisme-antiecologique\\_6192223\\_823448.html](https://www.lemonde.fr/politique/article/2023/10/03/de-la-droite-macroniste-au-rn-la-tentation-d-un-populisme-antiecologique_6192223_823448.html), zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Couperus, Stefan; Tortola, Pier D.; Rensmann, Lars (2023): Memory Politics of the Far Right in Europe. In: *European Politics and Society* 24 (4), S. 435–444.
- Coyle, Diane (2024): Mehr Geld fürs Land, um den Populismus zu bekämpfen. In: *Der Standard*, 18.01.2024. Online verfügbar unter <https://www.derstandard.at/story/3000000203440/mehr-geld-fuers-land-um-den-populismus-zu-bekampfen>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Crouch, Colin (2021): Postdemokratie revisited. Berlin: Suhrkamp.
- D'Eramo, Marco (2017): They, The People. In: *New Left Review* (103), S. 129–138.
- Dahlmann, Jan (2024): Populismus erreicht vor allem die Unzufriedenen. Deutschlandfunk Nova, 11.04.2024. Online verfügbar unter <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/populismus>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Dalton, Russell J.; Flanagan, Scott C.; Beck, Paul A. (Hg.) (1984): Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Realignment or Dealignment? Princeton: Princeton University Press.
- Demirović, Alex (2018): Autoritärer Populismus als neoliberaler Krisenbewältigungsstrategie. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 48 (1), S. 27–42.
- Dennison, James; Kriesi, Hanspeter (2023): Explaining Europe's Transformed Electoral Landscape: Structure, Salience, and Agendas. In: *European Political Science Review* 15 (4), S. 483–501.

- Dimitroff, Georgi (2002): Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Bericht auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale. In: *ders.*: Gegen den Nazifaschismus. Offenbach: Verlag Olga Benario und Herbert Baum, S. 3–72.
- Eckert, Roland (2010): Kulturelle Homogenität und aggressive Intoleranz. Eine Kritik der Neuen Rechten. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (44), S. 26–33.
- Ege, Moritz (2019): Cultural Studies als Konjunktur- und Konstellationsanalyse. Zur Einleitung. In: *Zeitschrift für Kulturwissenschaften* 13 (2), S. 101–104.
- Ekbladh, David (2011): The Great American Mission. Modernization and the Construction of an American World Order. Princeton: Princeton University Press.
- Elbe, Ingo (2015): Der Zweck des Politischen. Carl Schmitts faschistischer Begriff der ernsthaften Existenz. In: associazione delle talpe/Rosa Luxemburg-Initiative Bremen (Hg.): Maulwurfsarbeit III. Einführungen in die materialistische Staatskritik. Berlin, S. 39–52.
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp.
- Errejón, Íñigo; Mouffe, Chantal (2016): Podemos. In the Name of the People. London: Lawrence & Wishart.
- Esping-Andersen, Gösta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge: Polity Press.
- Flanagan, Scott C. (1987): Value Change in Industrial Societies. In: *American Political Science Review* 81 (4), S. 1303–1319.
- Franklin, Mark N.; Mackie, Thomas T.; Valen, Henry (Hg.) (1992): Electoral Change. Responses to Evolving Social and Attitudinal Structures in Western Countries. Cambridge: Cambridge University Press.
- Freeden, Michael (1996): Ideologies and Political Theory. A Conceptual Approach. Oxford: Clarendon Press.
- Freeden, Michael (1998): Is Nationalism a Distinct Ideology? In: *Political Studies* 46 (4), S. 748–765.
- Freeden, Michael (2003): Ideology. A Very Short Introduction. Oxford: Oxford University Press.
- Freeden, Michael (2017): After the Brexit Referendum. Revisiting Populism as an Ideology. In: *Journal of Political Ideologies* 22 (1), S. 1–11.
- Freud, Sigmund (1974): Massenpsychologie und Ich-Analyse. In: *ders.*: Fragen der Gesellschaft, Ursprünge der Religion. Hg. v. Alexander Mitscherlich, Angela Richards und James Strachey. Frankfurt a.M.: S. Fischer (Freud-Studienausgabe Bd. 9), S. 61–134.
- Gerstenberger, Heide (2006): Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Gilbert, Jeremy (2019): Das Kulturelle in politischen Konjunkturen. In: *Zeitschrift für Kulturwissenschaften* 13 (2), S. 104–114.

- Gill, Stephen (2002): Constitutionalizing Inequality and the Clash of Globalizations. In: *International Studies Review* 4 (2), S. 47–65.
- Goldthorpe, John H. (1980): Social Mobility and Class Structure in Modern Britain. Oxford: Clarendon Press.
- Gramsci, Antonio (2011): Notebook 4. 1930–1932. In: ders.: Prison Notebooks. Volume II. Hg. v. Joseph A. Buttigieg. New York: Columbia University Press (Prison Notebooks Bd. 2), S. 135–264.
- Gramsci, Antonio (2017): Ideologie und Alltagsverstand. In: Lia Becker, Mario Candias, Janek Niggemann und Anne Steckner (Hg.): Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte. Hamburg: Argument, S. 112–140.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hall, Peter A.; Soskice, David W. (2001): Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage. Oxford: Oxford University Press.
- Hall, Stuart (1980): Popular-Democratic vs Authoritarian Populism. Two Ways of ›Taking Democracy Seriously‹. In: Alan Hunt (Hg.): Marxism and Democracy. London: Lawrence & Wishart, S. 157–185.
- Hall, Stuart (1986): Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In: Helmut Dubiel (Hg.): Populismus und Aufklärung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 84–105.
- Hall, Stuart (2004a): Bedeutung, Repräsentation, Ideologie. Althusser und die poststrukturalistischen Debatten. In: ders.: Ideologie, Identität, Repräsentation. Hg. v. Juha Koivisto und Andreas Merkens. Hamburg: Argument (Ausgewählte Schriften Bd. 4), S. 39–70.
- Hall, Stuart (2004b): Wer braucht »Identität«? In: ders.: Ideologie, Identität, Repräsentation. Hg. v. Juha Koivisto und Andreas Merkens. Hamburg: Argument (Ausgewählte Schriften Bd. 4), S. 168–187.
- Hall, Stuart (2013a): Der strittige Staat. In: ders.: Populismus, Hegemonie, Globalisierung. Hg. v. Victor R. Diaz, Juha Koivisto und Ingo Lauggas. Hamburg: Argument (Ausgewählte Schriften Bd. 5), S. 11–42.
- Hall, Stuart (2013b): Die Bedeutung des autoritären Populismus für den Thatcherismus. In: ders.: Populismus, Hegemonie, Globalisierung. Hg. v. Victor R. Diaz, Juha Koivisto und Ingo Lauggas. Hamburg: Argument (Ausgewählte Schriften Bd. 5), S. 121–132.
- Hall, Stuart (2022): Vertrauter Fremder. Ein Leben zwischen zwei Inseln. Hamburg: Argument.
- Hank, Rainer (2018): Keine Angst vor Populismus. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.09.2018. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/hancks-welt/demokratie-in-der-krise-keine-angst-vor-populismus-15813899.html>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.

- Harder, Alexander; Opratko, Benjamin (2022): Cultures of Rejection at Work. Investigating the Acceptability of Authoritarian Populism. In: *Ethnicities* 22 (3), S. 425–445.
- Häusermann, Silja; Bornschier, Simon (2023): Democratic Conflict and Polarization: Healthy or Harmful? UBS Center for Economics in Society. Online verfügbar unter [https://www.ubscenter.uzh.ch/static/28b682f77764a7805ae24b993e6b8771/UBSC\\_PP14\\_democratic\\_conflict\\_and\\_polarization.pdf](https://www.ubscenter.uzh.ch/static/28b682f77764a7805ae24b993e6b8771/UBSC_PP14_democratic_conflict_and_polarization.pdf), zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Hawkins, Kirk A.; Kaltwasser, Cristóbal R. (2019): Introduction. The Ideational Approach. In: Kirk A. Hawkins, Ryan E. Carlin, Levente Littvay und Cristóbal R. Kaltwasser (Hg.): *The Ideational Approach to Populism. Concept, Theory, and Analysis*. London: Routledge, S. 1–24.
- Hawkins, Kirk A.; Kaltwasser, Cristóbal R.; Andreadis, Ioannis (2020): The Activation of Populist Attitudes. In: *Government and Opposition* 55 (2), S. 283–307.
- Heinisch, Reinhard; Holtz-Bacha, Christina; Mazzoleni, Oscar (2017a): Introduction. In: *dies. (Hg.): Political Populism. A Handbook*. Baden-Baden: Nomos, S. 19–37.
- Heinisch, Reinhard; Holtz-Bacha, Christina; Mazzoleni, Oscar (Hg.) (2017b): Political Populism. A Handbook. Baden-Baden: Nomos.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuchungen*. Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm; Zick, Andreas; Küpper, Beate (2011): Vorurteile als Elemente Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Eine Sichtung der Vorurteilsforschung und ein theoretischer Entwurf. In: Anton Pelinka (Hg.): *Vorurteile. Ursprünge, Formen, Bedeutung*. Berlin: De Gruyter, S. 287–316.
- Hirsch, Joachim; Kannankulam, John; Wissel, Jens (2015): Die Staatstheorie des »westlichen Marxismus«. Gramsci, Althusser, Poulantzas und die so genannte Staatsableitung. In: *dies. (Hg.): Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx*. Baden-Baden: Nomos, S. 93–119.
- Hochschild, Arlie R. (2018): *Freemd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Holz, Klaus (2005): *Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W. (1998): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Hg. v. Rolf Tiedemann. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft (Gesammelte Schriften Bd. 3).
- Huke, Nikolai (2019): Neolibrale Alternativlosigkeit, progressiver Liberalismus und der Aufstieg des autoritären Populismus. Warum die Ohnmacht antikapitalistischer Politik ein Grund zur Sorge ist, nicht aber das Gendersternchen. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 49 (197), S. 631–644.
- Huntington, Samuel P. (1991): *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman: University of Oklahoma Press.

- Ignazi, Piero (1992): The Silent Counter-revolution. In: *European Journal of Political Research* 22 (1), S. 3–34.
- Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald (1989): Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt. Frankfurt a.M.: Campus.
- Inglehart, Ronald; Norris, Pippa (2017): Trump and the Populist Authoritarian Parties. The Silent Revolution in Reverse. In: *Perspectives on Politics* 15 (2), S. 443–454.
- Inglehart, Ronald; Welzel, Christian (2005): Modernization, Cultural Change, and Democracy. The Human Development Sequence. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ionescu, Ghita; Gellner, Ernest (Hg.) (1969): Populism. Its Meanings and National Characteristics. London: Weidenfeld and Nicolson.
- Jäger, Anton (2022): The Past and Present of American Populism. In: Michael Oswald (Hg.): The Palgrave Handbook of Populism. Cham: Palgrave Macmillan, S. 31–49.
- Jäger, Anton (2024): Vom Koma in die Politisierung. Das Zeitalter der Hyperpolitik. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (3), S. 47–58.
- Jones, Paul K. (Hg.) (2020): Critical Theory and Demagogic Populism. Manchester: Manchester University Press.
- Jones, Paul K. (2022): Demagogy, Culture Industry, Psychotechnics: The Authoritarian Personality as Media Reception Framework. In: Manuel Clemens, Thorben Päthe und Marc Petersdorff (Hg.): Die Wiederkehr des autoritären Charakters. Transatlantische Perspektiven. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS, S. 15–41.
- Jörke, Dirk (2004): Die Agonalität des Demokratischen: Chantal Mouffe. In: Andreas Hetzel, Oliver Flügel und Reinhart Heil (Hg.): Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 164–184.
- Jörke, Dirk; Selk, Veith (2017): Theorien des Populismus zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Kaltwasser, Cristóbal R. (2021): Bringing Political Psychology Into the Study of Populism. In: *Philosophical Transactions of the Royal Society B* 376 (1822). Aufsatznummer 20200148.
- Kaltwasser, Cristóbal R.; Taggart, Paul A.; Ochoa Espejo, Paulina; Ostiguy, Pierre (2017a): Populism. An Overview of the Concept and the State of the Art. In: dies. (Hg.): The Oxford Handbook of Populism. Oxford: Oxford University Press, S. 1–24.
- Kaltwasser, Cristóbal R. (Hg.) (2017b): The Oxford Handbook of Populism. Oxford: Oxford University Press.
- Kannankulam, John (2008a): Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. In: Jens Wissel und Stefanie Wöhl (Hg.): Staatstheorie vor neuen Herausforderungen. Analyse und Kritik. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 145–165.

- Kannankulam, John (2008b): Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staats-theorie von Nicos Poulantzas. Hamburg: VSA.
- Kannankulam, John (2016): Der Verfall der Demokratie: Autoritärer Etatismus. Zur Aktualität von Nicos Poulantzas im Kontext der Finanz- und »Eurokrise«. In: Alex Demirović (Hg.): Transformation der Demokratie – demokratische Transformation. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 35–47.
- Karp, Markus (2024): Deindustrialisierung ist der Treibstoff des Populismus. In: Cicero, 10.04.2024. Online verfügbar unter <https://www.cicero.de/wirtschaft/demokratie-und-wohlstand-deindustrialisierung-ist-der-treibstoff-des-populismus>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Katsambekis, Giorgos (2022): Constructing ›the People‹ of Populism. A Critique of the Ideational Approach From a Discursive Perspective. In: *Journal of Political Ideologies* 27 (1), S. 53–74.
- Katz, Richard S.; Mair, Peter (1995): Changing Models of Party Organization and Party Democracy. In: *Party Politics* 1 (1), S. 5–28.
- Kim, Seongcheol (2021): Zwischen ›Moralismus‹ und ›Normativität‹ der Populismusforschung. Ein Vermittlungsversuch. In: Seongcheol Kim und Veith Selk (Hg.): Wie weiter mit der Populismusforschung? Baden-Baden: Nomos, S. 73–91.
- Kister, Kurt (2017): Das Gespenst des Populismus. In: *Süddeutsche Zeitung*, 08.01.2017. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/krise-des-westens-das-gespenst-des-populismus-1.3307409?reduced=true>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Kitschelt, Herbert (1994): The Transformation of European Social Democracy. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kitschelt, Herbert (2007): Growth and Persistence of the Radical Right in Postindustrial Democracies. Advances and Challenges in Comparative Research. In: *West European Politics* 30 (5), S. 1176–1206.
- Kitschelt, Herbert; McGann, Anthony J. (1995): The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Knöbl, Wolfgang (2016): Über alte und neue Gespenster. Historisch-systematische Anmerkungen zum ›Populismus‹. In: *Mittelweg* 36 25 (6), S. 8–35.
- Koch, Cédric M.; Meléndez, Carlos; Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2023): Mainstream Voters, Non-Voters and Populist Voters: What Sets Them Apart? In: *Political Studies* 71 (3), S. 893–913.
- Kriesi, Hanspeter (1998): The Transformation of Cleavage Politics. The 1997 Stein Rokkan Lecture. In: *European Journal of Political Research* 33 (2), S. 165–185.
- Kriesi, Hanspeter (2010): Restructuration of Partisan Politics and the Emergence of a New Cleavage Based on Values. In: *West European Politics* 33 (3), S. 673–685.
- Kriesi, Hanspeter (2014): The Populist Challenge. In: *West European Politics* 37 (2), S. 361–378.

- Kriesi, Hanspeter (2015): Populism. Concepts and Conditions for its Rise in Europe. In: *Comunicazione Politica* 16 (2), S. 175–194.
- Kriesi, Hanspeter (2018): Revisiting the Populist Challenge. In: *Politologický Casopis – Czech Journal of Political Science* 25 (1), S. 5–27.
- Kriesi, Hanspeter (2020a): Backlash Politics Against European Integration. In: *The British Journal of Politics and International Relations* 22 (4), S. 692–701.
- Kriesi, Hanspeter (2020b): Is There a Crisis of Democracy in Europe? In: *Politische Vierteljahrsschrift* 61 (2), S. 237–260.
- Kriesi, Hanspeter; Grande, Edgar (2012): The Transformative Power of Globalization and the Structure of Political Conflict in Western Europe. In: Hanspeter Kriesi, Edgar Grande, Martin Dolezal, Marc Helbling, Dominic Höglinder et al. (Hg.): *Political Conflict in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 3–35.
- Kriesi, Hanspeter; Schulte-Cloos, Julia (2020): Support for Radical Parties in Western Europe: Structural Conflicts and Political Dynamics. In: *Electoral Studies* 65, Aufsatznummer 102138. DOI: 10.1016/j.electstud.2020.102138, online veröffentlicht am 22.04.2020.
- Krupa, Matthias; Lau, Jörg; Middelhoff, Paul; Roß, Jan; Sauerbrey, Anna; Thumann, Michael (2023): Stoltz und Vorurteil. In: *Die Zeit*, 02.06.2023. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/2023/23/populismus-tuerkei-recep-tayyip-erdogan-wirtschaftspolitik-demokratie>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- la Torre, Carlos de (Hg.) (2019): *Routledge Handbook of Global Populism*. London: Routledge.
- Laclau, Ernesto (1977): Politics and Ideology in Marxist Theory. Capitalism – Fascism – Populism. London: New Left Books.
- Laclau, Ernesto (1990): Theory, Democracy and Socialism. In: *ders. (Hg.): New Reflections on the Revolution of our Time*. London: Verso, S. 197–245.
- Laclau, Ernesto (2005): On Populist Reason. London: Verso.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (2000): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien: Passagen.
- Latour, Bruno; Schultz, Nikolaj (2022): Zur Entstehung einer ökologischen Klasse. Ein Memorandum. Berlin: Suhrkamp.
- Lefort, Claude (1990): Die Frage der Demokratie. In: Ulrich Rödel (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 281–298.
- Levitsky, Steven; Ziblatt, Daniel (2018): *How Democracies Die*. New York: Crown.
- Lipset, Seymour M. (1960): *Political Man. The Social Bases of Politics*. Garden City: Doubleday.
- Lipset, Seymour M.; Rokkan, Stein (1967): Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction. In: *dies. (Hg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. New York: The Free Press, S. 1–64.

- Löwenthal, Leo (1990): Falsche Propheten. Studien zur faschistischen Agitation. In: *ders.: Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus.* Hg. v. Helmut Dubiel. Frankfurt a.M.: Suhrkamp (Schriften Bd. 3), S. 11–160.
- Lüscher, Jonas; Zichy, Michael (Hg.) (2021): Der populistische Planet. Berichte aus einer Welt in Aufruhr. München: C.H. Beck.
- Mair, Peter (2013): Ruling the Void. The Hollowing of Western Democracy. London: Verso.
- Manow, Philip (2018): Die Politische Ökonomie des Populismus. Berlin: Suhrkamp.
- Manow, Philip (2021): (Ent)-Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Manow, Philip (2023a): Ein tief verunsichertes Land. Politische Fragmentierung und Polarisierung im Deutschland der Gegenwart. Institut français des relations internationales. Paris. Online verfügbar unter [https://www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/ifri\\_manow\\_politische\\_fragmentierung\\_deutschland\\_2023\\_.pdf](https://www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/ifri_manow_politische_fragmentierung_deutschland_2023_.pdf), zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Manow, Philip (2023b): Eine Beobachtung der Demokratiebeobachtung. Zur Diagnose demokratischer Regression. In: Peter Niesen (Hg.): Zur Diagnose demokratischer Regression. Baden-Baden: Nomos, S. 83–101.
- Manow, Philip; Palier, Bruno; Schwander, Hanna (2018): Introduction: Welfare Democracies and Party Politics. Explaining Electoral Dynamics in Times of Changing Welfare Capitalism. In: *dies. (Hg.): Welfare Democracies and Party Politics. Explaining Electoral Dynamics in Times of Changing Welfare Capitalism.* Oxford: Oxford University Press, S. 1–28.
- Manow, Philip; Schwander, Hanna (2022): Eine differenzierte Erklärung für den Erfolg der AfD in West- und Ostdeutschland. In: Heinz U. Brinkmann und Karl-Heinz Reuband (Hg.): Rechtspopulismus in Deutschland. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 163–191.
- Marcuse, Herbert (1978): Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Darmstadt: Luchterhand.
- Marin, Dalia (2023): Warum die Wirtschaft in Ostdeutschland von der Deglobalisierung profitieren könnte. In: *Handelsblatt*, 11.01.2023. Online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-global-challenges-warum-die-wirtschaft-in-ostdeutschland-von-der-deglobalisierung-profitieren-koennte/28914512.html>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Marx, Karl (1983): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: Karl Marx und Friedrich Engels: Werke Band 42. Hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin: Dietz (MEW Bd. 42), S. 47–768.
- Mattutat, Liza; Breuning, Felix (2017): Unfreiwillig mit Schmitt. Die Rezeption Carl Schmitts in der Demokratietheorie Chantal Mouffes. In: Andreas Hetzel (Hg.): Radikale Demokratie. Zum Staatsverständnis von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau. Baden-Baden: Nomos, S. 65–82.

- Meléndez, Carlos; Kaltwasser, Cristóbal R. (2021): Negative Partisanship Towards the Populist Radical Right and Democratic Resilience in Western Europe. In: *Democratization* 28 (5), S. 949–969.
- Mende, Janne (2009): Ideologie, Basis-Überbau und Wahrheit. Dialektische Kategorien bei Antonio Gramsci? In: Stefan Müller (Hg.): Probleme der Dialektik heute. Wiesbaden: VS, S. 113–137.
- Mezzadra, Sandro; Neumann, Mario (2017): Jenseits von Interesse und Identität. Klasse, Linkspopulismus und das Erbe von 1968. Hamburg: Laika.
- Möller, Kolja (2020): Volksaufstand & Katzenjammer. Zur Geschichte des Populismus. Berlin: Wagenbach.
- Möller, Kolja (2022): Der Populismus als Forschungsgegenstand in Politik- und Sozialwissenschaft. In: ders. (Hg.): Populismus. Ein Reader. Berlin: Suhrkamp, S. 7–52.
- Mouffe, Chantal (1988): Hegemony and New Political Subjects. Toward a New Concept of Democracy. In: Cary Nelson und Lawrence Grossberg (Hg.): Marxism and the Interpretation of Culture. Urbana: University of Illinois Press, S. 89–101.
- Mouffe, Chantal (1993): The Return of the Political. London: Verso.
- Mouffe, Chantal (1999): Carl Schmitt and the Paradox of Liberal Democracy. In: dies. (Hg.): The Challenge of Carl Schmitt. London: Verso, S. 38–53.
- Mouffe, Chantal (2000): The Democratic Paradox. London: Verso.
- Mouffe, Chantal (2010): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Mouffe, Chantal (2015a): Agonistik. Die Welt politisch denken. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Mouffe, Chantal (2015b): Für einen linken Populismus. Online verfügbar unter <https://www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/fuer-einen-linken-populismus-857/>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Mouffe, Chantal (2018): For a Left Populism. London: Verso.
- Mouffe, Chantal (2019): The Populist Moment. In: *Simbiótica* 6 (1), S. 6–8.
- Mouffe, Chantal (2022): Towards a Green Democratic Revolution. Left Populism and the Power of Affects. London: Verso.
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition* 39 (4), S. 542–563.
- Mudde, Cas (2007): Populist Radical Right Parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mudde, Cas (2010): The Populist Radical Right: A Pathological Normalcy. In: *West European Politics* 33 (6), S. 1167–1186.
- Mudde, Cas (2017a): Populism: An Ideational Approach. In: Cristóbal R. Kaltwasser, Paul A. Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy (Hg.): The Oxford Handbook of Populism. Oxford: Oxford University Press, S. 27–47.

- Mudde, Cas (2017b): The 2012 Stein Rokkan Lecture. Three Decades of Populist Radical Right Parties in Western Europe: So What? In: *ders. (Hg.): The Populist Radical Right. A Reader.* London: Routledge, S. 527–540.
- Mudde, Cas (2018): How Populism Became the Concept That Defines Our Age. In: *The Guardian*, 22.11.2018. Online verfügbar unter <https://www.theguardian.com/commentisfree/2018/nov/22/populism-concept-defines-our-age>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Mudde, Cas (2019): Why Copying the Populist Right Isn't Going to Save the Left. In: *The Guardian*, 14.03.2019. Online verfügbar unter <https://www.theguardian.com/news/2019/may/14/why-copying-the-populist-right-isnt-going-to-save-the-left>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Mudde, Cas (2020): Riding the Fourth Wave. The Role of Business in Far-Right Politics. In: *IPPR Progressive Review* 26 (4), S. 296–304.
- Mudde, Cas (2021a): Populism in Europe: An Illiberal Democratic Response to Undemocratic Liberalism (The Government and Opposition/Lenard Schapiro Lecture 2019). In: *Government and Opposition* 56 (4), S. 577–597.
- Mudde, Cas (2021b): Rechtsaußen. Extreme und radikale Rechte in der heutigen Politik weltweit. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Mudde, Cas; Kaltwasser, Cristóbal R. (2013): Exclusionary vs. Inclusionary Populism. Comparing Contemporary Europe and Latin America. In: *Government and Opposition* 48 (2), S. 147–174.
- Mudde, Cas; Kaltwasser, Cristóbal R. (2017): Populism. A Very Short Introduction. New York: Oxford University Press.
- Mudde, Cas; Kaltwasser, Cristóbal R. (2018): Studying Populism in Comparative Perspective. Reflections on the Contemporary and Future Research Agenda. In: *Comparative Political Studies* 51 (13), S. 1667–1693.
- Müller, Jan-Werner (2013): Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert. Berlin: Suhrkamp.
- Müller, Jan-Werner (2016a): Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin: Suhrkamp.
- Müller, Jan-Werner (2016b): What is Populism? Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Müller, Jan-Werner (2017): The Wrong Way to Think About Populism. In: *Items. Insights from the Social Sciences*, 22.08.2017. Online verfügbar unter <https://items.ssrc.org/democracy-papers/the-wrong-way-to-think-about-populism/>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Müller, Jan-Werner (2019a): Furcht und Freiheit. Für einen anderen Liberalismus. Berlin: Suhrkamp.
- Müller, Jan-Werner (2019b): Populism and the People. In: *London Review of Books* 41 (10).
- Müller, Jan-Werner (2021a): All Quiet on the Populist Front? Online verfügbar unter <https://www.project-syndicate.org/commentary/trump-and-the-fate-of-p>

- opulist-authoritarian-leaders-worldwide-by-jan-werner-mueller-2021-01, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Müller, Jan-Werner (2021b): Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit. Wie schafft man Demokratie? Berlin: Suhrkamp.
- Müller, Jan-Werner (2022): The Politics of Fear Revisited. In: Carsten Schapkov und Frank Jacob (Hg.): Nationalism and Populism. Expressions of Fear or Political Strategies? Berlin: De Gruyter, S. 11–24.
- Müller, Jan-Werner (2023): Populism's Building Complex; or: Is There Such a Thing as Populist Architecture? In: *Journal of Populism Studies* (2), S. 1–15.
- Mutz, Diana C. (2018): Status Threat, not Economic Hardship, Explains the 2016 Presidential Vote. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 115 (19), S. E4330–E4339.
- Norris, Pippa (2020a): Measuring Populism Worldwide. In: *Party Politics* 26 (6), S. 697–717.
- Norris, Pippa (2020b): The Populist Challenge to Liberal Democracies. In: Robert Rohrschneider und Jacques J. Thomassen (Hg.): The Oxford Handbook of Political Representation in Liberal Democracies. Oxford: Oxford University Press, S. 543–562.
- Norris, Pippa (2024): »Things Fall Apart, the Center Cannot Hold«: Fractionalized and Polarized Party Systems in Western Democracies. In: *European Political Science*. DOI: 10.1057/s41304-023-00467-0, online veröffentlicht am 31.01.2024.
- Norris, Pippa; Inglehart, Ronald (2019): Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism. Cambridge: Cambridge University Press.
- Oesch, Daniel (2006): Redrawing the Class Map. Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland. Hounds Mills: Palgrave Macmillan.
- Oesch, Daniel (2008): Explaining Workers' Support for Right-Wing Populist Parties in Western Europe. Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland. In: *International Political Science Review* 29 (3), S. 349–373.
- Olsen, Henry (2023): Leftist Populism Is the Real Threat to Democracy. In: *The Telegraph*, 23.12.2023. Online verfügbar unter <https://www.telegraph.co.uk/us/comment/2023/11/23/left-populism-geert-wilders-snp-sinn-fein-socialism/>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Opratko, Benjamin (2017): Rechtspopulismus als Krisenbearbeitung. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 47 (186), S. 123–130.
- Opratko, Benjamin (2021): Ablehnungskulturen als Akzeptabilitätsbedingungen des autoritären Populismus. In: Seongcheol Kim und Veith Selk (Hg.): Wie weiter mit der Populismusforschung? Baden-Baden: Nomos, S. 177–194.
- Opratko, Benjamin (2024): Die Rückkehr des Faschismus. Droht eine neue Epoche entfesselter politischer Gewalt wie vor 100 Jahren? In: *analyse & kritik*, 16.01.2024. Online verfügbar unter <https://www.akweb.de/ausgaben/700/die-rueckkehr>

- des-faschismus-droht-erneut-die-machtuebernahme-der-extremen-rechten/, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Oswald, Michael; Schäfer, Mario; Broda, Elena (2022): The New Age of Populism. Reapproaching a Diffuse Concept. In: Michael Oswald (Hg.): The Palgrave Handbook of Populism. Cham: Palgrave Macmillan, S. 3–30.
- Pohl, Ronald (2022): Demokratiezerfall: Wie Populisten den Liberalismus düpieren. In: *Der Standard*, 24.06.2022. Online verfügbar unter <https://www.derstandard.at/story/2000136829948/demokratie-zerfall-wie-populisten-den-liberalismus-duepieren?ref=rss>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA.
- Priester, Karin (2014): Mystik und Politik. Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und die radikale Demokratie. Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Rahmatullah, Abdul (2024): Populistische Führer sind schlecht für die Wirtschaft! In: *Bild*, 21.02.2024. Online verfügbar unter <https://www.bild.de/geld/wirtschaft/wirtschaft/studie-populistische-anfuehrer-sind-schlecht-fuer-die-wirtschaft-87223692.bild.html>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Rancière, Jacques (2008): Zehn Thesen zur Politik. Zürich: Diaphanes.
- Rensmann, Lars (2005): Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS.
- Rensmann, Lars (2017a): The Noisy Counter-Revolution. Understanding the Cultural Conditions and Dynamics of Populist Politics in Europe in the Digital Age. In: *Politics and Governance* 5 (4), S. 123–135.
- Rensmann, Lars (2017b): The Politics of Unreason. The Frankfurt School and the Origins of Modern Antisemitism. Albany: State University of New York Press.
- Rensmann, Lars (2018): The Persistence of the Authoritarian Appeal. On the Frankfurt School as a Framework for Studying Populist Actors in European Democracies. In: Jeremiah Morelock (Hg.): Critical Theory and Authoritarian Populism. A Global Perspective. London: University of Westminster Press, S. 29–47.
- Rensmann, Lars (2023): Illusions of Sovereignty: Understanding Populist Crowds with Hannah Arendt. In: *The Review of Politics* 85 (4), S. 450–473.
- Rippl, Susanne; Baier, Dirk (2005): Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57 (4), S. 644–666.
- Rodrik, Dani (1998): Why Do More Open Economies Have Bigger Governments? In: *Journal of Political Economy* 106 (5), S. 997–1032.
- Rodrik, Dani (2011): The Globalization Paradox. Why Global Markets, States, and Democracy Can't Coexist. Oxford: Oxford University Press.
- Rodrik, Dani (2014): When Ideas Trump Interests. Preferences, Worldviews, and Policy Innovations. In: *Journal of Economic Perspectives* 28 (1), S. 189–208.

- Rodrik, Dani (2018): Populism and the Economics of Globalization. In: *Journal of International Business Policy* 1 (1–2), S. 12–33.
- Rodrik, Dani (2021): Why Does Globalization Fuel Populism? Economics, Culture, and the Rise of Right-Wing Populism. In: *Annual Review of Economics* (13), S. 133–170.
- Rodrik, Dani; Mukand, Sharun (2018): The Political Economy of Ideas. On Ideas Versus Interests in Policymaking. National Bureau of Economic Research. Online verfügbar unter [https://drodrik.scholar.harvard.edu/files/dani-rodrik/files/the\\_political\\_economy\\_of\\_ideas.pdf](https://drodrik.scholar.harvard.edu/files/dani-rodrik/files/the_political_economy_of_ideas.pdf), zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Rodrik, Dani; Mukand, Sharun; Ash, Elliott (2023): Economic Interests, Wordviews, and Identities. Theory and Evidence on Ideational Politics. National Bureau of Economic Research. Online verfügbar unter [https://drodrik.scholar.harvard.edu/sites/scholar.harvard.edu/files/dani-rodrik/files/ideas\\_interests-2023-01.pdf](https://drodrik.scholar.harvard.edu/sites/scholar.harvard.edu/files/dani-rodrik/files/ideas_interests-2023-01.pdf), zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Rooduijn, Matthijs (2019): State of the Field. How to Study Populism and Adjacent Topics? A Plea for Both More and Less Focus. In: *European Journal of Political Research* 58 (1), S. 362–372.
- Rooduijn, Matthijs; Burgoon, Brian (2018): The Paradox of Well-being. Do Unfavorable Socioeconomic and Sociocultural Contexts Deepen or Dampen Radical Left and Right Voting Among the Less Well-Off? In: *Comparative Political Studies* 51 (13), S. 1720–1753.
- Rooduijn, Matthijs; Pirro, Andrea L. P.; Halikiopoulou, Daphne; Froio, Caterina; van Kessel, Stijn; Lange, Sarah L. de et al. (2023): The PopuList: A Database of Populist, Far-Left, and Far-Right Parties Using Expert-Informed Qualitative Comparative Classification (EiQCC). In: *British Journal of Political Science*, S. 1–10. DOI: [10.1017/S0007123423000431](https://doi.org/10.1017/S0007123423000431), online veröffentlicht am 20.09.2023.
- Rooduijn, Matthijs; van Kessel, Stijn; Froio, Caterina; Pirro, Andrea; de Lange, Sarah; Halikiopoulou, Daphne et al. (2020): Shares of Populist, Far-right and Far-left Parties Votes Weighted by Population Size. Online verfügbar unter [https://chart-studio.plotly.com/~data2viz/7.embed?share\\_key=H4CHQowOcnaMUHRVsVxaEa](https://chart-studio.plotly.com/~data2viz/7.embed?share_key=H4CHQowOcnaMUHRVsVxaEa), zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Runciman, David (2019): How Democracy Ends. London: Profile Books.
- Runciman, Walter G. (1972): Relative Deprivation and Social Justice. A Study of Attitudes to Social Inequality in Twentieth-century England. London: Routledge & Kegan Paul.
- Salzborn, Samuel (2014): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Baden-Baden: Nomos.
- Salzborn, Samuel (2018): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schäfer, Armin; Zürn, Michael (2021): Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus. Berlin: Suhrkamp.

- Scheuch, Erwin K.; Klingemann, Hans D. (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. Vorüberlegungen zu einer interkulturell vergleichenden Studie. In: Materialien zum Phänomen des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik 1966. Institut für vergleichende Sozialforschung Universität zu Köln, S. 80–96.
- Schmitt, Carl (1957): Verfassungslehre. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl (1963): Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien. Berlin: Duncker & Humblot.
- Seinitz, Kurt (2023): Siegeszug des Populismus. In: *Kronenzeitung*, 23.11.2023. Online verfügbar unter <https://www.krone.at/3175859>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Snipes, Alexandra; Mudde, Cas (2020): »France's (Kinder, Gentler) Extremist«. Marine Le Pen, Intersectionality, and Media Framing of Female Populist Radical Right Leaders. In: *Politics & Gender* 16 (2), S. 438–470.
- Sparrow, Jeff (2022): In an Era of Rightwing Populism, We Cannot Destroy Democracy in Order to Save It. In: *The Guardian*, 18.01.2022. Online verfügbar unter <https://www.theguardian.com/commentisfree/2022/jan/18/in-an-era-of-rightwing-populism-we-cannot-destroy-democracy-in-order-to-save-it>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Spier, Tim (2010): Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa. Wiesbaden: VS.
- Stavrakakis, Yannis; Jäger, Anton (2018): Accomplishments and Limitations of the ›New‹ Mainstream in Contemporary Populism Studies. In: *European Journal of Social Theory* 21 (4), S. 547–565.
- Stavrakakis, Yannis; Katsambekis, Giorgos (2024a): Introduction: Populism's Enduring Relevance and the Challenges Ahead. In: *dies. (Hg.): Research Handbook on Populism*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, S. 1–9.
- Stavrakakis, Yannis; Katsambekis, Giorgos (Hg.) (2024b): *Research Handbook on Populism*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Strange, Susan (1996): The Retreat of the State. The Diffusion of Power in the World Economy. Cambridge: Cambridge University Press.
- Streck, Michael (2018): Tony Blair: »Die politische Mitte Europas ist bedroht – von links wie von rechts«. In: *Stern*, 13.06.2018. Online verfügbar unter <https://www.stern.de/politik/ausland/tony-blair-im-stern-interview---die-politische-mitte-europas-ist-bedroht---von-links-wie-von-rechts--8121670.html>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Streeck, Wolfgang (2015): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.
- Struwe, Alexander; Vennmann, Stefan (2021): Gesellschaftstheorie und Populismus. Franz L. Neumanns und Theodor W. Adornos Beiträge zu einer Analyse gesellschaftlicher Regression. In: Seongcheol Kim und Veith Selk (Hg.): Wie weiter mit der Populismusforschung? Baden-Baden: Nomos, S. 111–133.

- Surel, Yves (2019): How to Stay Populist? The Front National and the Changing French Party System. In: *West European Politics* 42 (6), S. 1230–1257.
- Tiedemann, Norma; Opratko, Benjamin; Bolldorf, Heiko; Caterina, Daniela; Huke, Nikolai; Syrovatka, Felix (2022): The Manifestation of Authoritarian Populism in Europe. Challenging the Fragile Compromise of Liberal Democracy. In: Ada-Charlotte Regelmann (Hg.): *The Crisis and Future of Democracy*. Brüssel: Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 18–69.
- Vad, Erich (2003): Freund oder Feind. Zur Aktualität Carl Schmitts. In: *Sezession* 1 (1), S. 20–25.
- van der Brug, Wouter (2010): Structural and Ideological Voting in Age Cohorts. In: *West European Politics* 33 (3), S. 586–607.
- Wallat, Hendrik (2010): *Politica Perennis. Zur politischen Philosophie des Postmarxismus*. In: Devi Dumbadze, Ingo Elbe und Sven Ellmers (Hg.): *Kritik der politischen Philosophie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 272–316.
- Wegscheider, Carsten; Rovira Kaltwasser, Cristóbal; van Hauwaert, Steven M. (2023): How Citizens' Conceptions of Democracy Relate to Positive and Negative Partisanship Towards Populist Parties. In: *West European Politics* 46 (7), S. 1235–1263.
- Weiß, Volker (2017): Bedeutung und Wandel von ›Kultur‹ für die extreme Rechte. In: Fabian Virchow, Martin Langebach und Alexander Häusler (Hg.): *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS, S. 441–469.
- Weitzmann, Marc (2024): Post-populisme en Europe ou les Mutations de l'Extrême Droite. France Culture, 10.03.2024. Online verfügbar unter <https://www.radiofrance.fr/franceculture/podcasts/signes-des-temps/post-populisme-en-europe-les-enjeux-des-politiques-nationales-de-l-italie-a-la-suede-2590694>, zuletzt geprüft am 26.05.2024.
- Wistrich, Robert S. (2002): *Who's Who in Nazi Germany*. London: Routledge.
- Wood, Ellen M. (2016): *Retreat From Class*. London: Verso.
- Zapf, Holger (2013): Methoden der Politischen Theorie. Eine Einführung. Opladen: Barbara Budrich.
- Žižek, Slavoj (2000): Holding the Place. In: Judith Butler, Ernesto Laclau und Slavoj Žižek (Hg.): *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. London: Verso, S. 308–329.
- Žižek, Slavoj (2006): Against the Populist Temptation. In: *Critical Inquiry* 32 (3), S. 551–574.

**Felix Breuning**, geb. 1989, ist als Bildungsmanager und KZ-Gedenkstättenpädagoge in der Politischen Bildung tätig. Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf der Politischen Theorie linker und rechter populistischer Parteien, des Rechtsextremismus sowie des modernen Antisemitismus.









